NÜRNBERG

Referat für Jugend,
Familie und Soziales

Jahresbericht
2012/2013

Impressum

Herausgeberin

Stadt Nürnberg
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg

Texte

Stadt Nürnberg: Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stab Familie, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt, NürnbergStift, Noris Arbeit gGmbH (NOA), noris inklusion; Jobcenter Nürnberg-Stadt.

Redaktion

Sabrina Havlitschek, Referat für Jugend, Familie und Soziales.

Mitarbeit

Ingrid Wild-Kreuch.

Statistisches Material

Stadt Nürnberg: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt, NürnbergStift, Personalamt; Jobcenter Nürnberg-Stadt.

Fotos

Stadt Nürnberg: Presse- und Informationsamt, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stab Familie, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt, Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt, NürnbergStift, Noris-Arbeit gGmbH, noris inklusion, Hochbauamt; Jobcenter Nürnberg-Stadt, Hartmut Knipp, Fotolia, Sascha Duken, Anestis Aslanidis, wbg Nürnberg GmbH, Hausmann Architekten GmbH, Daniela Panzer/Bayerisches Rotes Kreuz, Kreisverband Nürnberg-Stadt, Koordinierungskreis Forum Altenhilfe, mudra Drogenhilfe.

Layout und Satz

HKD-Grafik & Werbung
Hartmut Knipp
Paumgartnerstraße 15
90429 Nürnberg

Druck

noris inklusion gGmbH
Dorfäckerstraße 37
90427 Nürnberg

Inhalt

Reiner Prölß, Referent für Jugend, Familie und Soziales:
Inklusive aller – die Gesellschaft, in der alle mitmachen können 3
Daten zur Bevölkerungsentwicklung: Statistisches Material 12

Die strategischen Leitlinien im Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik 19

1. Familie stärken, Erziehung unterstützen 19
2. Bildung fördern, früh beginnen 33
3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen 43
4. Armut bekämpfen, Chancen eröffnen 57
5. Beschäftigung ermöglichen 65
6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten 74
7. Bürgerschaftliches Engagement stärken 84
8. Sozialräume entwickeln, Stadtteile solidarisch gestalten 91
9. Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützen 100
10. Genderkompetenz verankern, geschlechtersensibel handeln 108

Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich des Referats für Jugend, Familie und Soziales 116

1. Referat und Stab Familie 116
2. Die Fachausschüsse des Stadtrats: Jugendhilfe-, Sozial- und Werkausschuss NürnbergStift 120
3. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt 121
4. Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt 126
5. Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt 130
6. Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt) 133
7. Noris-Arbeit gGmbH (NOA) 138
8. noris inklusion gGmbH 140
9. Jobcenter Nürnberg-Stadt 143

Ausschussthemen 2012/2013 146

Inklusive aller – die Gesellschaft, in der alle mitmachen können

Reiner Prölß,
Referent für Jugend, Familie und Soziales.

„Mein Leben ist ein Wartezimmer, niemand ruft mich auf, mein Dopamin, das spar' ich immer, falls ich's nochmal brauch'." Diese Zeilen der Studentin Julia Engelmann[1], gesprochen auf einem Poetry Slam der Universität Bielefeld, verbreiteten sich Anfang des Jahres in den sozialen Netzwerken und berührten viele junge (und auch nicht mehr so junge) Menschen. Sie schien mit ihren Worten den Nerv einer Generation zu treffen, die das Gefühl hat, vor allem im Konjunktiv zu leben, sei es, weil es eine unendliche Auswahl an Möglichkeiten gibt; sei es, weil die junge Generation mit vielen Unsicherheiten – beruflicher wie privater Natur – kämpft. Auf irritierende Weise zeigte uns Engelmann, die qua ihrer Jugendlichkeit für Leichtsinn und Unbeschwertheit stehen müsste, das Lebensgefühl ihrer Generation auf, die sicherheitshalber lieber nur zuschaut statt mitzumachen.

Selbstverständlich blieben kritische Reaktionen des Feuilletons nicht aus – gut verdienende, mit beiden Beinen im Berufsleben stehende Journalistinnen und Journalisten ließen sich über die Weinerlichkeit und Lethargie Engelmanns aus. Der Text polarisiert – jedoch: Allein die Tatsache, dass Millionen überwiegend junger Menschen sich damit identifizieren, dass sie ihr Leben gefühlt im „Wartezimmer" verbringen, dass sie sich von der Fülle der (selbst gesteckten) Aufgaben überfordert fühlen, dies deckt sich zumindest teilweise mit der gesellschaftlichen Realität.

Der vorliegende Bericht, der die Jahre 2012 und 2013 umfasst, möchte aufzeigen, welche konkreten Handlungsfelder und Aktivitäten es in Nürnberg gibt, die die soziale Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen und stärken sollen. Dabei geht es nicht nur um junge Menschen, sondern genauso dreht sich unser Handeln um Ältere, um Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen oder um Leute, die aufgrund mangelnder Bildungserfahrungen nur wenige Chancen auf ein auskömmliches, sicheres Arbeitsverhältnis haben. Kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik dreht sich darum, diesen Menschen „Verwirklichungschancen" zu eröffnen, so dass sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Wir hoffen, Ihnen auch mit diesem Bericht wieder eine handliche Datensammlung und einen Überblick über die Tätigkeit des Geschäftsbereichs Jugend, Familie und Soziales (Referat V) zu geben.

Gleichzeitig sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es im Bereich der kommunalen Sozialpolitik nicht nur um die „Verwaltung von Not und Elend" oder ausschließlich um die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen geht, sondern dass es viele ermutigende, fortschrittliche Beispiele gibt, wie das Zusammenleben in unserer Stadt auf allen Ebenen stetig verbessert werden kann: So lesen Sie auf den folgenden Seiten unter anderem von unserem Partizipationsprojekt „laut!" für Jugendliche, das aufgrund seines innovativen Charakters aktuell mit Preisen überhäuft wird. Ebenso finden Sie Informationen zu unseren Ansätzen der Quartiersarbeit, von lebendigen Stadtteilen und gelebter Nachbarschaft. Die zunehmende Bereitschaft von Privatpersonen und Unternehmen, sich mit Zeit, Wissen und Geld für andere zu engagieren, ist höchst erfreulich und findet sich in diesem

[1] Die Zeilen sind ein Auszug aus Engelmanns „One Day/Reckoning Text".

Bericht ebenfalls wieder. Und die bunten Bilder von Kindertageseinrichtungen auf der Titelseite zeigen: Es ist viel geschafft worden, um Kindern in Nürnberg ein alters- und bedarfsgerechtes Angebot an Bildung, Betreuung und Erziehung zu machen.

Noch nicht endgültig geklärt ist, wie wir uns in Zukunft dem Thema „Inklusion“ widmen wollen und welche Schnittstellen es zu unserem „Leib- und Magenthema“ „soziale Teilhabe“ gibt. Diese Frage ist präsent und begegnet uns an verschiedenen Stellen immer wieder. Deshalb sehen wir im Thema „Inklusion“ auch eine der großen Zukunftsaufgaben für die Stadtgesellschaft.

Zu viele dürfen nicht mitmachen

Nicht alle jungen Menschen können an der heutigen Gesellschaft ohne Einschränkungen teilhaben. Das gilt auch für viele gut ausgebildete mit mittlerem oder akademischem Abschluss, trifft aber in besonderem Maße auf jene zu, die einen qualifizierten Hauptschulabschluss oder weniger erreichen. Der normalbiografische Übergang Schule – duale Ausbildung – Arbeit ist brüchig geworden. Je geringer und schlechter der Schulabschluss, desto schwieriger ist es, einen Ausbildungsplatz zu finden, weil die Anforderungen der Berufswelt im globalisierten Wettbewerb größer geworden sind und die erforderlichen Voraussetzungen kognitiver, motorischer und sozialer Art häufig nicht im erforderlichen Umfang durch Elternhaus und Schule vermittelt werden konnten. Hinzu kommt, dass sich die Anzahl der Ausbildungsplätze mit Produktivitätsfortschritt und gesellschaftlichen Entwicklungen verändert, konjunkturabhängig ist und Arbeitgeber eher dann bereit sind, auch schwächere Bewerberinnen und Bewerber einzustellen, wenn es weniger junge Menschen gibt, die eine Ausbildung machen wollen. Deshalb ist ein breites und ausdifferenziertes Übergangssystem entwickelt worden und für zahlreiche Berufe entstanden Berufsfachschulen, teilweise als Parallelsysteme zur dualen Ausbildung. Der Anteil derer, die im dualen System eine Ausbildung beginnen und absolvieren ist – je nach Berechnungsgrundlage – irgendwo zwischen 40 und 60 Prozent der entsprechenden Alterskohorte, das heißt rund die Hälfte der jungen Menschen kommt nicht in den Genuss dieser Form der Ausbildung.

Die Folgen der arbeitsmarktlichen Ausgrenzung zeigen sich jedoch biografisch schon viel früher: Nicht nur Jugendliche, nicht nur Erwachsene leiden unter beruflicher Perspektivlosigkeit, auch Kinder spüren diese schon früh und verinnerlichen sie.

Im „LBS-Kinderbarometer Hessen 2011“, einer Studie zum Wohlbefinden hessischer Kinder wurde die Frage nach Zukunftsängsten gestellt. Die Frage war offen formuliert, so dass es keine vorgegebenen Antworten gab. Die häufigste Antwort, die die befragten Kinder gaben, war mit 32 Prozent die Angst vor „Arbeitslosigkeit/ Armut/Obdachlosigkeit“.[2] Diese Antwort rangiert mit weitem Abstand vor allen anderen.

Ebenso im negativen Sinne beeindruckend ist der Anteil der Unter-30-Jährigen in Deutschland, die der Ansicht sind, dass eigene Anstrengung zu sozialem Aufstieg führt: Gerade einmal 41 Prozent teilen diese Einschätzung. Stammen sie zusätzlich noch aus einer einfachen sozialen Schicht, schrumpft der Anteil auf gerade einmal 19 Prozent. Zum Vergleich: In Schweden sind es 70 beziehungsweise 68 Prozent.[3] Dieser Statusfatalismus ist nicht nur demotivierend in Hinblick auf die individuelle Lebensplanung, sondern auch demokratietheoretisch gefährlich. Wer nicht mehr glaubt, dass er oder sie an der eigenen Situation etwas verändern kann, läuft Gefahr, sich aus der Gesellschaft komplett zurückzuziehen. Es ist zu vermuten, dass insbesondere jene Menschen gefährdet sind, die bereits im eigenen Elternhaus erleben mussten, dass es nicht zum Alltag gehört, sich seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen und selbst die Kontrolle über das eigene Fortkommen zu haben.

Ein Hinweis auf den „Abschied aus der Gesellschaft“ ist die Wahlbeteiligung. Studien legen nahe, dass insbesondere Menschen mit geringer Bildung und Arbeitslose nicht mehr wählen gehen. Dennoch hat Politik den Anspruch, sich auch für jene einzusetzen, die sich nicht am demokratischen Prozess beteiligen und ihre Interessen nicht artikulieren. Wie geht man im Sinne der Inklusion damit um, wenn teilweise bereits die Mehrheit der Wahlberechtigten nicht mitmachen will, obwohl sie mitmachen könnte? Reicht es, Stellvertreterpolitik zu machen? Und wenn nein, wie bekommt man die wahlmüden Menschen wieder an die Urnen? Wenn Politik weiterhin die Legitimität ihres Handelns gewährleisten will, so müssen wir uns an diese schwierigen Fragen heranwagen.

[2] PROSOZ Institut für Sozialforschung PROKIDS, 2011: LBS-KinderBAROMETER Deutschland 2011. Länderbericht Hessen. Stiftungen, Meinungen, Trends von Kindern und Jugendlichen in Hessen, S. 48.
[3] BILD der FRAU (Hrsg.), 2012: Chancengerechtigkeit durch Förderung von Kindern. Ein deutsch-schwedischer Vergleich, S. 10ff.

Sinnstiftende Arbeit ist konstitutives Merkmal gesellschaftlicher Teilhabe

Die Frage des „Mitmachen-dürfens“ exemplarisch an der Arbeitsmarktsituation festzumachen, mag auf den ersten Blick verengt sein, jedoch bedeutet Arbeitslosigkeit, zum „Nichtstun-dürfen“ verurteilt zu sein. Eine sinnstiftende Arbeit zu haben, ist somit konstitutives Merkmal der gesellschaftlichen Teilhabe und inklusiver Gesellschaften. Eine inklusive Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass alle Menschen in ihrer Individualität akzeptiert werden und an der Gesellschaft teilhaben können. Arbeitslosigkeit verschlechtert die soziale und wirtschaftliche Stellung der Betroffenen und führt in Form der Langzeitarbeitslosigkeit oftmals direkt in Armut, in soziale und gesellschaftliche Benachteiligung und Isolation. Arbeit bedeutet für Menschen aber noch mehr als Existenzsicherung: Sie strukturiert den Tagesablauf, vermittelt Kompetenzen und soziale Kontakte, stiftet Zufriedenheit und Sinn, ist gesellschaftliche Teilhabe. Die Strukturmerkmale der Beschäftigung wie der Arbeitslosigkeit sowie die Entlohnungs- und Qualifikationsstrukturen der Beschäftigten sagen viel darüber aus, wie inklusiv eine Gesellschaft ist. Arbeit kann daher nie in einem rein wirtschaftspolitischen Kontext gesehen werden, sondern muss in einem umfassenden anthropologischen, soziologischen und demokratietheoretischen Sinn verstanden werden.

Daher ist die Initiative der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Freistaat bis 2017 zu halbieren, begrüßenswert. Gerade für Nürnberg, das den Strukturwandel auch anhand der Zahl der Langzeitarbeitslosen immer noch deutlich spürt, ist dies ein gutes Signal. Jedoch fehlt es an den Mitteln, dieses ehrgeizige Ziel auch umzusetzen: In den vergangenen Jahren wurden die Mittel der Jobcenter zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erheblich zusammengestrichen. Standen 2010 nach Angaben des Deutschen Städtetags deutschlandweit noch 6,6 Milliarden Euro für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung, reduzierte sich diese Summe bis 2013 auf 3,9 Milliarden Euro. Dies ist eine Kürzung um 40 Prozent. Jedoch verringerten sich die vom Jobcenter betreuten Arbeitslosengeld-II-Beziehenden deutschlandweit im selben Zeitraum nur um knapp 11 Prozent und die Langzeitarbeitslosen, also Menschen, die 12 Monate oder länger durchgehend arbeitslos sind, um lediglich 5,2 Prozent.

Wirksame Instrumente zur Arbeitsmarktintegration würden sich nahezu selbst finanzieren: Stellt man eine etwas schematische Rechnung an, bedeutet das Ziel der Halbierung der Langzeitarbeitslosigkeit in Nürnberg bis 2017, also die Arbeitsmarktintegration von aktuell rund 3.750 Personen, eine jährliche Bruttoeinsparung von knapp 70 Millionen Euro. Hinzu kommt: Die Betroffenen könnten durch Arbeit wieder ihr Selbstbewusstsein stärken, was sich auf die ganze Familie übertragen würde. Daher brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Grundsatz muss sein, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Dazu braucht es mehr Mut. Statt Kosten der Unterkunft und Arbeitslosengeld zu zahlen, wäre es sinnvoller, den Arbeitgebern Lohnkostenzuschüsse zu bezahlen, wenn sie Langzeitarbeitslose einstellen. Regelungen müssten vereinfacht werden, damit beispielsweise ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt geschaffen werden kann. Momentan muss das Jobcenter nachweisen, dass jede von ihm angebotene Tätigkeit zusätzlich ist, also keine reguläre Arbeit ersetzt, und wettbewerbsneutral ist. So gut gemeint diese Regeln sind, in der Realität sind sie nicht praktikabel und schließen Menschen vom Arbeitsleben aus.

Inklusion wird in den Gemeinden sichtbar

Es hat sich weitgehend durchgesetzt, dass die Inhalte der Integration und der Inklusion unterschieden werden müssen. Inklusion ersetzt nicht die in den letzten Jahrzehnten entwickelten Integrationskonzepte im Sinne eines ‚neuen Weins in alten Schläuchen', vielmehr ist darin eine konsequente Weiterentwicklung zu sehen, die einen Paradigmenwechsel enthält. Der wesentliche Unterschied ist, dass Integration eine Anpassungsleistung der zu integrierenden Personen an die vorhandenen Strukturen verlangt, während nach dem Konzept der Inklusion Vielfalt als Wert begriffen wird, die Gesellschaft offen und zugänglich für alle ist und flexibel auf die verschiedenen individuellen Voraussetzungen eingeht. Ein solches System setzt entsprechend leistungsfähige gesellschaftliche Strukturen und ein stärkeres Bewusstsein jedes Einzelnen voraus. Gelingt Inklusion, bereichert sie die Gesellschaft durch Vielfalt.

Inklusion heißt deshalb, Menschen willkommen zu heißen und niemanden auszuschließen. Inklusion heißt, sich auf vielen Wegen zu begegnen und auszutauschen, voneinander zu lernen, etwas zu bewegen und gemeinsam zu gestalten, sich miteinander zu vernetzen und Ressourcen zu entdecken. Je mehr Menschen mitmachen, desto mehr wird Inklusion vor Ort lebendig.

Inklusive Strukturen können auf vielfältige Weise in der Kommunalpolitik umgesetzt werden. Es ist die Stadt, die Gemeinde, in der Inklusion erfahrbar wird. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen, Neigungen und Talenten. Gesellschaftliche Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ist das zentrale Ziel in der Nürnberger Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Dass jede und jeder selbstverständlich alle Angebote und Strukturen in unserer Stadt nutzen kann – und das unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, finanzieller Situation oder persönlichen Einschränkungen – schlägt sich konsequent in der strategischen Ausrichtung des Geschäftsbereichs Jugend, Familie und Soziales nieder. Dabei gilt es einerseits, so früh wie möglich Angebote zu machen und andererseits, in biografischen Linien zu denken. Der sozialräumliche Ansatz ist ebenso von hoher Bedeutung – denn was für die Stadt als Ganzes gilt, gilt für ihre Stadtteile und Quartiere erst recht: Es geht darum, auf das unmittelbare Lebensumfeld des Menschen zu schauen, dort Netzwerke zu knüpfen, vorhandene Einrichtungen zu niedrigschwelligen Anlaufstellen zu machen und sie entsprechend ihren Herausforderungen auszustatten.

In den letzten beiden Jahren stand in der kommunalen Sozialpolitik unter anderem der Ausbau der Kindertageseinrichtungen im Fokus. Die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung, die mit dieser Herkulesaufgabe betraut sind, arbeiten bis an ihre Grenzen und oft auch darüber hinaus, um möglichst rasch ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippen, Kindergärten und Horten zu schaffen. Die mediale Aufmerksamkeit, die insbesondere durch den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem 1. August 2013 deutlich zunahm, erschwerte diese Aufgabe zusätzlich. Gleichwohl ist der Rechtsanspruch ein richtiges und wichtiges Signal. Er bedeutet – ganz im Gegensatz zum Verlauf öffentlicher Debatten – eben nicht in erster Linie einen gesetzlichen Anspruch der Eltern auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (wobei auch dies ein bedeutsamer Aspekt ist!), sondern er gewährleistet den Anspruch des Kindes auf frühkindliche Bildung und Förderung. Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sind, gemeinsam mit Angeboten der Familienbildung, biografisch der erste Baustein einer inklusiven Gesellschaft. Nicht jedes Kind mag eine frühkindliche Förderung außerhalb des eigenen Elternhauses benötigen, jedoch bieten Kitas den Kindern, die von ihren Eltern nur wenig unterstützt werden können, optimale Startbedingungen ins Leben. In den Kitas findet spielerisches Lernen statt, die Kinder eignen sich soziales Verhalten an, machen Alltagserfahrungen (zum Beispiel zu den Themen Natur oder gesunde Ernährung) und bekommen sprachliche Förderung.

Gleichzeitig bieten Kitas auch Eltern die Möglichkeit, am Arbeitsleben teilzuhaben. Daher ist eines unserer Kriterien bei der Kitaplatzvergabe, dass Eltern, die sich aktuell auf Arbeitssuche befinden oder im Leistungsbezug des SGB II stehen, bevorzugt einen Platz für ihr Kind bekommen. Oft führe ich Diskussionen darüber, ob dies gerecht sei und nicht vor allem jene Eltern den Zuschlag bekommen müssten, die bereits berufstätig sind. Dieses Argument ist nachvollzieh-

bar, jedoch benötigen wir transparente Kriterien für die Platzvergabe, solange es noch nicht genügend Betreuungsplätze für alle Kinder gibt (ein Problem, das aktuell nur noch bei den Horten virulent ist). Und es zeigt sich leider, dass Armut und Arbeitslosigkeit in der Familie häufig die späteren Chancen im Leben eines Kindes deutlich schmälern. Deshalb stehe ich dazu, dass zunächst jene Eltern einen Platz bekommen, die sich aktuell um Arbeitsaufnahme bemühen und die dadurch die Situation ihrer Familie deutlich verbessern können.

Eine weitere Herausforderung, der wir uns auf kommunaler Ebene widmen müssen, ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Nürnberg weist im bayernweiten Vergleich die höchste Arbeitslosenquote auf. Etwa ein Drittel aller Arbeitslosen sind zwölf Monate oder länger ohne Beschäftigung. Viele, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, haben keinen Schul- (20 Prozent) oder Berufsabschluss (70 Prozent). Für Menschen mit geringer formaler Bildung oder ohne Berufsabschluss stehen immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Nachfrage nach einfacher Arbeit ist – auch wegen Verlagerungen ins Ausland – konstant rückläufig. Auch werden an die Jobs für Ungelernte immer höhere Anforderungen gestellt; häufig werden auch hier Menschen mit Berufsabschluss bevorzugt, weil geringere Einarbeitungskosten unterstellt werden. Ein gesunder – und damit inklusiver – Arbeitsmarkt muss aber auch Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte bereit halten. Gemeinsam mit dem Jobcenter und der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit gGmbH geht die Stadt Nürnberg daher den Weg, Beschäftigung in so genannten „Jedermannstätigkeiten“ zu ermöglichen. Dies umfasst zum Beispiel geförderte Arbeitsplätze im Bereich der haushaltsnahen und familienunterstützenden Dienstleistungen oder im Sicherheitsgewerbe. Langzeitarbeitslosen, die eine realistische Chance haben, eine Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhalten, werden in diesen Projekten gefördert und wieder an die Alltagsstrukturen der Arbeitswelt herangeführt. Brücken in den ersten Arbeitsmarkt sollen gezielt erschlossen werden, in dem der Beschäftigungsträger – beispielsweise im vor wenigen Monaten angelaufenen Projekt „Sauberkeit und Sicherheit im Quartier (SiQ)“ – bei Eignung die Teilnehmenden gezielt in das Sicherheits- und Reinigungsgewerbe vermittelt.

Gleichzeitig bleibt es eine unangenehme Tatsache, dass es auch eine gewisse Anzahl von Menschen gibt, die keine Chance haben, überhaupt auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unterzukommen. Auch hier stehen wir im Sinne einer inklusiven Gesellschaft in der Verantwortung, diese Leute nicht zur Tatenlosigkeit zu verurteilen, sondern ihnen eine würdevolle, den Alltag strukturierende, Sinn stiftende Beschäftigung

anzubieten. Dazu benötigen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, der langfristige sozialversicherungspflichtige Arbeit anbietet.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung zu unserem Ausbildungssystem: Es ist unumstritten, dass eine qualifizierte Berufsausbildung der beste Schutz vor späterer Arbeitslosigkeit ist. Unverständlich ist, dass es nicht gelingt, alle Kräfte und Ressourcen, die die Verantwortung für den Übergang von Schule über Ausbildung in Arbeit haben, also der Bund (Arbeitsmarktpolitik), Länder (Schulpolitik und gemeinsam mit der Wirtschaft berufliche Ausbildung) und die Kommunen (Träger der Jugendhilfe und gemeinsam mit dem Bund der Jobcenter) zu bündeln und dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung bekommen. Dabei gilt es, so viele wie möglich in der dualen Ausbildung unterzubringen, aber letztendlich muss es egal sein, wie und in welcher Zeit das Ausbildungsziel erreicht wird und die jungen Menschen sollen noch eine zweite und – wenn nötig – auch eine dritte Chance bekommen. Was wir brauchen, ist ein rechtlicher Rahmen, der die strukturellen Voraussetzungen für ein örtlich koordiniertes Übergangsmanagement Schulen – Arbeitswelt auf strategischer, operativ-instrumenteller und individueller Ebene schafft, unter Einbeziehung von Schule (allgemeinbildendes und berufliches Schulwesen), Bund (Agentur für Arbeit und Jobcenter) und Kommune (Träger der Jugendhilfe und Jobcenter) mit ihren Ressourcen und örtlicher Steuerung in kommunaler Koordination. Leider sind die Einflussmöglichkeiten der Kommunen auf die Arbeitsmarktpolitik begrenzt, aber wir müssen uns einmischen und Steuerungsmöglichkeiten einfordern, um zu erreichen, dass sich alle vollständig und gleichberechtigt am Arbeitsleben beteiligen können und die Voraussetzungen hierfür frühzeitig geschaffen werden.

Eine Diskussion um Inklusion darf natürlich die Zielgruppe, die die meisten Menschen mit dem Begriff verbinden, nicht ausklammern: Seit dem Jahr 2013 haben wir eine Tochtergesellschaft im Geschäftsbereich, die sich die Umsetzung der Inklusion nicht nur auf die Fahnen, sondern auch in ihren Namen geschrieben hat: Aus der „Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH“ wurde die „noris inklusion“. Sie ist die größte Anbieterin von Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen in Nürnberg. In den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit arbeitet die noris inklusion an der selbstverständlichen Teilhabe von Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen und betreibt erfolgreich Lobbyarbeit für ihren Ansatz: Als einen der jüngeren Erfolge kann die Bereitstellung von „Außenarbeitsplätzen“ in regulären Unternehmen gelten. Eine Fachkraft für betriebliche Integration unterstützt die Menschen auf diesen Stellen. Die zunehmende Ausdifferenzierung der Angebote für Menschen mit Behinderungen ist ein weiterer Baustein zu mehr Selbstverständlichkeit im Umgang mit Vielfalt: Manche Menschen benötigen aufgrund ihrer Anlagen besondere Schutzräume, in denen sie sich entfalten können. Andere wiederum fühlen sich – eventuell mit Unterstützung – in „regulären“ Settings wohler. Beides soll möglich sein, denn auch das bedeutet Inklusion: Ein Patentrezept für alle gibt es nicht.

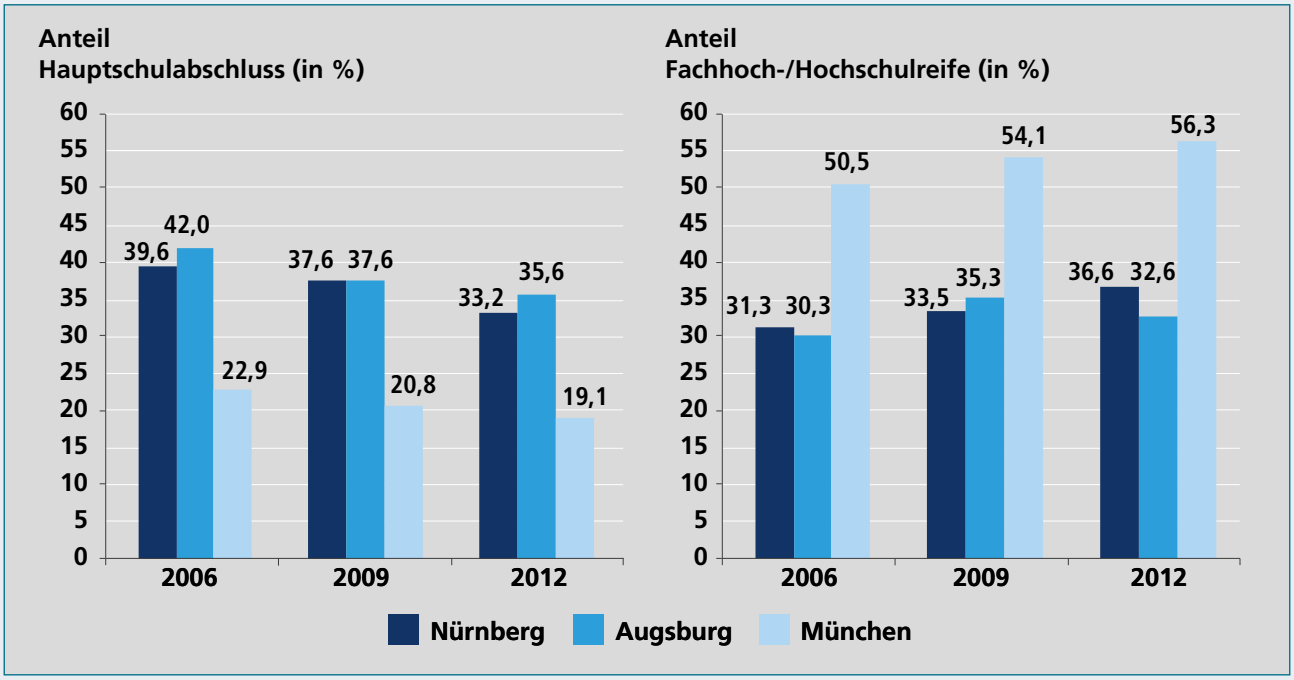
Diese Auflistung von Tätigkeitsfeldern als Beitrag zu einer inklusiven Stadtgesellschaft ist nicht vollständig und sie kann auch nicht eindeutig definieren, was und wer alles mit Inklusion gemeint ist. Diese Frage diskutieren wir im Geschäftsbereich aktuell sehr kontrovers und sind noch zu keinem abschließenden Urteil gekommen. Klar ist für uns: Inklusion ist mehr als Barrierefreiheit! Wir wissen aber auch: Wenn mit Inklusion plötzlich alle gemeint sind – seien es Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Arme, Kinder und Jugendliche, Ältere oder andere Gruppen, über deren Gleichstellung man sich in den letzten Jahrzehnten Gedanken gemacht hat – dann ist Inklusion nicht mehr greifbar und umsetzbar. Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass Inklusion eines der Top-Themen, vielleicht sogar das dominante Thema, in der sozialpolitischen Diskussion der nächsten Jahre wird. Wir stellen uns dieser Debatte und wollen unseren Beitrag leisten.

Ich bin überzeugt, dass uns dies gelingen wird, denn die Innovationsfähigkeit und Leidenschaft für inhaltliche Auseinandersetzung sind unter den Kolleginnen und Kollegen im Geschäftsbereich genauso hoch wie deren Leistungsfähigkeit im operativen Geschäft. Der Jahresbericht 2012/2013 zeigt, was alles geschafft wurde. Daher gilt mein Dank an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen des Geschäftsbereichs Jugend, Familie und Soziales für die intensive, konstruktive und ergebnisorientierte Arbeit der letzten beiden Jahre, die weit über das normale Maß hinausging. Ebenso danke ich den externen Partnern für die wie immer gute Zusammenarbeit. Last but not least – ein Dank allen, die ihren Beitrag zum Gelingen dieses Berichts geleistet haben.

Reiner Prölß
Referent für Jugend, Familie und Soziales

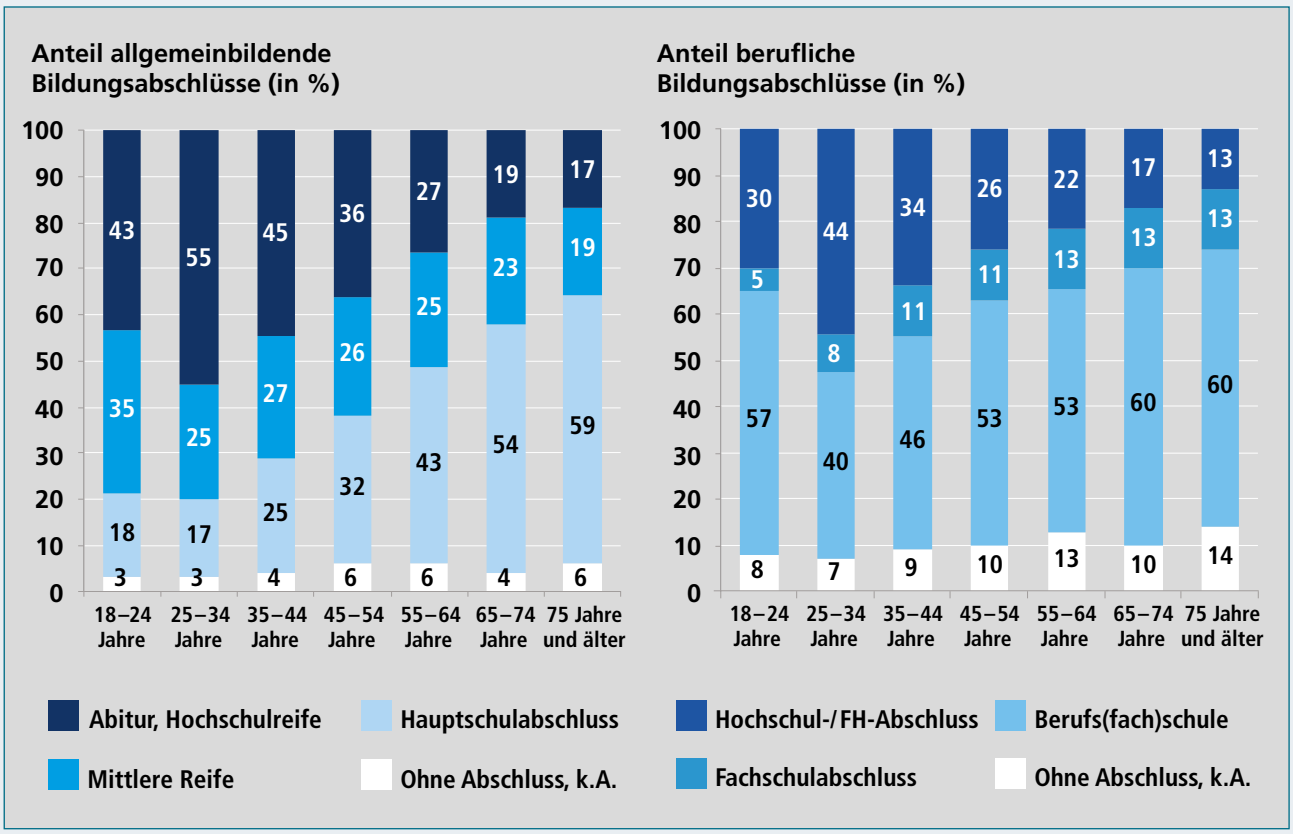
Daten zur Bevölkerungsentwicklung: Statistisches Material

Allgemeine Schulabschlüsse der Erwerbstätigen[1] in Nürnberg, Augsburg und München, 2006, 2009 und 2012



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Mikrozensus, in: Bildung in Nürnberg 2013. Zweiter Bildungsbericht der Stadt Nürnberg, hrsg. v. Stadt Nürnberg. Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, 2013, S. 46.

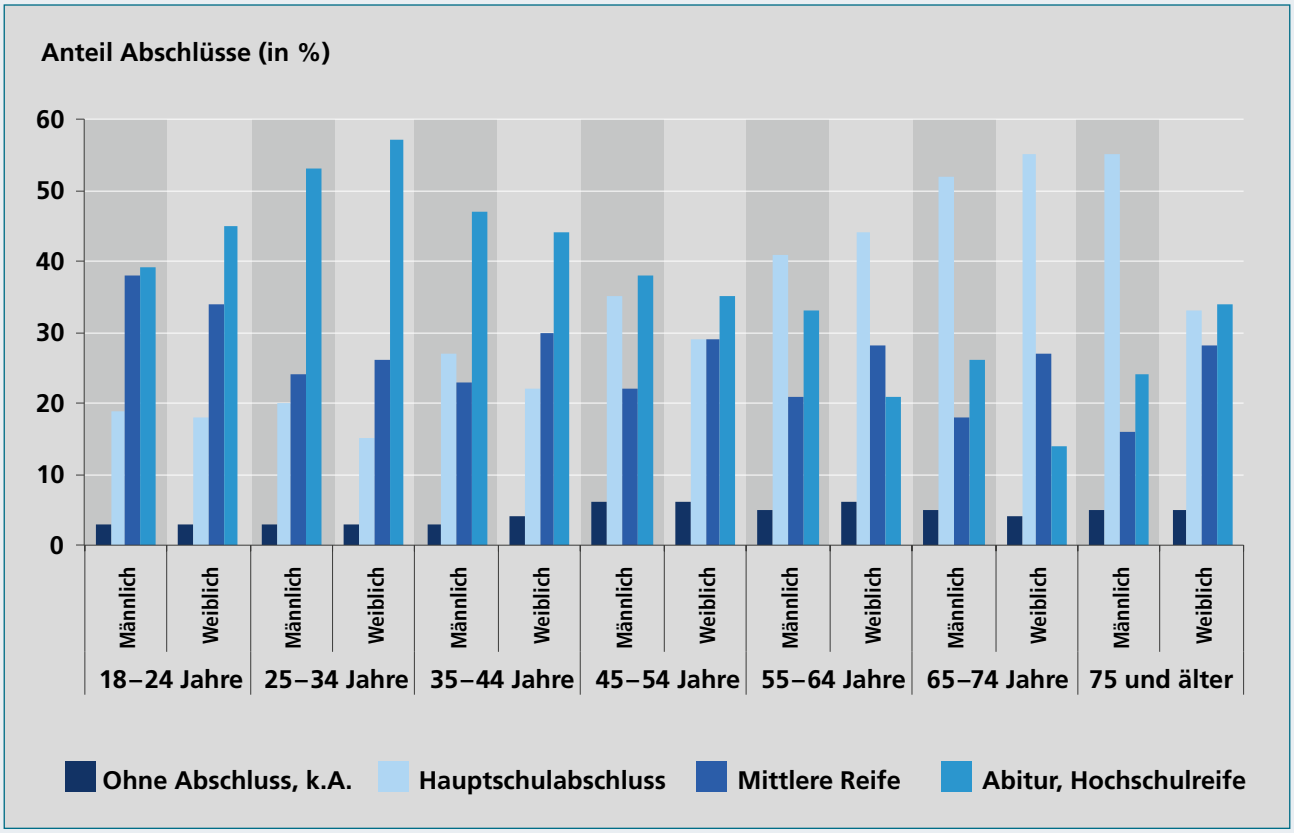
Allgemeinbildende und berufliche Bildungsabschlüsse der Nürnberger Bevölkerung nach Altersgruppen, 2011



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Wohnungs- und Haushaltserhebung „Leben in Nürnberg 2011", in: Bildung in Nürnberg 2013. Zweiter Bildungsbericht der Stadt Nürnberg, hrsg. v. Stadt Nürnberg. Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, 2013, S. 47.

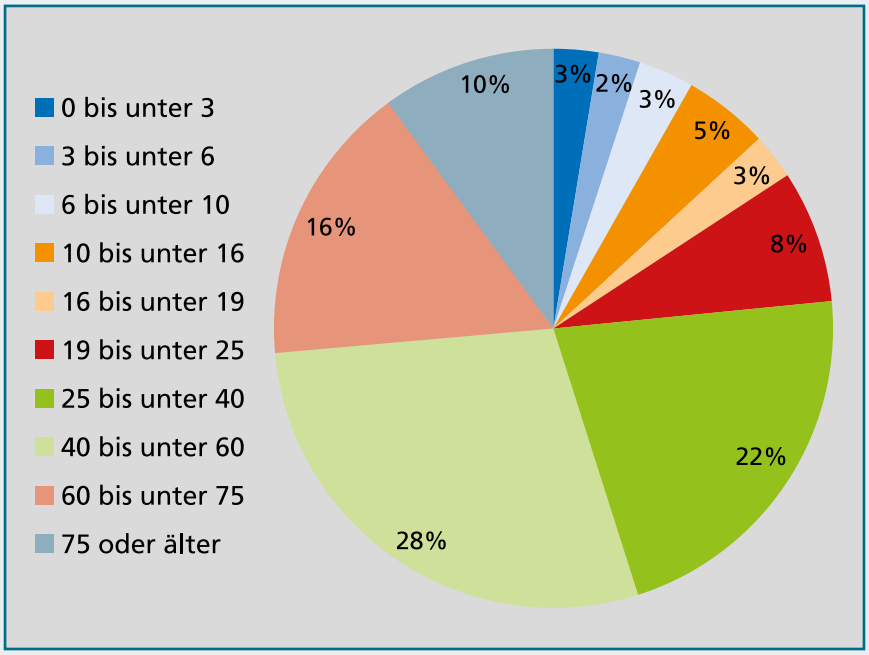
[1] Erwerbstätige am Wohnort.

Allgemeinbildende Bildungsabschlüsse der Nürnberger Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht, 2011



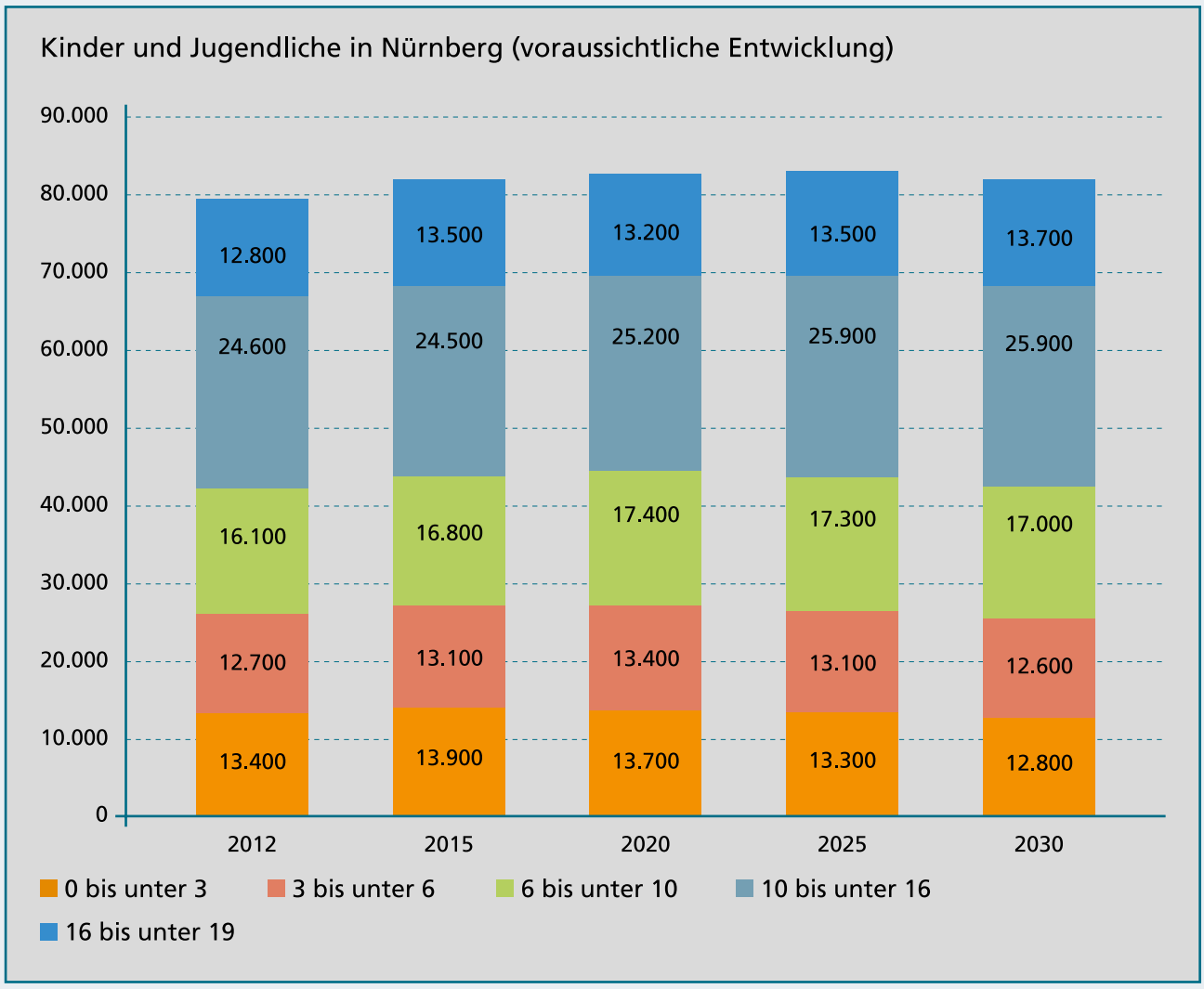
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth; Wohnungs- und Haushaltserhebung „Leben in Nürnberg 2011", in: Bildung in Nürnberg 2013. Zweiter Bildungsbericht der Stadt Nürnberg, hrsg. v. Stadt Nürnberg. Bürgermeisteramt/Bildungsbüro, 2013, S. 48.

Nürnberger Einwohner/-innen nach Altersgruppen 2012

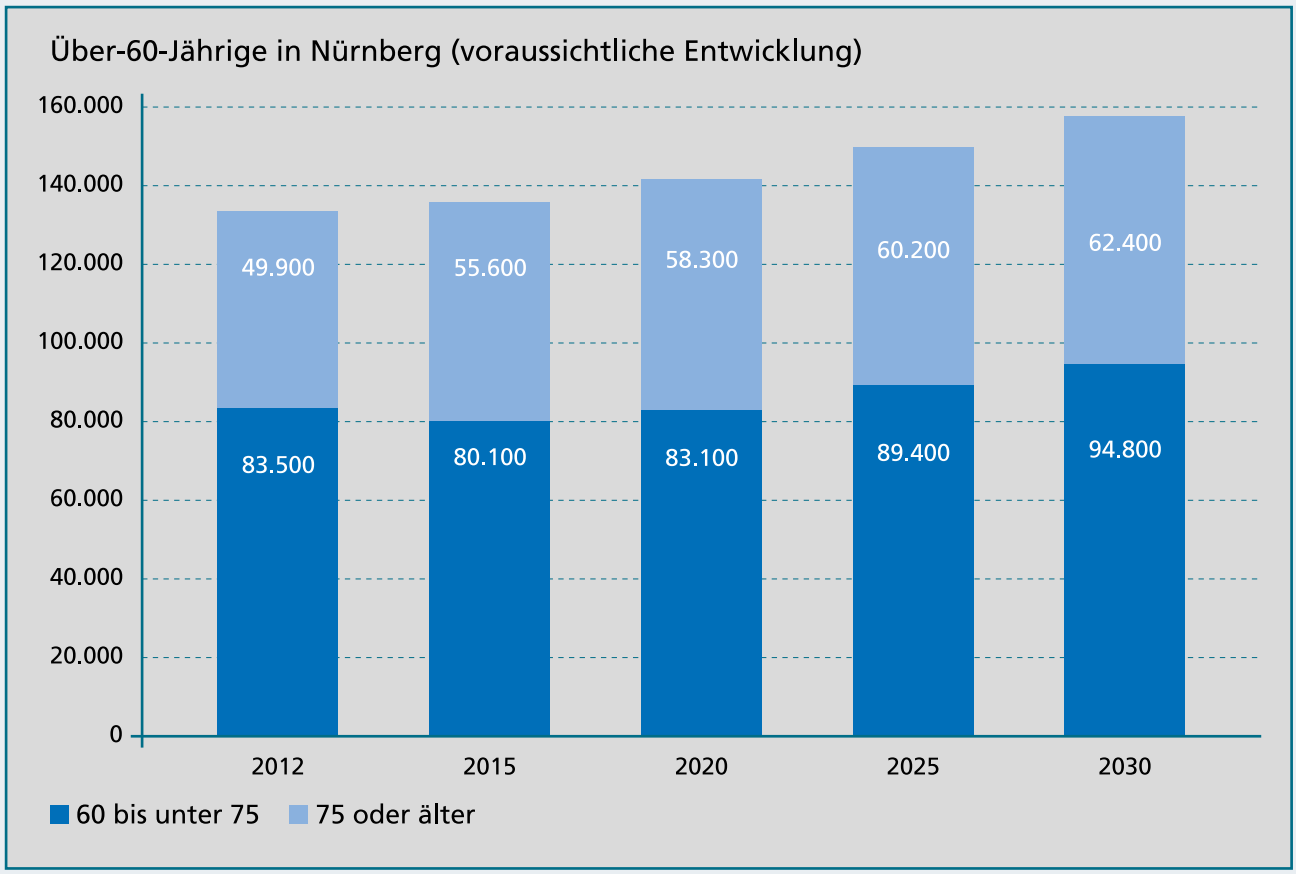


0 bis unter 3	13.400
3 bis unter 6	12.700
6 bis unter 10	16.100
10 bis unter 16	24.600
16 bis unter 19	12.800
19 bis unter 25	39.700
25 bis unter 40	112.000
40 bis unter 60	144.400
60 bis unter 75	83.500
75 oder älter	49.900

Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Nürnberg zum 31.12.2012, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2014.



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Nürnberg zum 31.12.2012, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2014.



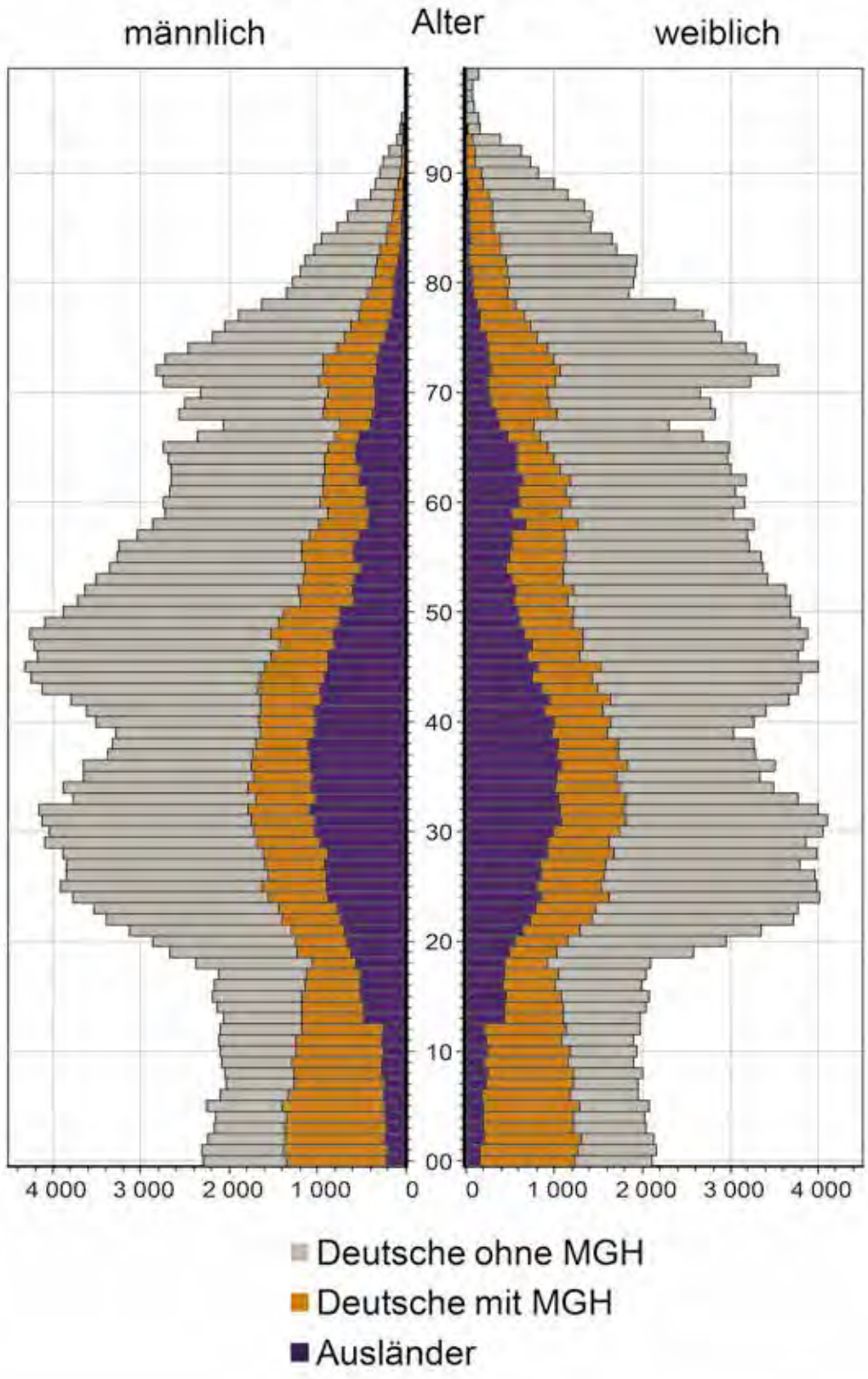
Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Nürnberg zum 31.12.2012, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2014.

Bevölkerung in der Hauptwohnung 2012

		Deutsche ohne MigH*		Menschen mit MigH*					
				Deutsche mit MigH*		Ausländer/-innen		insgesamt	
Alter	gesamt	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe	absolut	Anteil an der Altersgruppe
jeden Alters	509.005	301.647	59%	113.650	22%	93.708	19%	207.358	41%
unter 3	13.227	5.307	40%	6.724	51%	1.196	9%	7.920	60%
3 bis unter 6	12.716	4.866	38%	6.560	52%	1.290	10%	7.850	62%
6 bis unter 10	16.081	6.128	38%	8.021	50%	1.932	12%	9.953	62%
10 bis unter 15	20.341	8.681	43%	8.353	41%	3.307	16%	11.660	57%
15 bis unter 18	12.572	5.984	48%	3.737	30%	2.851	22%	6.588	52%
18 bis unter 25	44.185	26.058	59%	8.638	20%	9.489	21%	18.127	41%
25 bis unter 45	149.141	82.205	55%	27.687	19%	39.249	26%	66.936	45%
45 bis unter 65	135.985	88.559	65%	23.149	17%	24.277	18%	47.426	35%
65 bis unter 80	76.548	52.307	68%	15.293	20%	8.948	12%	24.241	32%
80 und mehr	28.209	21.552	76%	5.488	20%	1.169	4%	6.657	24%

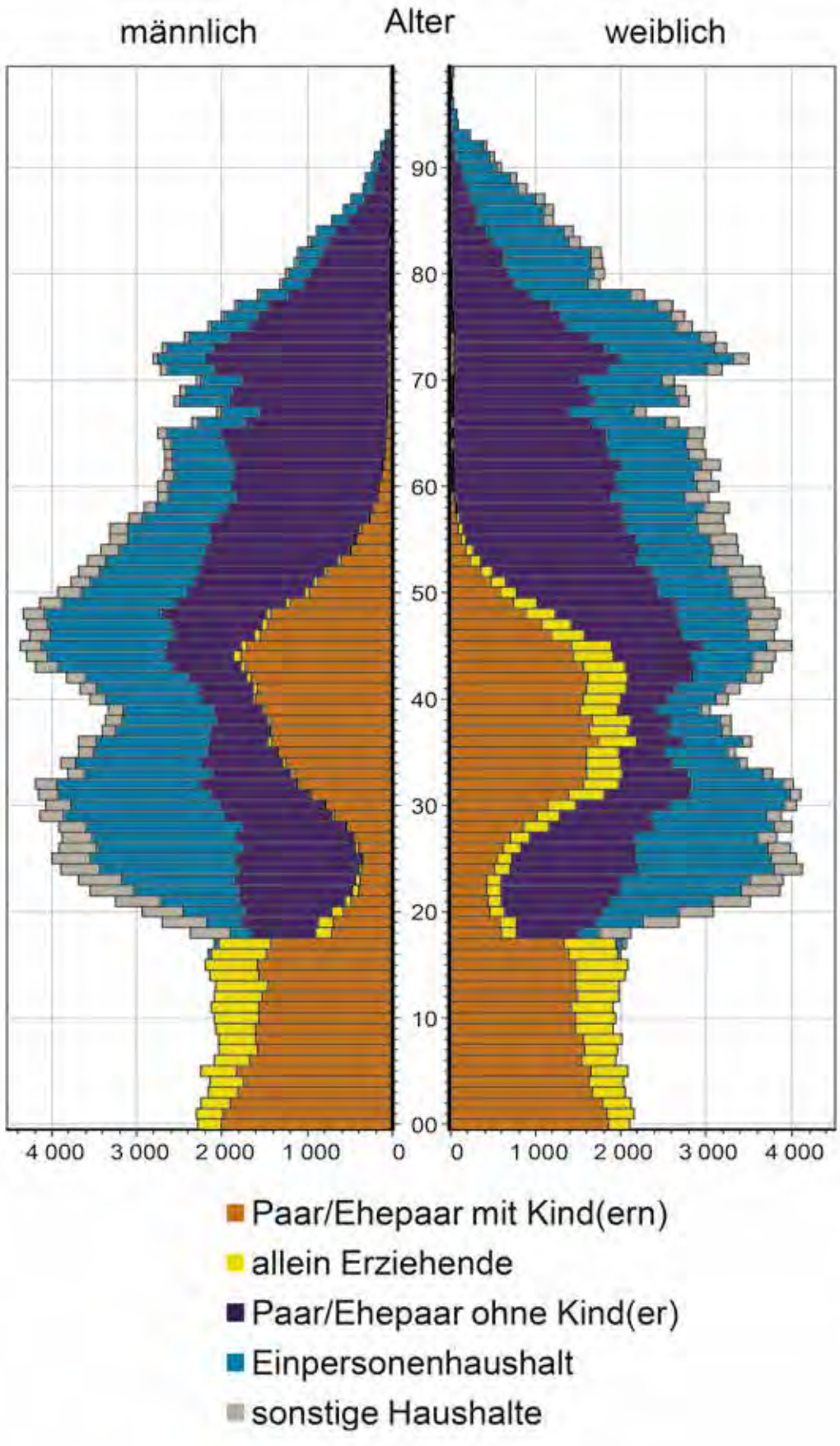
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2014.
** Migrationshintergrund*

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung 2012 nach Migrationshintergrund



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2014.

Bevölkerung in Privathaushalten 2012 nach Haushaltstypen



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2014.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

1. Familie stärken, Erziehung unterstützen

Familie stärken – dieses Ziel hat in der Nürnberger Familienpolitik nach wie vor einen zentralen Stellenwert. Darauf weist mittlerweile auch „Best of Nürnberg“ hin, jenes Kartenmäppchen, mit dem das städtische Presse- und Informationsamt für die Noris wirbt: „Dank ständig zunehmender Angebote der Kinderbetreuung fühlen sich Familien gut aufgehoben. Für ihre Interessen macht sich das Bündnis für Familie, eine breite gesellschaftliche Initiative mit Vorbildcharakter, stark.“ Neben der Herkulesanstrengung, die Kindertagesbetreuung quantitativ und qualitativ zügig auszubauen, stand nach wie vor das Miteinander der Generationen in der Stadtgesellschaft im Mittelpunkt der Arbeit:

- Im Wissen darum, dass auch Nürnberg älter und bunter wird,
- aber auch in Kenntnis der großen Schwierigkeiten, die viele Eltern heute haben, ihre familiären Verpflichtungen kompetent zu schultern und
- ihren Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.

Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau – es geht weiter!

Der quantitative und qualitative Ausbau von Einrichtungen zur Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern war auch in den Jahren 2012 und 2013 ein vorrangiges kommunalpolitisches Ziel in Nürnberg. Deshalb beschloss der Stadtrat im März 2013, den Ausbau der Kindertageseinrichtungen in Nürnberg mindestens bis zum Jahr 2020 fortzusetzen und die hierfür notwendigen Nettoinvestitionen in Höhe von circa 110 Millionen Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020 bereitzustellen. Detaillierte Informationen zum Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau sind im Internet unter www.kita-ausbau.nuernberg.de hinterlegt.

Zum 01. August 2013 wurde der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in einer Kinderkrippe oder bei einer Tagespflegeperson wirksam. In Nürnberg konnte allen interessierten Eltern von Kindern unter drei Jahren bislang ein Platz zur Verfügung gestellt werden. Bedingt durch das Ende des Sonderinvestitionsprogramms 2008 bis 2013 der Bayerischen Staatsregierung öffneten besonders im dritten und vierten Quartal 2013 viele Einrichtungen neu. Nicht alle dieser geschaffenen Plätze konnten sofort belegt werden, da aus pädagogischen Erwägungen heraus die Kleinen sich erst schrittweise in die Krippe eingewöhnen. Gleichzeitig ging die Auslastung der Tagespflegeplätze zurück.

Im Frühjahr 2013 wurde im Jugendamt die „Servicestelle Kitaplatz“ eingerichtet, die Eltern bei der Suche nach einem Betreuungsplatz in

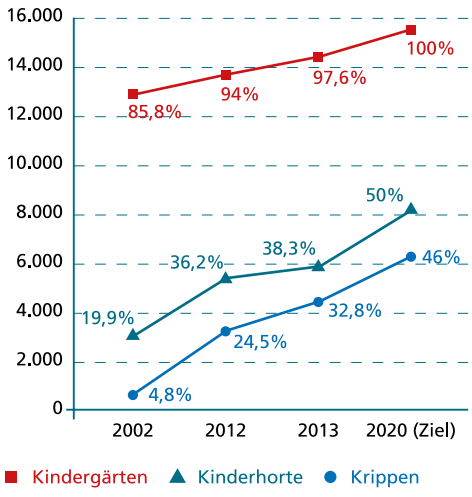
Nürnberg berät. Sie erhalten hier aus einer Hand Auskunft über verschiedene Angebote der Kinderbetreuung sowie Hinweise auf freie Plätze und Informationen über Anmeldeverfahren und Platzvergabe.

Weitere Informationen:
www.kitaplatz.nuernberg.de

Aktuelle Versorgung

- **Kinder unter drei Jahren in Krippen, Tages- und Großtagespflege:** Im Jahr 2012 wurden circa 500 Krippenplätze und circa 120 Plätze in der Tagespflege neu geschaffen. Im Jahr 2013 kamen weitere rund 1.100 Krippenplätze und nochmals etwa 110 Tagespflegeplätze hinzu. Somit standen den Unter-3-Jährigen zum Jahresende 2013 insgesamt 4.447 Plätze (Versorgungsquote[1]: 32,8 Prozent) in Kinderkrippen und in der Tagespflege zur Verfügung, von denen insgesamt rund 1.840 Plätze in den Jahren 2012 und 2013 entstanden sind.
- **Kindergartenkinder:** Ende 2013 standen für 14.794 Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren 14.433 Plätze (Versorgungsquote: 97,6 Prozent) zur Verfügung. Rund 650 Plätze davon wurden 2012 und 2013 geschaffen.
- **Grundschülerinnen und Grundschüler:** In den Jahren 2012 und 2013 wurden insgesamt weitere 1.210 neue Plätze für Grundschulkinder geschaffen, die teilweise auch dank der Hort-Notprogramme entstanden. Ende 2013 konnten insgesamt 5.888 Plätze (Versorgungsquote: 38,3 Prozent) in Kinderhorten angeboten werden.

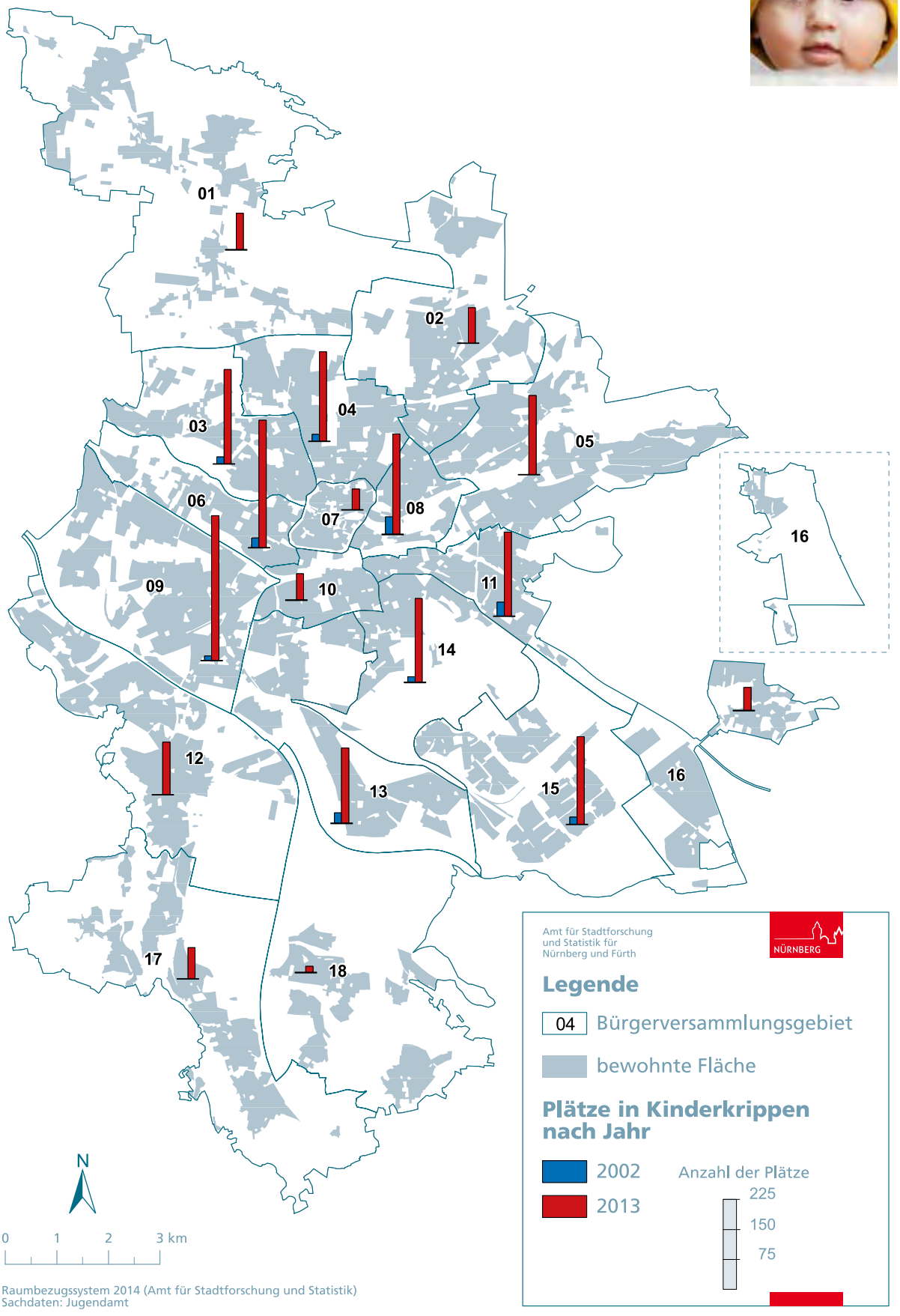
Plätze in Kindertageseinrichtungen
2002 bis 2020



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

[1]Basierend auf den Prognosen zur Entwicklung der Kinderzahl wurde eine Versorgungsquote von 35 Prozent und damit unser Ausbauziel erreicht. Eine Anfang 2014 durchgeführte Auswertung des Melderegisters durch das Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth ergab jedoch, dass es 2013 knapp 900 Kinder mehr im Alter von unter 3 Jahren gab als noch im Jahr 2000, so dass dadurch – trotz erreichtem Ausbauziel – nur eine Versorgungsquote von 32,8 Prozent für Ende 2013 angegeben werden kann.

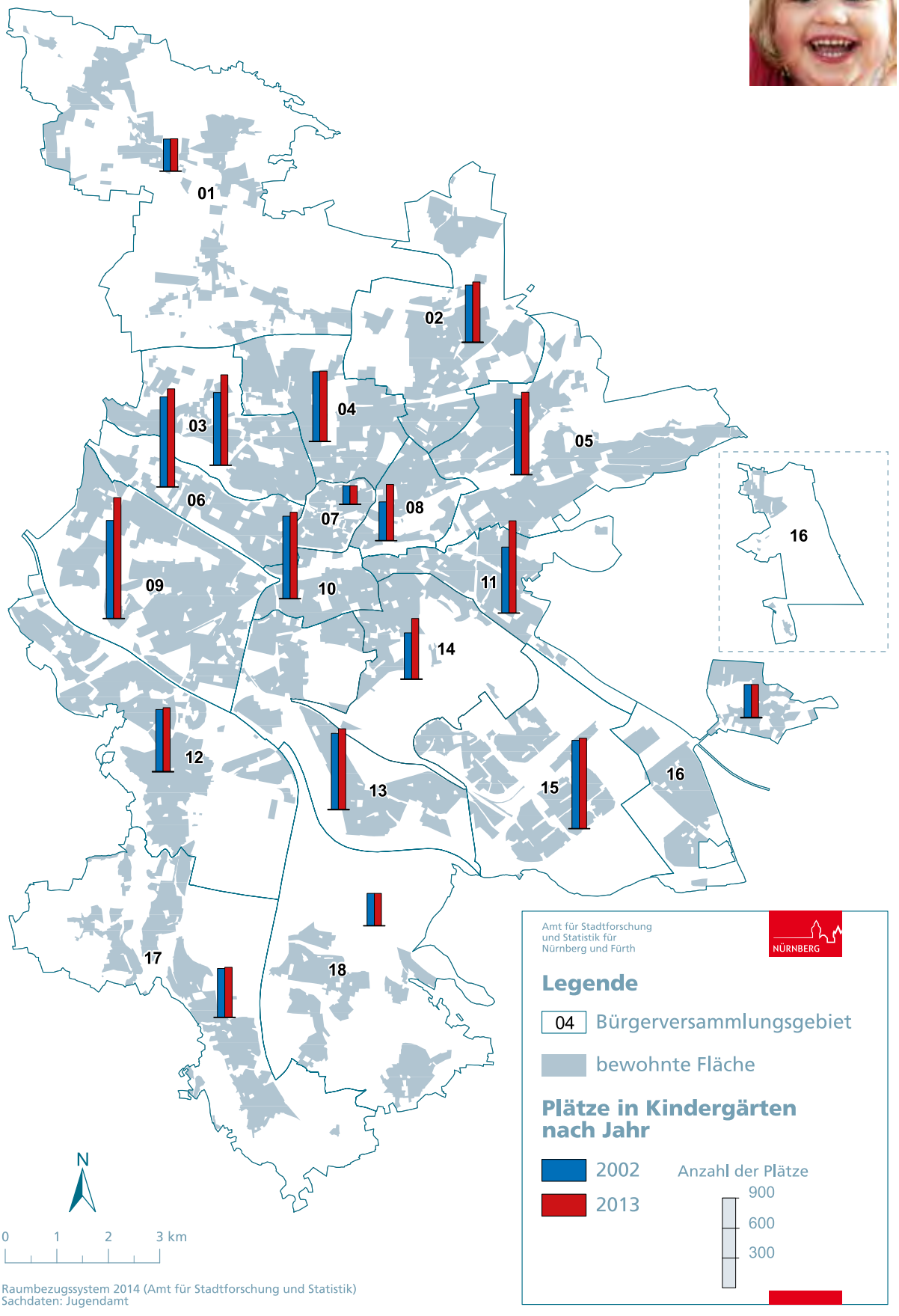
Plätze in Kinderkrippen 2002/2013



Raumbezugssystem 2014 (Amt für Stadtforschung und Statistik)
Sachdaten: Jugendamt

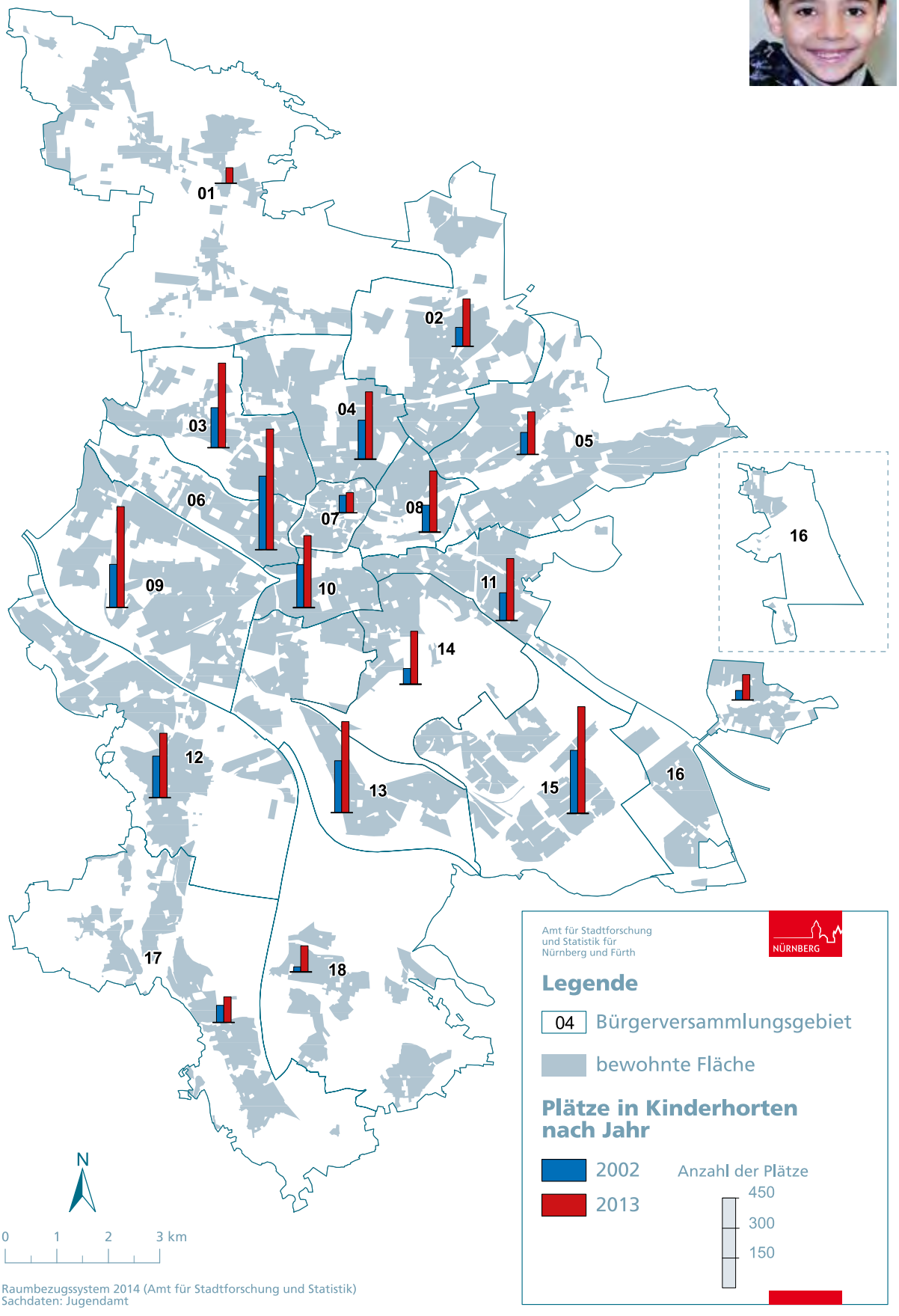
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, März 2014.

Plätze in Kindergärten 2002/2013



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, März 2014.

Plätze in Kinderhorten 2002/2013



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, März 2014.

Daten für die Karten nach Altersgruppen

BV-Bereiche[1]	Plätze in Kinderkrippen (ohne Tagespflege)		Plätze in Kindergärten		Plätze in Kinderhorten	
	2002	2013	2002[2]	2013	2002	2013
1	0	105	377	382	0	84
2	0	102	678	714	100	255
3	20	274	861	1.069	215	458
4	20	260	823	830	210	365
5	0	230	898	976	118	231
6	27	370	1.069	1.163	400	656
7	0	60	219	219	92	107
8	50	291	458	664	145	332
9	12	421	1.161	1.433	233	547
10	0	76	978	1.025	232	390
11	40	243	780	1.092	150	336
12	0	152	734	756	225	350
13	30	218	901	958	282	495
14	16	243	546	719	84	287
15	20	254	1.046	1.071	342	580
16	0	66	390	390	50	137
17	0	90	575	590	91	138
18	0	17	382	382	25	140
insgesamt	**235**	**3.472**	**12.876**	**14.433**	**2.994**	**5.888**

[1]BV-Bereich = Bürgerversammlungsbereich
[2]Gewisse Unschärfen in der Abgrenzung der Bürgerversammlungsbereiche sind möglich.

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Plätze für Unter-3-Jährige

	2002	2013
Plätze in Kinderkrippen	235	3.472
Plätze in der Tagespflege	370	975
Plätze für Unter-3-Jährige insgesamt	**605**	**4.447**

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Weiterentwicklung der Bedarfs- und Ausbauplanung von Kindertageseinrichtungen

Die Zuständigkeit für die Planung und Steuerung des Kita-Ausbaus in Nürnberg liegt beim Jugendamt. Für die Ausbauplanung von Kindertageseinrichtungen maßgeblich sind die vom Stadtrat beschlossenen Versorgungsziele für Kinder unter drei Jahren, Kindergarten- und Grundschulkinder, der Bestand an bereits vorhandenen Plätzen und der Bevölkerungsanteil in den jeweiligen Altersstufen.

Um die Versorgung mit Kindertageseinrichtungen möglichst wohnortnah und kleinräumig planen und sicherstellen zu können, ist das Stadtgebiet in 48 sogenannte „Kindergartenplanungszonen“ beziehungsweise in „Hortplanungszonen“, analog den Grundschulsprengeln, eingeteilt. Für die mittel- und langfristige Standortplanung werden seit einigen Jahren die vom Amt für Stadtforschung und Statistik entwickelten Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 sowie die vom Schulbereich entwickelte Schülerpotenzialprognose verwendet. Anhand dieser Daten werden die vorhandenen Plätze mit dem regionalen Bedarf abgeglichen und der sich daraus ergebende Fehlbedarf jährlich fortgeschrieben. Das statistische Amt entwickelt seine Prognoseannahmen unter Berücksichtigung der Geburten- und Sterberaten, der Fortzugsraten und des Zuzugsvolumens sowie der Altersstruktur der Zuzüge. In die Prognose fließen auch Annahmen zu den potentiell neu hinzuziehenden Familien und Personen in Neubaugebieten ein, die auf der Grundlage von Angaben des Stadtplanungsamts erstellt werden.

Auch die Kooperationen mit dem Stadtplanungsamt und dem Liegenschaftsamt haben sich intensiviert und weiterentwickelt. So findet eine frühzeitige Beteiligung des Jugendamts bei der Planung von Neubaugebieten statt, um potentielle Standorte für die Errichtung neuer Kindertageseinrichtungen zu sichern. Werden dem Liegenschaftsamt Grundstücke oder Objekte angeboten, wird auch überprüft, ob das Jugendamt diese für eine Kindertageseinrichtung nutzen könnte.

Das Bündnis für Familie

Geschäftsstelle des Bündnisses für Familie ist der Stab Familie, der im Frühjahr 2013 neue Räume am Hans-Sachs-Platz 2 bezog. Die zentrale Lage und die räumliche Nähe zum Seniorenamt eröffnet die Möglichkeit für neue Kooperationen, zum Beispiel Infofrühstücke für Unternehmen.

Bereits 2007 einigten sich die Mitglieder des Lenkungsausschusses Bündnis für Familie auf die **Leitlinien für die Kinder- und Familienstadt Nürnberg**. Das Jahr 2013 stand im Zeichen der Bemühungen, das erfolgreiche Netzwerk noch einmal deutlich zu verbreitern: Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly warb mit einem Schreiben an Unternehmen, Verbände, Einrichtungen und Initiativen, sich mit ihrer Unterschrift zu diesem Leitbild zu bekennen und sich als Partner im Bündnis für Familie zu verstehen. Die zahlreichen neuen Partner – schon fast 100 zum Jahresende 2013 – treffen sich künftig zweimal jährlich zu Netzwerktreffen, dürfen das Logo des „Bündnisses für Familie“ nutzen und die „Leitlinien für die Kinder- und Familienstadt“ in ihren Räumen aushängen. Auf der neu gestalteten Homepage www.bff-nbg.de sind sie alle aufgelistet.

Der jährliche Fachkongress **Offenes Forum Familie** erreichte auch 2012 und 2013 mit den Themen „Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie“ und „Schöne Ferien!“ ein breites Publikum unterschiedlicher Branchen und Arbeitsfelder aus dem gesamten Bundesgebiet und trug zu einer spannenden Begegnung zwischen Praxis der Arbeit für und mit Familien und wissenschaftlicher Annäherung ans Thema bei. Fast jedes Jahr macht das Bündnis für Familie mit einer öffentlichkeitswirk-

samen Kampagne auf ein Schwerpunktthema aufmerksam. Unter dem Schlagwort **Kampagne Kinderstadt** wird für ein familienfreundliches Nürnberg geworben, auch in 2012 und 2013 finanziell unterstützt von der SPARDA-Bank Nürnberg. „Jeder Tag schenkt Ihnen die Gelegenheit, aus Alltagssituationen schöne Erinnerungen zu machen…", lautete die Kernaussage der Kampagne im Jahr 2012 mit dem Motto „Miteinander. Füreinander." im Rahmen einer Plakataktion im gesamten Stadtgebiet. Allein mit plakativen Appellen wollte sich der Stab Familie aber nicht zufrieden geben beim Werben für das Miteinander von Jung und Alt: Man ging in die Kinowerbung, mit dem Ziel, Gedankenanstöße ohne erhobenen Zeigefinger zu geben und das Miteinander der Generationen zum „Stadtgespräch" zu machen. Es wurde geworben für gegenseitigen Respekt, Verständnis, Rücksichtnahme im Alltag. In mehreren Kinos waren im wöchentlichen Wechsel von Oktober bis Dezember 2012 drei Clips mit einer Länge von je circa 60 Sekunden zu sehen. Die Medienwerkstatt Franken produzierte die Clips, die kurze alltägliche Konfliktsituationen zwischen den Generationen mit überraschendem Ende zeigten. Laiendarstellerinnen und -darsteller waren unter anderem Mitglieder des Stadtseniorenrats und Jugendliche aus dem Kinder- und Jugendhaus „Bertha" in Sündersbühl.

Die **Familienkarte**, seinerzeit in der Bundesrepublik ein einzigartiges Projekt, mit der Eltern Rabatte in Geschäften und öffentlichen Einrichtungen in Anspruch nehmen konnten, wurde 2013 nach langer Recherche und intensiven Diskussionen eingestellt. Eine Umfrage, die ihre geringe Nutzung belegt hatte, und der hohe Kostenaufwand gaben den Ausschlag für die Aufgabe. Neben den mangelnden Ressourcen für eine attraktive Neukonzipierung war festzustellen, dass andere Rabattangebote und auch das System des Nürnberg-Passes (vgl. Leitlinie 4) diese Bonuskarte der vergleichsweise geringen Vergünstigungen überholt hatten.

Immer wieder leistet das Bündnis für Familie Beiträge dazu, dass sich auch die Stadt Nürnberg als Arbeitgeberin familienbewusst weiter entwickelt: 2012 und 2013 organisierte es zusammen mit dem Personalamt und den Auszubildenden der Stadt Nürnberg einen **Kindermitbringtag** für bis zu 60 Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die am schulfreien Buß- und Bettag arbeiten mussten. Die Aktion wurde von den Beschäftigten als Wertschätzung durch die Arbeitgeberin wahrgenommen und bot Kindern

die einmalige Gelegenheit, den Arbeitsplatz ihrer Eltern und die zahlreichen städtischen Dienststellen kennen zu lernen. Erstmals wurde 2013 ein Workshop zum Thema **Väter bei der Stadt Nürnberg** angeboten, der Führungskräfte dafür sensibilisieren sollte, Väter aktiv zu längerer Elternzeit zu ermutigen und das eigene Team familiengerecht zu führen.

Initiative Familienbewusste Personalpolitik

Die **Initiative familienbewusste Personalpolitik** konnte 2013 ihr zehnjähriges Bestehen in den Räumen der IHK Nürnberg für Mittelfranken mit einem Festakt feiern. Bündnis für Familie, Agentur für Arbeit, IHK Nürnberg für Mittelfranken, Handwerkskammer Mittelfranken und – neu! – das Forum Wirtschaft und Infrastruktur der Europäischen Metropolregion Nürnberg koordinieren dieses Netzwerk für Unternehmen, Hochschulen und Institutionen. Gut besucht waren „Infofrühstücke" für Unternehmen, die der Stab Familie mit dem Jugendamt beziehungsweise dem Seniorenamt organisierte, um auf die Kooperationsangebote der Stadt Nürnberg mit Wirtschaftsunternehmen hinzuweisen, zum Beispiel beim Thema Ausbau der Kindertagesbetreuung.

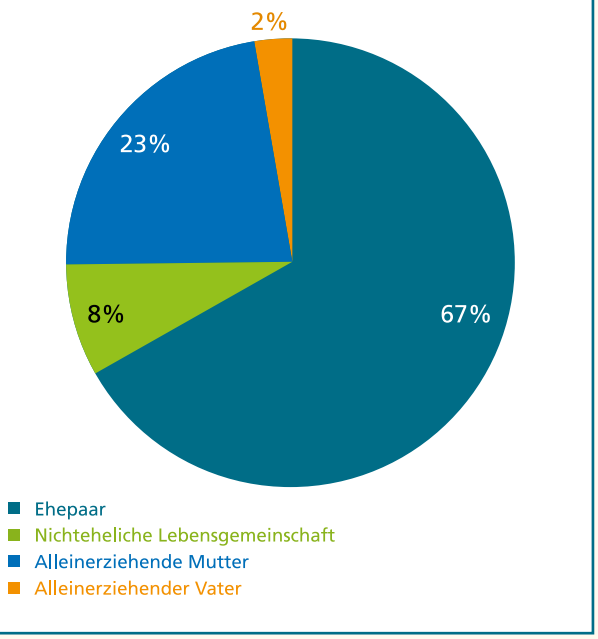
Weitere Informationen:
www.familienbewusste-personalpolitik.de

Mittlerweile ist die Neukonzipierung des **Willkommenspakets** für die Eltern Neugeborener abgeschlossen: Es enthält in Zukunft vor allem Infomaterial zur Elternbildung und zu den „Frühen Hilfen" in Nürnberg sowie kleine praktische Give-Aways. Die Verantwortung wurde dem Jugendamt übertragen.

Spritzig, spannend und lebensnah kommt nach wie vor **famos** daher – das professionell gemachte Familienmagazin, das im Bündnis für Familie groß geworden ist. Der Stab Familie unterstützt und berät den verantwortlichen Verein für Familien in Nürnberg e.V. und das Redaktionsteam. Das Magazin **famos** liegt viermal jährlich in einer Auflage von 60.000 Exemplaren den Nürnberger Nachrichten und der Nürnberger Zeitung bei, außerdem an über 600 Stellen im Stadtgebiet aus.

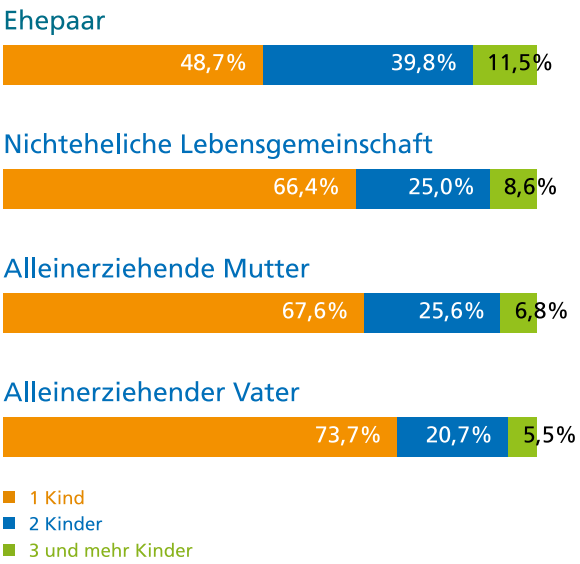
Lang gewünscht – nun ist es soweit: Der Stab Familie kann – mit dem Zuwachs einer weiteren Teilzeitstelle – anfangen, ein **Familienmonitoring** aufzubauen. Es fließt in den ersten Familienbericht ein, der Anfang 2015 Datenmaterial über Familien in Nürnberg aufbereiten soll, das laufend fortgeschrieben wird. Zusätzlich wird sich jeder Bericht mit einem Schwerpunktthema befassen.

Familienhaushalte mit mindestens einem Kind unter 18 nach Familientyp

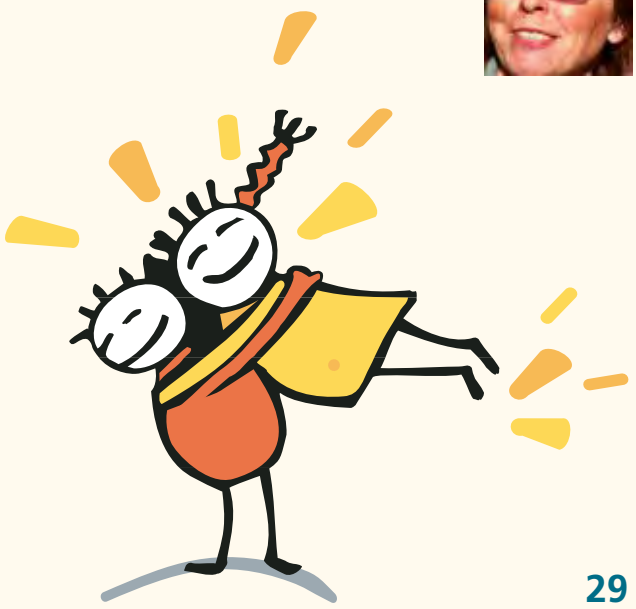


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, eigene Berechnungen, Stand: 31.12.2012.

Zahl der minderjährigen Kinder im Haushalt nach Familientyp



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, eigene Berechnungen, Stand: 31.12.2012.



Anteile der einzelnen Familientypen im Zeitablauf				
Jahr	Familienhaus-halte insgesamt	Anteil an den Familienhaushalten (%)		
		Ehepaar mit Kind	Nichteheliche Lebens-gemeinschaft mit Kind	Alleinerziehende
2007	47.200	69,2	6,2	24,6
2008	46.834	68,5	6,5	25,0
2009	46.718	68,1	6,8	25,1
2010	46.762	67,4	7,2	25,4
2011	46.903	67,3	7,6	25,1
2012	47.352	66,9	8,0	25,1

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, eigene Berechnungen, Stand: 31.12.2012.

Familienbildung

Die Stadt Nürnberg war einer der elf Standorte im **Modellprojekt „Familienstützpunkte“**, das von April 2010 bis Juni 2013 vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration gefördert wurde. In der ersten Projektphase (2010/2011) wurden die konzeptionellen Grundlagen zur Weiterentwicklung der Familienbildung in Nürnberg erarbeitet. In der zweiten Projektphase (2012/2013) ging es für den Stab Familienbildung, die Familienstützpunkte sowie alle weiteren Kooperationspartner dann an die Umsetzung dieser Handlungspläne. Zentrale Entwicklungsperspektive der Nürnberger Familienbildung ist es, Kooperationen zwischen Einrichtungen der Familienbildung und der Kindertagesbetreuung zu fördern. Gemeinsam mit der Planungsstelle im Bereich Kindertageseinrichtungen organisierte der Stab Familienbildung zum Beispiel im Mai 2012 die Fachveranstaltung „Familienbildung und Kindertagesstätten wachsen zusammen“. Sie stieß auf rege Beteiligung und zielte erfolgreich darauf ab, konkrete Kooperationen anzustoßen. Eine Fortführung des Angebots wurde von beiden Seiten gewünscht.

Neben der Förderung neuer Kooperationsstrukturen widmete sich der Stab Familienbildung auch intensiv der Netzwerkarbeit. Neben den regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft Familienbildung nach § 78 SGB VIII organisieren die Mitgliedseinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit dem Stab Familienbildung jährlich den Nürnberger Familienbildungstag, der sich an Eltern und Erziehende richtet und sich mit wichtigen Erziehungsthemen befasst. 2012 widmete er sich dem Thema „Veränderte Kindheit“, 2013 dem Thema „Glück“. Auch das 2011 initiierte „Netzwerk Familienbildung“ der Großstadt-Jugendämter wurde unter der Geschäftsführung des Stabs Familienbildung weitergeführt. Ziel dieser interkommunalen Zusammenarbeit ist es, Planungs-, Praxis- und Erfahrungswissen im Bereich Familienbildung auszutauschen und interkommunalen Wissenstransfer zu organisieren.

Außerdem soll das familienbildende Angebot in Nürnberg bekannter und transparenter werden – und zwar sowohl bei Eltern und Erziehenden, als auch bei Fachkräften. Der Stab Familienbildung baute daher in den Jahren 2012 und 2013 die Internetseite www.familienbildung.nuernberg.de auf. Sie bietet einen Überblick über die Nürnberger Familienbildungsstätten, Familienstützpunkte, Familienzentren und Orte für Familien und gibt Hinweise auf interessante (Fach-)Veranstaltungen in Nürnberg, neue Publikationen sowie die Elternbriefe des Bayerischen Landesjugendamts. Darüber hinaus gelangt man zum Veranstaltungskalender der Familienbildung, dem so genannten „Virtuellen Familienstützpunkt". Er führt alle aktuellen Angebote der Nürnberger Familienbildungsstätten auf. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu unterstützen und pädagogische Fachkräfte in der Zusammenarbeit mit Eltern zu stärken. 2012 und 2013 wurden vom Stab Familienbildung über 100 Elternabende zu 18 Erziehungsthemen organisiert, damit erreichten wir fast 1.300 Eltern. Auch die Fortbildungen und Teamberatungen für Fachkräfte wurden gut angenommen. 2012 und 2013 fanden knapp 20 Fortbildungen statt, an denen fast 260 Fachkräfte teilgenommen haben. Um die Verwendung der 2012 erschienenen Elternbriefe des Bayerischen Landesjugendamts in Kindertageseinrichtungen und durch die „Jugendsozialarbeit an Schulen" zu fördern und sie so auch bei Eltern bekannter zu machen, wurden 2013 auch zwei Fortbildungen zu diesem Thema durchgeführt.

Die sieben Familienstützpunkte helfen Erziehenden und Fachkräften dabei, passende familienbildende Angebote zu finden. So sollen Familienstützpunkte zu selbstverständlichen Anlaufstellen für Familien und Fachkräfte werden, die über familienbildende Angebote in Nürnberg informieren, beraten und gegebenenfalls passgenau an die entsprechenden Einrichtungen weitervermitteln. Nach wie vor gefragt sind auch die Materialien der „Kampagne Erziehung".

Mit dem Thema **Familienerholung** nahm sich der Stab Familienbildung im November 2013 eines wichtigen, aber bislang in der Fachöffentlichkeit eher wenig beachteten Aspekts an. Familienerholung gehört, ebenso wie Familienbildung, zu den Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie nach dem SGB VIII. Um die Familienerholung und ihre unterschiedlichen Angebote und Fördermöglichkeiten insbesondere bei Fachkräften, die mit Familien in Kontakt sind, bekannter zu machen, organisierte der Stab Familienbildung in Kooperation mit dem Stab Familie eine interessante und sehr bereichernde Fachtagung.

In den Jahren 2012 und 2013 wurde damit bereits eine Vielzahl der im Nürnberger Familienbildungskonzept herausgearbeiteten Entwicklungsperspektiven angegangen. Eine Auswertung dieser Erfahrungen sowie eine darauf basierende Fortschreibung der Konzeptionen stehen an. Erfreulicherweise haben die positiven Erfahrungen an den elf Standorten im Modellprojekt „Familienstützpunkte" das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration dazu veranlasst, das Projekt zu verstetigen. Im Juli 2013 wurde es in ein bayernweites Förderprogramm überführt. Damit ist eine Fortsetzung der Arbeit an den und mit den Familienstützpunkten – zunächst bis Ende 2016 – gesichert.

Erziehungs- und Familienberatung

2012 war das Jahr des Umzugs eines Teams aus der Marienstraße 15 in das neu gebaute Familienzentrum Mammut in der Schoppershofstraße 25. Die neuen Räume sind für die Beratungsarbeit ausgezeichnet geeignet, denn die Einbindung in ein Familienzentrum eröffnet neue Möglichkeiten der trägerübergreifenden Zusammenarbeit. Das Netzwerk mit Schulen und Kindertageseinrichtungen im Stadtteil wurde erfolgreich aufgebaut. Die Beratungsstelle ist regelmäßig im Stadtteilarbeitskreis vertreten. Fast die Hälfte der Ratsuchenden hat einen Einwanderungshintergrund. Muttersprachliche Beratung kann in Türkisch, Kroatisch, Serbisch und Bosnisch angeboten werden. Am Standort Philipp-Körber-Weg, der in Kooperation mit der AWO geführt wird, wird auch Beratung in Polnisch, Russisch, Ukrainisch und Tschechisch angeboten.

Auch in den Jahren 2012/2013 galt ein Hauptaugenmerk der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die unter den Auswirkungen der Trennung ihrer Eltern zu leiden hatten. Das Angebot für getrenntlebende Eltern, im Rahmen von Mediationsgesprächen zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen, wurde sehr stark nachgefragt und half vielen Eltern ihre Konflikte mit Rücksicht auf das Kind zu bewältigen.

Hohe Wertschätzung bei getrenntlebenden Eltern erfuhren die **„Kinder im Blick"-Kurse**. Es wurden 2012 und 2013 je zweimal zwei parallel stattfindende Kurse durchgeführt, so dass beide Elternteile getrennt voneinander am Kurs teilnehmen können. Die Nachfrage nach diesen Kursen überstieg regelmäßig das Angebot.

Die Erziehungs- und Familienberatung hat sich 2012/2013 weiter verstärkt im Bereich **Frühe Hilfen** engagiert. Die beiden besonders für diesen Bereich qualifizierten Fachkräfte am Standort Mammut und Johannis wurden vermehrt von Eltern mit Schreibabys und Kleinkindern mit Regulationsstörungen (darunter versteht man exzessive Verhaltensweisen und Auffälligkeiten in den Bereichen Schreien, Trotzen, Füttern, Schlafen, verbunden mit Aggressivität, sozialer Ängstlichkeit und Spielunlust) nachgefragt. Seit Ende 2012 wurde die intensivere Zusammenarbeit zwischen Erziehungsberatung und einer ASD-Region[1] modellhaft erprobt. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit lagen Ende 2013 vor und werden Anfang 2014 gemeinsam ausgewertet. Zur leichteren Zugänglichkeit des Angebots trugen besonders das Rat- und Hilfetelefon, die Sprechstunden ohne Terminvereinbarung und die Online-Beratung bei.

[1] Im Allgemeinen Sozialdienst ist je ein Fachkräfteteam für je eine Ansammlung von Stadtteilen zuständig. Insgesamt gibt es neun dieser sogenannten Sozialregionen.

2. Bildung fördern, früh beginnen

Erst der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen (Kitas) schafft die Voraussetzung, dass alle Familien in Nürnberg, die für ihre Kinder Betreuung in einer Kindertageseinrichtung wünschen, sie auch erhalten. Mit diesem Ziel setzte die Stadt Nürnberg in den Jahren 2012 und 2013 ihre bisherigen ambitionierten Anstrengungen erfolgreich fort, ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen (vgl. Leitlinie 1). Das geschah immer in frühzeitiger Abstimmung mit den freien Trägern von Kitas. Auch wenn der Ausbau des Betreuungsangebots und der zwischenzeitlich eingeführte Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz im Vordergrund öffentlicher Diskussion standen, wurden dennoch in den städtischen Kindertageseinrichtungen laufende Programme und Projekte zusammen mit anderen Partnerinnen und Partnern engagiert weiterentwickelt und fortgeführt. Zukunftsweisende und kooperationsorientierte Modelle sollen sowohl die Bildungschancen der Kinder als auch die Lebensbedingungen der Familien in Nürnberg verbessern.

Die dazu notwendigen personellen Voraussetzungen, das heißt die Gewinnung und Sicherung der für die Arbeit der Kindertageseinrichtungen benötigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, stellte die Stadt – und auch die freien Träger – bereits 2012 und 2013 vor große Herausforderungen. Mit hohem Engagement konnten bis dato noch fast alle offenen Stellen in städtischen Kindertageseinrichtungen besetzt werden. Die 2012 neu geschaffene „Fachstelle Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe (PEF:SB)“ des Referats für Jugend, Familie und Soziales unterstützt dabei die Fachkräfte in den Kitas der Stadt und der freien Träger, um dem hohen Anspruch des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) gerecht zu werden.

Qualitative Weiterentwicklung – zwei neue Familienzentren gehen an den Start

Die Qualität in Kindertageseinrichtungen zu fördern und weiterzuentwickeln, wurde in der Debatte um frühkindliche Bildung in den letzten Jahren häufig eingefordert. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass neben dem massiven Ausbau der Kindertageseinrichtungen auch eine entsprechende fachliche und konzeptionelle Weiterentwicklung notwendig sei, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Wissenschaft und Forschung, Fachkräfte und Träger, aber auch die Eltern waren und sind sich einig, dass es für die pädagogische Arbeit im Elementarbereich – und die damit verbundenen Herausforderungen – neuer und zukunftsweisender Bildungskonzepte und Angebotsformen bedarf. Die Stadt Nürnberg hat dies zum Anlass genommen, bereits im Jahr 2007 neben den Beschlüssen zum quantitativen Ausbau auch entsprechende Maßnahmen und Angebote zur qualitativen Weiterentwicklung auf den Weg zu bringen. In den Jahren 2008 bis 2013 wurden rund 11,8 Millionen Euro städtische Haushaltsmittel in den qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung investiert. Ziel war, die Bildungs- und Erziehungsqualität für Kinder, die Unterstützung für Familien sowie die Qualität der verschiedenen Angebotsformen von Bildung, Betreuung und Erziehung nicht nur zu sichern sondern noch zu erhöhen. So entstand beispielsweise ein flächendeckendes Netzwerk an Einrichtungen, die sich als **Haus der kleinen Forscher** (www.haus-der-kleinen-forscher.de) qualifizierten, weil sie entsprechende naturwissenschaftliche Angebote in den pädagogischen Alltag ihrer Kindertageseinrichtung konzeptionell verankerten. Ein besonderer fachlicher Schwerpunkt im Hinblick auf Elternunterstützung wurde mit der Umsetzung der Konzepte **Kitas als Orte für Familien** und **Familienzentren** gesetzt. Gezielt wurden die Kindertageseinrichtungen als Orte der Begegnung für Familien geöffnet. Familienzentren gehen dabei über das Konzept der „Kitas als Orte für Familien“ als Begegnungsort mit offenen Angeboten für Kinder, Eltern und Familien hinaus, indem sie auch Information und Beratung durch Fachdienste anbieten und die familienbezogenen Angebote im Stadtteil vernetzen. Erfreulicherweise konnten im Jahr 2013 zu den bereits bestehenden 19 „Kitas als Orte für Familien“ und den sieben Familienzentren zwei weitere Kindertageseinrichtungen sich zu einem Familienzentrum weiterentwickeln: das Familienzentrum „Mammut“ im Stadtteil Schoppershof und das Familienzentrum St. Ludwig in Gibitzenhof. Das Familienzentrum „Mammut“ konnte nach vielen Jahren der Planung und über zweijähriger Bauzeit im Jahr 2012 seinen Betrieb in der Schoppershofstraße aufnehmen. Insgesamt stehen in diesem Haus für Kinder im Alter von null bis zehn Jahren 174 Plätze zur Verfügung. Neben der Kindertageseinrichtung befinden sich auf dem Gelände auch eine städtische Erziehungsberatungsstelle und ein Aktivspielplatz. So kann sich der Standort „Mammutgelände“ zu einer zentralen Anlauf- und Begegnungsstätte im Stadtteil für Kinder, Jugendliche und Familien entwickeln. Im Herzen Gibitzenhofs ist mit dem Ersatzneubau und der Erweiterung einer bestehenden Kindertageseinrichtung das „Familienzentrum St. Ludwig“ in der Straßburger Straße entstanden, mit 48 Krippenplätzen, 100 Kindergarten- und 50 Hortplätzen. Neben diesem Familienzentrum befinden sich auf dem ehemaligen Areal des Franziskanerklosters unter anderem eine Fahrradwerkstatt, das Büro der Stadtteilkoordination und verschiedene andere Räume mit Angeboten zur Begegnung und Information für die im Stadtteil wohnenden Familien.

Im September 2013 beschloss der Jugendhilfeausschuss, den qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung für die Jahre 2014 bis 2018 fortzuschreiben. In Abstimmung mit den freien Trägern soll es dabei insbesondere um die Handlungsfelder Personalausstattung und Rahmenbedingungen, familienfreundliche Strukturen, Qualifizierung und Gewinnung von Fachkräften, qualitative Weiterentwicklung der Angebotsformen und Stärkung und Ausbau der Kooperationen gehen. Weiter sollen vor allem Kitas in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf gestärkt werden. Der Stadtrat stellte in seinen Etatberatungen für das Jahr 2014 einen um 600.000 Euro erhöhten Betrag für den neuen Maßnahmenkatalog bereit, so dass 2014 3,4 Mio. Euro für die qualitative Weiterentwicklung in Nürnberger Kitas eingesetzt werden können.

Elternbefragung 2011 in kommunalen Kitas

In Artikel 19 des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) ist als Voraussetzung für die Förderung von Kindertageseinrichtungen unter anderem die Durchführung einer jährlichen Qualitätssicherungsmaßnahme benannt. Gemeinsam mit den freien Trägern wurde im Jahr 2010 ein Verfahren für eine gemeinsame Elternbefragung abgestimmt. Es wurde vereinbart, dass die Befragung in einem ersten Schritt 2011 in den städtischen Einrichtungen stattfindet und danach trägerübergreifend zum Einsatz kommt. Diese gemeinsame Befragung begann Ende 2013. Auf Einrichtungsebene sollten die wesentlichen Rahmenbedingungen und pädagogischen Angebote der jeweiligen Einrichtung durch die Eltern bewertet werden. Die Ergebnisse dienen dann als Basis für die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des einrichtungsspezifischen Angebots. Nach der gemeinsamen Analyse und Bewertung zwischen Trägern, Einrichtungsleitungen und Eltern wurden in den kommunalen Kitas in Abstimmung mit den Elternbeiräten notwendige Maßnahmen festgelegt, um die Qualität zu steigern und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Inhalte der Befragung waren Öffnungszeiten, Betreuung während der Ferien, Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen und der pädagogischen Arbeit (Qualität und Quantität), Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kita (Qualität und Quantität) und statistische Fragen zum Kind und zur Familie.

Insgesamt wurden rund 6.400 Fragebögen an alle Eltern verteilt, deren Kinder im Dezember 2011 eine städtische Kindertageseinrichtung besuchten. Mit 3.125 Rückläufen konnten annähernd 50 Prozent der Eltern durch die Befragung

KLEINE FORSCHER
Naturwissenschaften und Technik für Mädchen und Jungen

FAMILIEN ZENTREN

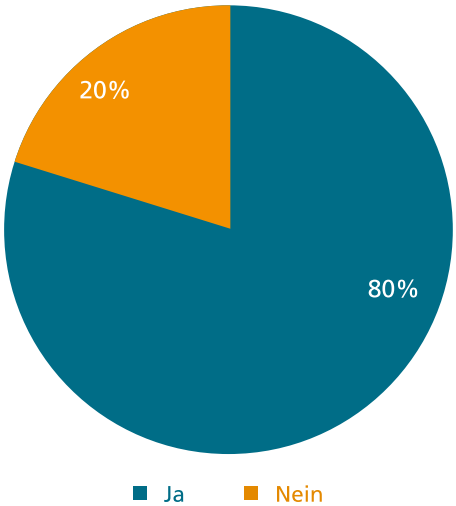
Kindertageseinrichtung als Ort für Familien

erreicht werden. Dieser Rücklauf ermöglichte eine aussagekräftige Aus- und Bewertung der Elternbefragung und lässt auf eine hohe Akzeptanz dieses Instruments schließen. Dem Jugendamt liegen nun erstmals eindeutige und auswertbare Ergebnisse und Daten vor, die ein differenziertes Stärken- und Schwächenprofil ermöglichen.

Neben in der Mehrzahl positiven Ergebnissen in den Bereichen Räume und Raumgestaltung, Freundlichkeit des Teams, Qualität der pädagogischen Arbeit (persönliche Entwicklung des Kindes, Sprachentwicklung und Förderung, Bewegungsangebote) und der Elternzusammenarbeit forderten die Befragten mehr und bessere Elternbildungsangebote. Als deutlichster Veränderungsbedarf wurde eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Krippen und Kindergärten benannt, insbesondere am Freitagnachmittag. Ab September 2014 werden deshalb im Rahmen eines Modellversuchs insgesamt elf Kindergärten und Krippen verlängerte einheitliche Öffnungszeiten, Montag bis Freitag von 7 bis 17 Uhr, anbieten. Die Kinderhorte öffnen in der Regel bereits täglich mindestens bis 17 Uhr. Zum Betriebsjahr 2015 sollen auf Grundlage dieses Probelaufs alle Kindertageseinrichtungen mit Ausnahme der eingruppigen Einrichtungen, verlängerte Öffnungszeiten anbieten.

Für die trägerübergreifende Befragung wurde der bestehende Fragebogen nochmals inhaltlich und redaktionell überarbeitet. Die Gesamtorganisation liegt dabei beim Jugendamt. Geplant ist, dass die trägerübergreifende Elternbefragung im Abstand von jeweils zwei bis drei Jahren durchgeführt wird. Dazwischen steht der Fragebogen den Einrichtungen für deren jährliche Qualitätssicherungsmaßnahme zur Verfügung.

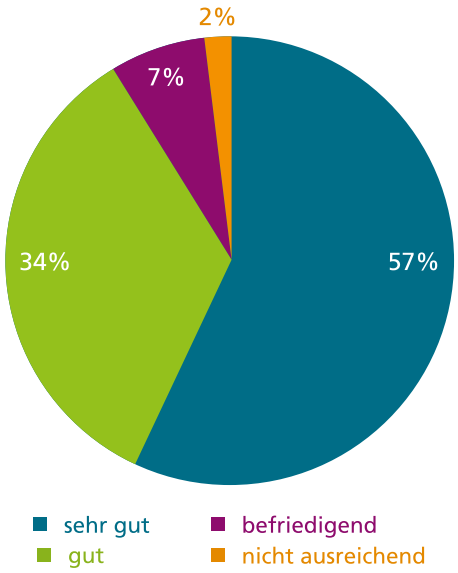
Entsprechen die Öffnungszeiten Ihrem Bedarf?



n=3039 Befragte

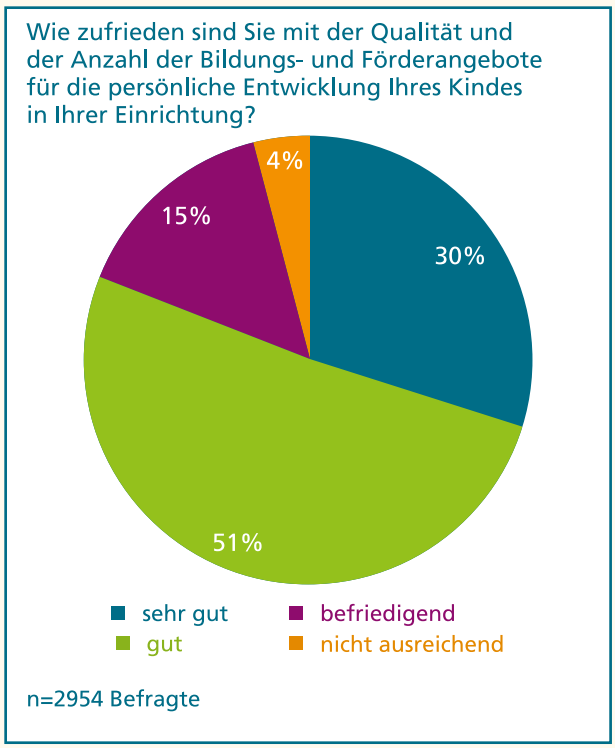
Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2011.

Wie zufrieden sind Sie mit der Freundlichkeit des Teams?



n=3069 Befragte

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2011.



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2011.

Qualifizierung und Bildungsangebote im Referat für Jugend, Familie und Soziales

Der Wandel fachlicher und rechtlicher Anforderungen in den Feldern der Bildung, Betreuung und Erziehung sowie in der Sozialen Arbeit führt zu vielfältigen Veränderungsprozessen und bedingt die Vermittlung neuen Wissens. Die **Fachstelle „Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe" – PEF:SB** im Referat für Jugend, Familie und Soziales versteht sich dabei als Bindeglied zwischen dem Orientierungsrahmen des Referats beziehungsweise der dort jährlich vereinbarten Zielsetzungen und den Fortbildungs- und Entwicklungsbedarfen der Mitarbeitenden.

Unter großer Beteiligung aller Dienststellen ist im Referat ein reichhaltiges Angebot an Fortbildungen, Veranstaltungen und Inhouse-Schulungen für die Jahre 2013 und 2014 entstanden. Die Fachstelle hat in enger Zusammenarbeit mit dem Personalamt, der Personalvertretung und den Dienststellen den Prozess einer zentralen und dezentralen Bedarfserhebung im Rahmen von Fortbildungskonferenzen auf den Weg gebracht. Die in diesem Abstimmungsprozess entwickelten Maßnahmen zur Fortbildung und Personalentwicklung bilden ein wichtiges Instrument für Führungskräfte im Umgang mit laufenden Veränderungen (etwa gesetzlicher oder struktureller Art) und sollen die Arbeitszufriedenheit sowie die Attraktivität des Geschäftsbereichs als Arbeitgeber fördern. Sie stärken aber auch das Gefühl von Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit ebenso wie die kommunale Vernetzung. Außerdem unterstützen sie die Übernahme der fachlichen Verantwortung als öffentlicher Träger im Sinne von Gewährleistung, fachlicher Planung und Steuerung.

Inhaltlich wurde der im letzten Jahr eingeschlagene Weg der Ausweitung des Angebots von der frühkindlichen Bildung auf

alle Bereiche des Referats weiter verfolgt. Der nunmehr schon zweite Fortbildungskatalog, das „Bildungsprogramm 2014“, enthält viele Veranstaltungen, Inhouse-Schulungen, Fachtagungen und Angebote der grundsätzlichen und aktuellen Jugend-, Familien-, Bildungs- sowie Sozialpolitik. Es richtet sich insbesondere an städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der sozialen Berufe und an Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, aber auch mit Angeboten in „offener Form“ an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Nürnberg, der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach oder an freie Träger. Es sollen damit alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit haben, an ihrem Arbeitsplatz kompetente Begleitung und Unterstützung für ihre Belange zu bekommen. Ein besonderes Augenmerk wird daher auch auf neue Kolleginnen und Kollegen gelegt, damit sie sich schnell im Referat „heimisch“ fühlen. Die bisherigen Erfahrungen aus der Pilotphase zeigen: Das Bildungsprogramm findet eine positive Resonanz.

Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration

Das Bundesprojekt **Frühe Chancen** wurde 2011 ins Leben gerufen und hat eine Laufzeit bis Ende 2014 mit dem Ziel, allen Kindern faire Chancen auf eine umfassende und frühe Förderung und Bildung zu eröffnen. Folgende drei Schwerpunktbereiche setzen entsprechend qualifizierte Zusatzkräfte in Kitas um:

- die sprachpädagogische Arbeit mit Kindern,
- die fachliche Beratung der Teams zur Sprachentwicklung und Sprachförderung der Kinder und der konzeptionellen Weiterentwicklung der Einrichtung in diesem Bereich
- sowie die Zusammenarbeit und Erziehungspartnerschaft mit den Eltern.

Zunächst erhielten fünf städtische Kitas für dieses Projekt eine Zusage, so dass im Juli 2011 fünf Mitarbeiterinnen mit je 19,5 Wochenarbeitsstunden eingesetzt werden konnten, schon ein Jahr später kamen drei weitere Kitas hinzu. Mittlerweile nehmen am Projekt teil: Kindergarten und Krippe Grünewaldstraße 18a, Kindergarten und Krippe Imbuschstraße, Kindergarten Matthäus-Herrmann-Platz, Haus für Kinder Regensburger Straße, Kindergarten Olgastraße, Haus für Kinder Franz-Reichel-Ring, Kindergarten und Krippe Heimerichstraße 42, Kindergarten und Krippe Hauchstraße.

Die Zielgruppe sind Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf, insbesondere mit Migrationshintergrund. Hinzu kommen Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien, die zu Hause zwar Deutsch sprechen, aber trotzdem besonderer Unterstützung im Spracherwerb bedürfen. So sollen auf diese Weise bildungsbenachteiligte Kinder unter drei Jahren frühe Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg erhalten. Die Kinder werden gezielt sprachlich gefördert und die Eltern zur Sprachförderung ihrer Kinder motiviert, informiert und beraten. Darüber hinaus richtet sich das Projekt an einige unserer Einrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (vgl. Leitlinie 8).

In regelmäßigen Abständen werden Daten und Arbeitsergebnisse der Fachkräfte in einem Monitoring per Online-System dokumentiert. Dabei zeigen sich in allen Schwerpunktbereichen deutliche positive Entwicklungen.

Projekt „Lebenswelt Konflikt“

Das aus Mitteln der Stadt Nürnberg zur Gewaltprävention geförderte Projekt, das bereits im Jahr 2000 startete, richtet sich sowohl an städtische als auch an Kitas in freier Trägerschaft sowie an Grundschulen. In diesem Projekt erfahren Kinder, aber auch Fach- und Lehrkräfte aus Kindergärten, Kinderhorten und Schulen innerhalb eines Jahres sowohl theoretische Hintergrundinformationen als auch praktische Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit Konflikten. In themenorientierten Projekten setzen sich die Kinder mit ihren Gefühlen und dem konstruktiven Umgang damit auseinander. Es werden zum Beispiel entsprechende „Orte“ geschaffen, sogenannte Angstecken, Wutzonen oder Trauernischen. Die Kinder erörtern mit den Fachkräften gemeinsam Fragestellungen, wie beispielsweise „Welches sind die eigenen persönlichen Grenzen?“ oder „Wie kann ich die Grenze meines Gegenübers wahrnehmen?“

In der Schule passt sich das Programm an die Bedürfnisse des Schulalltags an. Zusammen organisieren Kinder und Lehrkraft zum Beispiel eine besondere Klassenkonferenz, in der Konflikte während der Woche thematisiert werden können. Dabei werden die Grenzen und die Werte der Klassengemeinschaft angesprochen. Das Programm bietet sowohl Fortbildungen für die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrkräfte und die Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter an den Schulen, als auch Elternabende und Elterntrainings an.

Durch das Projekt entwickeln die Kinder bereits im Kindergartenalter eine umfassendere emotionale Sprachkompetenz und Reflexionsfähigkeit bei Konflikten. Im Hort- und Grundschulbereich lernen die Kinder, wie sie ihre emotionalen Kompetenzen konstruktiv nutzen. In den Teams der Kindertageseinrichtungen wirken sich die angebotenen Inhouse-Fortbildungen konstruktiv auf die Teamentwicklung aus. Die beteiligten Lehrkräfte erhalten in diesem Zeitraum eine fachliche Unterstützung für ihren schulischen Alltag, bei Bedarf auch Coachingeinheiten.

Durch die gemeinsamen Aktivitäten entwickeln sich dann weitere nachhaltige Kooperationen und Projekte.

Seit Projektbeginn haben insgesamt 13 Schulen und 51 Kitas, rund 3.200 Kinder und etwa 800 Eltern an „Lebenswelt Konflikt“ teilgenommen. Im Jahr 2012/2013 waren Grundschule und Hort Karl-Schönleben-Straße, der Hort Zugspitzstraße und die Kita Kerschensteinerstraße beteiligt, danach folgen 2013/2014 die Grundschule Birkenwald, der Hort Herriedenerstraße und der Kindergarten Nikodemus.

Weitere Informationen:
www.jugendamt.nuernberg.de/fachkraefte/projekt_lebenswelt.html

MUBIKIN – Musikalische Bildung für Kinder und Jugendliche in Nürnberg

MUBIKIN hat sich vorgenommen, alle Nürnberger Kinder und Jugendliche mit einer umfassenden musikalischen Bildung zu erreichen. Mittels der Einbindung in den pädagogischen Alltag können die Kinder in ihrer vertrauten Umgebung und als Gruppe aktivierende musikalische Erfahrungen machen. MUBIKIN ist ein kostenloses Angebot, bei dem Herkunft und soziales Umfeld der Kinder keine Rolle spielen. MUBIKIN will die Kinder über mehrere Jahre hinweg durchgehend musikalisch fördern – derzeit vom vorletzten Kindergartenjahr bis zur zweiten Grundschulklasse. Daher die Besonderheit: Grundschulen und Kindergärten eines Schulsprengels nehmen gemeinsam an MUBIKIN teil.

Bei den Kindergartenkindern geht es zunächst um die Freude am Musikhören und Musikmachen. Spielerisch werden elementare Erfahrungen mit Stimme, Körper und Instrumenten vermittelt. Die Lust aufs Zuhören, Mitmachen und Nachmachen entsteht außerdem in moderierten, interaktiven Kinderkonzerten. In der Grundschule vertiefen die Kinder, nach der musikalischen Grundausbildung der Jahrgangsstufe 1, ihre Kenntnisse in der zweiten Jahrgangsstufe, erproben den Gesang als Ausdrucksform oder erlernen in Musizierklassen ein Instrument. Kinder, die sich noch nicht für ein Instrument entscheiden können, probieren im Rahmen einer Orientierung verschiedene Möglichkeiten aus. Alle Instrumente stellt MUBIKIN kostenlos zur Verfügung. Das Projekt bietet verschiedene Module an – von der intensiven Qualifizierung der Fach- und Lehrkräfte in Kindergärten und Schulen im Bereich Musikpädagogik bis hin zum Unterricht in Kindergarten und Grundschule durch externe Fachlehrkräfte der Musikschule Nürnberg.

Im Schuljahr 2011/2012 startete MUBIKIN in den zwei Schulsprengeln Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule und Konrad-Groß-Grundschule zusammen mit elf Kindergärten und damit insgesamt 478 Kindern. Im Schuljahr 2012/2013 wurde MUBIKIN um die drei Schulsprengel Knauerschule, Volksschule Nürnberg-Eibach und Georg-Ledebour-Schule ausgeweitet. Dadurch beteiligten sich 2012/2013 neben den Schulen auch acht neue Kindergärten sowie zwei weitere im Schuljahr 2013/14, so dass aktuell beachtliche 1.600 Kinder durch MUBIKIN in ihrer Musikalität gefördert werden. Bereits zum Schuljahr 2014/2015 ist die nächste größere Ausweitung geplant.

Im November 2013 fand der **1. Fachtag zur musikalischen Bildung** statt. Als wichtigste Erfolgsfaktoren für gelingende musikalische Bildung wurden dabei das kompromisslose Bestehen auf der Qualität der Instrumente und pädagogischen Kräfte, die Einbettung in den Regelunterricht für alle Kinder und ein größeres staatliches Engagement bei der Wahrnehmung eines wirklich vielseitigen Bildungsauftrags identifiziert. Wegen der fruchtbaren fachlichen Diskussion und des großen Zuspruchs soll ein weiterer Fachtag stattfinden.

Die Stiftung Persönlichkeit, die Bouhon Stiftung, die Heilig-Geist-Spital-Stiftung und die Sigmund-Schuckert-Stiftung sowie die Stadt Nürnberg sind Hauptgeldgeberinnen für MUBIKIN. Organisatorisch wird MUBIKIN durch eine beachtenswerte Kooperation der Stiftung Persönlichkeit, der Bouhon-Stiftung, der Hochschule für Musik Nürnberg und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie verschiedener Geschäftsbereiche und Dienststellen der Stadt umgesetzt. Die MUBIKIN-Regiestelle ist dem Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg zugeordnet. Die Realisierung in den Schulen geschieht in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Staatlichen Schulamt.

Weitere Informationen:
www.mubikin.nuernberg.de

Integrierte Ganztagesbildung an der Ganztagesgrundschule St. Leonhard

Der Geschäftsbereich Schule beim 3. Bürgermeister sowie das Referat für Jugend, Familie und Soziales arbeiten weiter gemeinsam intensiv am Modell der „Integrierten Ganztagesbildung“ bei der Neukonzeption einer Grundschule im Stadtteil St. Leonhard. Diese Form der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule – zweier bisher doch recht unterschiedlich agierender Professionen – kann als innovativ angesehen werden. Auf Basis des Rahmenentwurfs für ein Gesamtkonzept „Integrierte Ganztagesbildung an der Ganztagesgrundschule St. Leonhard“ wurde von den beteiligten Geschäftsbereichen eine Planungsgruppe installiert, die zusammen mit dem beauftragten Architekturbüro Hausmann Architekten und der Bau- und Betriebsträgerin „WBG KOMMUNAL“ den Bau- und Planungsprozess voranbringt. Dort arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Nürnberg, der Stadtteileinrichtungen in St. Leonhard, des Staatlichen Schulamts in der Stadt Nürnberg und der Regierung von Mittelfranken gemeinsam an dem komplexen Planungsprozess. Die Planungsgruppe folgt dem Auftrag, den Innovations- und Veränderungsprozess voranzubringen mit dem Ziel, gute Rahmenbedingungen für das Aufwachsen der Kinder und eine neue Infrastruktur des Lernens zu schaffen. Ausgehend von gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen einer gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung für Kinder durch Eltern, Kommune, Schule und Jugendhilfe stellen sich die Beteiligten den Fragen, was es bedeutet in einem sozial belasteten Stadtteil Vielfalt zu leben, Beteiligung umzusetzen, Professionalität zu sichern und Bildungspolitik zu gestalten. 2016 wird die „Integrierte Ganztagesbildung“ in kommunal-staatlicher Verantwortung ihren Betrieb aufnehmen. Mit der Grundsteinlegung für das Gebäude im Oktober 2014 wird ein weiterer großer Meilenstein erreicht sein.

Über www.stadtteilforum.org können Interessierte die Rahmenkonzeption „Integrierte Ganztagesbildung an der Ganztagesgrundschule St. Leonhard“ abrufen.

Gute Nachfrage nach Bildung und Teilhabe

Das **Dienstleistungszentrum Bildung und Teilhabe** des Sozialamts, zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) 2011 eingerichtet, boomte im Berichtszeitraum weiter ungebrochen. Ende 2011 wurden 10.888 Kinder und Jugendliche gezählt, die Leistungen bezogen, am Jahresende 2012 waren es 12.083 und Ende 2013 waren es schon 13.328. Damit erhalten über 80 Prozent der statistisch erwartbaren Anspruchsberechtigten Bildungsgutscheine. Die Tatsache, dass auch noch drei Jahre nach Einführung des BuT-Pakets Zuwachsraten erreicht werden, spricht für das „Nürnberger Modell“, das die Leistungen aus einer Hand und so niedrigschwellig wie möglich erbringt – es ist ein Erfolgsmodell. Trotzdem gibt es noch zwei Gruppen, bei denen es sich lohnt, näher hinzusehen: Zum einen die knapp 20 Prozent Anspruchsberechtigten, die keine Anträge stellen, zum anderen die Kinder und Jugendlichen, die zwar Gutscheine beantragt haben, aber sie nicht einlösen. Daher soll im Laufe des Jahres 2014 eine Evaluationsstudie in Auftrag gegeben werden, die sich besonders auf diese beiden Gruppen konzentriert, aber auch die Umsetzung der Teilhabegutscheine im Blick hat, um zu sehen, welche Mitnahme- und Aktivierungseffekte sich in der Praxis ergeben.

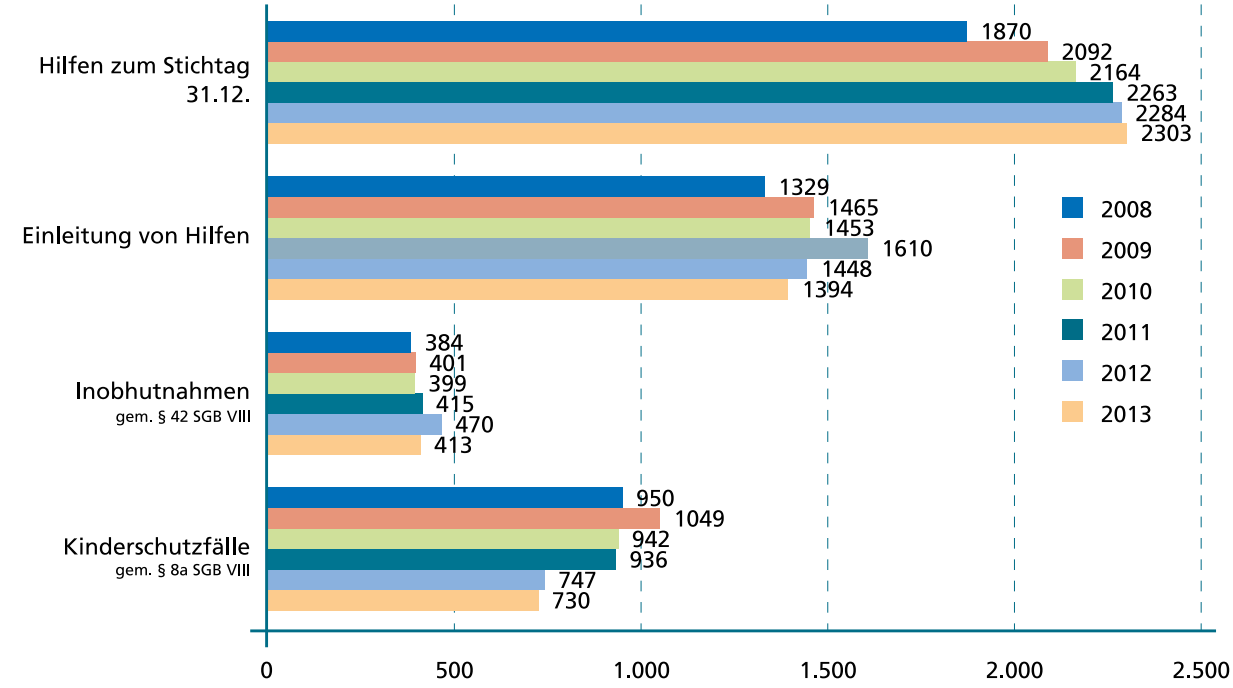
3. Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) tragen wir zur Durchsetzung ihrer Rechte auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit bei. Wir wollen die junge Generation stärken und schützen und nehmen dafür unsere gesetzliche Gesamtverantwortung durch systematische Jugendhilfeplanung und Steuerung wahr, treten in den relevanten Lebensbereichen junger Menschen für ihre Belange ein und bearbeiten aktiv Schnittstellen zu anderen Verantwortungsbereichen und Akteuren.

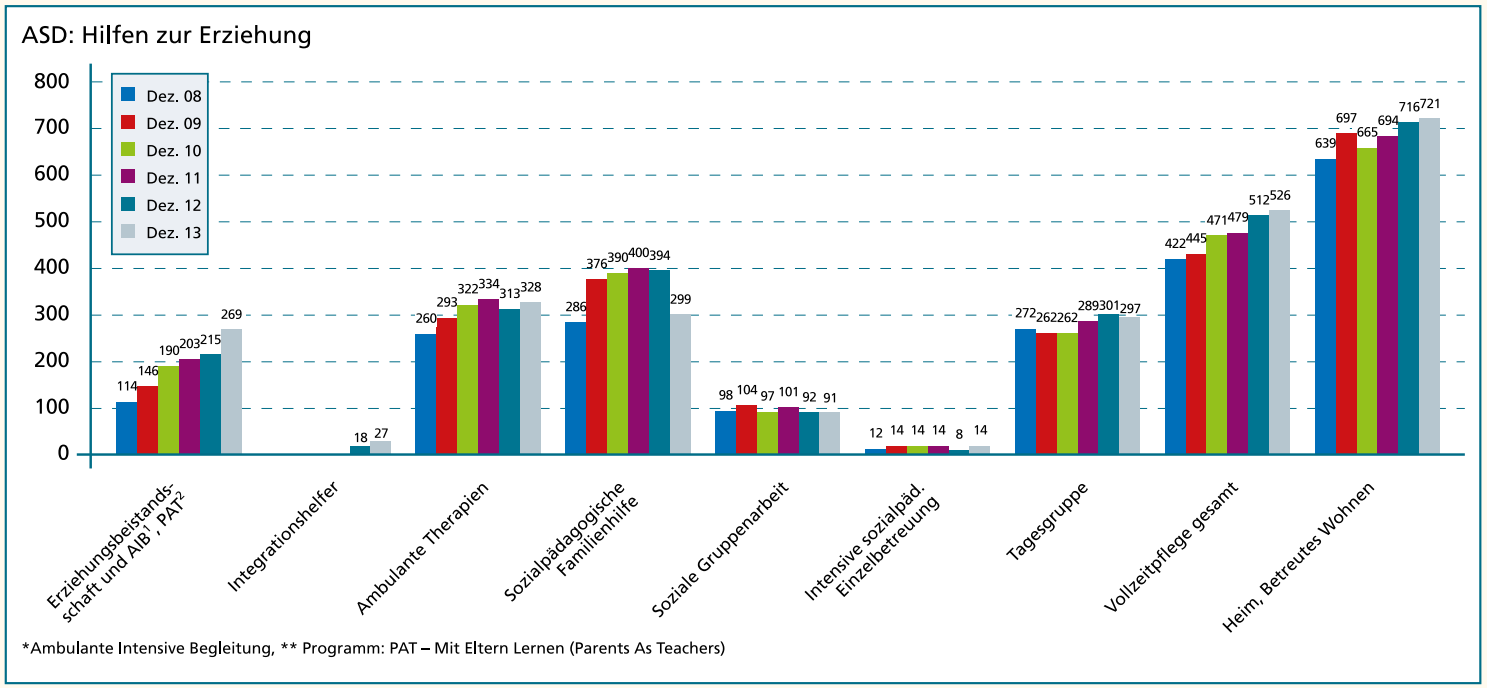
Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz

Das Aufgabenspektrum des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) hat sich in den letzten Jahren nicht grundlegend geändert. Insofern kommen im Rahmen des vorliegenden Berichts lediglich die Fallzahlentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung, der Kinderschutzfälle und der Inobhutnahmen zur Darstellung. Durch verschiedene interne steuernde Maßnahmen konnte die Fallzahlentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung stabilisiert werden. Dies soll allerdings nicht den Blick darauf verschließen, dass nicht steuerbare externe Faktoren, wie gesellschaftliche Veränderungen, Entwicklungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt, eine kausale und unmittelbare Wirkung auf die Hilfen zur Erziehung entfalten. Über 60 Prozent der Klientinnen und Klienten, die durch den ASD beraten und unterstützt werden, befinden sich im Sozialleistungstransfer. Dies zeigt sehr deutlich, dass prekäre finanzielle Lebenssituationen unmittelbar Einfluss auf die Beratungsleistungen des ASD nehmen, im Besonderen auf die Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen.

Aufgabenentwicklung des ASD: Kinderschutz, Inobhutnahmen, Hilfen zur Erziehung



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Auch die sich wandelnde Kinder- und Jugendhilfe nimmt starken Einfluss auf Angebot und Ausgestaltung von Erziehungshilfen. Es ist zukünftig von entscheidender Bedeutung, Akteure, Ressourcen und Verfahrensabläufe im Bildungs- und Erziehungssystem deutlicher miteinander zu vernetzen und in einen gemeinsamen Planungsprozess einzubinden. Systemübergreifende Kooperationen, wie sie zum Beispiel mit dem Projekt „Perspektiven für Familien“ (vgl. Leitlinie 5) bereits mit sehr großem Erfolg umgesetzt werden, sind weiter zu entwickeln, andere dagegen neu zu konzeptionieren, so an der Schnittstelle zwischen Schule, Erziehungshilfe und Ausbildung. Die Gestaltung des Wandels und die enger werdenden Kooperationen im Sozialraum sind einige der zukünftigen Herausforderungen, denen sich der ASD in den nächsten Jahren gerne stellen wird.

Kinder- und Jugendnotdienst

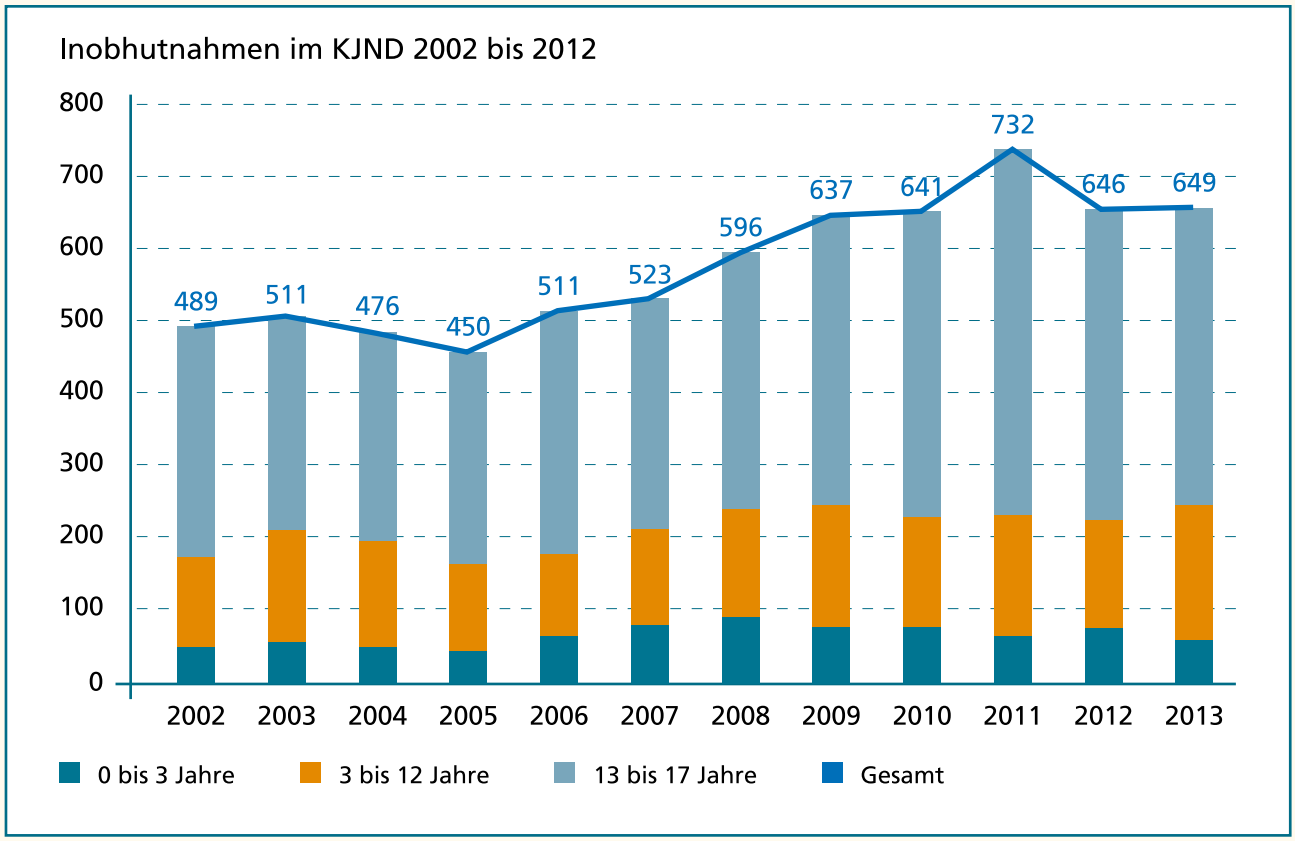
Der Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) ist ein wichtiger Bestandteil des Kinderschutzes in der Stadt Nürnberg. Außerhalb der Geschäftszeiten des Jugendamts ist er der stadtweite Ansprechpartner bei Kindeswohlgefährdungen und Krisensituationen und berät Kinder, Jugendliche, Bürgerinnen und Bürger, Polizei und andere Notdienste und stellt damit die Garantenpflicht des Jugendamts sicher. Der KJND wird seit 2002 in gemeinsamer Trägerschaft von Jugendamt und „Schlupfwinkel e.V. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ betrieben. Der KJND unterstützt Kinder und Jugendliche bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Rahmen von Beratung und Inobhutnahmen. Das Jugendamt berät Kinder und Jugendliche, wenn es die Situation erfordert, auch anonym. Der KJND steht an sieben Tagen die Woche rund um die Uhr zur Verfügung.

Außerhalb der Geschäftszeiten der Koordinierenden Kinderschutzstelle (KoKi), übernimmt der KJND die telefonische Beratung über die Hotline 231-33 33 des Jugendamts. Des Weiteren führt der KJND in seinen Räumlichkeiten ambulante Beratungen für Kinder, Jugendliche und Familien durch. Mobile Einsätze in den Familien werden durch einen Rufbereitschaftsdienst außerhalb der Geschäftszeiten ermöglicht.

Das zum 01. Januar 2012 in Kraft getretene **Bundeskinderschutzgesetz** brachte im KJND

Veränderungen: Für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe regelte bereits der § 8a SGB VIII in Fragen der Kindeswohlgefährdung die Beratung durch im Kinderschutz „insoweit erfahrene Fachkräfte“. Das Bundeskinderschutzgesetz räumt nun auch unterschiedlichen Berufsgruppen außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe einen solchen Anspruch auf Beratungsleistungen ein. Neben der bereits etablierten Beratung für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit an Schulen wurde nun der Personenkreis auch auf die im Schulbereich assoziierten Berufsgruppen wie Lehrkräfte, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Handwerksmeisterinnen und -meister und weitere betroffene Berufsgruppen erweitert.

Die **Qualitätsentwicklung nach § 79a SGB VIII** umfasst unter anderem Aufgaben im Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und die Entwicklung von Qualitätsmerkmalen für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und ihren Schutz vor Gewalt. Dementsprechend wurde das Verfahren bei Mitteilungen zur Kindeswohlgefährdung angepasst. Zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen zählen unter anderem Beteiligungskonzepte, die nun im KJND schrittweise eingeführt werden. Der Charakter der Inobhutnahme als kurzfristige Krisenintervention macht andere Modelle der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen notwendig, als sie in Gruppen mit festen Mitgliedern durchgeführt werden können. Neben den gruppenpädagogischen Aspekten ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an dem sie betreffenden Verfahren der Inobhutnahme ein grundsätzlicher konzeptioneller Baustein des KJND.



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Anteil selbstmeldender Kinder und Jugendlicher in 2012 und 2013

Jahr	Kindernotwohnung		Jugendschutzstelle	
2012	11	7%	85	20%
2013	17	8%	93	24%

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Inobhutnahmen im KJND 2013				
Herkunft	**Familiäre Bereitschafts-betreuung**	**Kindernotwohnung**	**Jugendschutzstelle**	**gesamt**
Nürnberg	45	162	168	225
Mittelfranken	5	50	127	182
Sonstige	0	2	41	43
Gesamt	**50**	**214**	**385**	**649**

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Zuständigkeit des Jugendamts Nürnberg für die Inobhutnahme von auswärtigen Kindern und Jugendlichen 2013				
	Familiäre Bereitschafts-betreuung	**Kindernotwohnung**	**Jugendschutzstelle**	**gesamt**
Zuständige Inobhut-nahme nach §87 SGB VIII in Nürnberg*	5	0	53	58
Fälle über Kooperati-onsjugendämter**	0	52	115	167
Auswärtige insgesamt	**5**	**52**	**168**	**255**

* §87 SGB VIII legt fest, dass für die Inobhutnahme eines Kindes oder Jugendlichen der örtliche Träger zuständig ist, in dessen Bereich sich das Kind oder der Jugendliche vor Beginn der Maßnahme tatsächlich aufhält. **In diesen Fällen wird der KJND von anderen Jugendämtern zur Unterbringung genutzt, weil bspw. keine Kapazitäten in eigenen Einrichtungen vorhanden sind oder es keine eigene Einrichtung gibt.

Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Koordinierende Kinderschutzstelle

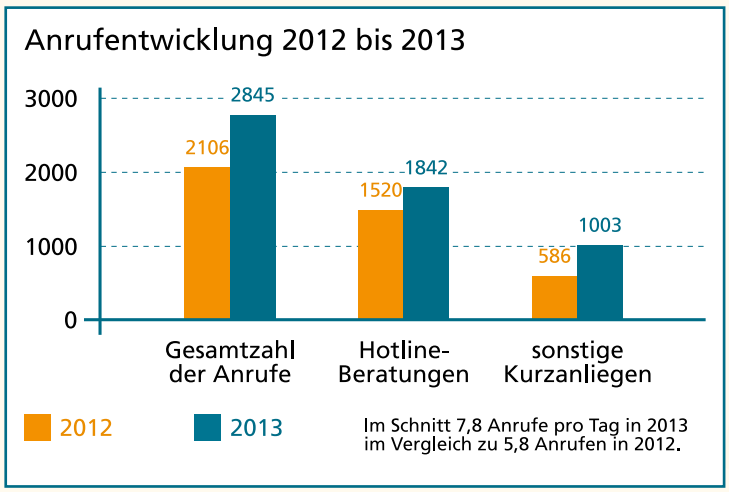
KoKi Netzwerk frühe Kindheit
www.sozialministerium.bayern.de

Die Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi) ist eine vom Bayerischen Sozialministerium geförderte Einrichtung des Jugendamts. Sie ist die zentrale Zugangs-, Vermittlungs- und Beratungsstelle für alle Fragen und Hilfen ab der Schwangerschaft bis zum Endes des dritten Lebensjahrs – den sogenannten „Frühen Hilfen“. Mit dem Schwerpunkt der Vermittlung „Früher Hilfen“ repräsentiert die KoKi im Gesamtgefüge des Kinderschutzes einen präventiven und frühzeitigen Hilfeansatz.

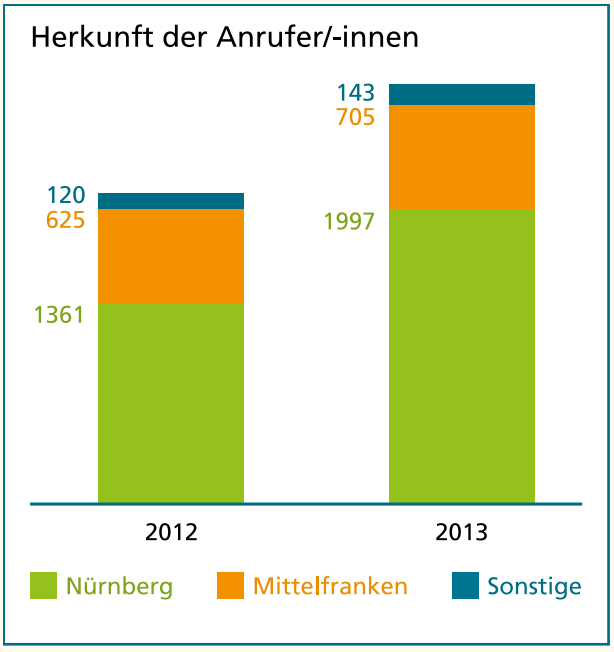
„Frühe Hilfen“ bieten Eltern alltagspraktische Unterstützung bei der Umstellung auf das Leben mit Kind und sollen insbesondere die Beziehungs- und Erziehungskompetenz von (werdenden) Müttern und Vätern fördern. Damit zielen sie darauf ab, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern in ihren Familien nachhaltig zu verbessern und zum gesunden Aufwachsen beizutragen. Sie beruhen auf multiprofessioneller Kooperation im lokalen Netzwerk, aber auch auf bürgerschaftlichem Engagement und fördern eine fach- und trägerübergreifende „Kooperationskultur“ auf lokaler Ebene. Damit tragen sie bereits in der frühesten Lebensphase eines Kindes zur Sicherung seines Rechts auf Schutz bei.

Die Umsetzung des **Bundeskinderschutzgesetzes** brachte in 2012 und 2013 weitere Aufgaben für die Koordinierende Kinderschutzstelle mit sich. Im Jahr 2012 wurde das „Persönliche Beratungsgespräch“ zur Umsetzung des Anspruchs auf Information über die Angebote im örtlichen Leistungsbereich für (werdende) Eltern eingeführt. Bekannt gemacht wird das Angebot über die Netzwerkpartner und über das Willkommenspaket (vgl. Leitlinie 1). Der Anspruch auf Beratungsleistungen durch im Kinderschutz besonders erfahrene Fachkräfte deckt für alle Berufsgruppen außerhalb des SGB VIII und des

Schuldiensts die KoKi ab. 2013 wurde mit der Umsetzung der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ ein weiterer Auftrag des Bundeskinderschutzgesetzes installiert. In Kooperation mit zwei freien Trägern kommen Familienhebammen in besonders belasteten Familien zum Einsatz. Die Steuerung und Planung der Einsätze obliegt den Fachkräften der KoKi.



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.



Quelle: Jugendamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Kinder- und Jugendarbeit

Im Jahr 2013 gab es, verteilt auf das ganze Stadtgebiet, insgesamt 46 kommunale Einrichtungen der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ und pädagogisch betreute Spielplätze. Im November 2013 konnte in der Uhlandstraße auf einer Teilfläche des ehemaligen Nordbahnhofs ein neues **Kinder- und Jugendhaus für die Nordstadt** eröffnet werden. In städtischer Trägerschaft gibt es somit

- 15 Kinder- und Jugendhäuser,
- ein Jugendbüro „TEAM Altstadt“,
- zehn Jugendtreffs,
- das Team „Mobile Jugendarbeit“,
- die City-Streetwork,
- die Streetworkprojekte Schniegling und Vogelherd,
- die Spielmobile „Mobbl“ und „Ratz“ und den „Äktschnbus“.

Schon 2012 eröffnete der Aktivspielplatz auf dem Mammutgelände in Schoppershof in Trägerschaft der Evangelischen Jugend Nürnberg (ejn). Die pädagogisch betreuten Spielplätze werden von freien Trägern betrieben, unterstützt durch Personal und Betriebsmittel des Jugendamts.

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nutzten 2012 486.720 Kinder und Jugendliche, der durchschnittliche Mädchenanteil lag bei circa 40 Prozent. Bei den Mobilen Angeboten war allerdings ein Rückgang zu beobachten, weil die „Mobile Jugendarbeit“ das komplette Kalenderjahr 2012 ohne die wichtigste Ressource, den rollenden Jugendtreff, auskommen musste. Dieser war kaputt gegangen und die Ersatzbeschaffung verzögerte sich leider. Durch die Sozialraumorientierung der Einrichtungen der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ sind die Zielgruppen so heterogen wie die Bevölkerungsstruktur im jeweiligen Stadtteil. So nutzen zum Beispiel das Kinder- und Jugendhaus „Gost“ in Gostenhof 87 Prozent Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, während nur ein Bruchteil junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte das Kinder- und Jugendhaus in Worzeldorf, „Red Box“, besucht.

Die „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ ist ein vielfältiger Erfahrungs- und Bildungsraum. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene finden die passenden Gegebenheiten vor, um ihre sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten zu entwickeln. Dabei geht es um den Erwerb von Kompetenzen, wie Kommunikations-, Kritik- und Kooperationsfähigkeit, Engagement, Empathie und interkulturelles Verständnis.
Um diese Ziele zu erreichen, sind **Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung** von jungen Menschen in der täglichen pädagogischen Praxis der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit selbstverständlich. Zum Beispiel sind im „Klüpfel“ in Wöhrd Jugendrat und Vollversammlung Gremien der Partizipation. Der Jugendrat wird von den Stammgästen demokratisch gewählt und hat zur Aufgabe, zwischen den Vollversammlungen die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten. Im „Klüpfel“ wird

zudem großer Wert darauf gelegt, Veranstaltungen und Fahrten mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam zu planen und zu organisieren. Die Kontinuität der Arbeit im Alltag steht im Zentrum der Angebotsstruktur der Einrichtungen, doch darüber hinaus ermöglichen Projekte, Veranstaltungen und Aktionen, neue Themen zu besetzen, alternative fachliche Wege zu erproben und Ressourcen Dritter zu akquirieren. Kulturelle und kreative Ansätze in der Kinder- und Jugendarbeit sind von besonderer Bedeutung. Die **Buch-Kinderarbeit** hat seit dem Frühjahr 2012 einen festen Platz im Angebot des Kinder- und Jugendhauses MIKADO in Neuröthenbach. In Kooperation mit der Birkenwald-Grundschule konnten bislang über 120 individuelle Bücher mit Bildern und Geschichten geschaffen werden. Die Buchkinderregel, „so wenig wie möglich vorsagen, vorzeichnen, vorschreiben", steht hierbei im Mittelpunkt. Im Juni 2013 wurde in Kooperation mit dem KinderKunstRaum (Amt für Kultur und Freizeit) die Ausstellung „Vom Schreiben, Drucken und Binden" in den Räumen des Kachelbaus/Kindermuseums gestaltet. Im Rahmen der Ausstellung gab es gemeinsam mit der Birkenwaldschule einen Workshop für interessierte Lehrkräfte sowie für Kolleginnen und Kollegen aus der „Offenen Arbeit in Kindertagesstätten".

Das Team des Kinder- und Jugendhauses „z.punkt" in Gebersdorf wurde für sein Projekt „Sicher surfen – Internetführerschein – web 2.0" mit dem **Schutzbengel Award 2013** der Aktion „Schutzbengel" der Rummelsberger Diakonie ausgezeichnet. Mit dem mit 4.000 Euro dotierten Social-Media-Preis würdigte der wissenschaftliche Beirat das im Baukastensystem angelegte Projekt zur Vermittlung von Medienkompetenz an Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 16 Jahren. In wiederkehrenden Einheiten werden alters- und entwicklungsgemäß Inhalte zum sicheren Umgang mit neuen Medien vermittelt.

Auch der **erste Leseclub Nürnbergs** ging Ende 2013 im Kinder- und Jugendhaus „z.punkt“ in Gebersdorf an den Start. In Kooperation mit der Stadtbibliothek Nürnberg, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, ausgeführt von der Stiftung Lesen, entstand in den Räumen des Kinder- und Jugendhauses ein bildungspädagogisches Leseangebot für 6- bis 12-jährige Kinder aus dem Stadtteil Gebersdorf. Das vielfältige Angebot an Büchern, Hörbüchern und E-Books wird vom Team der Einrichtung betreut und mit zahlreichen Angeboten wie Lesenächten, Vorlesewettbewerben, Vertonen von Büchern ergänzt. Das mindestens bis Ende 2015 angelegte Projekt will allen Kindern ein adäquates Lese(raum)angebot unterbreiten, dabei frühzeitig Bildungsbenachteiligungen entgegenwirken und so Zugänge für Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft schaffen.

Partizipation von Jugendlichen: „laut!“

Nürnberg misst der Partizipation von Jugendlichen große Bedeutung bei. Daher gibt es seit 2011 das Projekt „laut!“. Es versteht sich als Plattform, die es Jugendlichen ermöglicht, sich an den Geschicken ihrer Stadt zu beteiligen, ihre Anliegen in verschiedenen Formen einzubringen und zu artikulieren. Das Kooperationsprojekt zwischen Jugendamt, Kreisjugendring Nürnberg-Stadt und Medienzentrum Parabol konnte 2012 mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19. Juli 2012 und mit Beschluss des Stadtrats vom 26. September 2012 nachhaltig verstetigt werden. Damit ist das Partizipationsmodell für Jugendliche in Nürnberg fest etabliert.

Auf kommunaler Ebene soll eine heterogene Struktur zur Beteiligung von Jugendlichen aufgebaut werden. So gibt es die Module www.laut-nuernberg.de, „laut! TV“, „laut! vor Ort“ sowie „laut! Forum Live“:

- Die Online-Plattform www.laut-nuernberg.de ist ein Angebot für direkte Artikulation von Anliegen und Bedürfnissen Nürnberger Jugendlicher. Sie lädt zu diversen niedrigschwelligen Formen der Beteiligung via Internet ein und vernetzt als übergreifende Präsentationsplattform die Aktivitäten aller Bausteine dieses Projektes.
- **laut! TV** ist eine eigene, von Jugendlichen mitgestaltete Politiksendung, die Themen und Anliegen von Jugendlichen in Form von Filmeinspielungen präsentiert und anschließend mit Studiogästen diskutiert. Die Sendung wird in unregelmäßigen Abständen auf Franken Fernsehen ausgestrahlt.
- Die Bausteine **laut! vor Ort** und **laut! Forum Live** umfassen Beteiligungsformen direkter Kommunikation (face-to-face) und können zielgruppenspezifisch beziehungsweise sozialraumorientiert, etwa in Form von Jugendversammlungen oder stadtweit angelegt sein. So fand am 15. November 2013 im Kinder- und Jugendhaus „Luise – The Cultfactory“ das zweite

„laut! Forum Live“ statt. Hier stellten sich der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly sowie Stadträtinnen und Stadträte der Fraktionen den kritischen Fragen der anwesenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Außerdem konnte **laut! cash**, das Modul zur finanziellen Förderung von Mikroprojekten Jugendlicher durch den Projekt- und Initativenfonds des Referats für Jugend, Familie und Soziales aufgebaut werden. Aus diesem Etat sind alljährlich insgesamt 20.000 Euro für die Ideen Jugendlicher reserviert. Mit „laut! cash“ haben junge Menschen die Möglichkeit, eigenverantwortlich und ehrenamtlich kleine gemeinnützige Mikroprojekte umzusetzen. Ein konkretes Beispiel ist die Erweiterung des Skateboardparks Bauernfeindstraße. Die „Skateboardfreunde Nürnberg e.V.“ bekamen kostenlos einige Skateboard-Rampen aus Beton von der Stadt Neuburg a. d. Donau geschenkt und haben über „laut! cash“ finanzielle Unterstützung für den Transport und die Renovierung erhalten. Zusammen mit einer Fachfirma und den Jugendlichen vom Skatepark an der Münchner Straße wurden die Rampen aufbereitet, so dass sie wieder fast wie neu aussehen und den Skatepark aufwerten.

Dem Projekt „laut!“ gelang es 2012, Fördergelder über den Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Installation eines weiteren

Moduls, der **laut! Blah Blase**, zu erhalten. In kurzen Filmen erklärt eine Figur, aussehend wie eine Sprechblase, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Begriffe und Zusammenhänge aus Politik und Verwaltung in einfacher und jugendeigener Sprache und rundet damit das Gesamtprojekt „laut!“ ab. Das sogenannte „Blah-Blasen-ABC“ wird auf die Internetseite www.laut-nuernberg.de eingestellt und steht zugleich auch als eigenes Medium in Form einer DVD/CD zur Verfügung.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bpb) vergab 2013 den mit 10.000 Euro dotierten **Preis Politische Bildung** an „laut!". „laut!" ist somit auch für die Fachöffentlichkeit von großem Interesse und stand während des **Nürnberger Forums der Kinder- und Jugendarbeit 2013** im Mittelpunkt der Betrachtungen. Diese bundesweite, dreitägige Fachtagung existiert seit 1989 und dient dem grundsätzlichen Austausch über fachliche, konzeptionelle und methodische Grundlagen und Fragen der Kinder- und Jugendarbeit. Veranstaltet wird das Forum vom Jugendamt der Stadt Nürnberg, eingebunden in einen Kreis von Kooperationspartnern, wie den beiden sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Evangelischen Hochschule, der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt.

Das Forum beschäftigte sich unter anderem mit den Fragen: Wie positioniert sich kommunale Beteiligung im Spannungsfeld zwischen Fach- und Parteipolitik? Welche Voraussetzungen und Bedingungen müssen über die Ebene der Absichtserklärungen hinaus geschaffen werden, um bei den Nutzerinnen und Nutzern glaubwürdig zu sein und reale Beteiligung zu ermöglichen? Was darf Beteiligung kosten? Welche Ressourcen sind notwendig? Über welche Zuständigkeiten, Kompetenzen und Fähigkeiten müssten „Partizipations-Fachkräfte" verfügen? Die über 300 Teilnehmenden konnten bei der Tagung auch Partizipation in Echtzeit erproben: Mit einer Twitter-Wall, einer Online-Redaktion und einem Fernsehstudio wurden aktuelle Stimmen und Stimmungen der Tagung eingefangen und lebhafte Diskussionen angestoßen.

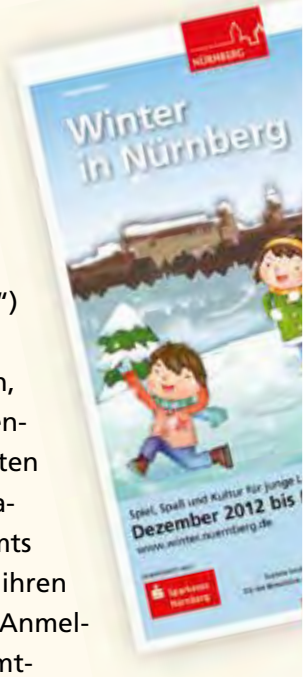
Weitere Informationen:
www.forum-jugendarbeit.nuernberg.de

Ferienprogramme

Die Ferienprogramme sind ein wichtiger Baustein für attraktive Freizeitgestaltung, aktive Erholung und außerschulische Bildung aller Nürnberger Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 16 Jahren. Mit über 470 Einzelveranstaltungen und Projekten bei rund 10.000 Teilnehmerplätzen gab es in den Pfingst- und Sommerferien 2013 eine breite Palette von Programmangeboten, die sportliche, handwerkliche und künstlerische Fähigkeiten förderten sowie kulturelles und soziales Lernen ermöglichten. Vom Bogenschießen bis Zumba, vom Netzstadtspiel bis zum Babysitter-Führerschein, es war für jeden Geschmack und in fast jedem Format etwas dabei.

Durch den forcierten Ausbau mehrtägiger Ferienangebote auf über 2.000 Plätze konnten vielen Eltern, die auf der Suche nach einer zuverlässigen Ferienbetreuung für ihr Kind waren, familienfreundliche Lösungen angeboten werden. Zunehmend an Bedeutung gewannen die über das Ferienprogramm bestehenden Möglichkeiten für Kinder, sich außerhalb des mit Leistungsdruck besetzten schulischen Alltags zwanglos auszuprobieren, Grenzen zu erfahren und „über sich hinaus zu wachsen“. Insbesondere mehrtägige Ferien-Camps verhalfen zu schönen Erfahrungen.

Mit hoher Resonanz gelang es auch, intergenerative Aktivitäten von Kindern, Eltern und Großeltern gemeinsam über organisierte kostengünstige Ferienangebote zu fördern. Aktuell sind Kooperationsprojekte mit Partnern der freien Wirtschaft erfolgreicher Bestandteil des Ferienprogramms: Siemens, und seit zwei Jahren KooMiKi („Kooperation Mitarbeiterkinder“) – ein Zusammenschluss von zehn großen Nürnberger Unternehmen, die ihrem Personal optimale Ferienbetreuungsplätze anbieten möchten – nutzen die Beratungs- und Organisationsressourcen des Jugendamts und bieten als Ausgleich dafür in ihren Angeboten Platzkontingente für Anmeldungen im Rahmen des Jugendamt-Ferienprogramms.



Um die Teilhabe aller Kinder zu ermöglichen, bestehen für Familien mit Sozialleistungsbezug zusätzliche Fördermöglichkeiten über den Nürnberg-Pass (vgl. Leitlinie 4). Diese Sonderkonditionen sind kombinierbar mit Bildungs- und Teilhabegutscheinen (vgl. Leitlinie 2). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Teilnahmezahlen um fast 50 Prozent an. So konnten wir erfreulicherweise sozial benachteiligte Kinder zu circa 1.500 Ferienaktionen einladen. Für Kinder mit Handicaps bleibt die Teilnahme am Ferienprogramm auch weiterhin generell kostenlos. Auch 2013 war das Ferienprogramm des Jugendamts

fester Bestandteil im Erziehungsalltag vieler Nürnberger Eltern: Es bietet Betreuungsunterstützung in der schulfreien Zeit, basierend auf dem Vertrauen, die eigenen Kinder in guten Händen zu wissen.

Weitere Informationen:
www.ferien.nuernberg.de

Prävention – Erzieherischer Kinder-und Jugendschutz

Zwischen den einzelnen Arbeitsfeldern des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes – ordnungsrechtlicher Jugendschutz, Jugendmedienschutz, Sucht-, Alkohol- und Gewaltprävention – existieren vielfältige Querbezüge und gemeinsame Schnittstellen, wie zum Beispiel in Hinblick auf Nutzungs- und Konsumverhalten im Bereich der nicht stoffgebundenen (möglichen) Suchtmittel. In diesem fachlichen Kontext findet seit 2011 verstärkt eine Diskussion unter den Stichpunkten Internet- und Computerspielsucht statt. Im Folgenden einige Kurzinformationen zu aktuellen Themen:

- **Ordnungsrechtlicher Kinder- und Jugendschutz am Beispiel der „16er-Discos“:** Bis 2010 fanden nur gelegentlich spezielle Partys für Minderjährige in kommerziellen Diskotheken statt, meist nur vor „stillen Tagen“. Seit Anfang 2011 haben in Nürnberg die 16er-Partys (Disco-Veranstaltungen für 16- und 17-jährige Jugendliche) stark zugenommen. Im Jahr 2013 wurden von drei Nürnberger Veranstaltern 93 Partys für diese Altersgruppe abgehalten, alle kommerziellen Nürnberger Discotheken bedienen nun diese Altersgruppe. Durch die Zunahme dieser Veranstaltungen und die damit verbundenen notwendigen Kontrollen durch Polizei und Behörden nahmen auch die Verstöße von Jugendlichen gegen die Vorgaben des Jugendschutzgeset-

zes zum Alkoholkonsum zu. Jedoch ist davon auszugehen, dass Alkoholkonsum, der vorher „versteckt“ – zum Beispiel auf privaten Feiern stattfand – nun öffentlich wird. Um zu erreichen, dass vor, während und nach den Discoveranstaltungen alle gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden, hat der Kinder- und Jugendschutz in Absprache mit dem Ordnungsamt, dem Polizeipräsidium Mittelfranken und den Veranstaltern sogenannte „Standards“ entwickelt. Sie beinhalten eine rechtzeitige Veranstaltungsanmeldung bei den Behörden, Vorgespräche mit allen Beteiligten bis hin zu Regelungen des Alkoholausschanks (keine harten Alkoholika oder abgetrennter Barbereich mit gesonderter Einlasskontrolle) und des Einsatzes der Security. Nach zögerlichem Beginn im Herbst 2012 und viel Arbeitsaufwand für Jugendamt und Ordnungsamt wurden im Laufe des Jahres 2013 meist nahezu alle Vorgaben erfüllt. Beständige Überprüfungen der „16er-Discos“ sind jedoch weiterhin erforderlich.

- **„Promille Guides“ – die Alkoholprävention der Stadt Nürnberg unterwegs im Nachtleben:** Das Nachtleben in Nürnberg wird zunehmend attraktiver für Minderjährige. Mit dem „Promille Guide“-Projekt reagiert die Alkoholprävention der Stadt Nürnberg bereits seit 2011 auf den häufig erhöhten Alkoholkonsum im Vorfeld und schickt speziell geschulte junge Erwachsene in der „Vorglühphase“ ins Gespräch mit den Jugendlichen. Die Entscheidung, an einem Abend keinen oder nur wenig Alkohol zu sich zu nehmen, kann im Beisein der Freunde und bei entsprechendem Gruppendruck schnell ins Wanken geraten. Die Peer-Aktion will diesen Entscheidungsprozess genau in dem Moment (re-) initiieren, in dem das „Vorglühen“ beginnt. Persönliche Gespräche auf „Augenhöhe“, Weitergabe von Informationen über mögliche Gefahren, Tipps für den Notfall durch nur wenig ältere Personen sollen die Entscheidung zu einem sichereren Alkoholkonsum oder gar Verzicht erleichtern.

- **Mobiles Internet, Apps und mehr – neue Herausforderungen für den Jugendmedienschutz:** Seit etwa zwei Jahren werden On- und Offlineangebote von Kindern und Jugendlichen zunehmend auch mobil genutzt. 41 Prozent der 12- bis 19- Jährigen nutzen regelmäßig das mobile Netz zum Chatten, zum Spielen oder für soziale Netzwerke wie Facebook. Die steigenden Verkaufszahlen von Smartphones und Tablets bestätigen diesen Trend. Dies hat Auswirkungen auf die notwendigen erzieherischen und technischen Rahmenbedingungen für einen sicheren „Surfraum“. Konnten Eltern bisher noch ansatzweise kontrollieren, auf welchen Seiten sich ihre Kinder aufhielten, ist dies bei mobilen Endgeräten kaum möglich, außer der Internetanschluss wird deaktiviert. Die ersten mobilen Jugendschutz-Filterlösungen sind derzeit erhältlich, jedoch meist nur für jüngere User. Viele Kinder und Jugendliche haben beim Kauf eines Smartphones auch vollen Zugang zu teilweise stark jugendgefährdenden Inhalten. Zudem ermöglichen mobile Programme (Apps) neue, auch kritisch zu sehende Formen der Kommunikation. Ein Beispiel hierfür ist „WhatsApp“, ein Chat-Programm, das die Chattenden über ihre Mobilfunknummer miteinander verbindet. Jugendliche, die normalerweise ihre Mobilfunknummer nicht im Netz herausgeben würden, veröffentlichen sie nun, um sich mit „WhatsApp“ zu verbinden und somit Bilder, Videos und Nachrichten kostenlos (im Gegensatz zur MMS/SMS) senden zu können. Auch ein schier unerschöpfliches Angebot weiterer Apps und die ständige Verfügbarkeit verändert Art

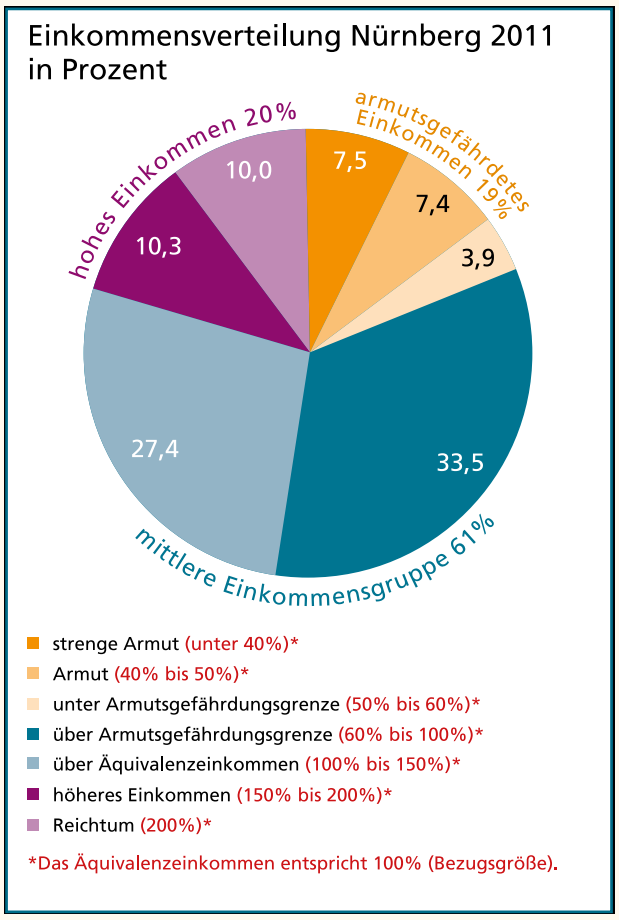
und Dauer der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. Noch ist nicht abzusehen, welchen Einfluss es auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat, dauerhaft erreichbar zu sein. In diesem Zusammenhang sind jugendschutzrelevante Themen, wie fehlende oder mangelhafte Alterskennzeichnungen für (Spiele-)Apps, Kosten für sogenannte In-App-Käufe, Mobbing per Videos und Facebook, sowie das Suchtpotential der Angebote relevant. Diese und weitere Entwicklungen haben Einfluss auf die Aufgaben des Jugendmedienschutzes und werden laufend in die bestehenden Angebote integriert.

- **K.O.-Tropfen – Thema für Gewalt- und Suchtprävention:** Das Jugendamt Nürnberg hat am 6. Juni 2013 in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und Schulausschusses zum Thema „K.O.-Tropfen: Aufklärung und Prävention“ berichtet. Neben gesundheitlichen Risiken bei regelmäßigem Eigenkonsum stehen mögliche Anschluss- und Folgedelikte (sexualisierte und sexuelle Gewalt) an Personen im Mittelpunkt, denen diese Substanz ohnen deren Wissen verabreicht wurde. Die Präventions-, Informations- und Beratungsangebote zum Thema „K.O.-Tropfen“ sollen bedarfsbezogen weiterentwickelt und adressaten-, geschlechts- und altersgruppenbezogen ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang wurde eine Präventions-Postkarte entwickelt, die auf der Vorderseite das mittlerweile bekannte Cocktail-Motiv

„K.O.cktail? Fiese Drogen im Glas“ zeigt. Auf der Rückseite werden, neben Verhaltenstipps zum eigenen Schutz, die in Nürnberg vorhandenen Beratungsstellen aufgelistet. Besonders erwähnenswert ist, dass in Nürnberg sowohl Beratungsstellen für Mädchen und Frauen als auch für Jungen und Männer existieren. Die Karte wurde an Einrichtungen der örtlichen Jugend- und Suchthilfe, Beratungsstellen, Polizei, Schulen mit dem Schwerpunkt Berufsschulen und Frauenärztinnen und Frauenärzte ausgegeben. Zwischen Weihnachten und Neujahr 2013/2014, also zu einem für diese Thematik sensiblen Zeitpunkt, erfolgte die Verteilung der Karte in 120 Diskotheken, Clubs, Bars, Musikkneipen und anderen „Szenetreffpunkten“ Nürnbergs. Im Jahr 2014 soll die Karte dort fünfmal zu relevanten Zeiten, wie beispielsweise Fasching, verteilt werden.

4. Armut bekämpfen, Chancen eröffnen

Etwa ein Fünftel der Nürnberger Bevölkerung lebt in Armut oder Armutsnähe, wie die Wohnungs- und Haushaltserhebung „Leben in Nürnberg 2011“ des Amts für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth ergab. Rund 55.000 Personen sind von Sozialleistungen abhängig. Dieser Anteil ist über die Jahre unverändert hoch. Auch die Faktoren, die zu Armut führen, blieben konstante Herausforderungen: Familien mit mehreren Kindern sind von Armut überdurchschnittlich betroffen, 22 Prozent davon leben unter der Armutsgrenze. Bei 36 Prozent der Alleinerziehenden-Haushalte liegt eine Armutsgefährdung vor. Ausländische Bürgerinnen und Bürger und Menschen mit Migrationshintergrund gehören mit einer Quote von 40 beziehungsweise 25 Prozent zu den stark von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen, wie auch Personen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung. Einige Stadtteile, vor allem jene mit besonderem Entwicklungsbedarf, weisen überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten auf (vgl. Leitlinie 8).

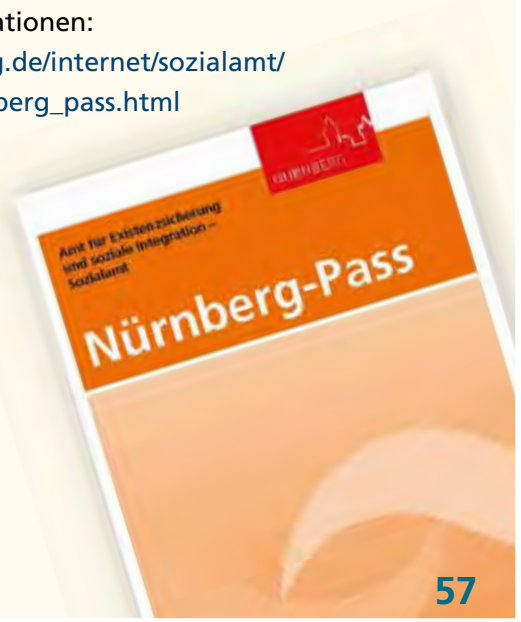


Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, Wohnungs- und Haushaltserhebung Leben in Nürnberg 2011.

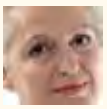
Der Nürnberg-Pass hilft

Der Nürnberg-Pass, zum Steuerungs- und Dialoginstrument der Armutsprävention ausgebaut, bietet materielle Vergünstigungen mit einer Vielzahl von Angeboten in den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung, Freizeit, Sport und im öffentlichen Nahverkehr für alle Altersgruppen. Für Kinder und Jugendliche ist die Mehrzahl der Angebote dem Bildungs- und Teilhabepaket zugeordnet (vgl. Leitlinie 2). Die Nutzungszahlen beim Nürnberg-Pass haben sich bei rund 38.000 Personen eingependelt, das sind circa 60 Prozent der Berechtigten. Der Verantwortliche für den Nürnberg-Pass ist in Facharbeitskreisen der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf unterwegs, um zu informieren, mit den Einrichtungen vor Ort zu kooperieren und um die Zielgruppen des Nürnberg-Passes noch besser zu erreichen. Aktuelle Infomaterialien werben für die Nutzung des Nürnberg-Passes und führen damit zu immer neuen Angeboten. So kamen beispielsweise gerade zwei Kinos als neue Kooperationspartner hinzu.

Weitere Informationen:
www.nuernberg.de/internet/sozialamt/projekte_nuernberg_pass.html



EnergieSparProjekt



Bereits seit 2008 bietet das EnergieSparProjekt (ESP) des Sozialamts Leistungsbeziehenden und Geringverdienenden kostenlose Energiesparberatungen an. Gefördert wird das Projekt durch kommunale Mittel der Armutsprävention und durch eine jährliche Zuwendung der N-ERGIE AG. Bislang haben sich mehr als 2.500 Haushalte beraten lassen und dadurch ihre Energiekosten um durchschnittlich 300 Euro jährlich senken können. Aufgrund des mittlerweile hohen Bekanntheitsgrads von ESP und des wachsenden Problemdrucks ist die Zahl der beratenen Personen im letzten Jahr deutlich gestiegen, und zwar von 402 Haushalten im Jahr 2012 auf 486 in 2013. Auffallend ist der im Vergleich zu den Vorjahren hohe Anteil an Menschen, die sich in extremen sozialen und wirtschaftlichen Notsituationen befinden. Der geschätzte Anteil dieser Gruppe an allen im Jahr 2013 beratenen Kundinnen und Kunden liegt bei rund 80 Prozent. Fast alle Haushalte, die im letzten Jahr das ESP nutzten, hatten Energieschulden, davon rund ein Fünftel im höheren vierstelligen Bereich. Die wichtigsten Maßnahmen zum Abbau vorhandener und zur Vermeidung neuer Energieschulden, die von den acht für das Projekt tätigen freiberuflichen Beratern und Beraterinnen durchgeführt oder veranlasst werden, sind:

- **Das Aufzeigen von Einsparmöglichkeiten** und das Verbraucherverhalten stehen im Mittelpunkt der Beratung, die sich meist über mehrere Termine erstreckt. Einsparmöglichkeiten erläutern die ESP-Beraterinnen und -Berater anschaulich in den Haushalten. Sie berechnen die durch ein verbessertes Nutzerverhalten zu erzielenden Einsparungen und motivieren die Menschen zu einem bewussteren Umgang mit Energie.
- **Sozialverträgliche Ratenplanverfahren** zur Vermeidung einer Energiesperre und zum Abbau von Energieschulden über die Jobcenter oder die städtischen Sozialdienste.
- **Berechnung der tatsächlich benötigten Heizkosten** als Grundlage für die Übernahme von Heizkostennachzahlungen und von über dem städtischen Richtwert liegenden monatlichen Heizkosten durch den jeweiligen Leistungsträger. Dies stellt eine der zentralen Maßnahmen in der Arbeit des ESP dar.
- **Beantragung des Mehrbedarfs für Warmwasser**, eine vielen Betroffenen zustehende, aber oft noch nicht berücksichtigte gesetzliche Leistung, die arme Haushalte finanziell entlastet.
- **Veranlassung des Wechsels in einen günstigeren Tarif**, da fast jeder zweite beratene Haushalt im Grundversorgungstarif ist. Allein der Wechsel in den günstigeren Vertragstarif führt zu einer Senkung der Energiekosten um bis zu acht Prozent.
- **Austausch von alten stromfressenden Haushaltsgeräten**, vor allem Kühlschränken, mit Spendenmitteln aus der Aktion „Freude für alle“ der Nürnberger Nachrichten. Im Jahr 2013 erhielten 52 Haushalte einen Zuschuss für den Kauf eines sparsamen neuen Geräts. Durch den Austausch alter Geräte spart ein Haushalt durchschnittlich 100 Euro pro Jahr an Energiekosten ein.
- **Kontaktaufnahme zum Vermieter beziehungsweise zur Vermieterin zur Behebung von Wohnungsmängeln** wie zum Beispiel defekten Heiz- und Warmwassergeräten, undichten Türen und Fenstern oder Schimmelbefall. Im vergangenen Jahr wurden rund 70 Vermieterinnen und Vermieter kontaktiert, bei der Hälfte war die Intervention erfolgreich. Insbesondere der Austausch von defekten Boilern und die Reparatur defekter Heizungen führten zu hohen Einsparungen.

Das Projekt ESP erreicht seine Zielgruppe und erfährt großen und stetig wachsenden Zuspruch. Es findet Anerkennung und wird bundesweit beachtet. Der große Umfang der Zielgruppe sowie der wachsende Problemdruck erfordern eine Verstetigung des Angebots.

Schuldenprävention bei jungen Menschen durch „mon€yCheck“

Das Projekt **mon€yCheck** wird gemeinsam getragen von Stadtmission, Jugendrotkreuz, der Jugendinformation des Kreisjugendrings, der Schuldnerberatung des Instituts für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) sowie dem Jugendamt. Der Stab Armutsprävention des Sozialamts koordiniert das Projekt im Rahmen der finanziellen Grundbildung. Der Umgang mit Geld und die Prävention von Schulden und Überschuldung ist ein wichtiger Baustein der Armutsprävention. Die Workshops, die mon€yCheck anbietet, richten sich an die Nürnberger allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen, die Jugendberufshilfe und an die Jugendverbände. Die Nachfrage kann sich sehen lassen: In den Berichtsjahren fanden 109 Veranstaltungen mit insgesamt 1.191 Teilnehmern und Teilnehmerinnen statt.

Alphabetisierung durch Alpha-Gutscheine

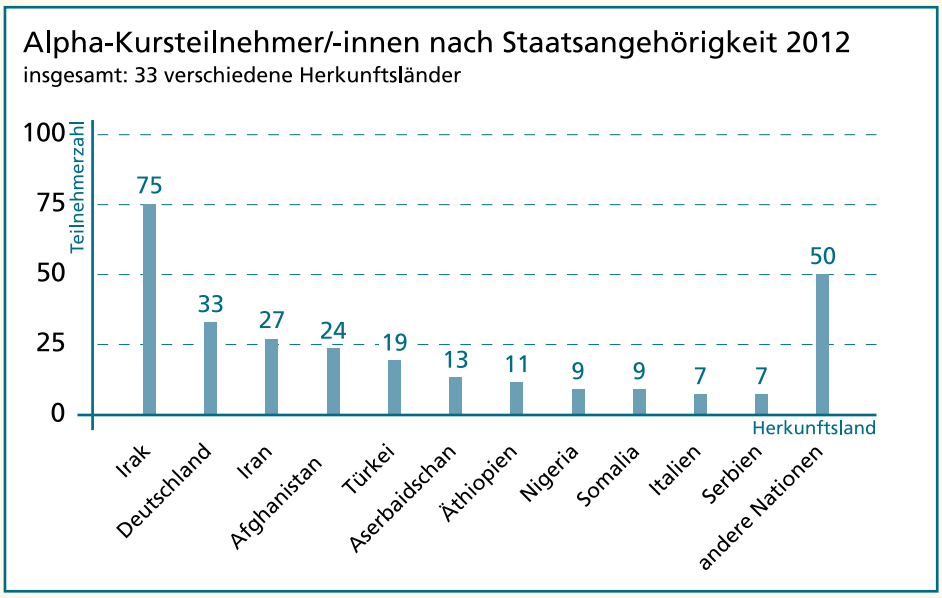
Bildungsarmut führt zu verfestigter Armut, die oft über Generationen weitergegeben wird. Deshalb werden vom Sozialamt seit 2009 Gutscheine zu ausgewählten Grundbildungs- und Alphabetisierungskursen des Bildungszentrums angeboten. Ohne die Beherrschung der Kulturtechniken Lesen und Schreiben bleibt die Aneignung von anderen Bildungsinhalten und lebenspraktischem Wissen versagt. Betroffene können schwer in den Arbeitsmarkt integriert werden und sind oft langfristig von Transferleistungen abhängig. Das Ziel ist, die Kosten-Hürde für Menschen mit geringem Einkommen abzubauen und diese in ihrer sozialen und beruflichen Integration zu unterstützen. Die Auswahl der geförderten Kurse erfolgt durch das Sozialamt in Absprache mit dem Bildungszentrum und orientiert sich am jeweiligen Kursangebot.

Das Sozialamt verteilt die Alpha-Gutscheine an Multiplikatoren, vorwiegend soziale Dienste, die im direkten Kontakt mit Menschen stehen, die Bedarf und Interesse an Alphabetisierung haben. Verfügt die Kundin beziehungsweise der Kunde über einen gültigen Nürnberg-Pass, werden 50 Prozent Ermäßigung der Kursgebühr vom Bildungszentrum gewährt. Zusammen mit dem Alphagutschein,

der die Kostenübernahme der verbleibenden 50 Prozent durch das Sozialamt regelt, ergibt sich eine vollständige Gebührenbefreiung für Menschen, die einen Nürnberg-Pass besitzen.

Es sind vor allem die Kooperationspartner aus dem Nürnberger „Netz gegen Armut“ wie Jobcenter, Arbeiterwohlfahrt, Bayerisches Rotes Kreuz, Caritasverband, Stadtmission, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Nürnberger Tafel, Jugendamt, die die Gutscheine an jene Menschen weitergeben, die zu ihnen kommen. Hinzu kommen Zielgruppenkontaktstellen wie der sozialpädagogische Fachdienst des Sozialamts, der Ausbildungsring ausländischer Unternehmer oder das Internationale Frauencafé. Diese Zielgruppe der Armutsprävention wird mittels Gutscheinvergabe durch Multiplikatorenstellen niedrigschwellig und nachhaltig erreicht, da dort der Alphabetisierungsbedarf identifiziert, zum passenden Lerninhalt beraten, gegebenenfalls bei der Suche nach einer Kinderbetreuung geholfen und zur Kursteilnahme motiviert wird.

Die Alphabetisierungsgutscheine werden immer stärker genutzt. Waren es 2009 insgesamt 97 eingelöste Gutscheine, so wurden im Jahr 2012 insgesamt 284 und im Jahr 2013 schließlich 426 Gutscheine zum kostenfreien Besuch eines Alphabetisierungs- und Grundbildungskurses abgerechnet. Frauen nutzen die Gutscheine häufiger als Männer. Eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit hatten im Jahr 2012 88 Prozent der Nutzer und Nutzerinnen.



Quelle: Sozialamt der Stadt Nürnberg, 2012.

Die Grenzen zwischen der Aneignung der deutschen Sprache und der Alphabetisierung sind in der Praxis fließend. So schätzen die Kundinnen und Kunden der Migrationsberatungsstellen die Möglichkeit, durch die Alpha-Gutscheine kostengünstig Grundkenntnisse der Integrationskurse aufzufrischen oder zu vertiefen. Ebenso kann, wer den Nürnberg-Pass besitzt und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, Wartezeiten bis zur Teilnahme an einem Integrationskurs zum strukturierten Lernen von Sprache und Schrift sinnvoll nutzen.

Die Schulmittelaktion im „Netz gegen Armut“

Seit 2007 organisieren die Mitglieder im Nürnberger „Netz gegen Armut“ jährlich die Schulmittelaktion – eine Aktion, die durch Sachspenden hilft. Die „Schulmittelaktion“ unterstützt Familien mit Schulkindern bei der Basisausstattung mit Schulmaterial zum neuen Schuljahr. Jede nachweislich bedürftige Familie mit Schulkind, egal welchen Alters, kann die Spendenausgabe nutzen. Der Bedarf der Kinder an Schulmaterial geht weit über Hefte, Stifte und eine Büchertasche hinaus. Deshalb stellt die „Schulmittelsammlung“ eine wichtige Ergänzung zu den Geldleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket dar (vgl. Leitlinie 2). Nach einem Aufruf des Oberbürgermeisters an große Nürnberger Firmen gehen regelmäßig Geld- und Sachspenden ein. Das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband Nürnberg-Stadt, ist die Drehscheibe der Aktion. Es sammelt die Sachspenden, kauft von den Geldspenden neue Schulmittel hinzu und organisiert die Ausgabe an bedürftige Familien. Die Information der Spendenempfangenden erfolgt über das Jugendamt, das

Jobcenter und einschlägige Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände im Netz gegen Armut. So konnten 2012 und 2013 insgesamt jeweils rund 900 Kinder mit Hilfe der Spenden gut ausgestattet in das neue Schuljahr starten. Durch das stetig wachsende Engagement von Privatpersonen und Unternehmen gehen inzwischen Zuwendungen in erheblichem Umfang ein. Die zusätzlichen Geldspenden sind von Jahr zu Jahr angestiegen und betrugen 13.900 Euro (2012) und 22.000 Euro (2013). Dank einer zusätzlichen

Einzelspende standen 2013 hundert neue Büchertaschen mit Erstausstattung bereit, die noch im September kurzfristig verteilt werden konnten.

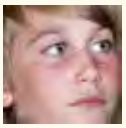
Armut im Alter – Spendenaktion für die Mittagstische für ältere Menschen

Am 11. April 2013 fand „auf AEG“ die zweite Benefizveranstaltung zur Finanzierung des bezuschussten Mittagstischs für von Armut betroffene Seniorinnen und Senioren statt. Das Nürnberger Forum Altenhilfe, ein Zusammenschluss von öffentlichen und freien Trägern der Wohlfahrtspflege, hatte zu dieser Abendveranstaltung eingeladen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von freien Trägern und des Sozialpädagogischen Fachdienstes haben die Benefizaktion organisiert mit dem Ziel, die weitere Finanzierung der Mittagstische sicher zu stellen.

Der fränkische Kabarettist Matthias Egersdörfer versteigerte zahlreiche Kunstwerke von Künstlern und Künstlerinnen aus der Region (unter anderem Bilder von Peter Angermann und Anke Hellmich), die diese kostenlos zur Verfügung gestellt hatten. Diese Aktion fand bei gutem Essen, mit musikalischer Untermalung durch Ernst Schultz & die Wundertüte statt. Allein durch das unterhaltsame und kurzweilige Benefiz-Event konnten etwa 6.500 Euro eingenommen werden. Der bezuschusste Mittagstisch für ältere Menschen wird nicht über öffentliche Mittel finanziert, sondern vorwiegend durch bürgerschaftliches Engagement, Benefizaktionen und Spendengelder. Dadurch haben ältere Menschen mit Nürnberg-Pass die Möglichkeit, bei einem der 27 bestehenden Anbieter günstig zu essen und in den Genuss einer ausgewogenen und gesunden Kost zu kommen. Die Zielrichtung dieser Aktion geht aber weiter: Sie wirkt durch Kommunikations- und Begegnungsförderung einer Vereinsamung im Alter entgegen und fördert die Teilhabe am Leben im Stadtteil. Gleichzeitig haben die Essensgäste Zugang zu verschiedenen Beratungs- und Informationsangeboten, die auf ihre Lebenssituation ausgelegt sind.

Der bezuschusste Mittagstisch ist ein Erfolgsmodell: Zu Beginn (4. Quartal 2009) wurden noch

293 Essen ausgegeben; diese Zahl hat sich stetig gesteigert und liegt mittlerweile bei circa 1.450 Essen pro Quartal. Der Erfolg zeigt aber auch, dass es nötig ist, etwas gegen die wachsende Altersarmut zu unternehmen. So steigt die Zahl der Menschen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Ende Dezember 2013 bezogen in Nürnberg 5.882 Menschen diese Sozialleistung. Die Benefizveranstaltung zeigte auch deutlich, wie zielgerichtet und eng die Akteure der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege in Nürnberg zusammenarbeiten.



Die 3. Nürnberger Armutskonferenz 2013

Lange und ausgiebig wurde auf politischer Ebene über Regelbedarfe für Kinder in Armut debattiert. Das Ergebnis ist das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung (vgl. Leitlinie 2). Für arme Kinder geht es aber um mehr als Geld, das für Essen oder Bildung fehlt oder gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Was macht es mit Kindern, wenn deren Eltern keine Arbeit haben? Wie groß ist die Belastung, wenn täglich über Geld gesprochen oder gestritten wird? Wie sehr fehlen Kindern die Identifikation und das Prestige der elterlichen Berufstätigkeit? Machen Sie alles mit sich selbst aus oder wer erklärt ihnen die Situation und hilft ihnen, sie altersgemäß zu verarbeiten? Können Eltern die Zeit der Arbeitslosigkeit für ihre Kinder nutzbar machen oder überlagert dies der „Stress der Armut“?

Was schützt Kinder vor sozialen, psychischen und gesundheitlichen Problemen? Was kann eine Stadt tun, um den Kindern zu helfen?

Die 3. Nürnberger Armutskonferenz zum Thema „Kinderarmut in der Erwerbsgesellschaft – Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Kinder und Jugendliche. Wissenschaft – Politik – Praxis“ suchte am 16. und 17. September 2013 aus der Sicht verschiedener Professionen Antworten auf diese und weitere Fragen. Sie präsentierte Projekte, die sich den Herausforderungen stellen. Der Blick der Konferenz ging weit über Nürnberg hinaus, zum Beispiel nach Bremen, nach Leipzig und nach Dortmund. Die Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und auch mit der Evangelischen Hochschule Nürnberg erwies sich als äußerst fruchtbar für den Theorie-Praxis-Austausch.

Das Interesse der Fachöffentlichkeit gab den Planungen recht: Über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Großraum Nürnberg, aber auch aus anderen deutschen Großstädten, übertrafen die Erwartungen und füllten das Audimax der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. Die Ergebnisse der Konferenz werden im Laufe des ersten Halbjahrs 2014 in einer Dokumentation zusammengefasst, die dann auf den Internetseiten des Sozialamts abgerufen werden kann.

5 Jahre Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg: „Armen Kindern Zukunft geben!“

Rund 5 Jahre nach Verabschiedung des Nürnberger Arbeitsprogramms gegen Kinderarmut im Jugendhilfeausschuss im Jahr 2008 wurde über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen in den zehn Handlungsfeldern des Programms berichtet. Motto und Auftrag seit Beginn des Arbeitsprogramms ist: „Aus einer Kindheit in Armut darf nicht eine lebenslange Benachteiligung entstehen.“ Von den rund 38.000 Menschen, die den Nürnberg-Pass nutzen, befinden sich 6.567 Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren. Es gibt Projekte in allen zehn Handlungsfeldern des Programms, zur „Willkommenskultur“, zur Gesundheitsförderung, zur schulischen Förderung oder zur Teilhabe an Kultur, Sport und in der Freizeit. In der Summe werden Tausende Kinder jährlich von den Angeboten erreicht, mit wachsender Tendenz. So ist beispielsweise die Zahl der Buchungen mit Nürnberg-Pass beim Ferienprogramm des Jugendamts von 1.038 (2012) auf 1.500 (2013) gestiegen (vgl. Leitlinie 3).

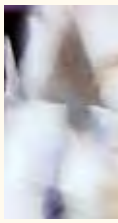
Alle Einzelmaßnahmen und Projekte sollen in weiterer Konsequenz zur Ausgestaltung von sogenannten Präventionsketten führen. Das heißt, ineinandergreifende Angebote und Hilfen sollen die Risiken im Kindes- und Jugendalter mindern, Resilienz stärken und Übergänge gelingen lassen, bis hin zu einer Einmündung in eine berufliche Tätigkeit, die den Potentialen der jungen Menschen entspricht und ihren späteren Lebensunterhalt sicher stellen sollte. Eine Evaluation[1] des Arbeitsprogramms aus dem Jahr 2013 stellte fest: „Das Nürnberger Arbeitsprogramm ist ein sehr gutes und sehr klares [...] ganzheitlich orientiertes Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut, das [...] an den richtigen „Hebeln“ ansetzt. Der Nürnberger Weg war in Deutschland für Großstädte eines der besten und kompaktesten Programme.“ (S. 67). Das Programm wurde beständig ausgebaut und umgesetzt. Bedingt durch aktuelle Entwicklungen, insbesondere die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets und der vorliegenden Erfahrungen in Nürnberg und anderen Kommunen, bedarf es der Überarbeitung und der weiterhin langfristig konsequenten Umsetzung.

[1] Wüstendörfer, Werner, 2013: Armen Kindern Zukunft geben! Das Nürnberger Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut – eine formative Evaluierung, Nürnberg.

Modellprojekt „Mobil in der Kita“

Das 2013 gestartete Projekt „Mobil in der Kita“, das zu einem frühzeitigen sicheren Fahrradfahren befähigen soll, wird in 16 Kindertageseinrichtungen durchgeführt, davon zwölf in Kitas, die in sozial höher belasteten Stadtteilen liegen. Das Fahrrad ist in der Stadt ein effektives, umweltfreundliches und kostengünstiges Fortbewegungsmittel, dessen sicherer Gebrauch den Kindern so früh wie möglich nahe gebracht werden soll. Wichtiges Anliegen des Projekts ist dabei die Einbeziehung der gesamten Familie in die Aktivitäten rund ums Fahrrad. Damit soll ein aktives gemeinsames Freizeitverhalten von Kindern und Eltern gefördert werden. Gleichzeitig soll die Teilnahme am Projekt zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr führen und damit Unfällen vorbeugen.

Nach einer umfangreichen Vorbereitung (Schulungen der Kita-Fachkräfte, Ausstattung der Kitas mit qualitativ hochwertigen Rollern, Lauf- und Fahrrädern, Fahrradhelmen, Werkzeug und Bilderbüchern) können die Kinder seit Oktober 2013 auf den geschützten Einrichtungsgeländen der beteiligten Kitas spielerisch Roller- und Laufradfahren üben. Wenn genügend Sicherheit bei den Kindern vorhanden ist, geht es weiter mit dem Ausprobieren und selbständigen Fahrradfahren und bei Schulkindern auch mit Freizeitausflügen. Die Fahrradkurse für die Eltern, die vom ADFC durchgeführt werden, beginnen etwas zeitversetzt, ebenso die Putz- und Werkstatttage, mit denen Familien zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit dem Fahrrad motiviert werden sollen. Die Eltern können sich dafür die Fahrräder des regionalen Leihsystems „NorisBike“ kostenlos ausleihen. Nach Projektende erstellt die Projektleiterin eine Handreichung mit konkreten Handlungsempfehlungen für Kitas, um Kinder und ihre Eltern für das Radfahren zu begeistern.



Das auf zwei Jahre angelegte Modellprojekt wird vom Bundesverkehrsministerium gefördert und erhält zusätzlich kommunale Mittel und Spenden. Partner des Projekts sind das kommunale Verkehrsplanungsamt, der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und die Verkehrserziehung der Nürnberger Verkehrspolizeiinspektion. Die Partner bieten den Mitarbeitenden in den Kitas fachliche Unterstützung und tragen damit entscheidend zum Erfolg des Projekts bei. Das Projekt wird mit Mitteln der Bundesanstalt für Straßenwesen wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Erfreulicherweise haben bereits alle Einrichtungen zugesagt, das Angebot über den Projektzeitraum hinaus weiterzuführen und weiterzuentwickeln, um die familiäre Mobilität, besonders für ärmere Familien, nachhaltig zu fördern.

Drogenhilfe: Neue Probleme – neue Wege

Immer neue Drogen und Suchtmittel wie Kräutermischungen oder Crystal kommen auf den Markt. In Verbindung mit den etablierten legalen und illegalen Drogen wie Alkohol und Heroin sieht sich die Drogenhilfe in Nürnberg mit einer besorgniserregenden Steigerung der Drogentodesfälle von 13 Personen (2012) auf 30 Personen (2013) konfrontiert. Alle bewährten Formen der Beratung und insbesondere der Aufklärung und Prävention wurden intensiviert. Aber auch neue Wege wurden beschritten. So gibt es seit einigen Jahren sogenannte Drogennotfalltrainings, die vor den Risiken des Drogenkonsums warnen und den Betroffenen und

ihren Angehörigen lebensrettende Maßnahmen vermitteln. Im vergangenen Jahr fanden solche Trainings erstmals öffentlichkeitswirksam im Bereich des Nürnberger Hauptbahnhofs in einem Sanitätszelt der Johanniter-Unfallhilfe statt.

5. Beschäftigung ermöglichen

Seinen Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik sieht das Referat für Jugend, Familie und Soziales darin, Gestaltungsspielräume für die kommunale Sozialpolitik einzufordern, um in Kooperation mit anderen Ebenen und Akteuren allen Menschen Beschäftigung zu ermöglichen. Zielgruppen kommunaler Initiativen und Maßnahmen sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildungsplatz, Langzeitarbeitslose und niedrig Qualifizierte sowie Gruppen, die besondere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben, wie Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund.

Nürnberg weist mit circa 279.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitskräften den höchsten Beschäftigungsstand seit vielen Jahren auf. Diese setzen sich zusammen aus circa 208.000 Vollzeit- und rund 71.000 Teilzeitbeschäftigten. Geringfügig beschäftigt (sogenannte „Minijobber“) waren zum selben Zeitpunkt knapp 57.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen (circa 61 Prozent). Knapp 33.000 davon waren ausschließlich geringfügig beschäftigt, darunter knapp 65 Prozent Frauen. Die Anzahl der Zeit- und Leiharbeitskräfte schwankt in Nürnberg, konjunkturell bedingt, zwischen 12.000 und 16.000 Personen. Deren Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen liegt mit knapp 5 Prozent im Vergleich anderer Großstädte auf einem sehr hohen Niveau.

Nürnberg weist die höchste Arbeitslosenquote in Bayern auf (8,1 Prozent im Januar 2014). Ein Drittel der Betroffenen sind langzeitarbeitslos. Fast 46.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene befinden sich im Leistungsbezug des SGB II. Die in der Stadtratssitzung im März 2013 diskutierte „Analyse der Arbeitsmarktsituation in Nürnberg und ihre Folgen für die Stadt“, erstellt vom Referat für Jugend, Familie und Soziales und vom Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg, zeigte unter anderem, ausgehend vom Jahr 2007, dass im Bereich der SGB-II-Arbeitslosen ein Rückgang um 6.000 Personen (rund 30 Prozent) auf etwas über 14.000 Personen im Jahr 2012 zu verzeichnen war. Die SGB-II-Quote betrug somit im Jahr 2007 noch 13,3 Prozent und sank im Jahr 2012 auf 11,2 Prozent. Nürnberg weist damit im Vergleich der 16 größten deutschen Großstädte nach München (6,1 Prozent) und Stuttgart (8 Prozent) die drittniedrigste SGB-II-Quote auf.

Die Arbeitsmarktlage in Nürnberg – wie auch in anderen Großstädten – wird verschärft durch erheblich mehr Menschen, die in die Stadt einpendeln als auspendeln. Nürnberg verzeichnet circa 145.000 Einpendelnde, während knapp 56.000 Beschäftigte aus dem Stadtgebiet auspendeln. Dies erhöht die Arbeitsplatzkonkurrenz im Stadtgebiet Nürnberg für die Beschäftigten und insbesondere für die in der Stadt wohnenden Arbeitslosen.

Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit herstellen

Eine qualifizierte Berufsausbildung ist wichtiger denn je, denn viele Firmen suchen verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen Ausbildung. Daher wird bei jungen Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt kaum gelingen. Aus diesem Grund liegt die erste Priorität des **Dienstleistungszentrums U25** des Jobcenters Nürnberg-Stadt (JCN) darauf, bei Jugendlichen Vermittlungshemmnisse oder Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Ausbildung zu beheben, mehr junge Menschen überhaupt in Ausbildung zu bringen und nach abgeschlossener Ausbildung eine nachhaltige Perspektive auf dem Arbeitsmarkt sicher zu stellen.

Im Jahresdurchschnitt 2013 standen circa 5.500 Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren im SGB-II-Leistungsbezug. Die Hälfte davon war jedoch dem Arbeitsmarkt entzogen, beispielsweise aufgrund der Vollzeitschulpflicht oder eines Ausbildungsverhältnisses in Vollzeit. Leider muss man feststellen, dass trotz eines Schulabschlusses eine gewisse Anzahl von Jugendlichen noch nicht ausbildungsreif ist, dabei spielen mehrere Faktoren eine Rolle, wie ein schwieriges Sozialverhalten, die mangelnde Motivation und/oder eine unzureichende Arbeitshaltung. Deswegen sollen niedrigschwellige Maßnahmen die Grundlagen für den Abschluss einer Ausbildung schaffen.

Jugendliche gelangen in verschiedenen, an freie Träger vergebenen, Maßnahmen zur Ausbildungsfähigkeit. Beispiele dafür sind:

- **JoA aktiv – Startschuss Beruf**, eine Maßnahme für berufsschulpflichtige Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung, die keine andere berufsvorbereitende Einrichtung besuchen.
- **Support 25**, ein Vernetzungsprojekt zwischen Arbeitsvermittlung und Gesundheitssystem zur Identifikation von möglichen psychischen Erkrankungen.
- Die **Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme mit produktionsorientiertem Ansatz (BvB-Pro)** der Noris Arbeit gGmbH, die junge Menschen mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen in die Lage versetzt, sich in Berufen zu orientieren und eine Berufswahlentscheidung zu treffen.
- Die **Werkstattschule** des SOS-Kinderdorfs Nürnberg leistet umfassende Bildung und – unterstützt durch sozialpädagogische Begleitung – die sinnvolle und verwertbare Produktherstellung.

Die 2009 im Nürnberger Stadtrat beschlossene **Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)** widmet sich vorrangig den jungen Menschen, die durch ihre soziale oder ökonomische Situation benachteiligt sind, deren Integration aufgrund von sozialen oder individuellen Schwierigkeiten erschwert ist, oder bei denen erzieherische, psychosoziale und familiäre Probleme vorliegen.

Daher arbeitet JaS als kontinuierliches Leistungsangebot der Jugendhilfe an den Schulen mit Schulleitung und Lehrkräften auf einer verbindlich vereinbarten und gleichberechtigten Basis zusammen. Es ist ein wichtiges Angebot zur Sicherstellung der Ausbildungsfähigkeit, da mögliche Defizite schon frühzeitig – im Schulalter – erkannt und behoben werden können. Zu den Aufgaben gehören die Kooperation mit den Schulen sowie mit externen Einrichtungen, gruppenpädagogische Maßnahmen sowie Projekt- und Ferienangebote. Im Jahr 2013 arbeiteten in der Abteilung Jugendsozialarbeit an Schulen des Jugendamts bereits 79 Fachkräfte an 70 Schulstandorten (Grund- und Mittelschulen, sonderpädagogische Förderzentren, berufliche Schulen, Realschulen und Gymnasien).

Jugendsozialarbeit an Schulen bietet den Schülerinnen und Schülern vor allem **einzelfallbezogene Leistungen** an in Form von sozialpädagogischer Beratung. Anlässe sind soziale Auffälligkeiten, Schulschwierigkeiten, Schulverweigerung, Konflikte im Elternhaus, aber auch mit Mitschülerinnen und Mitschülern oder Lehrkräften. JaS unterstützt die Jugendlichen bei der Berufsvorbereitung sowie der beruflichen Orientierung und Integration. Eine deutliche Zunahme der individuellen Beratungsleistungen erfolgte beispielsweise auch bei unbegleiteten (minderjährigen) Flüchtlingen – so an mehreren beruflichen Schulen oder Mittelschulen mit Übergangsklassen für junge Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Häufig spielen hier Fluchterlebnisse aus den Krisengebieten dieser Erde und die damit verbundenen psychosozialen Belastungen eine Rolle (vgl. Leitlinie 9).

Mit einer Vollzeitstelle arbeitet seit 2012 in der Abteilung „JaS“ die **Koordinierungsstelle der Jugendberufshilfe** an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Schule und Berufswelt. Die Koordinierungsstelle ermittelt den Bedarf und den Bestand der berufsbezogenen Jugendhilfe, fördert unter anderem Netzwerke sowie die Kommunikation und Kooperation zwischen der berufsbezogenen Jugendhilfe und anderen Beteiligten des Übergangssystems.

Weitere Informationen: www.nuernberg.de/internet/jugendsozialarbeit

Bei vielen **Erwachsenen**, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, sind die Chancen, direkt in Arbeit vermittelt werden zu können, sehr gering. Dabei spielen gesundheitliche Probleme eine große Rolle. Als innovatives Projekt hat das Jobcenter Nürnberg-Stadt seit 2012 in Kooperation mit dem Bildungsträger „Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz)“ das **Tagescafé BAT Café** aufgebaut. Durch eine Verbesserung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gelingt es, sie an den Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsmarkt wieder heranzuführen. Ein weiteres Beispiel ist die Maßnahme **seLF – selbstständiges Leben für Frauen**, bei der von Gewalt betroffene Frauen mit Unterstützung der Noris-Arbeit gGmbH, die das Projekt durchführt, an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Kernelement von „seLF“ ist das Jobcoaching.

Ausbildung ermöglichen

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des sich abzeichnenden Fachkräftemangels und weiterer Faktoren kamen in den letzten Jahren verstärkt auch Ausbildungssuchende mit schlechteren Schulabschlusszeugnissen auf dem Ausbildungsmarkt zum Zug. Für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im SGB-II-Bezug ist diese Entspannung jedoch noch kaum spürbar. Nach wie vor haben über 80 Prozent dieser Personen keinen beziehungsweise noch keinen Berufsabschluss, obwohl rund 76 Prozent über einen Schulabschluss verfügen (davon 57 Prozent mit Mittelschulabschluss). Rund 42 Prozent haben gravierende, teilweise multiple Probleme (beispielsweise belastende psychosoziale Lebensbedingungen, Sprachbarrieren etc.). Die jungen Menschen müssen erst an eine Ausbildung herangeführt werden. Dies geschieht durch verschiedene Förderinstrumente wie die sechs- bis zwölfmonatige **betriebliche Einstiegsqualifizierung**, deren Teilnahme auf eine spätere Ausbildung angerechnet werden kann. Von Oktober 2012 bis Juli 2013 waren im Jobcenter 72 Eintritte

zu verzeichnen. Die Abbruchquote ist mit fast 53 Prozent hoch und zeigt deutlich, wie überaus schwierig die Eingliederung benachteiligter Jugendlicher ist.

Eine andere Maßnahme ist die **Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen – BaE**, die auch in Teilzeit angeboten wird, um beispielsweise (Allein-)Erziehenden eine Ausbildung zu ermöglichen. Dafür standen 2012/2013 59 Plätze zur Verfügung. Weiter sei die von der NOA gemeinsam mit der Stadt Nürnberg durchgeführte **Verbundausbildung** genannt. Diese richtet sich an Personen, denen der Einstieg in eine Ausbildung trotz vorhandener Förderangebote und einer aktuell wachsenden Nachfrage nach Auszubildenden bisher nicht gelungen ist. Insgesamt stehen diesen Personen zwölf Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Auszubildenden sind zwischen 16 und 24 Jahre alt.

Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen

Naturgemäß sind die Möglichkeiten der Jobcenter, Beschäftigung zu schaffen, begrenzt und für die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer zeitlich befristet. Darüber hinaus sind die Jobcenter auf die Mithilfe Dritter angewiesen, die geeignete Arbeitsplätze – zusätzlich und im öffentlichen Interesse – zur Verfügung stellen. Hauptinstrument des Jobcenters sind die **Arbeitsgelegenheiten – AGH**, deren Zielgruppe alle arbeitsmarktfernen, erwerbsfähigen Leistungsempfangenden im Rechtskreis SGB II sind. AGH sollen Menschen mit Brüchen in der Erwerbsbiografie, langer Arbeitslosigkeit oder anderen multiplen Vermittlungshemmnissen Perspektiven bieten. AGH ist dabei ein Mittel zur Gewöhnung an die Anforderungen des Arbeitslebens. In den Jahren 2012 und 2013 standen dafür insgesamt 655 beziehungsweise 649 Plätze den Teilnehmenden zur Verfügung.

Im Bereich des Stadtgebiets Nürnberg führen Arbeitsgelegenheiten die Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Nürnberg – Noris-Arbeit gGmbH (NOA) – und mehrere freie Träger durch. Bei der NOA werden sie seit 2012 in den Varianten „Jobtest“ und „Jobperspektive“ angeboten: Beide sollen die Teilnehmenden an die Erwerbstätigkeit heranführen. Im „Jobtest“ steht der Erhalt der Erwerbsfähigkeit und in der „Jobperspektive“ der mögliche Übergang in den ersten Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Eines der Projekte, seit Juli 2013 im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten im „Südstadtforum Service & Soziales“ durchgeführt, nennt sich **Alles rund ums Kind**. Unter dem Motto „Familien helfen Familien“ werden nicht mehr benötigte Kinderartikel (Spielzeug, Kleidung, Kindergebrauchtgegenstände aller Art) abgegeben beziehungsweise gespendet und vom Projekt an bedürftige Familien (Nürnberg-Pass, SGB-II- und SGB-XII-Bescheid) ausgegeben oder getauscht.

Im Rahmen von **JobCoop**, der Arbeitsmarktinitiative der Stadt Nürnberg, kooperiert die NOA seit September 2013 mit der Friedhofsverwaltung, dem Servicebetrieb Öfffentlicher Raum, dem städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb und den Servicegesellschaften von Klinikum und NürnbergStift. Ein Jobcoach unterstützt systematisch mit einem ganzheitlichen Beratungsangebot die individuelle und ressourcenorientierte Förderung und die berufliche Integration. Ziel ist die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, in Ausbildung oder Umschulung. Auch dieses Projekt wird vom Jobcenter Nürnberg-Stadt finanziert.

Mit der von der Bundesregierung beschlossenen und im April 2012 begonnenen Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist es schwieriger geworden, Arbeitsgelegenheiten anzuwenden. So sind beispielsweise Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung nicht mehr möglich. Da jedoch gerade der zugewiesene Personenkreis diese Unterstützungsleistung benötigt, hat das Jobcenter Nürnberg-Stadt versucht, den Bedarf über Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine zu kompensieren, indem es über diese Gutscheine ein zur AGH ergänzendes Coaching (sozialpädagogische Betreuung) anbietet.

Ein weiteres zeitlich befristetes Förderinstrument stellt die **Bürgerarbeit** dar. In den Jahren 2012 und 2013 wurden im Jobcenter Nürnberg-Stadt insgesamt 2.068 Personen im Bürgerarbeit-Projekt „ABBA“ („Ausbildung und Beruf durch Betreuung und Aktivierung“) gefördert. Hiervon konnten 925 Personen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 49 Bewerberinnen und Bewerber in Berufsausbildungen im ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Den teilnehmenden Personen, die trotz intensiver Bemühungen nicht integriert werden konnten, wurden Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des Bundesprojekts Bürgerarbeit angeboten. Bis Juli 2012 wurden 187 Stellen bewilligt, von denen 174 besetzt werden konnten. Zwei Drittel der Bürgerarbeitsstellen (sozialversicherungspflichtige Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse mit im Regelfall 30 Wochenstunden) werden in Nürnberg durch die NOA, der Rest durch mehrere freie Träger bereitgestellt. Die Stellen befinden sich im Bereich der Unterstützung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, gefolgt von den öffentlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Altenpflege, aber auch im Lager- und Verkaufsbereich.

Das im Rahmen des Strukturprogramms des Freistaats Bayern für Nürnberg und Fürth aus Mitteln des Freistaats Bayern, der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Nürnberg finanzierte **Modellprojekt „Perspektiven für Familien: Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem“** richtet sich an langzeitarbeitslose Eltern im

Arbeitslosengeld-II-Bezug und an ihre Kinder. Die Familien werden vom Jobcenter Nürnberg-Stadt oder von anderen sozialen Einrichtungen (beispielsweise vom Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamts) für das Projekt vorgeschlagen. Sogenannte „Fachkräfte-Tandems“ aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters und des Jugendamts leisten dann gemeinsam in einer Bürogemeinschaft ganzheitliche Unterstützung durch Verknüpfung von öffentlich geförderter Beschäftigung auf der Basis von Arbeitsgelegenheiten, beruflicher Qualifizierung und Familienunterstützung. Die Teilnahme am Modellprojekt ist für die Familien selbstverständlich freiwillig. Das Projekt verfolgt drei Ziele:

1. Verfestigte Beschäftigungslosigkeit und Hilfebedürftigkeit durchbrechen und beenden, stabile Alltagsstruktur herstellen und Beschäftigungsfähigkeit stärken;
2. Familien stabilisieren, Bildung, Betreuung, Erziehung und Teilhabe von Anfang an unterstützen, Stigmatisierungen durchbrechen und gelingendes Aufwachsen ermöglichen;
3. Kooperation zwischen Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe modellhaft intensivieren, Abläufe und Schnittstellen optimieren, positive Erkenntnisse und Arbeitsweisen in die Regelprozesse integrieren.

Am ersten Projektabschnitt nahmen insgesamt 394 Familien mit 1.479 Personen teil, davon 160 alleinerziehende Frauen, 10 alleinerziehende Männer und 224 Paar-Familien. In diesen Familien lebten 861 Kinder. Die beiden Projektphasen gestalten sich folgendermaßen:

- **Die ersten drei Projektjahre (Juli 2010 bis Juni 2013):** Der ganzheitliche Ansatz des Modellprojekts, die individuell und passgenau durchgeführten Beschäftigungsmaßnahmen, die Integrationserfolge in den Arbeitsmarkt (136 Personen), Qualifizierungen und Angebote der Familienunterstützung fanden bei den teilnehmenden Familien eine äußerst positive Resonanz. Besonders die individuelle Lernförderung (221 Kinder) für Schülerinnen und Schüler war sehr erfolgreich. So konnte rund ein Fünftel der geförderten Kinder deutlich verbesserte Leistungen in der Schule erzielen, 5,5 Prozent von ihnen wechselten in eine weiterführende Schule.
- **Verlängerung des Modellprojekts (Juli 2013 bis Juni 2016):** Nach drei erfolgreichen Jahren konnte das Modellprojekt mit weiterentwickelter Struktur in die Verlängerung gehen. So arbeiten nun Fachkräfte-Tandems, bestehend aus Familien-Fallmanagerinnen und -Fallmanagern des Jobcenters und sozialpädagogischen Fachkräften des ASD direkt in einer Bürogemeinschaft in den Jobcenter-Standorten West, Süd und Nord zusammen. Sie sind dadurch für die teilnehmenden Familien wohnortnah zu erreichen. Durch den Einsatz des Familien-Fallmanagements seitens des Jobcenters ist der unmittelbare Zugang zu den Integrationsinstrumenten gewährleistet. Die direkte Zusammenarbeit mit den ASD-Fachleuten stellt eine sinnvolle Abstimmung zwischen Familienunterstützung und beruflicher Eingliederung für alle Mitglieder einer Familie sicher. Das Projektteam wird durch eine Direktvermittlerin des Jobcenters ergänzt, die für die Integration der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Arbeits-

markt zuständig ist. Positive Erkenntnisse und Arbeitsweisen des Modellprojekts werden in die Regelprozesse der Rechtskreise SGB II und SGB VIII implementiert und so die Basis für eine weitere Kooperation nach Ende der Projektverlängerung geschaffen.

Weitere Informationen:
www.nuernberg.de/internet/perspektiven

Beschäftigung unterstützen

Sozialintegrative Leistungen sollen die Herstellung von Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit und die nachhaltige Arbeitsmarktintegration bei Bedarf unterstützen. Diese Aufgaben, geregelt in § 16a SGB II, stellen kommunale Leistungen dar und betreffen die Betreuung minderjähriger beziehungsweise behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die psychosoziale Betreuung und die Suchtberatung. Stadt Nürnberg, Jobcenter, freie Träger und Wohlfahrtsverbände erbringen diese Leistungen auf der Basis von Kooperationserklärungen.

Eine Berufstätigkeit ist für Eltern, ganz besonders für Alleinerziehende, verbunden mit einer guten und verlässlichen **Kinderbetreuung**. Als zentrale Anlaufstelle für Erziehende in Nürnberg fungiert im Auftrag des Jugendamts der Stadt Nürnberg die **Agentur Familie & Beruf** der „Kinderhaus Nürnberg gGmbH".

Der Beratungsbedarf außerhalb des Themas Kinderbetreuung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies zeigt, dass vielfältige Problemlagen in den Familien einer Integration in den Arbeitsmarkt hinderlich sind. Die „Agentur Familie & Beruf" vermittelt in enger Kooperation mit dem Jobcenter und den Tageseinrichtungen Kinderbetreuungsplätze. Die Betreuungsaufwendungen werden vom Jugendamt der Stadt Nürnberg getragen. Sie belaufen sich für den Rechtskreis des SGB II im Jahr 2013 auf insgesamt rund 6,4 Mio. Euro. Ein **Runder Tisch Randzeitenbetreuung** traf sich im Februar 2012 auf Initiative des Bündnisses für Familie, um das im Bereich der Kindertagesbetreuung als kritisch geltende Thema der Randzeitenbetreuung zu diskutieren. Wünschenswert wäre allgemein eine verstärkte Sensibilisierung der Arbeitgeber für die Wünsche der Belegschaft nach familienfreundlichen Arbeitszeiten. Insbesondere bei Alleinerziehenden ergibt sich auch ein hoher Bedarf an Kinderbetreuung in den Ferienzeiten. Seitens der „Agentur Familie & Beruf" bedeutet die Unterstützung bei der Organisation der Ferienbetreuung hauptsächlich vor und auch noch während der Sommerferien einen erheblichen zeitlichen Aufwand. In den Jahren 2012 und 2013 gab es je rund 150 Anfragen zum Thema Ferienbetreuung.

Anfragen an die „Agentur Familie & Beruf"

	2012	2013
Anfragen insgesamt	1.058	1.004
davon Leistungsberechtigte im SGB II	729	681
Diese stellten Anfragen zu den Themen:		
Kinderbetreuung/Übernahme von Betreuungskosten	672	601
andere Themen	57	80

Quelle: Agentur Familie & Beruf, 2013.

Liegt bei erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden im SGB II eine **Ver- oder Überschuldung** vor, erschwert dies oft die Integration in den Arbeitsmarkt. In Nürnberg berät das „Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA)“ mit dem Jobcenter überschuldete Personen im Rechtskreis des SGB II. Die Basisberatung findet zeitnah in den Außenstellen des Jobcenters statt, notwendige vertiefende Beratungen in den Räumlichkeiten des ISKA. Seit November 2006 stellt die Stadt Nürnberg für die Beratung von Arbeitslosengeld-II-Empfangenden zwei Stellen zur Verfügung. Im Jahr 2012 wurden in den vier Außenstellen des Jobcenters Nürnberg-Stadt insgesamt 552 und in 2013 542 erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rechtskreis des SGB II beraten. Darüber hinaus fanden in den Räumlichkeiten des ISKA weitere 561 (2012) beziehungsweise 577 (2013) Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger professionelle Unterstützung:

- Gläubigerdruck war bei 34 Prozent der Ratsuchenden ein zentraler Grund, die Beratung aufzusuchen.
- Bei etwa 33 Prozent war dagegen die Einleitung eines Insolvenzverfahrens der Grund, die Beratung aufzusuchen.
- Bei 38 Prozent der Ratsuchenden wurden Kontosicherungsmaßnahmen getroffen, ein Pfändungsschutzkonto eingerichtet, Bescheinigungen ausgestellt oder gerichtliche Anträge unterstützt, weil entweder bereits eine Pfändung vorlag oder der uneingeschränkte Zugriff auf das Konto nicht mehr gewährleistet war.

Bei circa 19 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen konnte erreicht werden, dass sie ihre aus dem sozialhilferechtlichen Existenzminimum aufgebrachten Ratenzahlungen an die Gläubiger einstellen und wieder vollständig über das Geld verfügen konnten. Die Gesamtaufwendungen der Stadt Nürnberg für die Schuldnerberatung im SGB II beliefen sich in den Kalenderjahren 2012 und 2013 auf je 407.000 Euro.

Probleme im **psychosozialen Bereich**, beispielsweise Erziehungsprobleme, (drohende) Obdachlosigkeit oder andere akute Krisen be- und verhindern oftmals die erfolgreiche Integration in die Arbeitswelt. Die psychosoziale Betreuung im SGB II wird für Haushalte mit Kindern und Jugendlichen bis 21 Jahre vom Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamts und für Haushalte ohne Kinder vom Sozialpädagogischen Fachdienst des Sozialamts durchgeführt. Die kommunalen Aufwendungen beliefen sich im Jahr 2012 auf insgesamt rund 540.000 Euro.

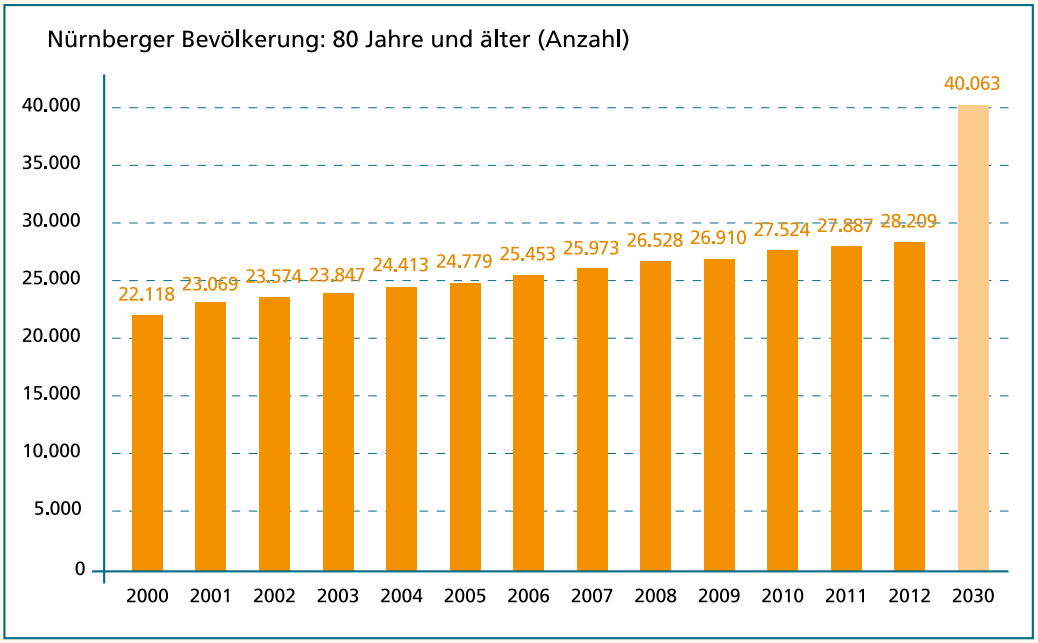
Sucht ist gekennzeichnet durch psychische und/oder physische Abhängigkeit, die sich unter anderem in steter Dosissteigerung, Kontrollverlust und Entzugssymptomen äußern kann. Jede Form der Sucht, die mit medizinischen und psychosozialen Problemen einhergeht, stellt ein schwerwiegendes Hindernis für die Aufnahme einer Beschäftigung dar. Eine berufliche Eingliederung setzt deshalb in der Regel eine erfolgreiche Entwöhnungstherapie voraus. Die Psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke der Caritas Nürnberg, das Suchthilfezentrum der Stadtmission, mudra e.V. und Lilith e.V. arbeiten auf Basis einer Kooperationserklärung eng mit dem Jobcenter Nürnberg-Stadt zusammen. Die Kosten der Suchtberatung werden vom Bezirk Mittelfranken getragen.

6. Eine alternde Stadtgesellschaft gestalten

„Weniger, älter, bunter“: Das ist, auf eine Kurzformel gebracht, der Kern des „demografischen Wandels“. In Nürnberg nimmt zwar die Bevölkerungszahl nicht ab, aber auch hier leben die Menschen immer länger, steigt der Anteil der älteren Menschen beständig und auch die kulturelle Vielfalt des Alters nimmt deutlich zu:

- Ende 2012 waren gut 113.000 Menschen und damit mehr als 26 Prozent der Nürnbergerinnen und Nürnberger mindestens 60 Jahre alt. Nach einer Schätzung des Amts für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth werden im Jahr 2030 rund 40.000 Menschen 80 Jahre oder älter sein; das entspricht einem Anteil von etwa 8 Prozent der Bevölkerung (heute 5,5 Prozent). Weil die Pflegebedürftigkeit in dieser Gruppe besonders hoch ist, ist ein kontinuierlicher Aus- und Umbau der beratenden, unterstützenden, „vorpflegerischen“ und pflegerischen Infrastruktur unbedingt notwendig.
- Es werden immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund alt. Nach den aktuellsten Zahlen haben fast 30 Prozent der Nürnberger Bevölkerung ab 65 Jahren (rund 30.000 Menschen) einen Migrationshintergrund, eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen davon 8,2 Prozent, weitere 20,6 Prozent sind Deutsche mit Migrationshintergrund.

Zwangsläufig rückt der demografische Wandel und damit die „alter(n)sgerechte Kommune“ in den Blick. In strategischer Hinsicht muss daher die traditionelle Ausrichtung der Altenhilfepolitik erweitert werden: Es gilt einerseits, die Lebens- und Wohnverhältnisse der älteren Menschen so zu gestalten, dass sie so lange wie möglich zu Hause leben können – auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Andererseits brauchen und wollen aktive Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten zur Teilhabe und Partizipation. Immer deutlicher wird daher, dass die Kommune verstärkt als Moderatorin und Koordinatorin kleinräumiger Entwicklungsprozesse auftreten und die Akteure vor Ort zu gemeinsamem Handeln bewegen muss. Dies impliziert die Verschiebung von einer kommunalen „Leistungsverwaltung“ hin zu einer „Gestaltungs- und Gewährleistungsverwaltung“. Neue Aufgaben entstehen in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern, wie zum Beispiel Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheitsvorsorge und Prävention, Verkehr und Mobilität sowie die Stärkung familienunabhängiger „Sorgenetze“. Dies ist der Weg, den das Seniorenamt in den Jahren 2012 und 2013 beschritten hat.



Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2013, eigene Darstellung.

inviva: informieren, inspirieren und beraten

Die fünfte **inviva – die Messe für alle mitten im Leben** war zugleich die bislang erfolgreichste: Knapp 15.500 Besucherinnen und Besucher strömten im März 2013 in das Messezentrum, um Produkte und Dienstleistungen auszuprobieren, Workshops zu besuchen, Vorträgen zu lauschen, sich beraten zu lassen – sprich, sich aktiv mit dem eigenen Älterwerden auseinanderzusetzen. Auch die kulturellen Angebote und die Möglichkeit, Menschen mit ähnlichen Interessen zu begegnen, sind Attraktionspunkte, die Bürgerinnen und Bürger ab 50 jedes Jahr zum Besuch dieser Kombinationsveranstaltung aus Verbrauchermesse und Begleitkongress motivieren. Auf der „inviva" gab es eine Vielfalt an Veranstaltungen aus einem großen Anbieterspektrum in unterschiedlichen Formaten: Im Vortragsprogramm fanden an beiden Tagen über vierzig Fachreferate und Workshops statt zu Themen wie Pflege, gesundheitliche Vorsorge und Therapie, Wohnen, Recht und Finanzen, Medienkompetenz, aber auch zur persönlichen Lebensgestaltung.

Es ist also die breite Palette an Themen, die die „inviva“ seniorenpolitisch bedeutend und gleichzeitig für die Besucherinnen und Besucher attraktiv macht. Das eingespielte Zusammenwirken von NürnbergMesse (als wirtschaftlichem Träger) und Seniorenamt (als ideellem Träger) sowie die intensive Einbindung von Wohlfahrtsverbänden und Seniorenvereinigungen sorgt dafür, dass bei einer der bundesweit größten Veranstaltungen ihrer Art alle für soziale Teilhabe relevanten Perspektiven der Lebensphase Alter vertreten sind.

Weitere Informationen: www.inviva.de

Freiwilliges Engagement im Verbundsystem der Seniorenarbeit

Seit 30 Jahren engagieren sich Menschen freiwillig in der kommunalen Seniorenarbeit. Sie fördern die soziale Teilhabe, unterstützen die geistige und körperliche Mobilisierung und tragen zur Alltagsbewältigung und zur Teilhabe am Leben außerhalb der Wohnung bei. Das Ehrenamt ist damit Teil des sozialen „Verbundsystems“ der Seniorenarbeit, in dem haupt- und ehrenamtliche Ressourcen in Unterstützungsnetzwerken sich miteinander verzahnen. Mit dem Aufbau der Nürnberger Seniorennetzwerke wurden zunehmend ehrenamtliche Leistungen und das Freiwilligenmanagement mit quartiersbezogenen Angeboten verbunden. Im Jahr 2013 fand eine Befragung der Ehrenamtlichen des Seniorenamts zu ihrem Engagement und ihrer Zufriedenheit statt mit folgenden Ergebnissen: Im ehrenamtlichen Besuchsdienst waren zu diesem Zeitpunkt 127 Personen registriert, 73 Prozent davon Frauen. Das Durchschnittsalter lag bei 61 (Frauen) beziehungsweise 56 Jahren (Männer), die Altersspanne reichte von 20 bis 86 Jahre. 51 Prozent der Frauen und 67 Prozent der Männer engagieren sich mindestens einmal oder mehrmals die Woche. Fast die Hälfte der unterstützten Personen ist älter als 80 Jahre. Mit ihrem Engagement zufrieden oder sehr zufrieden sind 91 Prozent der Ehrenamtlichen.

Quartiersentwicklung und Seniorennetzwerke

Mit dem Aufbau der Seniorennetzwerke seit 2006 bis zum Stand von elf Netzwerken im Jahre 2013 wurde die konsequente Entwicklung hin zu dezentralen, quartiersorientierten Organisationsstrukturen und Handlungsansätzen fortgeführt. Für die bereits 2011 beschlossene konzeptionelle Neuausrichtung der Altenhilfe schuf die Entwicklung eines **neuen Fördersystems der kommunalen Altenhilfe** auch die finanziellen Grundlagen hierfür. Damit band man die Seniorennetzwerke in ein Gesamtkonzept der quartiersorientierten Seniorenarbeit ein. Hierzu gehören außerdem die Unterstützung von Quartiersangeboten der freien Wohlfahrtspflege mittels Trägerbudgets sowie die Modellförderung neuer Ansätze der Quartiersarbeit.
Auf der strukturellen Ebene haben die Seniorennetzwerke zu einer verstärkten Zusammenarbeit stadtteilbezogener Träger und Einrichtungen der Altenhilfe mit der Wohnungswirtschaft, Organisationen der psychosozialen Arbeit und der Gesundheitsversorgung, sowie den Kultur- und Bildungseinrichtungen und bürgerschaftlich engagierten Gruppen und Personen vor Ort im Rahmen der „Runden Tische Seniorenarbeit“ geführt.

Auf der Handlungsebene wird ein präventives Konzept mit fünf Basiselementen umgesetzt: Information/Beratung, Gesundheitsprävention, soziale Teilhabe, Teilhabe an Bildung und Kultur und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Schwerpunkte und konkrete Angebote orientieren sich an den spezifischen Bedarfslagen in den Stadtteilen. Zudem wurden quartiersbezogene Kristallisationsorte aufgebaut, die wohnungsnah erreichbar sind und alten Menschen die Einbindung in das soziale Leben in ihrer Nachbarschaft ermöglichen. Dafür bestehen auch Kooperationen mit stadtteilübergreifenden Partnern mit spezifischen Angebotsprofilen, wie Bildungszentrum, Zentrum Aktiver Bürger, Krisendienst Mittelfranken (Beratungsstelle „Ruhepunkt“) und Pflegestützpunkt. Die Koordinationsstellen haben sich als niedrigschwellige Anlaufstellen im Stadtteil etabliert, die für alte Menschen eine Informations-, Beratungs- und Lotsenfunktion einnehmen und als Multiplikatoren für deren Belange wirken.

Quartiersarbeit und bürgerschaftliches Engagement verzahnen

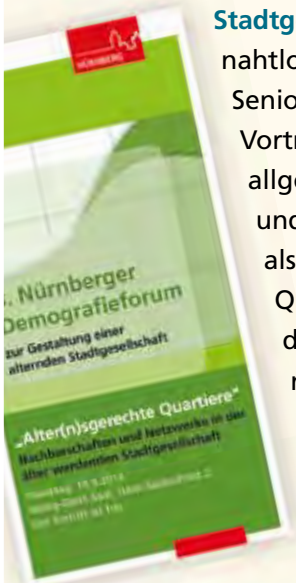
Im Frühjahr 2013 hat sich das Seniorenamt mit einem eigenen Konzept um eine Förderung aus dem **Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“** beworben, das im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Kooperation mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. (DV) aufgelegt wurde. Das Projekt, dessen Ziel der Aufbau von dezentralen, mit den Seniorennetzwerken verzahnten ehrenamtlichen Hilfestrukturen ist (Besuchsdienste, Nachbarschaftspaten, alltagsbezogene Hilfen als Beispiel), gelangte als eines von über 300 Projekten in das Förderprogramm. Im Herbst 2013 wurden in zwei Workshops mit den Koordinatorinnen der Seniorennetzwerke und mit fachlicher Unterstützung des Zentrums Aktiver Bürger (ZAB) die konzeptionellen Grundlagen und differenzierte Tätigkeitsprofile sowie die organisatorischen Rahmenbedingungen entwickelt, das Vorhaben beginnt von 2014 an.

Modellprojekte im Quartier – neue Wege der Altenhilfeförderung

Durch die im Jahr 2011 beschlossene Neuausrichtung der Förderung der Altenhilfe ist auch ein neues kommunales Förderprogramm **Modellprojekte im Quartier** eingerichtet worden. Damit erproben wir beispielhaft Projekte, mit denen die Versorgung im direkten Wohnumfeld der Seniorinnen und Senioren verbessert werden kann. Sofern sich die Projekte bewähren, bieten sie gute Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung des Handlungsprogramms der Seniorennetzwerke. Im Herbst 2012 gingen vier Projekte mit einjähriger Laufzeit an den Start: „Präventive Hausbesuche“ in St. Johannis und in der Nordstadt, „Gesund älter werden für ältere Migrantinnen und Migranten“ in den Stadtteilen Weststadt, Gostenhof und Langwasser, „Aufbau nachbarschaftlicher Hilfen“ am Nordostbahnhof sowie das „Kompetenzzentrum Demenz“ im Nürnberger Süden (Reichelsdorf, Mühlhof).

Demografieforum 2012: Alter(n)sgerechte Quartiere

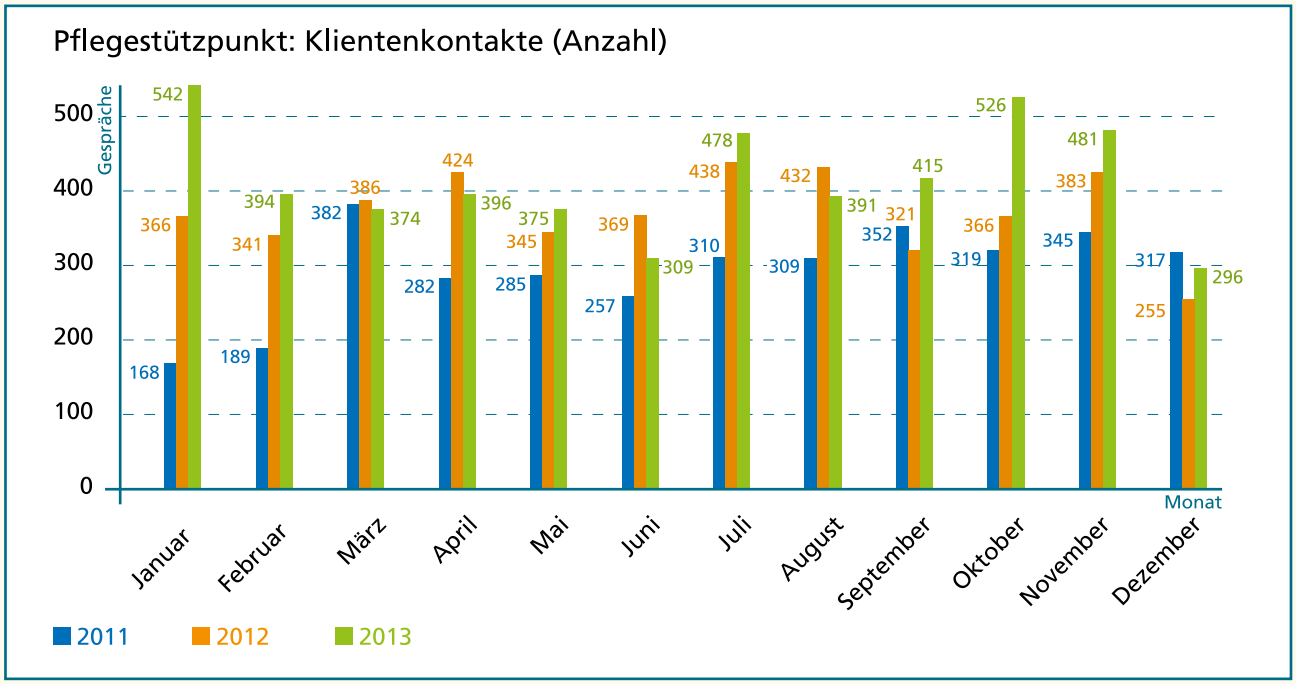
Im September 2012 fand zum dritten Mal das vom Seniorenamt organisierte Nürnberger Demografieforum statt. Das Motto lautete **„Alter(n)sgerechte Quartiere – Nachbarschaften und Netzwerke in der älter werdenden Stadtgesellschaft“** – und fügt sich damit nahtlos in die „Quartiersoffensive“ des Seniorenamts ein. Im breit gefächerten Vortragsprogramm ging es sowohl um allgemeine Fragen der Vernetzung und Koordination im Wohnumfeld als auch um konkrete Beispiele der Quartiersvernetzung in verschiedenen Bundesländern und im näheren Ausland (Niederlande). Besonderen Anklang fand dabei ein Projekt der häuslichen Tagespflege im Main-Kinzig-Kreis. Das „Nürnberger Demografieforum“ will sowohl Fachleute als auch interessierte Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Es möchte als ein „Marktplatz der Ideen“ externe Impulse aufnehmen, weitergeben und somit Chancen einer alternden Stadtgesellschaft aufzeigen.



Der Pflegestützpunkt – Zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Pflege und Hilfen im Alter

Seit mittlerweile über drei Jahren gibt es den Nürnberger Pflegestützpunkt: Er berät individuell, umfassend und kostenfrei zu allen Fragen der Pflege und zu den Hilfen im Alter. Die Zusammenarbeit der beiden Träger, Stadt Nürnberg sowie gesetzliche Kranken- und Pflegekassen, funktioniert ebenso vertrauensvoll und einvernehmlich wie mit Partnern der Wohlfahrtsverbände und privaten Anbietern. Im Jahr 2012 stand vorrangig die Konsolidierung des Pflegestützpunkts im Fokus. Auch die Entstehung des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes (PNG) erforderte besondere Aufmerksamkeit; dessen Einführung Anfang 2013 führte, wie bei jeder gesetzlichen Neuregelung, zu erhöhtem Beratungsbedarf. Die Inanspruchnahme des Pflegestützpunkts Nürnberg stieg konstant an – von 4.226 Kontakten im Jahr 2012 auf 4.977 im Jahr 2013. Beratungsinhalte waren unter anderem die Pflege und Versorgung zu Hause und Möglichkeiten der Entlastung, die Suche nach einem geeigneten Heimplatz, die Leistungen der Pflegeversicherung und deren Beantragung oder die Finanzierung von Hilfebedarf.

Weitere Informationen:
www.pflegestuetzpunkt.nuernberg.de



Quelle: Seniorenamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Der Nürnberger Stadtseniorenrat: Garant für Beteiligung der Älteren

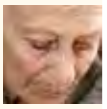
Für Planung und Steuerung seiner Arbeit hat der Stadtseniorenrat in seiner fünften Amtsperiode eigens eine Arbeitsgruppe „Entwicklung“ eingesetzt. Zu mehr Professionalität und einem Zuwachs an Projekten und Veranstaltungen hat auch die Ausbildung von acht Mitgliedern in einem neuntägigen Lehrgang „SeniortrainerIn“ an der seniorTrainerin Akademie Bayern (sTAB) beigetragen. Neben der jährlichen Beteiligung an der „inviva“ und der Verleihung des „Goldenen Seniorensiegels“ an vorbildliche Ausstellende, ist insbesondere die Durchführung von Fahrsicherheitstrainings für Auto und Rad fahrende Senioren und Seniorinnen, verbunden mit freiwilligen Hör- und Sehtests, hervorzuheben. Videoclips dazu lassen sich auf der Webseite des Stadtseniorenrats betrachten. Auch an der Entstehung der Videoclips „Miteinander. Füreinander.“ des „Bündnisses für Familie“ waren Mitglieder des Stadtseniorenrats maßgeblich beteiligt (vgl. Leitlinie 1). Veranstaltungen organisierte der Stadtseniorenrat zu den Themen „Demenz“ und „Religiöse Aspekte in der Pflege“. Von der Mitarbeit an der Entwicklung des **Computerspiels „Genesis“** für ältere Menschen, entwickelt von der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, konnten inzwischen zahlreiche Seniorenheime profitieren, die diese zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit für ihre Bewohnerinnen und Bewohner nutzen. In jedem Seniorennetzwerk ist inzwischen mindestens ein Ratsmitglied vertreten. Mit den Leitungen der Seniorennetzwerke werden jährlich übergeordnete Projektschwerpunkte festgelegt, die der Rat in seine Jahresplanung aufnimmt.

Insbesondere mit der VAG stand der Stadtseniorenrat im ständigen Gespräch, um Sicherheit und Komfort im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs weiter zu erhöhen, zum Beispiel mit verbesserten Lautsprecherdurchsagen, barrierefreien Straßenbahnhaltestellen und Fahrkartenautomaten oder neuen Busquerverbindungen.

Weitere Informationen:
www.stadtseniorenrat.nuernberg.de

Die Seniorentreffs Bleiweiß und Heilig-Geist: Orte der Begegnung im Quartier

Die beiden städtischen Treffs Bleiweiß und Heilig-Geist sind wichtige Institutionen im Netz der offenen Seniorenarbeit in Nürnberg. Sie verstehen sich als „Kristallisationsorte“ der Begegnung, der Bildung und des lebenslangen Lernens, der Kultur, der Gesundheitsförderung und der Selbsthilfe für ältere Menschen und bieten Entfaltungsmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben in der zweiten Lebenshälfte.
Die Treffs arbeiten mit vielen Kooperationspartnern zusammen: Neben den traditionsreichen hauseigenen Gruppierungen, dem Videofilmclub im Treff Bleiweiß und dem Computerclub CCN 50+ im Treff Heilig-Geist, sowie anderen Akteuren, besteht eine intensive Zusammenarbeit mit den Seniorennetzwerken, im Fall des Treffs Bleiweiß etwa mit dem Seniorennetzwerk Südstadt Ost. Den gastronomischen Service beider Treffs bestreitet der Integrationsbetrieb „arbewe“ (ein Tochterunternehmen der Arbeiterwohlfahrt) mit einem kostengünstigen Mittags- und Kaffeetisch.



Jedes Jahr finden fast 70 Kurse im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention statt, Kurse wie „Aktiv in Bewegung“, „Geist und Körper“ und „Gedächtnistraining“; im Bereich Bildung, Kultur und lebenslanges Lernen gibt es 30 regelmäßige Angebote. Über 17 Veranstaltungen, wie Weihnachtsfeiern, Faschingsveranstaltungen, Rückschauen zu Wanderungen, Lesungen,

Ausstellungen und Vernissagen sowie Musikveranstaltungen, bilden so manches Highlight im Jahreslauf. Mehr als 30 Veranstaltungen in den vergangenen zwei Jahren behandelten aktuelle seniorenspezifische Thematiken, zum Beispiel die Besteuerung von Alterseinkünften, Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen, aber auch sensible Themen wie alternative Bestattungsformen. Die Angebote der selbstorganisierten Gruppen aller Art – über 30 jährlich – ergänzen die „Quartiersfunktion" der Treffs mit eigenen Aktivitäten, Kursen, Workshops und Veranstaltungen.

Die Treffs wollen neben Beliebtem auch Neues und Innovatives kreieren: Im Jahr 2013 – im Gesundheitsbereich – zum Beispiel „Budo-Balance" (Karate für ältere Menschen) oder Sitz-Tai-Chi; im Bereich Medien und Technik unter anderem Workshops zu Tablet-PCs. Beim sogenannten „Geocaching", einer modernen, anspruchsvollen Variante der Schnitzeljagd, ging man auf Spuren- und „Schatzsuche" mit modernster GPS-Technik und Navigationsgeräten. Das Projekt fand im Rahmen der jährlichen Stadt(ver)führungen in Kooperation mit der Mittelschule Insel Schütt statt; ein echtes Mehrgenerationenprojekt also!

Kooperation mit dem Magazin „sechs+sechzig"

Das Magazin **sechs+sechzig** wird vom gemeinnützigen „Verein zur Förderung des Dialogs der Generationen e.V." herausgegeben. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein positives und differenziertes Bild älterer Menschen in der Öffentlichkeit und den gesellschaftlichen Wandel von Altersbildern generell zu befördern. Damit ist das Magazin auch eine wichtige Unterstützung bei der Gestaltung einer alternden Stadtgesellschaft. Von Beginn an wird das Magazin deshalb fachlich vom Referat für Jugend, Familie und Soziales und vom Seniorenamt unterstützt.

Weitere Informationen: www.magazin66.de

Das NürnbergStift

Zum Eigenbetrieb NürnbergStift gehören das Pflegezentrum Sebastianspital am Wöhrder See, das August-Meier-Heim sowie die Senioren-Wohnanlagen St. Johannis, Platnersberg und Heilig-Geist-Spital. Ergänzt wird das Angebot durch eine Geriatrische Rehabilitation und Ambulante Dienste. Die Einrichtungen verfügen derzeit über ein Angebot von insgesamt 908 Plätzen für Seniorinnen und Senioren mit Betreuungs- und Pflegebedarf. Hinzu kommen 44 Betten für Patientinnen und Patienten der Geriatrischen Rehabilitation und circa 150 Personen, die ambulant betreut werden. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 waren von insgesamt 556 Pflegeplätzen 541, im Altenheim 102 von 182 und im Wohnheim 165 von 170 Wohnungen belegt. Nach wie vor überwiegt der Anteil der Frauen in der Bewohnerschaft mit aktuell 68 Prozent. Mit einem Anteil von 41 Prozent sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegebereiche von den Medizinischen Diensten der Krankenkassen (MDK) überwiegend der Pflegestufe 1 zugeordnet. Es folgen die Pflegestufen 2 mit 31 Prozent und Pflegestufe 3 mit nur 16 Prozent. Zählt man die Stufen 0 und 1 zusammen, so zeigt sich, dass der MDK bei 52 Prozent aller Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegebereiche des NürnbergStift von einem tendenziell geringen Pflegebedarf ausgeht.

Verteilung der Pflegestufen im NürnbergStift	
Pflegestufe	**%**
0	11
1	41
2	31
3	16

Quelle: NürnbergStift, Stichtag: 31. Dezember 2013

Am 25. Januar 2012 wurde im Werkausschuss NüSt des Stadtrats das Konzept „NürnbergStift 2020“ beschlossen und das NürnbergStift mit der Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen zur baulichen und inhaltlichen Weiterentwicklung beauftragt. Mit diesem Konzept ist beabsichtigt, sowohl auf die veränderten Anforderungen des „Pflegemarkts“ zu reagieren als auch der tendenziell schwierigen Ergebnissituation des NürnbergStift zu begegnen, die insbesondere durch eine sehr schlechte Bausubstanz mit hohem Investitionsbedarf entstand. Zur Umsetzung ist im NürnbergStift eine Projektorganisation eingerichtet worden, die eine hohe Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglicht und den Veränderungsprozess vorantreibt. Es wurde zudem ein Projektbüro etabliert, das den Fortschritt intern kommuniziert. Zum bisherigen Erfolg hat vor allem die breite Akzeptanz der Belegschaft für die Notwendigkeit der anstehenden Veränderungsprozesse beigetragen.

Als Teil der Restrukturierungsmaßnahmen des NürnbergStift wurde eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen mit der Erstellung eines Marketingkonzepts beauftragt. In einem ersten Schritt ging es darum, die „Marke NürnbergStift“ herauszuarbeiten. Stärken, Schwächen, Risiken und Chancen konnten definiert, das Leitbild der Stadt Nürnberg mit dem des NürnbergStift abgeglichen und dessen Ethikcode dazu in Beziehung gesetzt werden. Die Projektgruppe kam zu dem Ergebnis, die erarbeiteten Konturen einer „Marke NürnbergStift“ in einem neuen Leitbild abzubilden. Es soll Grundlage für das tägliche Handeln, die Angebots- und Personalentwicklung, das Selbstverständnis nach innen und außen und letztlich für das Marketing werden.

Im Dezember 2013 wurde das neue Leitbild beschlossen. Im Mittelpunkt stehen Menschenrechte und deren Verwirklichung als zentrale Aufgabe aller Berufsgruppen im NürnbergStift. An der Überarbeitung waren daher auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Arbeitsbereichen beteiligt. Im neuen Leitbild des NürnbergStift steht die Charta der Rechte Hilfe- und Pflegebedürftiger Menschen im Zentrum. Damit werden die Kernaufgaben im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge und als sozialpolitischer Auftrag der Stadt verstanden. Begleitet wird das Projekt vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg.

7. Bürgerschaftliches Engagement stärken

Im Mittelpunkt der Arbeit des Referats für Jugend, Familie und Soziales stehen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements die Aktivitäten, die zu verbesserten „Möglichkeitsstrukturen" für alle Formen des bürgerschaftlichen Engagements in Nürnberg führen sollen: Bürgerschaftliches Engagement wird dabei als Kombination der 3 B's verstanden: **„Bürgerzeit, Bürgerwissen und Bürgergeld"**.

Engagement der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger

Nach einer Repräsentativbefragung von 2006 sind insgesamt 22 Prozent der Nürnberger Bevölkerung ehrenamtlich aktiv (23 Prozent der Männer, 21 Prozent der Frauen). In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass sich rund 92.000 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger bürgerschaftlich engagieren. Die Gruppe derer, die noch nicht ehrenamtlich aktiv ist, sich das aber durchaus vorstellen kann, umfasst weitere 45 Prozent der Befragten. Es gibt also eine potentielle Zielgruppe von weiteren rund 180.000 Menschen, die für bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden könnten! Neuere Daten für Nürnberg, die mit den Zahlen von 2000 und 2006 vergleichbar sind, wurden zum Jahresende 2013 erhoben, konnten aber noch nicht ausgewertet werden. Grundsätzlich sind allerdings die Engagementquoten in großen Großstädten (über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner) deutlich geringer als in Kleinstädten oder auf dem Lande, doch liegt auch in Nürnberg das Engagement-Potential (inklusive der eventuell zum Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürger) bei gut zwei Drittel der Bevölkerung!

Engagierte und zum Engagement bereite Bürgerinnen und Bürger, Bund und Nürnberg 1999 - 2009

Region und Jahr	Bundesweit 1999	Nürnberg 2000	Bundesweit 2004	Nürnberg 2006	Bundesweit 2009
Engagierte	34,0%	22,3%	36,0%	21,9%	36,0%
Engagementbereite	26,0%	—	32,0%	45,0%	37,0%

Quelle: Bundesweite Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009; Wohnungs- und Haushaltserhebung des Amts für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2000, 2006.

Nürnberg: In welchen Bereichen können Sie sich ein ehrenamtliches Engagement künftig vorstellen?

Sport	4,9% aktiv	23,1% vorstellbar	Faktor* 5
Andere Vereine	8,6% aktiv	24,5% vorstellbar	Faktor 4
Kirche/Religion	7,8% aktiv	19,6% vorstellbar	Faktor 3
Gewerkschaft	1,2% aktiv	8,2% vorstellbar	Faktor 7
Politik/Partei	1,0% aktiv	13,6% vorstellbar	Faktor 14
Soziale Einrichtung	5,2% aktiv	37,4% vorstellbar	Faktor 7
Stammtisch/Club	3,0% aktiv	14,7% vorstellbar	Faktor 5

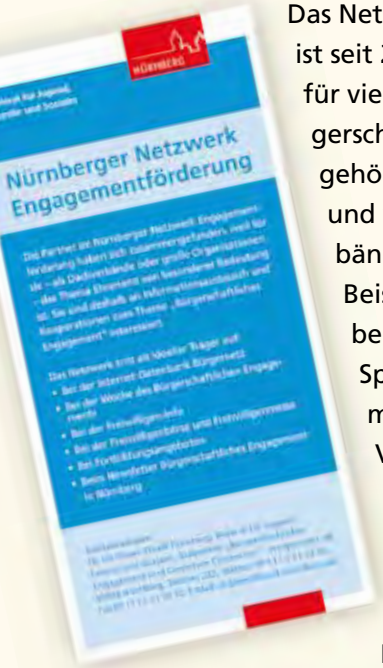
Quelle: Wohnungs- und Haushaltserhebung des Amts für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth 2009/2010.

***Faktor** = Das Mehrfache der potentiell Aktivierbaren in Relation zu den tatsächlich Aktiven. Zum Beispiel: Faktor 5 bezogen auf Sport bedeutet, dass fünf Mal so viele Menschen sich ein Engagement im Sportbereich vorstellen könnten, als tatsächlich aktiv sind.

Bürgerwissen
Bürgerzeit
Bürgergeld

Die Zivilgesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger wie auch von Unternehmen, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, durch persönlichen Einsatz oder finanziell etwa über eine Stiftung oder Sponsoring. Die Stadt unterstützt dabei die Träger bürgerschaftlichen Engagements, um gemeinsam mit ihnen eine **Kultur des Engagements** für Nürnberg weiterzuentwickeln. Besonders wichtig sind dabei unterschiedliche Formen von **Netzwerken und Kooperationen**, die dieses gemeinsame Bemühen tragen und ausbauen.

Netzwerk Engagementförderung



Das Netzwerk Engagementförderung ist seit 2008 eine Austauschplattform für viele zentrale Akteure des bürgerschaftlichen Engagements. Ihm gehören die Wohlfahrtsverbände und weitere wichtige Dachverbände des Engagements, zum Beispiel Kreisjugendring Nürnberg-Stadt, Bayerischer Landes-Sportverband e.V., Arbeitsgemeinschaft der Bürger- und Vorstadtvereine e.V. sowie das Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) an. Das Netzwerk Engagementförderung tritt dabei als **„ideeller Träger“** von Projekten auf:

- Seit 2008 wird auch in Nürnberg die bundesweite **Woche des bürgerschaftlichen Engagements** mit Veranstaltungen und Informationsbroschüren begangen.
- Das **Bürgernetz** wird seit 2008 vom Zentrum Aktiver Bürger mit Unterstützung von Ehrenamtlichen und in Zusammenarbeit mit dem Referat für Jugend, Familie und Soziales gepflegt und bietet einen sehr praktischen Überblick über Ehrenamtsprojekte verschiedenster Träger im Internet: Zu einzelnen Engagement-Möglichkeiten werden die Aufgaben, Voraussetzungen und Bedingungen beschrieben und konkrete Ansprechpersonen benannt. Inzwischen sind über 350 „Stellen“ für Ehrenamtliche enthalten und die Seiten werden – auch dank der Unterstützung von Stadtreklame und Sparkasse – tausendfach im Monat angeklickt.

Weitere Informationen:
www.buergernetz.nuernberg.de

- Seit September 2012 ist die **Freiwilligen-Info** im Café des Thalia-Buchhauses Campe mit sehr positiver Resonanz neun Stunden pro Woche geöffnet. Kenntnisreiche Ehrenamtliche des ZAB beraten an dieser zentralen Stelle im persönlichen Gespräch Menschen, die auf der Suche nach einem Engagement sind.

  Weitere Informationen:
  www.freiwilligeninfo.nuernberg.de

- Seit 2011 findet jährlich im Frühjahr die **Nürnberger Freiwilligenbörse** im Rahmen der „inviva – die Messe für alle mitten im Leben" statt (vgl. Leitlinie 6), bei der zahlreiche Organisationen ihre Angebote für Ehrenamtliche im zweitägigen Messebetrieb persönlich vorstellen – Hunderte von Beratungsgesprächen werden dort geführt.

  Weitere Informationen:
  www.freiwilligenboerse.nuernberg.de

- Erstmals im Oktober 2013 fand ergänzend die **Freiwilligenmesse Nürnberg** statt: Eintägig, im Rahmen des „Tags der offenen Tür" der Stadt Nürnberg – im Herzen der Stadt, dem Historischen Rathaussaal. Die Resonanz war ebenfalls sehr gut, die Veranstaltung sprach im Gegensatz zur Freiwilligenbörse ein jüngeres Publikum an.

  Weitere Informationen:
  www.freiwilligenmesse.nuernberg.de

- Rund zwei Dutzend Mal im Jahr informiert seit 2008 über diese und andere Aktivitäten der **Newsletter Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg**, den rund 750 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren beziehen.

Stifter-Initiative Nürnberg

„Anstiften zum Stiften“ ist das Leitmotiv des seit September 2010 aktiven Netzwerks „Stifter-Initiative Nürnberg“: Ermutigung und Information für potentielle Stifterinnen und Stifter, Austausch und Anerkennung für bereits vorhandene Stiftungen. Sie konnte viel zur vermehrten Aufmerksamkeit für das Thema Stiftungen – trotz derzeit schwacher Verzinsungen von Stiftungskapital als Hemmnis – auch in Nürnberg beitragen. Die Partner der „Stifter-Initiative Nürnberg“, die die Arbeit gemeinsam ermöglichen, sind die Stadt Nürnberg (Finanzreferat sowie Referat für Jugend, Familie und Soziales), die Brochier-Stiftung, die Bürgerstiftung Nürnberg, die Ökumenische Stiftungsinitiative, die Sparkasse Nürnberg und die HypoVereinsbank Nürnberg.

Acht Aktivitätsfelder machen die Arbeit der „Stifter-Initiative“ aus:

- Stifterinformationen für Stiftungsinteressierte, zum Beispiel zu rechtlichen und steuerrechtlichen Fragen bei der Gründung, darunter die **Großveranstaltung „Erben und Vererben“** im Germanischen Nationalmuseum im April 2013,
- Stifterinformationen für bestehende Stiftungen, zum Beispiel zur Geldanlage,
- Stiftergespräche zu Förderungsthemen von Stiftungen, bisher beispielsweise zu den Themen musikalische Bildung, demografischer Wandel, Sport, „Bäume in Nürnberg“,
- „Stiftungen vor Ort“, das heißt Beiträge bei Veranstaltungen wie der Messe „inviva“ und Stadt(ver)führungen,
- Gastvorträge „Nürnberg und das Stiftungswesen“ für Zielgruppen mit potentiellem Stiftungsinteresse,
- die Gründung von „Stiftungsverbünden“ zum Ausbau der Stiftungskooperation, zum Beispiel „Stifterverbund MUBIKIN“ (vgl. Leitlinie 2),
- der Internet-Auftritt der Initiative, ein elektronischer Newsletter sowie weitere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Stiftungsthema.

  Mehr Infos unter:
  www.stifterinitiative.nuernberg.de,
- und der **Nürnberger Stiftertag**, seit 2011 als jährliche Höhepunktveranstaltung für die Themenvielfalt des Stiftungswesens.

Corporate Volunteering Netzwerk „Unternehmen Ehrensache“

Im Februar 2011 wurde „Unternehmen Ehrensache: Das Corporate Volunteering Netzwerk Nürnberg“ gegründet. Hintergrund ist das zunehmende Interesse von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in Nürnberg, die Aktivitäten entwickeln, um ihre Belegschaft in gemeinnützigen Projekten aktiv werden zu lassen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei zu unterstützen, ehrenamtlich aktiv zu sein. Ende 2013 hatte „Unternehmen Ehrensache“ über 80 Mitglieder in einer „trisektoralen Struktur“: Mitglieder sind sowohl Unternehmen wie auch gemeinnützige Organisationen und öffentlich-rechtliche Institutionen.

Das Netzwerk

- führt regelmäßige Austausch-Treffen mit „Best Practice“-Beispielen durch,
- publiziert für mehrere Hundert Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einen Newsletter zum Thema Corporate Volunteering,
- führte im Juni 2013 erstmals einen **Corporate Volunteering Tag** als gemeinsamen Einsatz von rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus 16 Unternehmen bei „Mühlenkraft e.V.“, einem Inklusionsprojekt im Pegnitztal, durch.

Weitere Informationen:
www.unternehmen-ehrensache.nuernberg.de

„Nürnberger Unternehmen in sozialer Verantwortung“

Grundsätzlich wird gesellschaftliche oder soziale Verantwortung von Unternehmen oft als Beitrag außerhalb der eigentlichen Geschäftstätigkeit gesehen. Spenden, Stiften, Sponsoring sind hierbei die Schlagwörter. Dieses Engagement ist für die Gesellschaft wichtig und lobenswert. **Corporate Social Responsibility** (CSR) geht hier einen entscheidenden Schritt weiter, weil sich Unternehmen in ihrer Gesamtheit mit der Frage nach Nachhaltigkeit und Verantwortung auseinandersetzen – also nicht nur außerhalb ihres Geschäftsbereichs, sondern eben gerade in ihrem Kerngeschäft. Kurz gesagt: CSR bedeutet, dass nicht entscheidend ist, wie die Gewinne eines Unternehmens verwendet, sondern wie diese Gewinne erwirtschaftet werden.

Um verantwortungsvolles Wirtschaften auch in Nürnberg zu bekräftigen, hatte das Referat für Jugend, Familie und Soziales in Abstimmung mit dem Wirtschafts- und dem Umweltreferat einen Antrag für das Bundes- beziehungsweise ESF-Förderprogramm „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Jahre 2012 bis 2014 eingereicht und bewilligt bekommen. 32 Unternehmen nahmen in der knapp zweijährigen Laufzeit am Projekt teil. Ziel im Projekt „Nürnberger Unternehmen in sozialer Verantwortung“ war es, im Bereich CSR ein Beratungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aufzubauen, das diese in die Lage versetzt, geeignete CSR-Maßnahmen und eine entsprechende Strategie zu entwickeln. In den Workshops mit den Unternehmen zeigte sich, dass bei vielen Unternehmen die Bedeutung von CSR zwar angekommen, eine Umsetzung aber oft mit Schwierigkeiten verbunden ist. Ab Mitte 2014 ist als Fortführung ein neues **Netzwerk Nürnberger Unternehmen in sozialer Verantwortung** vorgesehen.

Weitere Informationen: www.csr.nuernberg.de

Kooperationen

Neben den Netzwerken mit vielen Partnern sind es speziell vertiefte Kooperationen, mit denen das Referat für Jugend, Familie und Soziales die „Kultur des Engagements“ in Nürnberg zu befördern versucht – zum Beispiel:

- Die enge Zusammenarbeit mit dem **Zentrum Aktiver Bürger (ZAB)**, eine der herausragenden Freiwilligenagenturen in Deutschland.
- Die Zusammenarbeit mit den Nürnberger Nachrichten und den uniVersa Versicherungen, die mit der Stadt Nürnberg seit 2009 den monatlichen, regionalen Ehrenamtspreis **„Ehrenwert“** vergeben.
- Das deutschlandweit für Interesse sorgende Modell der **„Stadtteilpatenschaften“**, bei dem Stiftungen oder Unternehmen eine mehrjährige – finanzielle und ideelle – Förderung eines strukturschwachen Stadtteils übernehmen (bisher: Brochier-Stiftung für Gostenhof, Siemens für Gibitzenhof und SchwanSTABILO Cosmetics für St. Leonhard-Schweinau).
- Die enge Zusammenarbeit mit dem „Internationalen Bund“ beim **Freiwilligen Sozialen Jahr**, inklusive einer jährlichen Einladung der Teilnehmenden in den Historischen Rathaussaal.
- Die enge Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring bei der Attraktivitätssteigerung der Jugendleiter-Karte **„JuLeiCa“**.
- Die enge Zusammenarbeit mit einzelnen **Förderern**, zum Beispiel: Triumph-Adler Stiftung „Triumph für Kinder“ (für Familienzentren), ebl-Naturkost (für den „Kochen-Essen-Wissen-Preis“ für Kindertageseinrichtungen), Leihhaus/Altstadtjuwelier (für das lokale Freiwilligenmanagement), Stiftung „Jugend – Bildung – Kultur“ von PricewaterhouseCoopers (ehrenamtliche „Kulturfreunde“).

Weitere Austausch- und Kooperationsplattformen sind für die Stadt Nürnberg im überregionalen Kontext von Bedeutung: Die Arbeitsgruppe der Engagementbeauftragten beim Bayerischen Städtetag, die Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement beim „Deutschen Verein“, das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (www.lbe-bayern.de) und das „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“, dem die Stadt seit 2010 als Mitglied angehört (www.b-b-e.de).

NÜRNBERGER UNTERNEHMEN IN SOZIALER VERANTWORTUNG

Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“

Diese Arbeitspapiere, herausgegeben von Reiner Prölß und Uli Glaser für das Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, wurden als Materialsammlung konzipiert und publizieren seit Mai 2012 fortlaufend Konzepte, Berichte, Evaluationen, Übersichtspräsentationen und auch Zusammenfassungen von Abschlussarbeiten Studierender. Sie geben zu vielen Einzelthemen der kommunalen Sozialpolitik und insbesondere des bürgerschaftlichen Engagements in Nürnberg vertiefte Einblicke. In zwei Jahren wurden bereits 23 Arbeitspapiere veröffentlicht.

Weitere Informationen:
www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/arbeitspapiere.html

8. Sozialräume entwickeln, Stadtteile solidarisch gestalten

Das Miteinander im Stadtteil zu stärken, das ist der Auftrag von Stadtteilkoordination. Begleitet werden diese Prozesse durch die **Regiestelle Sozialraumentwicklung** im Referat für Jugend, Familie und Soziales. Als solche speist sie Themen und Erfahrungen aus den Stadtteilen ein in die Prozesse von Stadterneuerung und Stadtentwicklung. Im Berichtszeitraum waren in fünf westlich und südlich an die Nürnberger Altstadt angrenzenden Stadtteilen vier Stadtteilkoordinatorinnen und ein -koordinator eingesetzt. Die ausgewählten Stadtteilgebiete Muggenhof/Eberhardshof, Gostenhof, St. Leonhard/Schweinau, Gibitzenhof/Rabus sowie Galgenhof/Steinbühl weisen im Vergleich zur gesamten Stadt eine höhere Armutsgefährdung auf. In diesen hochverdichteten Innenstadtrandgebieten leben viele Familien mit Zuwanderungsgeschichte, überproportional viele Menschen sind arbeitslos und ihre Familien erhalten Transferleistungen. Insgesamt wachsen in diesen Stadtteilen aber auch mehr Kinder und Jugendliche heran als im Schnitt der übrigen Stadtteile.

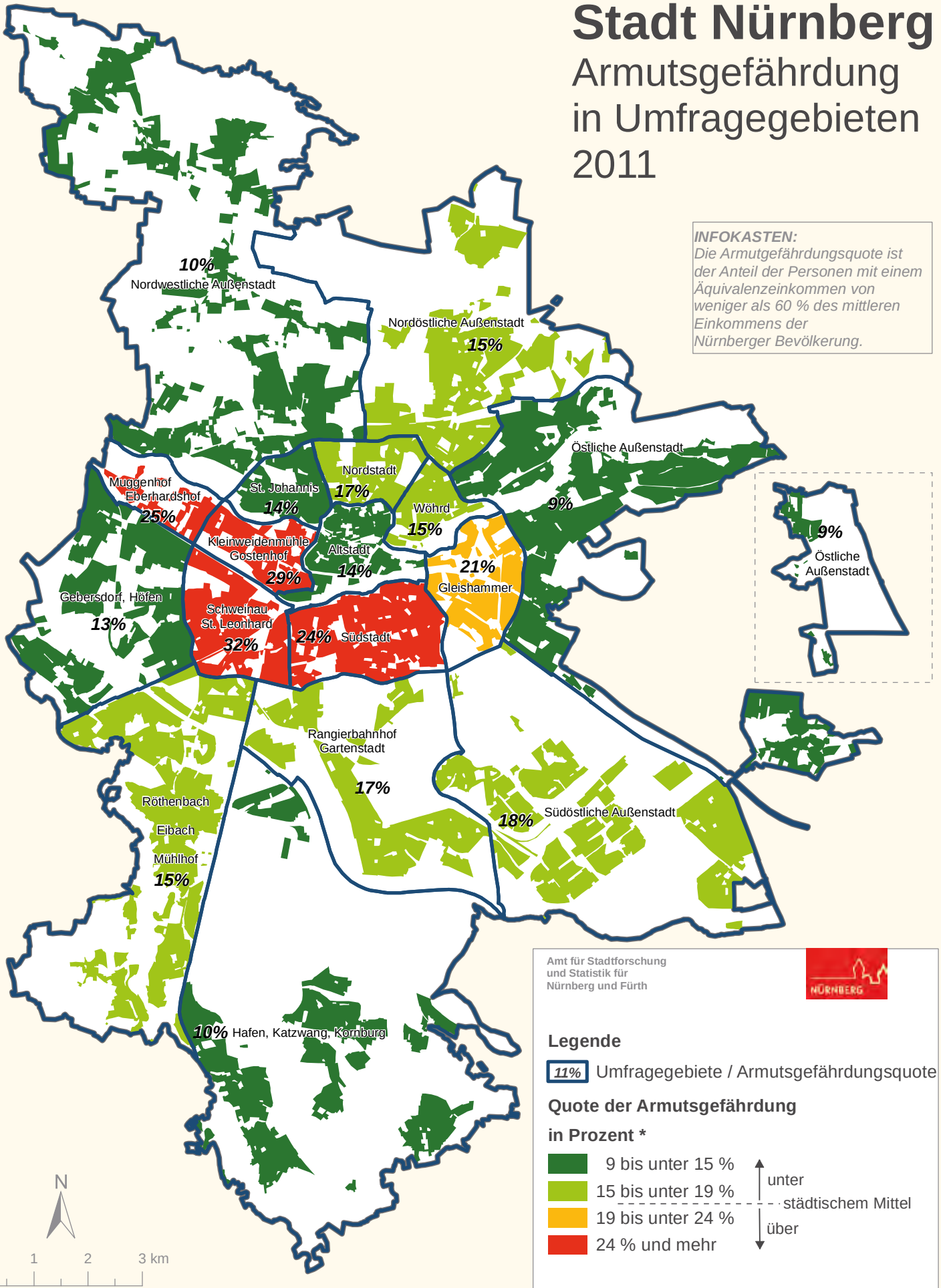
Die genannten Stadtgebiete waren oder sind bis auf Gibitzenhof/Rabus zugleich auch Fördergebiete der Stadterneuerung. Mit den verschiedenen Programmen der Städtebauförderung werden unterschiedliche Intentionen verfolgt: So soll etwa mit dem Programm „Die soziale Stadt“ eine Abwärtsentwicklung in strukturschwachen Stadtteilen gestoppt werden, während das Programm „Stadtumbau West“ eine Anpassung öffentlicher Infrastruktur in Zeiten strukturellen Wandels unterstützt. Im Berichtszeitraum gehörte St. Leonhard/Schweinau als Fördergebiet zum Städtebauförderprogramm „Die soziale Stadt“. Muggenhof/Eberhardshof sowie der westlichste Teil von Gostenhof wurden als Stadterneuerungsgebiet im Rahmen von „Stadtumbau West“ ausgewiesen.

Geht es in der Stadterneuerung und ihren verschiedenen Förderprogrammen vorrangig darum, die gebaute Umwelt – Verkehrswege, Plätze, Grünflächen, Gemeinbedarfseinrichtungen – den aktuellen Bedarfen im jeweiligen Stadtteil anzupassen, will die Sozialraumentwicklung insbesondere das Zusammenspiel der sozialen, schulischen und kulturellen Einrichtungen und Initiativen vor Ort gestalten und deren Angebotsspektrum durch Vernetzung für die Stadtteilbürgerschaft optimieren. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung müssen also Stadterneuerung und Sozialraumentwicklung zusammen gedacht und wechselseitig aufeinander bezogen werden. Mit dieser Überzeugung hatten sich die Regiestelle Sozialraumentwicklung und die Stadtteilkoordination zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen des Jugendamts, aus dem Sozial- und Seniorenamt intensiv in die Diskussions- und

Stadt Nürnberg

Armutsgefährdung in Umfragegebieten 2011

INFOKASTEN:
Die Armutgefährdungsquote ist der Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Nürnberger Bevölkerung.



Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth

Legende

11% Umfragegebiete / Armutsgefährdungsquote

Quote der Armutsgefährdung in Prozent *

- 9 bis unter 15 % (unter städtischem Mittel)
- 15 bis unter 19 % (unter städtischem Mittel)
- 19 bis unter 24 % (über)
- 24 % und mehr (über)

* in den bewohnten Flächen

Raumbezugssystem 2012 (Amt für Stadtforschung und Statistik)
Wohnungs- und Haushaltserhebung Leben in Nürnberg, 2011

Abstimmungsprozesse zur Erstellung von vier **Integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten** (INSEK) eingebracht. In vier mit Mitarbeitenden aus allen städtischen Geschäftsbereichen besetzten Gebietsteams wurden für die Stadtgebiete – Weststadt, Nürnberger Süden, Altstadt und für das übergreifende Thema „Nürnberg am Wasser" – in anderthalb arbeitsintensiven Jahren jeweils zentrale Entwicklungslinien aufgezeigt und perspektivisch fortgeführt. Die Moderation der Prozesse übernahm das „Büro für urbane Projekte" aus Leipzig.

Die eingangs genannten Stadtteile mit Koordination sind Gegenstand im „INSEK Weststadt" und im „INSEK Süden". Das „INSEK Weststadt" fasst unter dem Titel „Dynamik" Entwicklungsperspektiven für die zwischen Plärrer und Stadtgrenze gelegenen Stadtteile zusammen. Das „INSEK Süden" lenkt mit der Überschrift „Mehrwert" den Blick vor allem auf die Integrationsleistung der Bewohnerschaft und darauf, welche kommunalen Strategien diese Entwicklung weiter befördern. Der Nürnberger Süden wird dabei in seinen „starken Quartieren" betrachtet, zu denen auch St. Leonhard/Schweinau, Gibitzenhof sowie Galgenhof/Steinbühl zählen. „Starke Quartiere" sind Stadtteile mit viel Potenzial, das nur entdeckt und „gehoben" werden muss.

Stadtentwicklung fragt danach, in welcher Stadt und in welcher Stadtgesellschaft wir künftig leben wollen. Der Begriff einer „integrierten Stadtentwicklung" verweist darauf, dass dabei soziale und wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Entwicklungslinien gleichermaßen betrachtet und zusammengeführt werden müssen.

Weitere Informationen:
www.nuernberg.de/internet/referat6/insek.html

Soziale Themen in der Stadtentwicklung

Zentrale Zukunftsaufgabe aus sozialer Sicht ist es, Förder- und Unterstützungsstrukturen zu schaffen, die verhindern, dass ein Leben in Armut über Generationen hinweg „weitervererbt" wird. Mit „Armen Kindern Zukunft geben!" ist das Nürnberger Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut überschrieben (vgl. Leitlinie 4). Dieser Appell muss in besonderer Weise in all jenen Stadtteilen Wirkung zeigen, in denen viele Kinder in armen Familien und in prekären Verhältnissen aufwachsen. Soziale Stadtentwicklung fragt danach, wie förderliche Unterstützungsstrukturen vor Ort aussehen können. Und sie muss Antworten geben, wie es gelingen kann, dass infrastrukturelle Maßnahmen nicht nur einen strukturschwachen Stadtteil aufwerten und ihn für Auswärtige attraktiver machen, sondern auch die im Stadtteil wohnenden Menschen erreichen. Fördermittel werden oft mit dem Hinweis auf die Bedürftigkeit der Stadtteilbevölkerung eingeworben. Soziale Stadtentwicklung muss im Blick behalten, dass gerade diese Menschen, die ihre Bedarfe oft nicht laut vertreten können, bei den Veränderungsprozessen vor Ort auch mitgenommen werden.

Die vordringlichen Stadtentwicklungsthemen im Süden und Westen folgen nun in der Beschreibung. Zwar gibt es große Unterschiede in den Verläufen beider bisheriger Entwicklungen, aber – mit etwas Abstand betrachtet – auch durchaus vergleichbare Herausforderungen:

- **Infrastruktur bedarfsgerecht ergänzen**
  Der erste Blick galt der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur: In beiden hochverdichteten Stadtgebieten waren Defizite insbesondere bei der Ausstattung mit Einrichtungen zur Bildung und Betreuung von Kindern zu

verzeichnen. Im Westen konnte mit einer regen Bautätigkeit in den letzten Jahren die Kindertagesbetreuung, vor allem im Bereich von Kinderkrippen und Kindergärten, ausgebaut werden (vgl. Leitlinie 1). Auch die Planungen für ein dringend erforderliches Kinder- und Jugendhaus und einen Aktivspielplatz wurden abgeschlossen und deren Realisierung mit Mitteln der Städtebauförderung abgesichert. Im Süden – so scheint es – sind die Ausbauplanungen und -wünsche an die Grenzen räumlicher Ressourcen gestoßen. Hier werden nach wie vor sehr dringend weitere Optionen für Neu- beziehungsweise Erweiterungsbauten von Kindertageseinrichtungen gesucht.

- **Wohnumfeld gestalten: Erfahrungsräume für Junge und Erholungsräume für Ältere**
  In beiden dicht bebauten Stadträumen vermisst die Bewohnerschaft Grün- und Freiflächen, sowohl als Lern- und Erfahrungsräume für Kinder und Heranwachsende wie auch als Erholungs- und Begegnungsräume für ältere Menschen. Im Nürnberger Westen konnten mit der Erstellung eines „Grün- und Freiflächenkonzepts Weststadt" Entwicklungslinien für mehr Grün im Stadtteil abgestimmt werden. Erste Maßnahmen, zum Beispiel die Umgestaltungen am Veit-Stoß-Platz oder in der Heinickestraße, werden derzeit konkretisiert und stehen kurz vor der Umsetzung. Im Nürnberger Süden wurden im Rahmen der Stadtteilsanierung viele Möglichkeiten zur Ergänzung der Grün- und Freiflächenstruktur geprüft. Davon konnten einige Maßnahmen – insbesondere zur Qualifizierung bestehender Spiel- und Grünflächen – realisiert werden. Bei weiterhin bestehenden Gründefiziten geht es realistischer weise nunmehr darum, kreativ, initiativ und mit gebündelter Kraft kleine Grünoasen zu schaffen. Dies wurde wiederholt als Herzenswunsch auf den Fachtagen der Stadtteilkoordination vorgetragen, verbunden mit der Bereitschaft vieler Einrichtungen, dabei selbst werbend und unterstützend tätig zu werden.

- **Vernetzung stärken: Lern- und Bildungslandschaften schaffen**
  Im Nürnberger Westen setzten die Stadtteileinrichtungen Bildung als Stadtteilthema. Wunsch war es, eine Übersicht über Akteure, Unterstützende und deren Angebote zu erhalten und möglichst das Zusammenspiel untereinander zu verbessern. Diesen Wunsch aufgreifend, beteiligten sich die Geschäftsbereiche Schule und Kultur sowie Jugend, Familie und Soziales in den vergangenen drei Jahren an der **Studie „Educational Governance"** unter der Leitung von Prof. Thomas Olk (Universität Halle-Wittenberg). Im Rahmen der Studie wurde eine Bestandsaufnahme von Bildungsakteuren, Bildungsangeboten sowie Lernorten im Stadtteil erstellt. Darauf aufbauende inhaltliche sowie strukturelle Empfehlungen haben zum Ziel, das Zusammenwirken unterschiedlicher Träger und Verantwortlicher auf den verschiedenen Ebenen im Sinne einer Lern- und Bildungslandschaft zu optimieren. Aus sozialer Sicht muss es vor allem darum gehen, kleinräumige Vernetzung rund um die Schulen weiter zu stärken, die Angebote im Sozialraum im Sinne von Präventionsketten aufeinander zu beziehen sowie neue Formen und Wege zu erproben, wie auch und gerade eher bildungsferne Menschen Kultur erfahren können. Wichtige Veranstaltungen zur Ver-

messung der Lern- und Bildungslandschaft im Nürnberger Westen sind die seit 2011 durchgeführten Bildungstage „Zwischen Plärrer und Stadtgrenze“. Mittels Stadtteiltouren zu Lernorten und Bildungsangeboten im sozialen Nahraum werden Kontakte geknüpft und Möglichkeiten zur Kooperation ausgelotet. Dies wird perspektivisch auch für den Nürnberger Süden interessant. Im „INSEK Süden“ wurden bereits Schulen und Familienzentren als wichtige Ankerpunkte einer Lern- und Bildungslandschaft in den jeweiligen Quartieren ausgemacht.

- **Energiewandel, ja bitte – aber sozialverträglich**
  Im Nürnberger Westen und Süden rückte ein weiteres Zukunftsthema in den Blick: die sozialen Folgen des Energiewandels. Der Sanierungsbedarf, insbesondere der der energetischen Sanierung, ist in der meist gründerzeitlichen Wohnbebauung hoch. Das heißt, die Menschen hier verbrauchen aufgrund von kaum oder schlecht gedämmten Wohnungen und zugigen Fenstern immens Energie. Bei steigenden Energiekosten müssen für Strom und Heizung zuweilen Schwindel erregende Summen aufgebracht werden. Und auch im Falle einer energetischen Sanierung droht mit der Umlage der Sanierungskosten auf die Mietpreise eine Überschreitung bestehender Mietobergrenzen für Sozialleistungsempfangende und damit – im ungünstigsten Fall – die Verdrängung aus dem sanierten Haus. Zwar werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Miethöhen und Energieversorgung auf anderer Ebene gesetzt und energiewirtschaftliche Entscheidungen andernorts getroffen, die Auswirkungen indessen sind vor Ort und zuallererst in benachteiligten Stadtgebieten sicht- und spürbar. Wie können Energieversorgung und energetische Sanierungen sozialverträglich erfolgen? Unter dieser Fragestellung haben die drei „koop-Städte“ Bremen, Leipzig und Nürnberg in den Jahren 2012 und 2013 einen moderierten Erfahrungsaustausch begonnen. **koop.stadt** ist ein Kooperationsverbund der Kommunen Nürnberg, Bremen und Leipzig, die in Fragen der Stadtentwicklung voneinander lernen sowie neue Lösungsansätze erproben wollen. In Nürnberg haben Sozial- und Umweltamt Gespräche mit dem Ziel strategischer Absprachen aufgenommen.

Stadtteilkoordination – Seismograph für Stadtentwicklung

In den Stadtteileinrichtungen – seien es Kindertageseinrichtungen und Schulen, Jugendtreffs und Seniorenclubs, soziale Dienste und kulturelle Einrichtungen – Tag für Tag findet Begegnung und Leben im Stadtteil statt. Die Mitarbeitenden in diesen Einrichtungen kennen die Sorgen und Nöte der Menschen, aber auch deren Wünsche und Potentiale. Damit sind sie wichtige Seismographen für Bedürfnisse und Problemlagen im Stadtteil. Und sie üben eine partnerschaftliche und vermittelnde Funktion in bürgernahen Stadtteilentwicklungsprozessen aus. Stadtteilkoordination wiederum stellt sicher, dass die Einrichtungen im Stadtteil miteinander vernetzt sind und untereinander kooperieren. Sie strukturiert die Stadtteildiskussionen, macht Entwicklungen in den Stadtteilen sichtbar, greift Veränderungsimpulse auf und trägt sie weiter in die verschiedenen Fachämter der Stadtverwaltung. So verstanden sind Sozialraumentwicklung und Stadtteilkoordination wichtige Bausteine einer integrierten Stadtentwicklung.

Das „A und O“ von Stadtteilkoordination sind Aufbau und Pflege eines funktionierenden Stadtteilnetzwerks. Das heißt, die Einrichtungen im Stadtteil wissen voneinander und kennen Schwerpunkte und Besonderheiten der jeweils anderen Einrichtungen und Initiativen.

Bei regelmäßigen Treffen erweitert sich das Wissen darum, wer über welche Kompetenzen, Erfahrungen, Ressourcen und Kontakte zur Problemlösung oder für eine konkrete Projektdurchführung verfügt. Die Pflege eines funktionierenden Stadtteilnetzwerks ist somit unabdingbare Voraussetzung, damit Förderung und Unterstützung zielführend in die Stadtteile gebracht werden.

Stadtteilkoordination unterscheidet dabei stadtteilzentrale Netzwerktreffen, bei denen alle für den Stadtteil bedeutsamen Themen und Entwicklungen diskutiert werden können, von themenspezifischen (Bildung, Gesundheit etc.), zielgruppenspezifischen (Kinder, Jugend, Senioren etc.) sowie projektbezogenen (Stadtteilfest, Sozial- und Kulturmarkt etc.) bis zu Teilnetzwerken, die einem vereinbarten Zweck dienen. Sie achtet darauf, dass Ergebnisse und Vorhaben aus diesen zweckgerichteten Treffen transparent im Stadtteilnetzwerk kommuniziert werden.

Beispielgebend: Aufbau eines Gesundheitsnetzwerks in St. Leonhard/Schweinau

Der Aufbau des Gesundheitsnetzwerks St. Leonhard/Schweinau wurde im Programmrahmen von „Die soziale Stadt“ initiiert und drei Jahre lang mit der Finanzierung einer Gesundheitskoordinatorin unterstützt. Vorausgegangen waren Erhebungen zum Stand und Bedarf von Gesundheitsförderung in St. Leonhard/Schweinau. Für die Finanzierung von Gesundheitsprojekten konnte die Techniker Krankenkasse gewonnen werden. Eine begleitende Programmevaluation bewertete 2012 den Netzwerkaufbau als sehr gelungen und benannte die Erfolgsfaktoren: die bestehenden verlässlichen Kooperationsstrukturen im Stadtteil, die fachkompetente Projektkoordination sowie die Prozessbegleitung durch eine Steuerungsgruppe, in der Jugendamt, Geschäftsbereich Schule, Gesundheitsamt, SportService, Amt für Wohnen und Stadtentwicklung sowie Quartiersmanagement und Stadtteilkoordination zusammen wirken. Zur nachhaltigen Absicherung des Gesundheitsnetzwerks wurde empfohlen, die Netzwerkkommunikation und den Erfahrungsaustausch weiterzuführen, einen Ressourcenpool im Stadtteil aufzubauen, Ehrenamtliche für einzelne Gesundheitsprojekte zu gewinnen sowie durch gemeinsame Fortbildungen einen vergleichbaren Kenntnisstand der Teilnehmenden zu erreichen. Verbunden mit dem Auftrag, Spielregeln und Standards für den Fortbestand des Gesundheitsnetzwerks zu verabreden, haben die in der Steuerungsgruppe vertretenen Ämter die Projektkoordination um ein weiteres Jahr verlängert und gemeinsam die Finanzierung hierfür geschultert.

Indes: Das Thema Gesundheitsförderung – gesundes Essen und ein Mehr an Bewegung – formuliert einen Bedarf in allen koordinierten Stadtteilen. Das zeigten das große Interesse und die Diskussionen in den Stadtteilarbeits-

kreisen bei der Vorstellung der Ergebnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen durch das Gesundheitsamt. Die Ergebnisse spiegeln einmal mehr auf eindrucksvolle Weise wider, dass eine gesunde Lebensweise oft stark von der familiären Prägung abhängt. Gesundheitsförderung steht auf der Agenda der Stadtteilarbeitskreise weit oben. In Muggenhof/Eberhardshof hat 2013 der „Rotary Club Nürnberg-Kaiserburg" ein breites Lernangebot (Schwimmen und Klettern) für Kinder des Horts Wandererstraße großzügig unterstützt und damit den Startpunkt für ein Gesundheitsnetzwerk in diesem Stadtteil markiert.

Intensivierung der Elternarbeit mittels Kulturangeboten

Wie können wir die Eltern unserer Kinder erreichen? Diese Frage wurde in nahezu allen Stadtteilarbeitskreisen und -foren gestellt und heiß diskutiert. Dabei zeigte sich, dass es dazu bereits ein breites Erfahrungswissen in den Einrichtungen selber gibt – in Kitas genau wie in Schulen. Aus Projektmitteln der Stadtteilkoordination wurden Maßnahmen unterstützt, die einerseits kooperativ, das heißt von mindestens zwei Einrichtungen, getragen werden und andererseits, nach aller Möglichkeit, Eltern und die ganze Familie einbinden. In allen Gebieten mit Stadtteilkoordination wurden dabei gute und wichtige Erfahrungen gemacht. Einige Beispiele:

- In **Galgenhof** haben Wiesenschule, Hort und Mittagsbetreuung für Kinder und ihre Eltern Theaterworkshops organisiert und als Abschluss gemeinsam die Aufführung in der Christuskirche gefeiert. Oder sie haben Eltern und Kinder zu einer Kräuterpflanzaktion und Monate später zu einem Kräutererntepicknick eingeladen. Beide Aktivitäten werden weiter ausgebaut.
- In **Gibitzenhof** luden die Einrichtungen rund um den Herschelplatz ihre Familien zu Konzerten ein. Rektor, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und sozialpädagogisches Personal verstanden sich dabei als Gastgebende für die Familien im Stadtteil und nutzten die Veranstaltungen des „Sommers in Gibitzenhof" für ungezwungene Begegnungen. Eine Lehrerin an der Friedrich-Wilhelm-Herschel-Schule funktionierte kurzerhand einen Elternabend zu einem gemeinsamen Ausstellungsbesuch im Neuen Museum um und konnte mit diesem gemeinsamen Erlebnis neues Vertrauen begründen.

- In **St. Leonhard/Schweinau** ist Elternarbeit seit vielen Jahren wichtiges Stadtteilthema, hier wurden erlebnispädagogische Höhlenwanderungen erprobt, Eltern-Kind-Besuche im Kindermuseum begleitet, im Rahmen des Gesundheitsnetzwerks Familienfrühstücke und gemeinsame Ausflüge organisiert. Im „Netzwerk Kinder“ stehen die Einrichtungen dazu in einem regen Erfahrungsaustausch.
- Kinder, Eltern und Betreuungspersonal des Familienzentrums Reutersbrunnenstraße in **Gostenhof** besuchten gemeinsam eine Aufführung bei den Kreuzgangfestspielen in Feuchtwangen und waren rundum begeistert. Mit vielen eindrücklichen Erlebnissen kehrte auch die Frauengruppe des Internationalen Frauen- und Mädchenzentrums von ihren Bildungswochenenden in Regensburg und Würzburg zurück.
- Frank Wuppinger & Band mit Concertinos warben im Stadtteil **Muggenhof/Eberhardshof** bei sonntäglichen Familienfrühstücken im Kinderhaus Globus und im Hort Wandererstraße für ein Konzert auf AEG und gewannen Groß und Klein mit ihrem Angebot zum Mitwirken und Ausprobieren. Übrigens: Das Konzert auf AEG war bestens besucht und im Publikum waren viele Familien aus dem Stadtteil.

Bei den Eltern-Kind-Aktionen ist es gelungen, über das besondere Gemeinschaftserleben das Vertrauen der Eltern zur Einrichtung und ihren Mitarbeitenden zu stärken. Oft sind es kulturelle Erfahrungen, die besonders eindrücklich wirken. Wichtig scheint dabei die Heranführung über bekannte Gesichter aus Kita oder Schule zu sein. Diese gelungenen Ansätze einer Elternarbeit im Bereich der kulturellen Bildung sollen weiter ausgebaut werden. Begleitende Untersuchungen dazu könnten wichtige Erfahrungswerte zur Verschränkung formaler und non-formaler Bildungsprozesse beitragen, wie im Rahmen der Bildungsberichterstattung gefordert.

Stadtteilpatenschaften

In einem funktionierenden Stadtteilnetzwerk wissen die Akteure, was vor Ort gebraucht wird und vor allem wissen sie, was wie hilfreich sein könnte. Ideal, wenn sich dann jemand findet, der oder die den Stadtteil und dessen Akteure partnerschaftlich begleitet, mit Know-How, Kontakten und auch Geld nachhaltig wirkende Maßnahmen unterstützt. Seit 2010 ist Alexander Brochier Stadtteilpate von Gostenhof und hat in dieser Funktion zahlreiche Projekte und Maßnahmen ermöglicht, die allesamt zu einem gelingenden Aufwachsen von Kindern in Gostenhof beitragen. Sein Modell der Stadtteilpatenschaft sollte Schule machen: 2011 hatte das Regionalreferat der Siemens AG die Stadtteilpatenschaft für Gibitzenhof und Rabus übernommen. 2012 folgte SchwanSTABILO Cosmetics und übernahm die Patenschaft für St. Leonhard und Schweinau. Über das Engagement des gesamten Unternehmens hinaus haben alle Mitglieder der Geschäftsleitung auch persönliche Verantwortung für einzelne Stadtteilprojekte übernommen. Und neben der Projektunterstützung – finanziell sowie mit Rat und Tat – nimmt SchwanSTABILO Cosmetics intensiv Anteil am Stadtteilleben, ist beim Stadtteilfest mit einem LKW präsent, in dem sich ein Kosmetikstudio befindet, lädt Frauengruppen ins Unternehmen ein, bietet Mittelschülerinnen und -schülern Schnuppertage oder Praktika im Betrieb an.

Das Modell „Stadtteilpatenschaft“ stößt mittlerweile auf bundesweites Interesse. So wurde 2012 das Vorhaben im Rahmen des Wettbewerbs **Preis der „Sozialen Stadt“** mit einer Anerkennung ausgezeichnet. Alle Stadtteilpaten stehen untereinander im Kontakt und machen sich dafür stark, für weitere Stadtteile Patenschaften zu begründen. Mit eben dieser Zielvorstellung, das Modell Stadtteilpatenschaften zu verbreitern und weiterzuentwickeln, hat sich die „Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement“ im Referat für Jugend, Familie und Soziales um eine Förderung als ExWoSt-Vorhaben (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) beworben und 2012 mit dem Zuschlag eine insgesamt dreijährige Förderung bis Ende 2015 erhalten.

9. Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützen

Knapp 40 Prozent aller Nürnbergerinnen und Nürnberger haben einen Migrationshintergrund[1], davon besitzen 17 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit. Insbesondere in den Kindergärten zeigt sich die gesellschaftliche Vielfalt, denn bei den 3- bis 6-Jährigen liegt der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund bei 62 Prozent[2]. Integrationspolitik wird in Nürnberg zu Recht als Querschnittsaufgabe definiert, die Familien- und Jugendpolitik genauso betrifft wie Wirtschafts-, Wohnungs- oder Umweltpolitik. Wenn über 60 Prozent der heute 3- bis 6-Jähigen einen Migrationshintergrund haben, so ist klar, dass unsere Gesellschaft in wenigen Jahren deutlich bunter sein wird, als sie es heute ist. Die Mehrheit der Menschen in unserer Stadt wird dann ein Selbstverständnis haben, das von mehreren kulturellen Einflüssen geprägt ist. Die Frage, ob sich jemand als „deutsch", „deutsch-türkisch/-rumänisch/-griechisch/…" oder primär als Vertreterin oder Vertreter des Landes versteht, aus dem seine oder ihre Familie einmal einwanderte, ist höchst individuell. Für die Politik stellt sich jedoch die Frage, was Integrationspolitik bedeutet, in einem Zeitalter, in dem die mit der Integrationspolitik Gemeinten die eigentliche Mehrheit darstellen. Ist klassische Integrationspolitik überhaupt noch zielführend? Wie gestaltet sich in solchen Gesellschaften das Verhältnis zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Wie sieht eine Politik der gesellschaftlichen Teilhabe für alle – ohne Ansehen der Person aus – die weder gleichgültig noch bevormundend wirkt? Brauchen wir überhaupt noch separate Politik für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Oder sollten wir uns nicht ein Beispiel nehmen an vielen Initiativen, zum Beispiel im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements – dort werden verstärkt Bemühungen unternommen, Migrantinnen und Migranten auch außerhalb von ethnisch geprägten Selbstorganisationen zu gewinnen. Ein schönes Beispiel hierfür ist die Rettungssanitätsdienst-Ausbildung des Roten Kreuzes in Nürnberg für Menschen mit türkischer Muttersprache (www.kvnuernberg-stadt.brk.de/dokumente/projekt-eintritt-1).

Gerade in unseren zugeordneten Dienststellen Jugendamt, Sozialamt und Seniorenamt hat der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales vielfältige und ganz konkrete Berührungspunkte zu Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jedes Alters und nahezu jeder Lebenslage – von Einrichtungen zur Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern über den Allgemeinen Sozialdienst, die Beschäftigungsförderung,

[1] Das Merkmal „Migrationshintergrund" wird vom Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth anhand verschiedener Kriterien aus dem Einwohnermelderegister mit Hilfe des Softwareprogramms „MigraPro" ermittelt. Die Ableitung orientiert sich weitgehend an der Definition des Statistischen Bundesamts, wonach Menschen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil" sind (vgl. Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2011: Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg).

[2] Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 2011: Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg.

die Beratungsdienste und Leistungsbereiche bis hin zur Seniorenarbeit und Pflege. Deshalb ist die Frage einer zeitgemäßen Integrations- beziehungsweise Inklusionspolitik entscheidend für unser Handeln.

Ein Migrationshintergrund stellt an sich keine Benachteiligung dar und begründet zunächst einmal auch keinen besonderen Hilfebedarf, sondern bedeutet Vielfalt und Bereicherung für die gesamte Gesellschaft. Manche Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch überdurchschnittlich von sozialer Benachteiligung, Bildungsdefiziten, Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Oftmals bestehen Zugangsbarrieren und Hemmschwellen gegenüber sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen. Der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales sorgt deshalb für eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz in den Regeldiensten und kümmert sich darum, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für die Soziale Arbeit zu gewinnen.

Zudem bringt er sich mit seiner Sichtweise in die referatsübergreifende **Koordinierungsgruppe Integration** der Stadtverwaltung ein, die seit 2002 als verwaltungsinterne Steuerungseinheit für die kommunale Integrationspolitik agiert. Die Koordinierungsgruppe nimmt Anregungen, Vorschläge, Beschwerden, Problembenennungen über viele Kanäle auf und sorgt für deren Beachtung. Sie ist eingebettet in ein verzweigtes Netz von Entscheidungs- und Beratungsgremien und hat Zugriff auf alle kommunalen Daten, Forschungs- und Projektergebnisse. Der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales ist mit einer ständigen Vertretung in dieser Koordinierungsgruppe präsent.

Es folgt eine Auswahl konkreter Aktivitäten und Handlungsfelder im Bereich Integration aus den Jahren 2012 und 2013.

Interkulturalität in der Personalarbeit des NürnbergStift

Für das NürnbergStift stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Auszubildende mit Migrationshintergrund eine äußerst wichtige Gruppe dar. Bei den Auszubildenden umfasst diese weit mehr als 50 Prozent. Zum Teil leben sie schon lange in Deutschland und haben hier auch die schulische Ausbildung absolviert, zum Teil kommen die Auszubildenden erst über eine Au-Pair-Tätigkeit oder ein Freiwilliges Soziales Jahr nach Deutschland. Besonders erwähnt werden sollen zwei Projekte mit jungen Menschen aus der Türkei und aus Griechenland. So wollte eine Gruppe von vier jungen Erwachsenen aus Antalya, die dort in einem Vorbereitungskurs Grundkenntnisse der Pflege und der deutschen Sprache erworben hatten, die dreijährige Ausbildung in Nürnberg machen. Die hochmotivierten und interessierten Jugendlichen wurden in den Pflegeeinrichtungen von den Bewohnerinnen und Bewohnern sehr positiv aufgenommen. Leider stellte sich erst nach Beginn der Ausbildung heraus, dass der vorliegende Abschluss eines Lyzeums in der Türkei nicht mit einem Realschulabschluss in Deutschland gleichzustellen war und damit die Ausbildungsvoraussetzungen nicht erfüllt waren, so dass drei Jugendliche die Ausbildung zu unserem großen Bedauern abbrechen und in die Türkei zurückkehren mussten.

In einem zweiten Projekt konnten durch intensive Bemühungen einer Stadträtin sechs junge Frauen aus der griechischen Partnerstadt Kavala gewonnen werden, die dort eine vierjährige Krankenpflegeausbildung absolviert hatten und beim NürnbergStift tätig werden wollten. Durch die weitere intensive persönliche Unterstützung gelang die Integration hier sehr gut. Als Problem stellten sich allerdings trotz umfangreichen Unterrichts mangelnde Fortschritte im Deutschen heraus. Derzeit sind noch drei der jungen Frauen im NürnbergStift tätig, zwei kehrten aufgrund ihrer persönlichen Situation nach Griechenland zurück. Der Tatsache zum Trotz, dass wir nicht alle Nachwuchskräfte aus Griechenland und der Türkei halten konnten, wird die Durchführung und das Erproben eines derartigen Weges sehr positiv bewertet und vom NürnbergStift werden auch in Zukunft ähnliche Projekte angestrebt.

Interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit

Maßnahmen der **internationalen Jugendarbeit** sind fester Bestandteil des Portfolios des Nürnberger Jugendamts. Beispielhaft kann die Partnerschaft zwischen Nürnberg und Glasgow genannt werden. Im Jahr 2013 konnte eine Gruppe junger Schottinnen und Schotten im Alter zwischen 17 und 19 Jahren Nürnberg besuchen. Die Jugendlichen aus Glasgow hatten sich alle durch besonderes gesellschaftliches Engagement hervorgetan und gehören dem „YSpeak-Jugendforum“ für South West Glasgow an. In Nürnberg trafen sie auf ebenso engagierte Jugendliche aus dem Kinder- und Jugendhaus „Klüpfel“. Diese arbeiten ehrenamtlich im „Klüpfel“ bei Projekten oder im Jugendrat der Einrichtung mit. Gemeinsam „eroberten“ die beiden Gruppen Nürnberg und bereiteten das Klüpfel Open Air mit Beteiligung der Band „Bags of Rock“ aus Glasgow vor. Das alljährliche Klüpfel Open Air ist ein jugendkulturelles Highlight für die Nürnberger Musikszene. Zur diesjährigen Veranstaltung kamen über 2.000 Besucherinnen und Besucher.

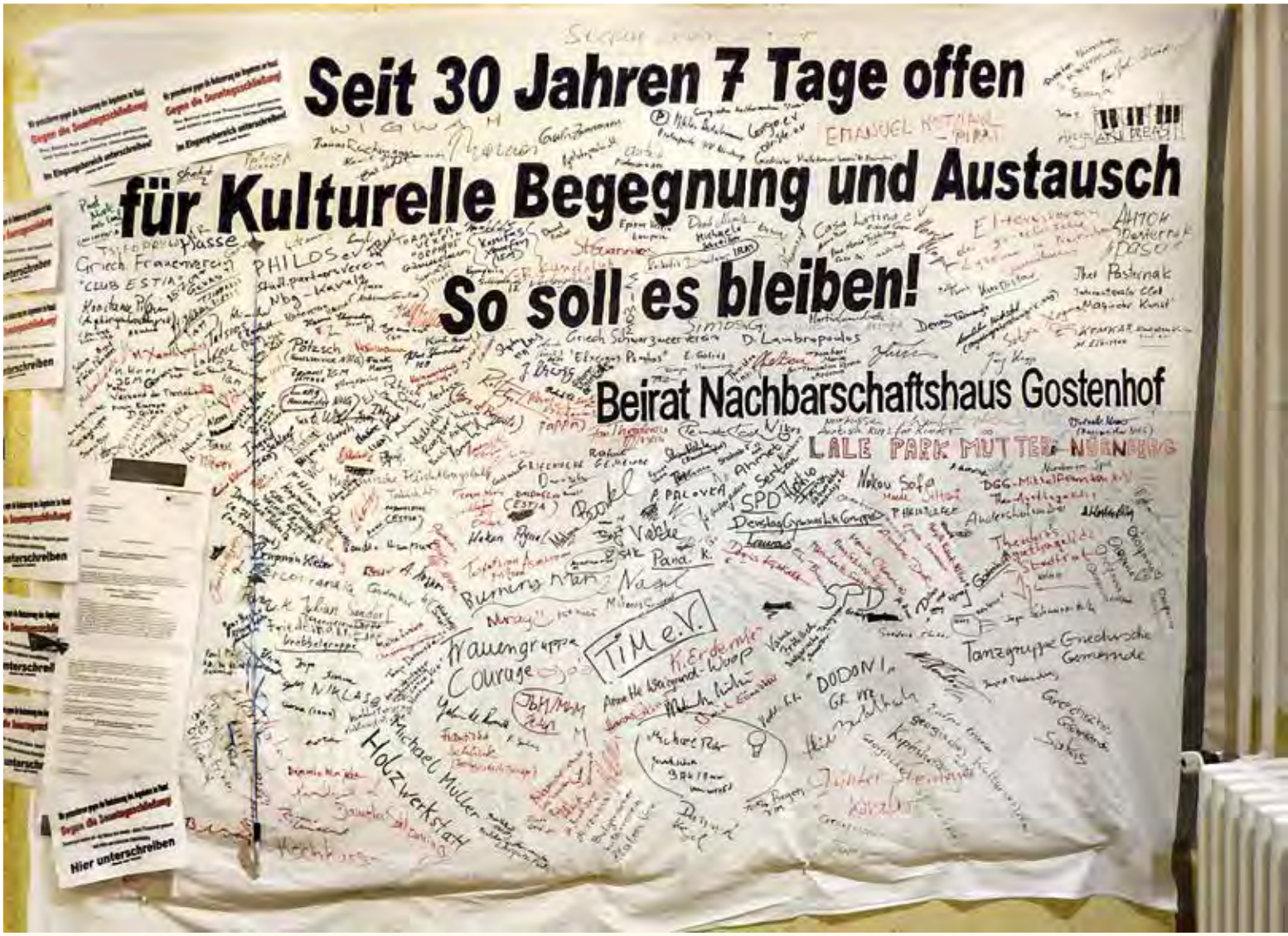
Im Jahr 2013 konnte der **Mitternachtssport** sein 15-jähriges Jubiläum feiern! Mitternachtssport, das ist Basketball, Fußball oder Trendsport wie Juggern, Badminton oder Eislaufen am späten Freitagabend für junge Leute aus Nürnberg zwischen 16 und 21 Jahren. Erstmals fand 1998 in einer Sporthalle im Stadtteil St. Leonhard Basketball um Mitternacht statt. Bald kam dann Fußball hinzu – und im Laufe der Jahre immer wieder neue Spielorte oder neue Sportarten. Durch die außergewöhnliche Uhrzeit, in der Regel freitags zwischen 22 Uhr und 1:30 Uhr, und

die Nutzung der nachts leer stehenden Sporthallen werden jungen Leuten spannende neue Aktionsräume erschlossen. Neben Sport und Bewegung spielt das Vermitteln von sozialen Kompetenzen wie Fairness, Toleranz und Teamfähigkeit eine große Rolle. Der Mitternachtssport hat erfreulicherweise gemeinsam mit einem anderen Projekt den zweiten Preis beim **Mittelfränkischen Integrationspreis 2012** gewonnen. Damit wurde der integrative Aspekt des Mitternachtsports gewürdigt, der sich aus dem gemeinsamen Tun und Erleben von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen, Stadtteilen und sozialen Milieus ergibt. Sport ist das verbindende Moment, das ein Zusammengehörigkeits- und Wir-Gefühl bei den ansonsten sehr heterogenen Nutzerstrukturen entstehen lässt. Ausgrenzungstendenzen und Ressentiments werden unmittelbar thematisiert und pädagogisch bearbeitet, dadurch entsteht Gemeinschaft, die wesentlich zum Abbau von Vorurteilen beiträgt.

Bericht zu Langzeitarbeitslosen mit Migrationshintergrund

Auf Beschluss des Nürnberger Rats für Integration und Zuwanderung legte der Geschäftsbereich der Kommission für Integration des Stadtrats in seiner Sitzung vom 26. Juli 2012 einen Bericht zu Langzeitarbeitslosen mit Migrationshintergrund vor. Anhand des Berichts zeigt sich gleich zu Beginn die Schwierigkeit, das Phänomen überhaupt korrekt erfassen zu können, denn die Statistik der Bundesagentur für Arbeit darf den Migrationshintergrund seiner Kundinnen und Kunden zwar erheben, jedoch nicht verwerten. Erst seit Mitte 2013 gibt es Auswertungen nach Migrationshintergrund auf freiwilliger Basis der Befragten.

Der Bericht legt dar, dass sich Ausländerinnen und Ausländer mit einer Quote von etwa 40 Prozent überproportional häufig – gemessen an ihrem Anteil an der Nürnberger Bevölkerung von 17 Prozent – im Leistungsbezug des SGB II befinden. Knapp 30 Prozent von ihnen konnten im Berichtszeitraum 2011 in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Als einziges Jobcenter konnte das Jobcenter Nürnberg-Stadt dabei den Anteil ausländischer Kundinnen und Kunden geringfügig reduzieren, während andere Jobcenter in vergleichbaren Städten den Anteil eher vergrößerten. Laut Bericht ist dies ein Zeichen, dass die angewendeten Instrumente zur Integration in Arbeit ausländische Arbeitslose zumindest nicht benachteiligen. Im Bericht finden sich auch Aussagen zur **interkulturellen Arbeit** des Jobcenters: In den Jahren 2009 und 2010 wurden alle Integrationsfachkräfte des Jobcenters interkulturell geschult. Die Erkenntnisse aus den Schulungen werden an neue Kolleginnen und Kollegen weitergegeben. Ansonsten versucht das Jobcenter, möglichst wenige migrationsspezifische Maßnahmen einzukaufen, da heterogene Gruppen sinnvoller und zielführender sind. Allen Personen mit ausreichend Deutschkenntnissen steht so das gesamte Portfolio an arbeitsmarktrechtlichen Instrumenten zur Verfügung. Fehlen Deutschkenntnisse, können Sprachkurse über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder so genannte „Alpha-Gutscheine“ des Sozialamts/Bildungszentrums genutzt werden (vgl. Leitlinie 4).



Aktivitäten des Nachbarschaftshauses Gostenhof

Die angespannte personelle Situation im Servicebereich des Nachbarschaftshauses nach dem Wegfall der Zivildienstleistenden hat Ende 2011 dazu geführt, dass keine andere Lösung gesehen wurde, als die Öffnungszeiten zu reduzieren. Die Ankündigung der **Sonntagsschließung** hat viel Frustration und Protest ausgelöst, aber auch eine offene Diskussion und Verständnis für die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dem ehrenamtlichen Beirat des Nachbarschaftshauses und den Gruppen und Vereinen ist es gelungen, deutlich zu machen, dass das Nachbarschaftshaus an sieben Tagen offen bleiben muss, um die Zielsetzung des Hauses zu erfüllen. Erfreulicherweise konnten die fehlenden Kapazitäten durch den Einkauf von Dienstleistung abgedeckt werden, die seit Mai 2012 eine externe Firma erledigt. Sehr erfreulich ist, dass die Kollegin, die als Bürgerarbeiterin im Nachbarschaftshaus beschäftigt war, die Stelle erhalten hat. Durch diese Unterstützung hat sich die Situation anhaltend entspannt, eine Reduzierung der Öffnungszeiten ist seitdem kein Thema mehr.

„Aus Fremden Freundinnen machen" – das ist das Motto des **Gostenhofer Frauentreffs**, einer Initiative des Nachbarschaftshauses Gostenhof in Kooperation mit dem ehrenamtlichen Beirat, Frauenverband Courage, Madaran Laleh Park Nürnberg und weiteren ehrenamtlich engagierten Frauen. Der Gostenhofer Frauentreff tagt in der Regel einmal im Monat im Nachbarschaftshaus, um gemeinsam Veranstaltungen zu planen und zu organisieren. Ziel der Veranstaltungen ist es, sich gegenseitig kennen zu lernen, sich über die jeweiligen Kulturen auszutauschen,

die Öffentlichkeit für frauen- und migrationspolitische Probleme und soziale Entwicklungen zu sensibilisieren und engagierte ehrenamtliche Frauen zu unterstützen. Ein Highlight war die Veranstaltung **„Frei leben – ohne Gewalt“** im November 2013. Den peruanischen Abend im Rahmen des Internationalen Gedenktags: „NEIN zu Gewalt an Frauen und Kindern“ unterstützte auch die Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg.

Zudem fanden 2012 und 2013 im Nachbarschaftshaus mehr als **zehn Lesungen zum Thema Menschenrechte** statt. Bei den Lesungen wurden Autorinnen und Autoren vorgestellt, die in ihren Heimatstaaten verfolgt, eingesperrt und gefoltert wurden. Trotz Angst vor der Geheimpolizei, trotz drohender Verhaftung, traten sie in ihrer Heimat für Meinungsfreiheit und Menschenrechte ein. Das Nachbarschaftshaus möchte diesen Menschen hier eine Stimme geben. Für viele Menschen ist Deutschland ein Ort der Zuflucht, des Exils geworden, vergleichbar der Emigration deutscher Autorinnen und Autoren während der Naziherrschaft. Manche der zu uns Geflüchteten schweigen, denn es ist schwer, entwurzelt, außerhalb der eigenen Kultur in einer fremden Sprache Prosa zu schreiben oder Gedichte zu verfassen. Einige sind ganz verstummt, traumatisiert von den Erlebnissen. Und einigen gelingt es, weiterzuarbeiten. Überwiegend waren die Autorinnen und Autoren Teilnehmende des Programms „writers in exile“ des internationalen Schriftstellerverbands P.E.N.

Zuwanderung aus der EU und weltweit

Seit etwa Mitte 2012 wurde eine verstärkte Zuwanderung nach Deutschland in zwei spezifischen Ausprägungen spürbar: Erstens gab es wieder ansteigende Asylbewerberzahlen und zweitens wurde eine wachsende Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien registriert. Beide Entwicklungen hielten während des gesamten Jahres 2013 mit steigenden Zuwachsraten an, und beide Varianten der Zuwanderung können und müssen als „Armutswanderung" bezeichnet werden (natürlich mit Ausnahmen: Aus Bulgarien und Rumänien kommen zum erheblichen Teil gut qualifizierte Menschen nach Deutschland, die durchaus Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, beispielsweise Ärztinnen und Ärzte).

Angesichts der politischen Lage und der ökonomischen Situation in vielen Teilen der Welt ist zu erwarten, dass diese Wanderungsbewegungen uns auch noch im Jahr 2014 und den Folgejahren beschäftigen werden. Obwohl die Aussage in vielen Reden und Abhandlungen, man müsse in den verschiedenen Herkunftsländern die Armut bekämpfen und die Ökonomie entwickeln, dann verlöre die Armutswanderung ihre Grundlage, absolut richtig ist, haben wir es doch hier und jetzt in der Kommune mit den Folgen dieser Wanderung zu tun. Und obwohl auch der Aussage zuzustimmen ist, dass Asylpolitik Bundes- und Ländersache sei und dass über die EU-Freizügigkeit in Brüssel und Berlin entschieden werde, sind die Menschen hier vor Ort und es muss das Nötige getan werden, wobei weder Brüssel noch Berlin genügend helfen.

Die Reaktionen waren lange zum großen Teil von Abwehr- und Eindämmungsstrategien bestimmt. Man überlegte, wie man melderechtlichen Missbrauch eindämmen könne, unrechtmäßigen Bezug von Kindergeld, Anmeldung von Scheingewerbe und schließlich wie man den Missbrauch von SGB II-Leistungen durch bulgarische und rumänische Eingewanderte verhindern könne. Das alles ist korrekterweise zu überlegen. Auch das Pochen auf die Einhaltung der Zuweisungsquoten von Asylbewerberinnen und -bewerbern ist nicht ungerechtfertigt. Aber all das hat unter „ferner liefen" verbucht zu werden beziehungsweise geschieht längst im Rahmen der täglichen Arbeit, ohne weiter in der Öffentlichkeit aufzufallen.

Die erste Reaktion und die grundsätzliche Strategie gegenüber Wanderungsbewegungen muss eine komplett andere sein, wie inzwischen von Teilen der politisch Verantwortlichen erkannt wird: Die Zuwanderung erfolgt, ob wir das wollen oder nicht. Wir brauchen diese Zuwanderung, nicht erst langfristig, sondern schon jetzt, aus demografischen und ökonomischen Gründen: Statt zu fragen, wie wir uns der Zuwandernden erwehren, müssen wir fragen, wer denn da kommt unter folgenden Aspekten: Welche Altersverteilung gibt es, wie viele junge Menschen und Familien sind darunter, was können sie, welche Qualifikationen und Fähigkeiten müssen noch vermittelt werden, wie kann ich sie zum Erzieher, zur Erzieherin oder für die Alten- und Krankenpflege ausbilden, aber auch für Jobs in Gewerbe und Dienstleistung, die heute schon nur noch schwer zu besetzen sind? Dabei geht es nicht um eine „industrielle Reservearmee", wie man bei der Gastarbeiter-Anwerbung der 60er und 70er Jahre noch irrtümlich dachte. Es ist eine dauerhafte Zuwanderung, die hier stattfindet, und das muss auch so sein, wenn unsere Gesellschaft ihre sozialen und ökonomischen Standards halten will. Ganz nebenbei wird sie dadurch auch ein bisschen bunter und jünger.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass dieser Prozess nicht ohne große Integrationsanstrengung zu bewältigen und auch nicht ohne Verwerfungen und Probleme zu haben ist. Näheres dazu findet sich im Dienststellensteckbrief des Sozialamts im hinteren Teil des Jahresberichts.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Seit vielen Jahren reisen Kinder und Jugendliche ohne Begleitung durch Eltern oder Verwandte aus den Krisenherden Europas, Afrikas und Asiens, oft auf abenteuerlichen und lebensgefährlichen Wegen in die Bundesrepublik. Die Anzahl der jungen Menschen, die in den letzten Jahren Bayern, damit auch Nürnberg erreichen, ist kontinuierlich gestiegen und sie wird dies auch in den nächsten Jahren tun. 2013 hat die Bayerische Staatsregierung die Regelungen zur Unterbringung und Betreuung Minderjähriger, die ohne ihre Eltern einreisen, erneuert. Mit dem „For.UM" hat sie eine Plattform eingerichtet, auf der unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände, der freien Träger und Interessensverbände sowie der Bezirksregierungen und des bayerischen Landesjugendamtes Grundsätze, Ansprüche und Leistungen neu geregelt wurden.

Wesentliche Verbesserungen, um den Bedürfnissen der jungen Menschen gerecht zu werden, sind insbesondere der generelle Anspruch Minderjähriger auf Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII), die zusätzliche Schaffung von Unterbringungsplätzen in geeigneten Einrichtungen der Jugendhilfe und eine breitere Verteilung auf die Bezirke in Bayern. Kernstück ist die Schaffung zusätzlicher Erstaufnahmestellen, sogenannter Clearingstellen, in denen die Flüchtlinge eine Erstversorgung erfahren und bei denen in einem qualifizierten Verfahren der individuelle Betreuungsbedarf, Fragen der psychischen und physischen Gesundheit und die geeignete Anschlusshilfe festgestellt werden. Damit ist für Anfang 2014 die Auflösung der Aufnahme innerhalb der Erstaufnahmestelle in Zirndorf beschlossen und ein angesichts der Überbelegung unhaltbarer Zustand beendet.

Stattdessen wird Anfang 2014 eine **Clearingstelle in Nürnberg** mit 50 Plätzen in Betrieb gehen. Sie wird von den Rummelsberger Diensten betrieben, die in enger Planung und Abstimmung mit dem Jugendamt die Voraussetzungen für die Realisierung herstellen. In der Clearingstelle wird personell in geeigneter Weise auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge mit ihren sehr unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Bedürfnissen eingegangen. Traumatisierte Jugendliche erhalten entsprechende Hilfen, ein erster Intensivkurs in deutscher Sprache findet statt, der die weitere Integration erleichtert. Das Clearingverfahren ist auf drei Monate angelegt. Anschließend ziehen die Jugendlichen dann in reguläre Einrichtungen der Jugendhilfe um. Die Planungen in Nürnberg gehen von jährlich 200 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus, die die Clearingstelle durchlaufen. Diese gestiegene Anzahl stellt für die Infrastruktur der Jugendhilfe eine Herausforderung dar, nicht nur in Nürnberg. Hier werden bis Mitte 2014 circa 40 neue Plätze geschaffen. Von Nürnberg aus werden sie aber auch auf andere Städte und Gemeinden Frankens verteilt, so dass auch sie gefordert sind Plätze auszubauen. So unterschiedlich die jungen Menschen hinsichtlich ihrer Herkunft und ihrer Fluchtgeschichten sind, so einheitlich sind sie in anderer Hinsicht: Sie haben einen großen Unterstützungsbedarf, um ihre schwierige Situation in jungem Alter zu meistern. Sie sind aber auch von einem äußerst großen Willen getragen, sich in Deutschland zu integrieren und eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Entsprechend ehrgeizig zeigen sie sich beim Erlernen der deutschen Sprache. Und für Deutschland – Stichwort Fachkräftemangel – sind sie eine große Chance, den Arbeitsmarkt in sehr unterschiedlichen Berufsfeldern zu entlasten. Aber auch im Hinblick auf eine weltoffene und tolerante Gesellschaft stellen sie eine Bereicherung dar. Wichtig ist, möglichst weitgehend aufenthaltsrechtliche Spielräume so zu nutzen, dass schulische und berufliche Integration nun auch gelingen kann. Wenngleich ein dauerhafter Aufenthalt in Deutschland nicht immer gegeben sein wird, ist zugleich eine Ausbildung „im Gepäck" das beste Ticket für die Reintegration in ihr Heimatland und zugleich ein Beitrag, den Deutschland leistet, in Krisen- und Entwicklungsländern gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen weiter zu entwickeln.

10. Genderkompetenz verankern, geschlechtersensibel handeln

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Kommunalpolitik und -verwaltung müssen die unterschiedlichen Auswirkungen ihres Handelns auf die Geschlechterrealität in Verbindung mit dem Alter, der sozialen Lage und der kulturellen Herkunft mitdenken. Fachkräfte der sozialen Arbeit sind Bezugspersonen und Rollenvorbilder; daher gilt dies für den angesprochenen Arbeitsbereich ganz besonders. Wir widmen uns diesem Thema systematisch und bringen uns darüber hinaus in die städtische Koordinierungsgruppe Gender Mainstreaming mit einer ständigen Vertreterin ein.

Ein wichtiger Meilenstein innerhalb der Koordinierungsgruppe war der **Gleichstellungsaktionsplan**, der Anfang 2012 im Stadtrat vorgestellt und mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Der Gleichstellungsaktionsplan geht zurück auf die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, die die Stadt Nürnberg Ende 2010 unterzeichnet hat. Mit der Unterzeichnung verpflichtete sich die Stadt, den Gleichstellungsgrundsatz umzusetzen und die dazu notwendigen Maßnahmen und Ziele in einem Gleichstellungsaktionsplan festzuhalten. Der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales trägt seinen Teil zur Umsetzung der EU-Charta mit vielfältigen Maßnahmen bei: Das Jugendamt widmet sich mit dem Ausbau der Kitas einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. Leitlinie 1) und bemüht sich außerdem im Rahmen des Modellprojekts „MEHR Männer in Kitas“ darum, den Anteil von Männern in Erziehungsberufen zu erhöhen. Das Sozialamt entwickelt eine Fortbildungseinheit zur gendergerechten Sachbearbeitung und das Seniorenamt wertet die Zahl der Teilnehmenden auf Veranstaltungen geschlechtsdifferenziert aus. Darüber hinaus gibt es für alle Dienststellen der Stadt relevante Maßgaben, beispielsweise, was das Führen in Teilzeit angeht.

Nun werden einige exemplarische Erkenntnisse aus der Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales ausführlicher dargestellt:

Inanspruchnahme der Veranstaltungen des Seniorenamts durch Männer und Frauen

In demografischer Hinsicht gilt aktuell: Je älter die betrachtete Altersgruppe, desto höher der Anteil der Frauen. Für Nürnberg (2012) heißt das, dass insgesamt knapp 51,6 Prozent der Einwohnerschaft Frauen sind; bei den mindestens 65-Jährigen beträgt der Frauenanteil 58,5 Prozent, bei den ab 80-Jährigen bereits 67,5 Prozent. Es ist daher zunächst nicht verwunderlich, dass bei den Angeboten der Seniorenarbeit generell eine deutlich höhere Inanspruchnahme von Frauen festzustellen ist. Je nach Art des Angebots ergeben sich jedoch signifikante Unterschiede; teilweise ist die Quote der Inanspruchnahme durch Frauen deutlich höher, als nach ihrem Bevölkerungsanteil zu erwarten wäre. Im Einzelnen liegen dem Seniorenamt folgende Daten vor:

- **Pflegestützpunkt:** Von den Personen, die den Pflegestützpunkt angerufen haben, waren insgesamt 1.240 oder 61,5 Prozent weiblich, 777 beziehungsweise 38,5 Prozent männlich. Von den Pflegebedürftigen, die eine individuelle Beratung oder Versorgung benötigen, waren insgesamt 1.836 Personen (69 Prozent) weiblich und 836 (31 Prozent) männlich. Darüber hinaus haben die „Informations- und Beratungsstelle“ des Seniorenamts zu 66 Prozent Frauen kontaktiert.
- **Städtische Seniorentreffs Bleiweiß und Heilig-Geist:** Bei den regelmäßigen Kursangeboten (mit Anmeldepflicht) beider Treffs in 2012 waren circa 84 Prozent der Gesamtzahl der Teilnehmenden weiblich. Keine Anmeldepflicht besteht hingegen bei Einzelveranstaltungen, daher können auch keine exakten Zahlen wiedergegeben werden.
- **Seniorennetzwerke:** Grundsätzlich wird bei der Dokumentation der Kontakte der Seniorennetzwerke nach Geschlecht unterschieden. Informations- und Beratungsangebote, Angebote der sozialen Teilhabe, Kultur- und Bildungsangebote sowie gesundheitsfördernde und präventive Angebote werden weit überwiegend von Frauen wahrgenommen, je nach Angebot zwischen 80 und 90 Prozent.

- **Ehrenamtlicher Besuchsdienst des Seniorenamts:** Die interne Auswertung zeigt, dass von den 127 registrierten Personen des ehrenamtlichen häuslichen Besuchsdiensts 73 Prozent Frauen sind. Diese sind häufiger im Besuchsdienst und der sozialen Betreuung in den Treffpunkten tätig, während Männer sich mehr im Hol- und Bringdienst engagieren. Das Durchschnittsalter der Ehrenamtlichen liegt bei rund 59 Jahren; Frauen sind mit durchschnittlich 61 Jahren knapp 5 Jahre älter als Männer. In der Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit ergibt sich eine breite Spanne von unter einem Jahr bis zu 30 Jahren. Frauen und Männer unterscheiden sich dabei nicht wesentlich; ebenso wenig in ihrer Zufriedenheit mit dem Ehrenamt und der Wahrnehmung von Gruppentreffen und Fortbildungen. Von den Ehrenamtlichen werden 102 ältere Menschen im Alter zwischen 57 und 99 Jahren besucht und unterstützt, davon sind 87 Prozent Frauen.
- **inviva 2013:** Bei der Seniorenmesse inviva werden zum einen bei den Vortragsveranstaltungen Männer und Frauen gezählt; im Jahr 2013 wurden 34 Vortragsveranstaltungen von insgesamt 645 (43 Prozent) Männern und 863 (57 Prozent) Frauen besucht. Ferner wird eine stichprobenartige (vertiefte) Besucherbefragung durchgeführt: 2013 nahmen insgesamt 462 Personen daran teil, davon 361 (78 Prozent) Frauen und 101 (22 Prozent) Männer. Von den Interviewerinnen und Interviewern wird berichtet, dass Frauen in der Regel etwas „gesprächswilliger“ sind als Männer.
- **Geförderte Seniorenbegegnungsstätten:** In den vom Seniorenamt geförderten Seniorenbegegnungsstätten sind circa 75 Prozent Frauen aktiv, bei (kleineren) Seniorenclubs sogar circa 88 Prozent.

Elternbefragung: Betreuungsbedarf für Unter-3-Jährige

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wurden Maßnahmen im Rahmen des Gleichstellungsaktionsplans umgesetzt. Ab August 2013 hat auf Grundlage des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Es handelt sich um eine Sozialleistung der Kinder- und Jugendhilfe, die in den §§ 22 bis 26 des Sozialgesetzbuchs Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) geregelt ist. Der Ausbau der Tagesbetreuung ist nicht allein bildungspolitisch, sondern auch wirtschafts- und gleichstellungspolitisch motiviert. Die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

- soll die bestmögliche Bildung aller Kinder von früher Kindheit an ermöglichen,
- die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben fördern und
- somit einen Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern sowie zur Gleichstellung von Frauen leisten.

Die Gesetzgebung unterstreicht die **Gleichstellungsverpflichtung** als „Auftrag von Verfassungsrang“: Die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgabe darf nicht zu beruflichen Nachteilen führen und eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit muss ebenso wie ein beruflicher Aufstieg während und nach Zeiten der Kindererziehung möglich sein.

Seit vielen Jahren hat der Ausbau der Tagesbetreuung in Nürnberg höchste Priorität. Bereits im Jahr 2005 beschloss der Jugendhilfeausschuss eine Grundversorgung an Krippenplätzen in Höhe von 7 Prozent für Unter-3-Jährige zu schaffen. Eine Anpassung des Ausbauziels erfolgte dann im Jahr 2007 aufgrund der bundesweiten Empfehlungen, für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Plätze in Krippen und durch Tagespflegepersonen bereitzustellen. Am Erreichen dieses Ziels wurde in Nürnberg in den letzten Jahren mit hohem Nachdruck, anerkennenswertem Engagement vieler Träger und Investoren und einem außerordentlichen finanziellen Aufwand durch die Stadt Nürnberg gearbeitet. Mit dem Ausbau der Plätze sind auch die Nachfrage und die Akzeptanz von Krippen und der Tagespflege deutlich angewachsen. Ende 2013 standen in Nürnberg bereits für rund 33 Prozent der Unter-3-Jährigen Betreuungsplätze zur Verfügung (vgl. Leitlinie 1).

Zur Konkretisierung des Bedarfs für Kinder bis zu drei Jahren wurde im Jahr 2012 vom Jugendamt eine Elternbefragung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und dem Forschungsverbund des Deutschen Jugendinstituts und der Technischen Universität Dortmund durchgeführt. Die Elternbefragung kommt zu dem Ergebnis, dass aktuell 20 Prozent der Unter-Einjährigen, 52 Prozent der Einjährigen und 70 Prozent der Zweijährigen einen Betreuungsbedarf haben. Für Kinder, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist ab August 2013 jedoch nur unter bestimmten Bedingungen (vgl. § 24 SGB VIII) eine Gewährleistungspflicht der Kommune, einen Betreuungsplatz einzurichten, abzuleiten. Dies gilt beispielsweise dann, wenn beide Elternteile oder der alleinerziehende Elternteil erwerbstätig oder in Ausbildung sind. Statt der oben genannten 20 Prozent der Eltern ergeben sich danach nur 9 Prozent, so dass es vorrangig darum geht, den generellen Betreuungsbedarf von Eltern mit dediziertem Rechts-

anspruch zu erfüllen, der damit aktuell für alle Kinder zwischen null und drei Jahren bei 43 Prozent liegt. Hier sind noch nicht die Kinder berücksichtigt, die aus Sicht der Jugendhilfe einen erheblichen Förderbedarf haben und deshalb dringend einen Betreuungsplatz benötigen. Die Verwaltung des Jugendamts sieht deshalb die Notwendigkeit, den erhobenen Betreuungsbedarf für Unter-3-Jährige von 43 Prozent auf 46 Prozent anzuheben, sodass auch jenen Kindern ein Platz zur Verfügung gestellt und sie entsprechend gefördert werden können.

Die Stadt Nürnberg kann mit diesen Ergebnissen das zukünftige Angebot noch differenzierter und bedarfsorientierter weiterentwickeln und ausbauen. Um das langfristige Versorgungsziel von 46 Prozent zu erreichen, gilt es – zum aktuellen Bestand – noch rund 1.600 weitere Krippenplätze zu schaffen.

Weitere Informationen:
www.jugendamt.nuernberg.de/kindertageseinrichtungen/daten.html#u3befragung

Bundesmodellprojekt „MEHR Männer in Kitas“

„MEHR Männer in Kitas“, so lautete der Titel eines bundesweiten Programms, finanziert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Modellprojekt wurde deutschlandweit von Januar 2011 bis Dezember 2013 durchgeführt und hatte 16 Standorte. Als einziger Standort in Bayern nahm die Stadt Nürnberg am Programm teil. Das Ziel war die deutliche Steigerung des bis dahin geringen Anteils an männlichen Fachkräften in Kitas. In Nürnberg lag dieser bei 2,3 Prozent. Die Stadt erhielt eine Gesamtprojektförderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro. Das Projekt war beim Jugendamt verortet und bundesweit durch die Koordinationsstelle „MEHR Männer in Kitas“ der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin betreut. Das Nürnberger Team bestand aus vier männlichen Fachkräften, die folgende Projektmodule bearbeiteten.

- **Modul 1: Junge Männer und Berufsumsteiger**
  Der Erzieherberuf sollte in Schulen besser bekannt gemacht werden, vor allem für Schüler in der Phase der Berufsorientierung und Berufsfindung. Ausgehend von der Recherche einer beauftragten Werbeagentur wurde daher eine Imagekampagne entwickelt und gezielt neue Medien eingesetzt. Verstärkt geworben wurde bei Berufsbasaren und Berufsbildungstagen oder auch beim Boys‘ Day 2012 und 2013, den die Projektmitarbeiter federführend durchführten.
- **Modul 2: Männer in der Ausbildung**
  Die Kontakte zu den Ausbildungsstätten wurden intensiviert, die Weiterentwicklung der Ausbildungsinhalte und der Rahmenbedingungen unter Genderaspekten thematisiert sowie Arbeitskreise für männliche Fachkräfte in der Praxis installiert. Die Umsetzung erfolgte unter anderem durch erweiterte Zugangsmöglichkeiten für Männer im Bewerbungsverfahren der Fachakademien, Unterrichtseinheiten zum Thema „Gender“ in den Ausbildungsstätten und auch als Querschnittsthema im Unterricht. Mit den Ausbildungsstätten in der Metropolregion gibt es weiterhin einen fachlichen Austausch.
- **Modul 3: Männer im Team**
  Den am Projekt beteiligten Kitas wurde eine fachliche Begleitung und Coaching ihrer geschlechtsgemischten Teams angeboten. Erarbeitet und erprobt wurden praxisrelevante Strategien, Materialien und Qualifizierungsprogramme. Beteiligen konnten sich Nürnberger Kitas und deren Träger nach Abstimmung mit dem Projektteam. Die fachliche Begleitung der gemischten Teams fand in den jeweiligen Kindertageseinrichtungen statt.

- **Modul 4: Männer im Austausch**
  Intendiert war die Entwicklung und der Aufbau einer Internetplattform (Forum) für männliche Fachkräfte in Kitas, die auf eine über das Projekt hinausgehende bundesweite Nutzung abzielte. So entstand ein Internetforum in Kooperation mit den Projektpartnern in Erfurt und Darmstadt. Themen waren unter anderem „Mann im Frauenberuf“, „Erfahrungen mit dem Generalverdacht“ und „Projekterfahrungen“.
- **Modul 5: Qualität – wir werten aus**
  Entwickelt, evaluiert und dokumentiert wurden Rahmenbedingungen, Kriterien und Qualitätsstandards einer geschlechtersensiblen pädagogischen Arbeit in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern (Hochschulen, Ausbildungsstellen, Kita-Trägern und den am Modell beteiligten Kitas). Die in den Modulen 1 bis 4 entwickelten Projekte und Instrumentarien wurden im Modul 5 überprüft und bewertet. Die Selbstevaluation der Ergebnisse in den Modell-Kitas war gekoppelt mit einer Evaluation durch das Fachpublikum im Kontext der Abschlusstagung des Projekts im Oktober 2013.
- **Modul 6: Fachlichkeit weitergeben – die „genderfreundliche“ Kita**
  Als Basis für eine breite Umsetzung in den Kindertageseinrichtungen der Metropolregion Nürnberg entwickelten die Projektverantwortlichen Kriterien und Qualitätsstandards. Die Kriterien für die geschlechtsbewusste Arbeit erarbeitete das Team gemeinsam mit den Modell-Kitas und den Fachakademien, die als Empfehlungen dann in einem Werkstattbuch dokumentiert wurden.

Das Modellprojekt ist beendet, die Fortführung und Weiterentwicklung der erreichten Ansätze und entwickelten Formate, darunter insbesondere die projektierten umfassenden Qualifizierungsmaßnahmen in Nürnberg, tragen zukünftig dazu bei, dass das Thema „Männer in Kitas“ aktuell bleibt, denn es zeigte sich, dass sich tradierte Rollenverständnisse nicht kurzfristig ändern lassen. Neben der geplanten Fortbildungsreihe ab dem Jahr 2014 werden weitere Ansätze zur Sicherung der Nachhaltigkeit verfolgt:

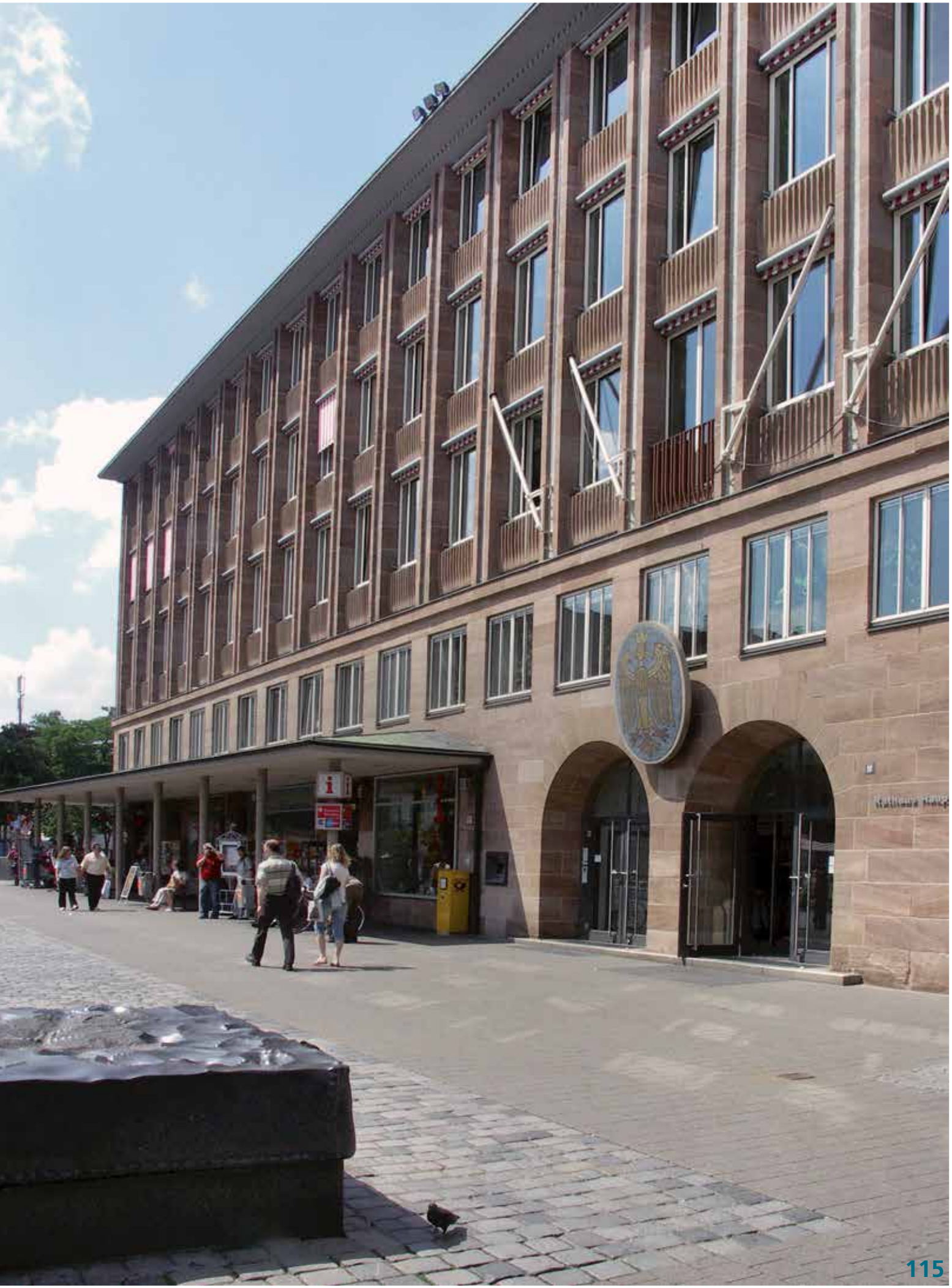
- Aktualisierung der Internetpräsentation über den Projektzeitraum hinaus zur Information und Werbung.
- Die Ergebnisse im Projektzeitraum werden anhand der Arbeitsmodule vorgestellt und eine Abschlussdokumentation für die Fachkräfte und die Fachöffentlichkeit erstellt.
- Das Praxishandbuch „Werkstattbuch. MEHR Männer in Kitas Nürnberg“ bildet das zentrale Wissens- und Praxismodul für die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen.
- Weiterhin werden pädagogische Fachkräfte auf Berufsbasaren und Berufsbildungsmessen aktiv geworben und die Vernetzung insbesondere von Ausbildungsstätten und Kita-Trägern weiter verstetigt.
- Das „13. Offene Forum Familie“ des Bündnisses für Familie im Februar 2014 mit dem Titel „Die Väterdiskussion – Ansätze für ein neues Verständnis“ griff das Thema ebenfalls auf.
- Die männerspezifischen und genderbezogenen Informations- und Erfahrungsaustausch-Gremien werden weitergeführt.
- Das Thema „Gender“ wird als Querschnittsaufgabe direkt in der Abteilung Kindertageseinrichtungen im Jugendamt der Stadt Nürnberg verankert, mit dem Ziel, die zentralen Ansätze des Modellprojekts für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln.

Weitere Informationen:
www.mehrmik.nuernberg.de

MEHR
MÄNNER IN KITAS
ESF-Modellprogramm

Männer als Pflegekräfte

Neben der Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans bemüht sich der Geschäftsbereich generell, auch Männer für die traditionell als „Frauenberufe“ geltenden sozialen Berufe zu interessieren. Zwar stand hierbei vor allem das Bundesmodellprojekt „MEHR Männer in Kitas“ im Fokus der Öffentlichkeit. Aber auch im NürnbergStift gibt es gezielte Ansprachen für Männer, sich zu Pflegekräften ausbilden zu lassen. Anfang 2012 wurde zur Anwerbung von Auszubildenden für die Altenpflege im NürnbergStift eine Werbekampagne mit Anzeigen, Flyern, einer Postkarte und Plakaten begonnen. Entgegen der derzeitigen Geschlechterverteilung in Pflegeberufen wählte man als Gesichter der Kampagne jeweils zwei weibliche und zwei männliche Personen aus. Damit wird versucht, den Beruf der Altenpflegefachkraft gezielt auch als Ausbildungsberuf für Jungen darzustellen. Mehr Männer in der Altenpflege wären aus Sicht des NürnbergStift nicht nur angesichts des steigenden Anteils männlicher Heimbewohner ein Gewinn. Auch für die weitere Entwicklung des Berufsbilds und des Selbstverständnisses sind stärker gemischte Pflegeteams von Vorteil. Altenpflege muss sich langfristig zu einem Beruf mit einem starken und vielseitigen Profil für beide Geschlechter entwickeln. Das NürnbergStift engagiert sich für die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung des Berufsbilds – mehr Männer in der Pflege gehören selbstverständlich dazu.



1. Referat und Stab Familie

Geschäftsbereich Referat V

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt

- Bereich 1: Kindertageseinrichtungen, Häuser für Familien
- Bereich 2: Kinder- u. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen, Familienbildung, Erziehungsberatung
- Bereich 3: Soziale Dienste und Erzieherische Hilfen
- Bereich 4: Allgemeine Verwaltung, wirtschaftliche Hilfen, Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau, Servicestelle Kitaplatz

Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt

- Bereich 1: Wirtschaftliche Hilfen
- Bereich 2: Prävention u. Zielgruppen

Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt

- Abteilung 1: Beratung u. Information
- Abteilung 2: Quartiersentwicklung und Seniorennetzwerke, Freiwilligenmanagement
- Abteilung 3: Städtische Seniorentreffs, Veranstaltungen

NürnbergStift

- Wohn-, Alten- u. Pflegeeinrichtungen
- Ambulante Dienste
- Geriatrische Rehabilitation, Ergotherapie

NOA gGmbH

- Beschäftigung u. Qualifizierung
- Coaching u. Vermittlung
- Südstadtforum und Dienstleistungscenter Nordostbahnhof

Jobcenter Nürnberg-Stadt

- Arbeitsmarktintegration
- Grundsicherung für Arbeitsuchende

noris inklusion

- Werkstätten, Gartenbau, Druckerei
- Wohnheime und Wohngruppen
- Integrative Freizeitstätte

Referat für Jugend, Familie und Soziales

Referent: Reiner Prölß

Persönliche Mitarbeiterin	Zentrale Steuerung	Verwaltung	Stab Familie	Jugendhilfekommission Franken
Grundsatzfragen	Regiestelle Sozialraumentwicklung	Sekretariat	Geschäftsführung Bündnis für Familie	Geschäftsführung durch das Jugendamt
Kommunikation	Soziale Integration durch Beschäftigung	Haushaltswesen, Personal, Zuschüsse	Koordination der Handlungsfelder	
EU-Förderung	Fachstelle Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe	Gremien		
Integration und Migration	Bürgerschaftliches Engagement, Zivilgesellschaft			

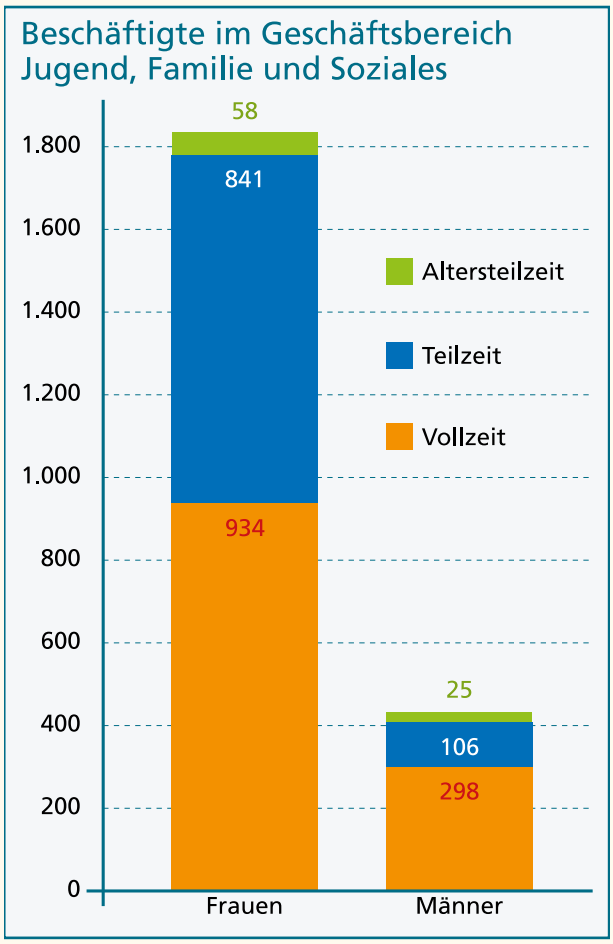
	Frauen				Männer					
Dienststelle	**insg.**	**VZ[1]**	**TZ[2]**	**ATZ[3]**	**insg.**	**VZ[1]**	**TZ[2]**	**ATZ[3]**	**insg.**	**Anteil der Frauen**
Referat	19	12	5	2	10	8	1	1	29	65,5%
Sozialamt	153	56	90	7	77	50	17	10	230	66,5%
Jobcenter	111	66	45	0	64	56	8	0	175	63,4%
Seniorenamt	115	8	5	2	6	5	1	0	21	71,4%
Jugendamt	1.535	792	696	47	272	179	79	14	1.807	84,9%
Gesamt	**1.833**	**934**	**841**	**58**	**429**	**298**	**106**	**25**	**2.262**	**81,0%**

Quelle: Personalamt der Stadt Nürnberg, Stand: 31.12.2013.

[1]Vollzeit, [2]Teilzeit, [3]Freistellungsphase der Altersteilzeit

Der Referent für Jugend, Familie und Soziales, Reiner Prölß, verantwortet die **strategischen Leitlinien und die Gesamtplanung** der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- (vor und neben der Schule) und Sozialpolitik. Er leitet den Geschäftsbereich Referat V mit den zugeordneten Dienststellen und dem Eigenbetrieb NürnbergStift. Hinzu kommt das fachliche Monitoring der Tochtergesellschaften Noris-Arbeit gGmbH und noris inklusion gGmbH ebenso wie die Wahrnehmung der städtischen Trägerfunktion im Jobcenter Nürnberg-Stadt. Das Referat bildet die Schnittstelle zum Stadtrat und zur Öffentlichkeit. Sitz des Referats ist das Rathaus, Hauptmarkt 18. Weitere Büros befinden sich im Heilig-Geist-Spital, Spitalgasse 22 und Hans-Sachs-Platz 2, sowie in der Glockenhofstraße 51.

Im Referat werden grundsätzliche Fragestellungen und solche, die mehrere oder alle Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung betreffen, bearbeitet und die Kommunikation und Außendarstellung des Geschäftsbereichs abgestimmt. Im Auftrag des Referenten betreut die **persönliche Mitarbeiterin**, Sabrina Havlitschek,



Quelle: Personalamt der Stadt Nürnberg; Referat V, Jugendamt, Sozialamt, Seniorenamt, städtische Beschäftigte des Jobcenters Nürnberg-Stadt. Stand: 31. Dezember 2013.

ausgewählte Projekte, übernimmt Koordinierungsaufgaben etwa in der gesamtstädtischen Abstimmung zu Genderfragen und verantwortet die Öffentlichkeitsarbeit. Die **Zentrale Steuerung**, wahrgenommen durch Dieter Rosner, umfasst ämterübergreifende Planung, Steuerung und (Finanz-)Controlling sowie fachlich differenzierte Aufgaben der geschäftsbereichsübergreifenden Koordinierung, wobei die operativen Aufgaben in allen Bereichen überwiegend in eigener Verantwortung durch die Dienststellen wahrgenommen werden. Die **Regiestelle Sozialraumentwicklung**, verantwortet von Martina Haag (unterstützt durch Heike Wolff; bis Ende 2013 durch Sigurd Weiß), steuert und begleitet die Stadtteilkoordination in ausgewählten Sozialräumen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf und vertritt den Geschäftsbereich in Fragen der sozialen Stadtentwicklung. Hier gibt es vielfältige Schnittstellen zu den Aufgaben der Stadtplanung und -entwicklung insgesamt, etwa im Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“, im Projekt „koop.stadt“ mit den Städten Bremen und Leipzig oder bei großen Stadtentwicklungsprojekten wie dem ehemaligen AEG-Gelände. Die **Koordinationsstelle soziale Integration durch Beschäftigung** (KosIB), wahrgenommen durch Dr. Manfred Klier, steuert die städtische Trägerschaft im Jobcenter Nürnberg-Stadt nach dem SGB II und arbeitet in dieser Funktion auch dem Oberbürgermeister als städtischem Vertreter in der Trägerversammlung zu; sie ist zudem an der gesamtstädtischen Steuerung des Übergangsmanagements Schule – Ausbildung – Beruf sowie an der Entwicklung sozialer Beschäftigungsprojekte beteiligt. Die im Jahr 2012 neu geschaffene **Fachstelle „Personalentwicklung und Fortbildung: Soziale Berufe“ (PEF:SB)** (vorher: Fortbildungskoordination) zielt auf einen langfristig ausgerichteten Prozess, um das Leistungs- und Lernpotential von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erkennen, zu erhalten und in Abstimmung mit den Bedarfen im Geschäftsbereich verwendungs- und entwicklungsbezogen zu fördern. Sie verfolgt neben der Bereitstellung von Fortbildungsmaßnahmen die Entwicklung von weiteren Instrumenten einer strukturierten und geplanten Personalentwicklung. **Bürgerschaftliches Engagement** als unentbehrliche Ressource einer solidarischen Stadtgesellschaft benötigt Strukturen und Unterstützung. Im Referat werden im Aufgabenbereich von Dr. Uli Glaser konzeptionelle Grundlagen für das Engagement im Sozialbereich erarbeitet, die Zusammenarbeit mit dem Zentrum Aktiver Bürger moderiert, Impulse für die Weiterentwicklung gegeben, neue Gruppen von Ehrenamtlichen angesprochen und die Zusammenarbeit mit Sponsoren, Stiftungen und Spendern gebündelt. Die ämterübergreifende Koordination und Vertretung in gesamtstädtischen Gremien zum Thema **Integration und Migration**, zum Beispiel in der Koordinierungsgruppe Integration, wird ebenfalls im Referat wahrgenommen (Sabrina Havlitschek).

Das Referat bearbeitet aber auch dienststellenübergreifende Fragen der **Zuschussvergabe** (Systematisierung, inhaltliche Ausrichtung, Strukturierung der Arbeitsprozesse), sowie der **Haushaltskonsolidierung** und der **Haushaltsbewirtschaftung** (Katrin Brinkmann, Diana Zimmermann). Eingehende Anträge auf **Zuschüsse und Stiftungsmittel** werden inhaltlich bewertet und die Vergabeentscheidung durch das jeweilige Gremium vorbereitet. Verwaltung und Sekretariat koordinieren zusammen mit den jeweils federführenden Dienststellen die **Tagesordnungen und Vorlagen** für die Ausschüsse des Stadtrats sowie für die Bürgerversammlungen und bearbeiten Beschwerden und Schriftverkehr (Holger Niesche, Katrin Müller).

Das Nürnberger **Bündnis für Familie** wurde mit Stadtratsbeschluss im Juni 2000 initiiert. Der **Stab Familie** im Referat für Jugend, Familie und Soziales ist zentrale Anlaufstelle für die Belange von Familien in Nürnberg, gibt Impulse, koordiniert und führt in Zusammenarbeit mit städtischen Dienststellen und anderen Akteuren die Aktivitäten im Bündnis für Familie durch. Das Nürnberger Bündnis war Vorbild für die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“, der mittlerweile über 600 kommunale Bündnisse für Familie angehören. Die Stelle der Geschäftsführung und Stabsleitung hat Doris Reinecke inne. Durch eine enge Abstimmung der Tätigkeit im Stab Familie mit den Dienststellen ist es an vielen Stellen gelungen, die Innovationen des Bündnisses für Familie mit den operativen Tätigkeiten zu verzahnen und modellhafte Ansätze in die Fläche zu bringen.

Der Referent für Jugend, Familie und Soziales ist qua Amt Vorsitzender der **Jugendhilfekommission Franken** (Geschäftsstelle im Jugendamt), die im Auftrag der Kommunalen Spitzenverbände, der Verbände der Träger der freien Jugendhilfe sowie der Vereinigungen sonstiger Leistungserbringer Vereinbarungen zur Finanzierung von stationären und teilstationären Jugendhilfeleistungen abschließt.

Referat für Jugend, Familie und Soziales
Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-23 80
Telefax 09 11 / 2 31-55 10
E-Mail ref.V@stadt.nuernberg.de
Internet www.soziales.nuernberg.de

Stab Familie
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-73 56
Telefax 09 11 / 2 31-67 12
E-Mail bff@stadt.nuernberg.de
Internet www.bff-nbg.de

2. Die Fachausschüsse: Jugendhilfe-, Sozialausschuss und Werkausschuss NürnbergStift

In der fachlichen Zuständigkeit des Referats liegen der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Werkausschuss NürnbergStift. Der Referent für Jugend, Familie und Soziales schlägt Themen vor und bringt Vorlagen ein; die Tagesordnung wird vom Oberbürgermeister unterzeichnet. Das Erarbeiten von Ausschussunterlagen obliegt den Ämtern im Geschäftsbereich beziehungsweise dem Eigenbetrieb NürnbergStift sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Referat.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt der Häufigkeit der Sitzungen und der Anzahl der Tagesordnungspunkte nach den ersten Rang ein. Er tagte in den Jahren 2012 sieben und 2013 neun Mal und beriet dabei rund 100 Tagesordnungspunkte. Darunter fielen vier gemeinsame Sitzungen mit dem Schulausschuss. Seinem großen sozialen Themenspektrum entsprechend reichen die Tagesordnungspunkte von Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen (8. März 2012) über das Bildungs- und Teilhabepaket (24. Mai 2012), die berufliche Integration junger Menschen (6. Juni 2013) bis hin zu den Schuleingangsuntersuchungen (14. November 2013). In Sachen Kinder- und Jugendarbeit war das Partizipationsprojekt „laut!“ mehrfach Thema (19. Juli 2012, 6. Juni 2013). Ein arbeitsmarktrelevantes Thema war zum Beispiel die Bildungsberichterstattung der Stadt Nürnberg mit dem Kapitel zur beruflichen Bildung (6. Juni 2013). Weiterhin beschäftigte die Trias von Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder in Kindertageseinrichtungen den Jugendhilfeausschuss intensiv. Gemeinsam mit dem Schulausschuss wurden beispielsweise die Themen „Hortnotprogramm 2012/2013“ (24. Mai 2012) oder das Modellprojekt „Perspektiven für Familien“ (15. November 2012) beraten.

Der Sozialausschuss tagte im Jahr 2012 sieben, im Jahr 2013 sechs Mal und behandelte über 60 Einzelfragen. Auch hier zeigte sich ein heterogenes Themenspektrum über die vielfältigen sozialen Problemstellungen Nürnbergs hinweg: die EU-Binnenwanderung (5. Dezember 2013), der Fachkräftemangel in der Pflege (21. Juni 2012), wohnungspolitische Notwendigkeiten und Forderungen aus Sicht der kommunalen sozialen Dienste (26. April 2013) oder die Nürnberger Seniorennetzwerke (7. März 2013). Genauso aber war der Themenkomplex des Rechtskreises SGB II und der Sozialhilfe Gegenstand der Beratungen, so etwa die Anpassung der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach SGB II/SGB XII (13. Dezember 2012), Rentenanträge für Jobcenter-Kundinnen und -kunden (13. Dezember 2012) oder die Prüfung und das Controlling im SGB II durch das Sozialamt der Stadt Nürnberg (9. Oktober 2013).

Der Werkausschuss NürnbergStift (NüSt) tagte 2012 und 2013 je fünf Mal und beriet über 18 Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung. Inhalt der Beratungen waren zumeist Themen zur Verwaltung des NürnbergStifts oder die Umsetzung des Konzepts „NürnbergStift 2020“.

Im Plenum des Stadtrates war der Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales mit dem Jahresbericht 2010/2011 (23. Mai 2012), dem Jahresbericht 2011 des Behindertenrats Nürnberg (27. Juni 2012), der Änderung der Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen/ Beitragsentlastung der Eltern (27. Juni 2012), dem Partizipationsprojekt „laut!“ (26. September 2012), dem Betreuungsgeld (30. Januar 2013), der Änderung der Gebührensatzung für Obdachlosenunterkünfte (30. Januar 2013), der Analyse der Arbeitsmarktsituation in Nürnberg (20. März 2013), der Satzung für Kindertageseinrichtungen (15. Mai 2013), der Satzung für den Stadtseniorenrat (18. Dezember 2013), der Ernennung von stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (18. April 2012, 23. Mai 2012, 27. Juni 2012, 25. Juli 2012, 25. September 2013, 18. Dezember 2013) und den Jahresabschlüssen 2010 und 2011 des NürnbergStifts (15. Februar 2012 und 30. Januar 2013) vertreten.

Eine Liste aller in den Ausschüssen behandelten Tagesordnungspunkte findet sich im Anhang. Über das elektronische Ratsinformationssystem der Stadt Nürnberg sind alle Tagesordnungen öffentlicher Sitzungen und die Vorlagen des Stadtrats und seiner Ausschüsse einsehbar: www.stadtrat.nuernberg.de.

3. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt

Hauptaufgabe des Jugendamts ist es, junge Menschen und ihre Eltern in Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsfragen sowie in Notlagen zu fördern, zu unterstützen, zu begleiten und, wenn es aus Sicht des Kinderschutzes notwendig erscheint, in den Familien auch zu intervenieren. Dabei handelt die Verwaltung des Jugendamts in enger Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der freien Wohlfahrtspflege, den Jugendverbänden im Kreisjugendring Nürnberg-Stadt und den weiteren freien Trägern der Jugendhilfe. Mit der frühkindlichen Bildung und dem Ausbau der Kindertagesbetreuung, der verstärkten Kooperation von Jugendhilfe und Schule, aber auch den Anforderungen, die sich aus dem Kinderschutz und aus dem Partizipationsanspruch von Kindern und Jugendlichen ableiten, sowie mit der Umsetzung des Inklusionsansatzes fanden in fast allen Aufgabenfeldern der Jugendhilfe in den vergangenen Jahren umfassende und weitreichende Entwicklungen statt.

Parallel zu diesen Entwicklungen ist auch die Belegschaft des Jugendamts stark gewachsen. Waren im Jahr 2005 noch 950 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt tätig, so sind es Ende 2013 bereits über 1.700 Beschäftigte.
Die Zunahme in der jüngsten Vergangenheit ist vor allem eine Folge des Ausbaus der Kindertageseinrichtungen in Nürnberg: So wurden 2012 und 2013 zusätzlich zum bestehenden Angebot 1.800 Plätze im Krippenbereich, 650 Plätze in den Kindergärten und 1.200 Plätze im Hortbereich geschaffen. Ende 2013 sind von insgesamt 468 Kindertageseinrichtungen in Nürnberg 138 in kommunaler Trägerschaft. Mit den im März 2013 im Jugendhilfeausschuss bis 2020 beschlossenen Ausbauzielen steht die Schaffung weiterer Krippen- und Hortplätze im größeren Umfang an. Die Anzahl städtischer Einrichtungen wird sich in der Folge auf rund 150 erhöhen.

Arbeitsschwerpunkte des Jugendamts waren 2012 und 2013 neben dem quantitativen Ausbau unter anderem die qualitative Verbesserung der Kindertagesbetreuung in Nürnberg, die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes sowie der Reform des Vormundschaftsrechts, die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Steuerung der Hilfen zur Erziehung, sowie des Arbeitsfelds erzieherischer Kinder- und Jugendschutz mit den Schwerpunkten Jugendmedienschutz und Suchtprävention, und die Jugendsozialarbeit an Schulen. Mit der 2012 im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Verstetigung des Projekts „laut!“ wurden für Jugendliche in Nürnberg nachhaltige Partizipationsmöglichkeiten geschaffen.

Die erfolgreiche Bewältigung von Wachstum und Ausbau bei gleichzeitiger Sicherstellung und Weiterführung fachlicher Qualität kann nur dann gelingen, wenn die Organisationsstrukturen und Personalressourcen im Jugendamt damit auch Schritt halten können. Die Jugendamtsleiterin Dr. Kerstin Schröder hat deshalb gemeinsam mit den Bereichsverantwortlichen in den beiden vergangenen Jahren intensiv an der Entwicklung struktureller Lösungsansätze gearbeitet, um das Jugendamt Nürnberg zukunftssicher aufzustellen. Stellenschaffungen in den Kernarbeitsbereichen (zum Beispiel Personalverwaltung, Zuschusswesen und Gebührenübernahme) sowie Maßnahmen zur Organisationsentwicklung wurden innerhalb des Jugendamts und in Abstimmung mit dem Referenten für Jugend, Familie und Soziales, Reiner Prölß, beraten und innerhalb der Verwaltung abgestimmt. Parallel fanden Qualifizierungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen statt.

Organisatorisch ist das Amt wie folgt gegliedert:

Bei der **Dienststellenleitung** sind unter anderem die Jugendhilfeplanung und die Koordinierungsstellen Jugendhilfe – Schule, Jugendhilfe/Schule/Kinderschutz sowie „Die Familienfreundliche Schule“ und der Bereich Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt.

Der **Bereich 1** „Kindertageseinrichtungen, Häuser für Familien“ (kommissarische Leitung: Wilfried Knerr) konzentriert sich auf den Betrieb und die Weiterentwicklung städtischer Einrichtungen. Darunter fallen:

- Krippen für Kinder bis zu 3 Jahren,
- Kindergärten für Kinder von 3 bis 6 Jahren,
- Horte für Grundschulkinder (einschließlich Horte an Förderzentren) und Horte als Schülertreffs für Kinder und Jugendliche an Mittelschulen vorrangig der 5. bis 7. Klasse,
- Häuser für Kinder (mit verschiedenen Altersstufen in einem Haus),
- Orte für Kinder und Familienzentren.

In insgesamt 138 Einrichtungen in eigener Trägerschaft bietet die Stadt rund 7.500 Plätze und stellt damit etwa ein Drittel des Platzangebots für Kinder in Nürnberg. Die Zuständigkeit für die Betreuung der Einrichtungen ist nach neun Sozialregionen aufgeteilt. Neben der Dienst- und Fachaufsicht für die städtischen Kindertageseinrichtungen gehören fachliche Planung und Qualitätsentwicklung, Begleitung kommunaler Bauprojekte sowie die Umsetzung innovativer Programme, Projekte und Fortbildungen zum Aufgabenfeld von Bereich 1.

Der **Bereich 2** „Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen, Familienbildung, Erziehungsberatung“ (Leitung: Bernd Kammerer) gliedert sich in sechs Abteilungen und dem direkt bei der Bereichsleitung angesiedelten Stab Familienbildung. Die Präventive Kinder- und Jugendhilfe umfasst die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte Kinder, Spiel und Stadt mit dem Schwerpunkt Spielflächenplanung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Kinder- und Jugendschutz, Jugendmedienschutz, Suchtprävention, kulturelle Bildung und Ferienprogramme. Angesiedelt sind hier auch die Geschäftsführungen der Kinderkommission und des Projekts „laut!“.

Die Abteilung Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) bietet mit 81 sozialpädagogischen Fachkräften den Schülerinnen und Schülern Beratung und Hilfestellung sowie Vernetzungs- und

zielgruppenspezifische Angebote direkt vor Ort an 71 Nürnberger Schulen. Die Abteilung untergliedert sich in drei Regionen sowie eine Gruppe „Berufliche Schulen“ und beinhaltet auch die Koordinationsstelle Jugendberufshilfe. Den Abteilungen 3 bis 5 sind die sozialraumorientierten Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den neun Nürnberger Sozialregionen zugeordnet (Kinder- und Jugendhäuser, Jugendtreffs, Streetworkprojekte, City-Streetwork für junge Punks und Jugendliche in schwierigen sozialen Lebenslagen, das Team Mobile Jugendarbeit, Spielmobile und „Äktschnbus“). Abteilung 6 umfasst die vier städtischen Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Der Bereich 3 „Soziale Dienste und Erzieherische Hilfen“ wird von Frank Schmidt geleitet. Bei der Bereichsleitung angesiedelt sind die Fachberatung freier Träger und das Controlling erzieherischer Hilfen, Grundsatzfragen und die Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi) mit der Hotline Frühe Hilfen und Kinderschutz in Nürnberg. Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) mit den Abteilungen 1 und 2 leistet als Basisdienst in neun Sozialregionen Hilfen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien und für junge Volljährige in aufsuchender Arbeit. Wo nötig, unterstützt der ASD durch die Einleitung von ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung; wenn Familien temporär mit der Erziehung überfordert sind oder das Kindeswohl nicht gewährleistet ist, initiiert der ASD Erziehung außerhalb der Familie (Pflegefamilie, Heimunterbringung).

Der Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) (Abteilung 3) nimmt Kinder und Jugendliche in Krisensituationen in Obhut und fungiert bei Kindeswohlgefährdung außerhalb der Geschäftszeiten des ASD als mobiler Dienst. Der KJND betreibt auch das „Sleep In“ als niedrigschwellige Notschlafstelle für Jugendliche und junge Erwachsene. Im Kinder- und Jugendhilfezentrum Reutersbrunnenstraße (KJHZ) (Abteilung 4) ist das Jugendamt selbst Leistungserbringer stationärer und ambulanter erzieherischer Hilfen. Im KJHZ werden fünf Gruppen mit jeweils acht Kindern und Jugendlichen durchgängig betreut,

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt

J/D-Stab
Jugendhilfeplanung, Jugendhilfeausschuss, Koordination Internet, Intranet, Öffentlichkeitsarbeit und Projekte, Kooperation Jugendhilfe-Schule-Polizei, Koordinationsstelle Jugendhilfe-Schule, Kinderschutz, Familienfreundliche Schule

J/D
Dienststellenleitung, J/D-S (Sekretariat)

Geschäftsstelle
Regionale Kommission Kinder- und Jugendhilfe

J/B1 Bereich 1
Kindertageseinrichtungen, Häuser für Familien

- J/B1-FP: Fachliche Planung
- J/B1-1: Kindertageseinrichtungen Regionen 1 und 2
- J/B1-2/1: Kindertageseinrichtungen Region 3
- J/B1-2/2: Kindertageseinrichtungen Region 4
- J/B1-3: Kindertageseinrichtungen Region 5
- J/B1-4: Kindertageseinrichtungen Regionen 6 und 7
- J/B1-5: Kindertageseinrichtungen Regionen 8 und 9

J/B2 Bereich 2
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen, Familienbildung, Erziehungsberatung

- J/B2-Stab FB: Familienbildung, Kampagne Erziehung
- J/B2-1: Präventive Kinder- und Jugendhilfe
- J/B2-2: Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)
- J/B2-3: Kinder- und Jugendarbeit, Regionen 1, 2, 8
- J/B2-4: Kinder- und Jugendarbeit, Mobile Angebote Regionen 3, 4, 5
- J/B2-5: Kinder- und Jugendarbeit Regionen 6, 7, 9
- J/B2-6: Erziehungs- und Familienberatung

J/B3 Bereich 3
Soziale Dienste und Erzieherische Hilfen

- J/B3-Koki: Frühwarnsystem, Frühe Hilfen
- Fachberatung freier Träger erzieherischer Hilfen, HzE-Controlling
- J/B3-1 ASD: Allgemeiner Sozialdienst (ASD) Regionen 1 bis 4
- J/B3-2 ASD: Allgemeiner Sozialdienst (ASD) Regionen 5 bis 9
- J/B3-3 KJND: Kinder- und Jugendnotdienst (KJND)
- J/B3-4: Kinder- und Jugendhilfezentrum Reutersbrunnenstr. (KJHZ), Fachbereich Vollzeitpflege, Adoptionsvermittlung
- J/B3-5 BPV: Beistands- und Amtsvormundschaft

J/B4 Bereich 4
Allgemeine Verwaltung, Wirtschaftliche Hilfen, Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau, Servicestelle Kitaplatz

- J/B4-DV: Datenverarbeitung/ Prosoz
- J/B4-PM: Arbeits- und Gesundheitsschutz, Steuerungsunterstützung
- J/B4-1: Personalarbeit, allgem. Organisationsfragen
- J/B4-2: Rechtsaufsicht,Zuschüsse und räumliche Planung, Tagespflege, Fachberatung freie Träger
- J/B4-3: Finanzangelegenheiten, Mittelfristiger Investitionsplan (MIP), Gebäudemanagement
- J/B4-4: Wirtschaftliche Jugendhilfe, Hilfe zur Erziehung (HzE)
- J/B4-5: Wirtschaftliche Jugendhilfe, Unterhaltsvorschuss Hilfen in Tageseinrichtungen
- J/B4-6: Amt für Ausbildungsförderung, Schüler- und Meister-BAföG

Die neun Regionen:
1 = Gostenhof, Muggenhof, Doos; 2 = Altstadt, St. Johannis, Wetzendorf, Knoblauchsland; 3 = Großreuth, Ziegelstein; 4 = Wöhrd, Zabo, Erlenstegen; 5 = Langwasser, Altenfurt, Fischbach; 6 = Gleißhammer, Gibitzenhof, Südfriedhof; 7 = Galgenhof; 8 = St. Leonhard, Schweinau; 9 = Eibach, südliche Vororte

davon eine als Außengruppe mit innovativen Ansätzen der Eltern- und Familienarbeit. Ambulante Hilfen des KJHZ sind Erziehungsbeistandsschaften in der Familie, betreutes Einzelwohnen und die „Ambulante Intensive Begleitung“. Das KJHZ ist auch für die Vollzeitpflege und Adoptionsvermittlung verantwortlich. Ebenfalls war dort das Schulverweigererprojekt „2. Chance“ angesiedelt, das Ende 2013 ausgelaufen ist.
Die Abteilung 5, Beistands- und Amtsvormundschaft, stellt unter anderem Vaterschaften fest und macht Unterhaltsansprüche für Kinder geltend, einschließlich der damit verbundenen gerichtlichen Verfahren (Beistandsschaften). Sie vertritt Kinder in Teilbereichen oder im gesamten Umfang der elterlichen Sorge in Form von Pflegschaften oder Vormundschaften.

Der **Bereich 4** „Allgemeine Verwaltung, Wirtschaftliche Hilfen, Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau, Servicestelle Kitaplatz“ wird von Georg Reif geleitet. Der Bereichsleitung direkt zugeordnet sind die Datenverarbeitung und die Koordination von PROSOZ, einer Fachsoftware für die Themenbereiche Arbeit und Soziales, die im Jugendamt Nürnberg insbesondere für den ASD und im Bereich wirtschaftliche Hilfen eingesetzt wird. Ebenso sind hier das „Dienstleistungszentrum Kita-Ausbau“ sowie die „Servicestelle Kitaplatz“ angesiedelt.

Abteilung 1 leistet Personalarbeit und allgemeine Organisationsaufgaben als Querschnittsabteilung für das Jugendamt. Die Abteilung 2, „Rechtsaufsicht, Zuschüsse und räumliche Planung, Tagespflege, Fachberatung freie Träger“, ist zuständig für die Planung und Realisierung der bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertageseinrichtungen, die Rechtsaufsicht über und die Bezuschussung von Kindertageseinrichtungen freier Träger, auf die diese nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) einen rechtlichen Anspruch haben, sowie für Zuschüsse an freie Träger außerhalb des Kindertagesstättenbereichs.

Die Abteilung 3, „Finanzangelegenheiten, Mittelfristiger Investitionsplan (MIP), Gebäudemanagement“, überwacht das Budget des Jugendamts, vollzieht alle haushaltsrechtlich relevanten Tätigkeiten inklusive Haushaltsplanung und -überwachung, sorgt für eine wirtschaftliche Betriebsführung und ist für Gebäudemanagement und Beschaffungswesen zuständig. Die Abteilung 4, „Wirtschaftliche Jugendhilfe, Hilfe zur Erziehung (HzE)“, finanziert Einzelfallmaßnahmen der Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Die Abteilung prüft und bewilligt einmalige Leistungen und zahlt Hilfe zum Lebensunterhalt für junge Menschen aus, die bei Pflegeeltern oder in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind. In Abteilung 5, „Wirtschaftliche Jugendhilfe, Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), Hilfen in Tageseinrichtungen“, werden Unterhaltsvorschussleistungen gewährt und die Gebühren und Beiträge für Kindergärten, Horte, Kinderkrippen oder Tagespflege finanziert, wenn den Eltern die Übernahme dieser Kosten nicht oder nicht in voller Höhe zugemutet werden kann. Das „Amt für Ausbildungsförderung, Schüler- und Meister-BAföG“ (Abteilung 6) fördert auf gesetzlicher Grundlage individuell Ausbildungen an schulischen Einrichtungen, die eine weiterführende allgemeine sowie berufliche Bildung vermitteln, und Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Hierzu werden Auszubildende beraten und finanzielle Leistungen ausgezahlt.

Amt für Kinder, Jugendliche
und Familien – Jugendamt
Dietzstraße 4
90443 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-25 34
und 09 11 / 2 31-32 05
Fax 09 11 / 2 31-84 77
E-Mail jugendamt@stadt.nuernberg.de
Internet www.jugendamt.nuernberg.de

4. Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt

Das Amt für Existenszsicherung und soziale Integration – Sozialamt wird von Dieter Maly geleitet und ist in zwei Bereiche aufgegliedert:

Bereich 1 (Leitung: Armin Seyschab) leistet die wirtschaftlichen (existenzsichernden) Hilfen, für die die Kommune zuständig ist. Das sind vor allem die Leistungen der Sozialhilfe nach dem 3. Kapitel im SGB XII und die Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit nach dem 4. Kapitel SGB XII. Dazu kommen die Hilfe zur Pflege (im ambulanten Bereich) und die Hilfen zur Gesundheit nach dem SGB XII, einige eher selten erbrachte Leistungen wie die Kriegsopferfürsorge oder die Unterhaltssicherung für freiwillig Wehrdienstleistende und – mit einer eigenen gesetzlichen Grundlage – die Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

An diesem Leistungskatalog hat sich im Berichtszeitraum wenig geändert, mit zwei Ausnahmen: Die Kosten für die Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII – einer der größten „Brocken" bei den kommunalen Leistungen – wurden ab 2012 schrittweise vom Bund übernommen, ab 2014 übernimmt der Bund die Kosten voll. Damit sollen die Kommunalhaushalte entlastet werden. Bis dato merken weder die Leistungsempfangenden noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas von dieser Veränderung hin zur Bundesauftragsverwaltung (so bezeichnet man die Ausführung von Bundesgesetzen im Auftrag des Bundes durch eine untergeordnete Verwaltungsbehörde). Allerdings ist derzeit noch ungewiss, ob sich der Bund nicht doch noch in die Leistungserbringung mit Vorschriften und Regelungen einmischen wird. Die zweite Veränderung betraf in 2013 die Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Leistungen in Richtung Regelleistung nach dem SGB II und SGB XII verbessert wurden. Dennoch gilt noch immer für die Versorgung mit Lebensmitteln in den Gemeinschaftsunterkünften das Sachleistungsprinzip, auch wenn die Abschaffung bereits beschlossene Sache ist.

Großen Zuwachs erhielt der Bereich 1 im Sozialamt durch die Zuordnung des **Dienstleistungszentrums Bildung und Teilhabe (DLZ BuT)**. Nach der Einführung des BuT-Pakets in 2011 und dem Aufbau des DLZ BuT am Frauentorgraben 17 und in der Reinerzer Straße 12 zunächst in Stabsfunktion, wurde die Aufgabe und die Abteilung schließlich Ende 2011 dem Bereich 1 zugeordnet, nachdem es sich ja um Leistungen (wenn auch vor allem um Sachleistungen) für die Bürgerinnen und Bürger handelt. Das „Nürnberger Modell" der Umsetzung des BuT-Pakets wurde schon im letzten Bericht dargestellt. Der Erfolg hat sich auch in den Berichtsjahren 2012 und 2013 fortgesetzt (vgl. „Das Sozialamt in Zahlen", vgl. Leitlinie 2).

Der Bereich 2 (Leitung: Georg Hopfengärtner) des Sozialamts befasst sich im weiteren Sinne mit Maßnahmen zur sozialen Integration von Menschen, die von Desintegration bedroht oder betroffen sind. Das sind im einzelnen

- Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen, die untergebracht und in den Wohnungsmarkt reintegriert werden müssen;
- Menschen mit finanziellen, sozialen, psychischen Problemen aller Art, ausgenommen Kinder leben im Haushalt, die vom Sozialpädagogischen Fachdienst beraten werden (für Haushalte mit Kindern ist der ASD im Jugendamt zuständig);
- Menschen mit Behinderung, die vom Behindertenbeauftragten beraten und vom Behindertenrat, für den das Sozialamt Ansprechpartner ist, vertreten werden;
- Menschen, die aus gesundheitlichen oder Behinderungsgründen ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln können und daher eine gesetzliche Betreuung benötigen.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist im Sozialamt als Aufgabe besonderen Einrichtungen zugeordnet, die im Bereich 2 angesiedelt sind, nämlich dem **Nachbarschaftshaus Gostenhof** und den beiden **Stadtteilläden am Dianaplatz und in der Leipziger Straße**. Insgesamt stellt der Bereich 2 mit seinen Maßnahmen und Angeboten eher die „sozialpädagogische Seite" des Sozialamts dar.

Im Berichtszeitraum war das gesamte Sozialamt stark in die Folgen zweier großer Wanderungsbewegungen nach Deutschland involviert:

Erstens erlebte die Bundesrepublik von 2012 auf 2013 einen enormen Zuwachs an Asylsuchenden, die aus den Balkanstaaten, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, den Konfliktgebieten des Nahen Ostens und aus Afrika ins Land kamen (2012: 65.000 Erstanträge bundesweit, 2013: 110.000 Erstanträge bundesweit).

Das bedeutete für die Stadt Nürnberg konkret, dass die Zahl der Beziehenden von Asylbewerberleistungen im Sozialamt im gleichen Maß anstieg (ohne entsprechend mehr Personal einsetzen zu

können). Darüber hinaus wurde im zweiten Halbjahr 2013 klar, dass die Stadt Nürnberg ihre Quote von 33,5 Prozent aller in Mittelfranken untergebrachten Flüchtlinge nicht mehr erfüllen würde können. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts im Januar 2014 war noch eine Quote von 33,6 Prozent erreicht, nach der Prognose der Regierung von Mittelfranken, die von den Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ausgeht, wird bis Ende 2014 in Nürnberg – bei gleichbleibender Anzahl von Unterkunftsbetten – die Quote auf 18,2 Prozent absinken. Damit könnte ein Unterbringungsdefizit von bis zu 900 Menschen vorliegen. Die Regierung prüft derzeit einige Objekte in der Stadt, die als neue Gemeinschaftsunterkünfte beziehungsweise als Dependance der Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf zu nutzen wären. Dennoch ist schon jetzt absehbar, dass auch die Stadt selbst sehr bald dezentrale Unterkünfte akquirieren und betreiben werden muss, um die Quote wieder erfüllen zu können. In den 90er Jahren war das über einen längeren Zeitraum hinweg der Fall, damals betrieb die Stadt über 20 städtische dezentrale Unterkünfte. Geeignete Immobilien gab es damals auf dem Markt zu finden, im Sozialamt wurden Stellen für die Akquise, den Betrieb und die Verwaltung geschaffen und die sozialpädagogische Betreuung mit ABM-Kräften sichergestellt. Die aktuellen Voraussetzungen für die Schaffung dezentraler Unterbringung dürften demgegenüber deutlich schlechter sein; dennoch muss die Herausforderung angenommen werden.

Eine zweite große Wanderungsbewegung, die im Laufe des Jahres 2013 bundesweit thematisiert und teilweise sehr kontrovers und wenig zielführend diskutiert wurde, ist die sogenannte „Armutswanderung" aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien.

Die Zahlen für Nürnberg (gemeldete Menschen bulgarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit):

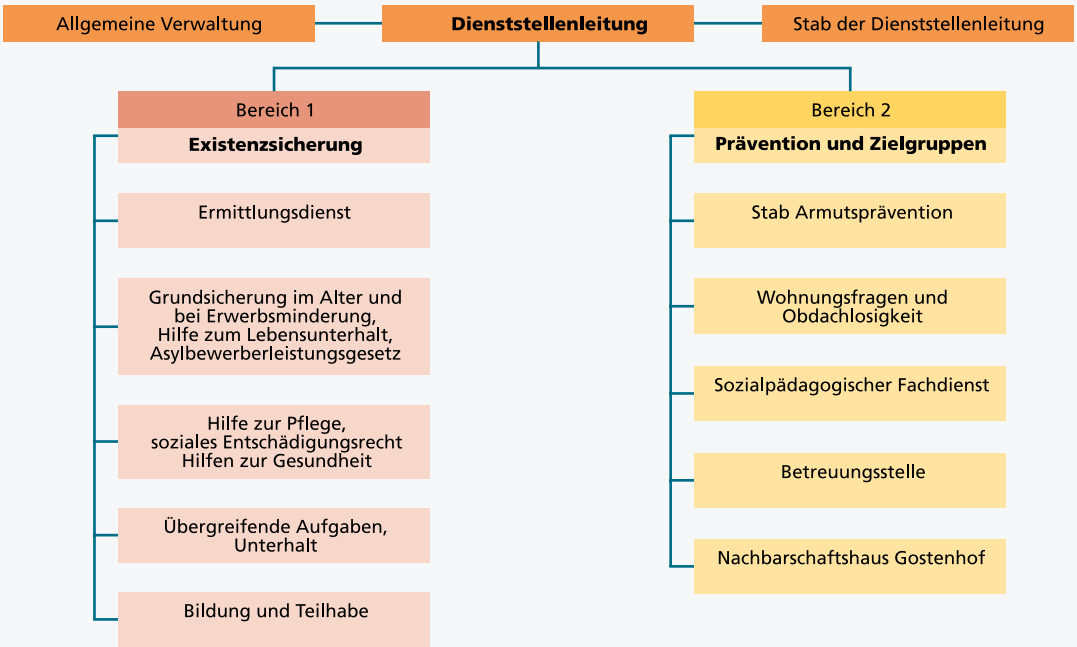
Bulgar/-innen und Rumän/-innen in Nürnberg			
	Ende 2011	Ende 2012	09/2013
Bulgar/-innen	1.162	1.611	2.529
Rumän/-innen	2.713	3.649	5.727
insgesamt	**3.875**	**5.260**	**8.256**

Quelle: Sozialamt der Stadt Nürnberg, 2013.

Die Diskussion kreiste lange Zeit um die Frage, ob diese Zuwandernden zu Unrecht SGB II-Leistungen erhielten und missbräuchlich Kindergeld oder Gewerbeanmeldungen beantragen würden und wie man das verhindern könne. Der richtige Denkansatz muss dagegen sein, dass es sich hier um eine Wanderungsbewegung nach den EU-Regeln der Freizügigkeit handelt, vereinfacht heißt das: die Menschen aus Bulgarien und Rumänien dürfen kommen und auch hier bleiben. Statt intensiv zu überlegen, wie man sie abwehren könnte, sollte überlegt werden, welche Integrationsmaßnahmen die Kommunen, Jobcenter, Kindertagesstätten, Schulen und Verbände leisten können.

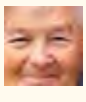
Die Lebenswelt vieler Zugewanderter kennzeichnet dagegen, dass sie eben keine Leistungen (außer gegebenenfalls Kindergeld) erhalten, zu fünft in heruntergekommenen Zimmern leben, für sehr wenig Geld Schwarzarbeit leisten und so an ihrer Armut auch noch verdient wird. Wer dann aus diesen geschilderten prekären Verhältnissen noch herausfällt, wird Klient oder Klientin der existenzsichernden Einrichtungen, die das Sozialamt vorhält oder bei freien Trägern finanziert: Notschlafstellen, Wärmestube und Straßenambulanz waren im Berichtszeitraum permanent überlaufen. Das Sozialamt war gezwungen, mit der Öffnung einer ehemaligen Gaststätte am Frauentorgraben eine kurzfristige Entlastungsmöglichkeit für die Notschlafstellen zu schaffen. Dauerhafte Entspannung der Lage wird durch 30 zusätzliche Betten bei einem freien Träger ab Frühjahr 2014 erwartet. Weitere Details zu diesem Thema finden sich im Bericht zur Leitlinie 9, „Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützen".

Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt



Das Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt in Zahlen			
	Dez. 2011	Dez. 2012	Dez. 2013
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	**219**	**216**	**216**
davon im Bereich 1 – Existenzsicherung	77	96	93
davon weiblich	48	70	67
davon im Bereich 2 – Soziale Integration	89	90	91
davon weiblich	56	60	60
Leistungsberechtigte im Bereich 1 – Existenzsicherung	**8.850**	**9.471**	**10.171**
davon mit Leistungen aus dem Bereich			
• Hilfe zum Lebensunterhalt	939	840	1.042
• Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	6.799	7.206	7.688
• Hilfen zur Gesundheit	1.703	1.607	1.532
• Hilfe zur Pflege	930	1.103	1.219
• Asylbewerberleistungsgesetz	987	1.253	1.441
Bildung und Teilhabe – Kinder und Jugendliche	**10.888**	**12.083**	**13.328**
davon mit Leistungen für			
• Mittagessen in Schule und Kita	8.196	9.334	10.224
• Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	7.722	9.649	11.057
• Lernförderung	522	320	417
Ausgewählte Leistungen des Bereichs 2 – soziale Integration	**2011**	**2012**	**2013**
• vorbeugende Obdachlosenhilfe, Fälle (Haushalte)	2.993	2.964	2.800
• untergebrachte obdachlose Haushalte	753	800	820
• Fälle des sozialpädagogischen Fachdienstes (teilw. Doppelzählung)	13.940	13.939	14.210
• Fälle der Betreuungsstelle (Ermittlungen für Vormundschaftsgericht)	2.321	2.286	2.966

Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt
Dietzstr. 4
90443 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-23 35 (Dienststellenleitung)
Telefon 09 11 / 2 31-23 15 (Auskünfte, Beratung und Beschwerden)
Telefax 09 11 / 2 31-58 80
E-Mail sha@stadt.nuernberg.de
Internet www.sozialamt.nuernberg.de



5. Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt

Mit derzeit 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 20 Planstellen ist das Seniorenamt eine kleine Dienststelle, aber mit einer sehr großen „Zielgruppe“: Ende 2012 waren fast 134.000 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger älter als 60 Jahre (das entspricht 26,2 Prozent der Gesamtbevölkerung), von ihnen haben fast 30 Prozent einen Migrationshintergrund.

Aktuell befindet sich das Seniorenamt in einer „historischen“ Umbruchphase. Nachdem die freiwillige Förderung seniorenspezifischer Einrichtungen und Angebote bereits im Jahr 2011 umgestellt wurde, wird seit Beginn 2012 auch die Organisation beziehungsweise Struktur des Seniorenamts selbst reformiert. So wurden insbesondere die bisherigen zwei Abteilungen in drei neue Fachbereiche überführt sowie generell Verwaltungsprozesse gestrafft und mit dem Verwaltungsbereich des Sozialreferats verzahnt.

Ausgangspunkt der Neuausrichtung des Seniorenamts sind veränderte gesellschaftliche Herausforderungen im Gefolge des demografischen Altersaufbaus, unter anderem sich wandelnde Bedürfnisse älterer Menschen und die daraus erwachsende Veränderung strategischer Orientierungen. Da offensichtlich ist, dass die Quartiersarbeit immer bedeutsamer wird, ebenso wie die Beratungs- und Präventionsarbeit, andere Unterstützungsformen dagegen an Bedeutung verlieren (zum Beispiel die in Eigenregie durchgeführten Veranstaltungen zur Unterhaltung älterer Menschen), müssen die Aufgaben und folglich die personellen Ressourcen des Seniorenamts neu definiert werden. Die gesamte Umstrukturierung soll sich bis zum Jahr 2015 endgültig vollziehen. Damit wird nicht zuletzt auch ein beachtlicher Sparbeitrag für die städtische Haushaltskonsolidierung geleistet.

Der **Leitungsbereich** des Seniorenamts umfasst nunmehr – neben der strategischen und organisatorischen Steuerung – Grundsatzfragen der kommunalen Seniorenpolitik, der Altenhilfeplanung sowie die Geschäftsstelle des Stadtseniorenrats. Dazu kommen Aufgaben der Kommunikation und Außendarstellung sowie die Konzeption und Durchführung zentraler Fachveranstaltungen, insbesondere die jährlich stattfindende Seniorenmesse „inviva“ und das im Zwei-Jahres-Turnus durchgeführte Nürnberger Demografieforum. Die Leitung des Seniorenamts hat Sabrina Dellith inne, ihr Stellvertreter ist Klaus Schmitz.

Der **Fachbereich 1** (Leitung: Walburga Dietl) befasst sich mit Information und Beratung zur Pflege und zum Leben im Alter überhaupt. Integraler Bestandteil des Fachbereichs ist, neben

der Informations- und Beratungsstelle, auch der Pflegestützpunkt Nürnberg, einer von nur acht Pflegestützpunkten in ganz Bayern. Grundsätzlich wird zu allen Fragen der Pflegebedürftigkeit (einschließlich deren Vermeidung), vorpflegerischen Hilfen, aber auch zu altersgerechten Wohnformen informiert und beraten. Da im Pflegestützpunkt auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegekassen sowie der Sozialhilfeträger und einer Fachstelle für pflegende Angehörige tätig sind, bietet er umfassende, schnelle und verlässliche Hilfen aus einer Hand.

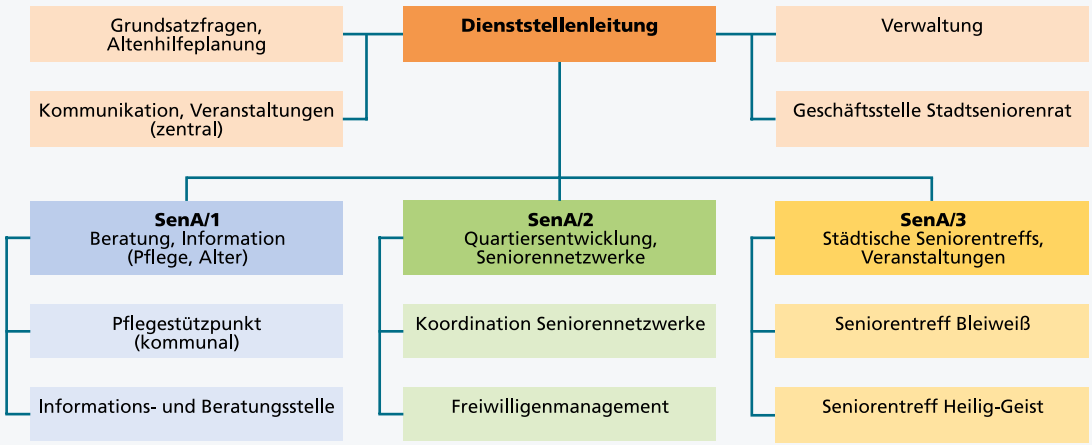
Im **Fachbereich 2** (Leitung: Ilona Porsch) ist die Quartiersarbeit und das Freiwilligenmanagement für und von Seniorinnen und Senioren angesiedelt. Dabei steht die strategische Leitung, inhaltliche Konzeptionierung und der Ausbau der Seniorennetzwerke im Vordergrund. Seniorennetzwerke lassen sich als trägerübergreifende Unterstützungssysteme begreifen; Akteure der Altenhilfe im Quartier bündeln so ihre Ressourcen und planen gemeinsam neue Angebote. Aktuell gibt es bereits elf Seniorennetzwerke, in deren räumlichem Einzugsgebiet circa 40 Prozent der Nürnberger Seniorinnen und Senioren leben. Perspektivisch sollen die Seniorennetzwerke flächendeckend ausgebaut werden. Zum Fachbereich 2 gehört auch das Freiwilligenmanagement, insbesondere der Ehrenamtliche Besuchsdienst des Seniorenamts, der im Jahr 2013 sein 30-jähriges Bestehen feiern konnte. Er wendet sich vor allem an jene älteren Menschen, die überwiegend oder vollständig an ihre Wohnung gebunden sind. Durch regelmäßige Besuche der Ehrenamtlichen können sie wieder soziale Kontakte pflegen.

Zum **Fachbereich 3** (Leitung: Norbert Heider) gehören die beiden städtischen Seniorenbegegnungsstätten Bleiweiß und Heilig-Geist. Neben einem sehr umfangreichen und vielfältigen Veranstaltungs- und Kursprogramm bieten sie ein „Dach“ für selbstorganisierte Gruppen und Initiativen. Besonders der Seniorentreff Bleiweiß bildet perspektivisch mit dem angrenzenden Familienzentrum ein soziales Quartierszentrum für alle Altersgruppen. Zu den Aufgaben des

Fachbereichs gehört auch die Entwicklung eines Konzepts für ein stadtweites Standardformat an aktivierenden Angeboten und Veranstaltungen für alle Seniorinnen und Senioren, das mit den entsprechenden Trägern umgesetzt werden soll (Gewährleistungsfunktion).

Das „Seniorenrathaus“ als zentraler Ort für seniorenpolitische Aktivitäten der Stadt ermöglicht auch enge räumliche Anbindungen von und zu selbstorganisierten Einrichtungen und Interessenvertretungen älterer Menschen in Nürnberg: Allen voran der **Stadtseniorenrat**, dessen Vorstand und zahlreiche Arbeitskreise hier tagen. Daneben sind auch der „Computerclub 50plus“, die Senioreninitiative „SIN“ und der Verein „Persönliche Stadtansichten“ im Seniorenrathaus beziehungsweise in seiner unmittelbaren Nähe beheimatet.

Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt (SenA)



Amt für Senioren und Generationenfragen – Seniorenamt
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-67 01 (Dienststellenleitung)
Telefax 09 11 / 2 31-67 12
E-Mail seniorenamt@stadt.nuernberg.de
Internet www.senioren.nuernberg.de

Pflegestützpunkt Nürnberg
Telefon 09 11 / 5 39 89 53
E-Mail info@pflegestuetzpunkt.nuernberg.de
Internet www.pflegestuetzpunkt.nuernberg.de

Informations- und Beratungsstelle
Telefon 09 11 / 2 31-66 57

Geschäftsstelle Stadtseniorenrat
Telefon 09 11 / 2 31-66 29
09 11 / 2 31-65 01
Internet www.stadtseniorenrat.nuernberg.de

6. Eigenbetrieb NürnbergStift (NüSt)

Im NürnbergStift sind die ambulanten, teil- und vollstationären sowie rehabilitativen Angebote der Stadt Nürnberg für die bedarfsgerechte Versorgung der älteren Bevölkerung organisiert.

Zum NürnbergStift gehören die Senioren-Wohnanlagen St. Johannis, Platnersberg, Heilig-Geist-Spital, das Pflegezentrum Sebastianspital am Wöhrder See, das August-Meier-Heim, die Geriatrische Rehabilitation, die Praxis Ergotherapie sowie der Ambulante Dienst.

Grundlage der Angebote bildet das Heimgesetz – dieses wurde nach der Föderalismusreform zuerst zum 01. August 2008 auf Landesebene durch das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqG) und dann zum 01. Oktober 2009 auf Bundesebene durch das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) abgelöst – das SGB V und SGB XI.

Die im NürnbergStift zusammengefassten Einrichtungen sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Nürnberg. Das NürnbergStift ist als Eigenbetrieb organisiert und wird als Sondervermögen verwaltet. Die Organe sind der Oberbürgermeister, der Stadtrat, der Werkausschuss und die Werkleitung. Letztere besteht aus dem 1. Werkleiter (Referent für Jugend, Familie und Soziales) und dem 2. Werkleiter, welcher gleichzeitig Dienststellenleiter und Geschäftsführer der NürnbergStift Service GmbH ist.

Die Funktion der 1. Werkleitung hat Reiner Prölß inne, die Aufgabe der 2. Werkleitung übernahm zum 01. August 2012 Michael Pflügner.

Zur Unterstützung des NürnbergStift wurde im Jahr 2003 die NürnbergStift Service GmbH gegründet. Als hundertprozentige Tochter der Stadt Nürnberg erbringt sie für das NürnbergStift Facilityaufgaben und Unterstützungsleistungen für die Pflege. Dazu zählen Gebäudereinigungsleistungen, hauswirtschaftliche Leistungen, allgemeiner Betriebsdienst sowie die Essenversorgung. Zuständige Organe sind die Gesellschafterversammlung sowie die Geschäftsführung (Michael Pflügner).

Kennzahlenübersicht

NürnbergStift		2012	2011	2010	2009	2008
1. Kennzahlen						
a) Plätze/Wohneinheiten	Anzahl	956	962	963	977	968
b) Belegungs-/Berechnungstage	Tage	305.575	300.435	300.853	303.451	326.432
c) durchschnittliche tägliche Belegung	Bewohner/ Patienten	837	823	824	831	892
e) Mitarbeiter/-innen	Vollzeitkräfte	319,2	314,2	314,3	324,2	335,9
2. Bilanz und GuV*-Zahlen						
a) Bilanzsumme zum 31.12.	T Euro**	44.973	47.321	47.612	49.185	48.647
b) Anlagevermögen zum 31.12.	T Euro	38.774	39.020	39.314	37.617	34.988
c) Eigenkapital zum 31.12.	T Euro	16.949	17.671	18.551	20.045	20.344
d) Erträge gesamt	T Euro	27.955	27.568	27.042	28.821	29.542
e) Aufwendungen gesamt	T Euro	28.642	28.449	28.535	28.821	29.495
darunter Personalaufwand	T Euro	17.719	16.762	16.593	18.119	17.317
f) Jahresüberschuss/-fehlbetrag	T Euro	-687	-881	-1.493	0	47

NürnbergStift Service GmbH		2012	2011	2010	2009	2008
1. Kennzahlen						
Mitarbeiter/-innen ohne Gestellung	Vollzeitkräfte	58,4	50,2	44,4	44,2	41,5
2. Bilanz und GuV*-Zahlen						
a) Bilanzsumme zum 31.12.	T Euro	480	403	454	429	403
b) Anlagevermögen zum 31.12.	T Euro	57	67	62	66	34
c) Eigenkapital zum 31.12.	T Euro	40	38	35	31	27
d) Erträge gesamt	T Euro	4.177	4.217	3.957	3.943	4.025
e) Aufwendungen gesamt	T Euro	4.174	4.214	3.953	3.939	4.027
darunter Personalaufwand	T Euro	1.542	1.357	1.221	1.138	1.070
f) Jahresüberschuss/-fehlbetrag	T Euro	3	3	4	4	-2

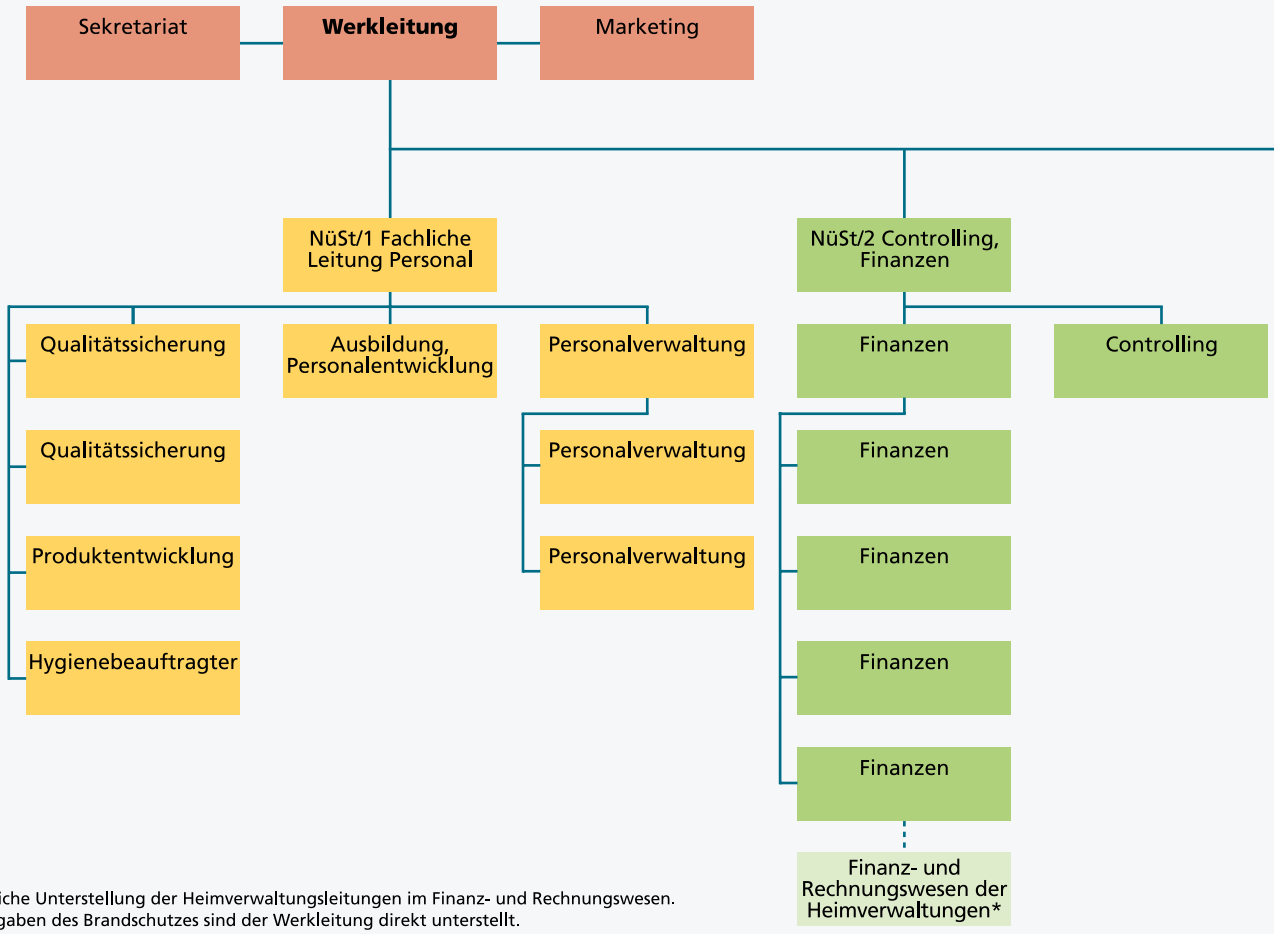
*Gewinn und Verlust. **in Tausend Euro.

Die Schwerpunkte des Jahres 2013 lagen in der Verbesserung der Steuerbarkeit der Gesamtorganisation und der Stärkung der operativen Handlungsfähigkeit. In dieser Phase wurde ein Controllingsystem entwickelt und zudem eine veränderte Aufbauorganisation etabliert. Ab Mitte des zweiten Halbjahres 2013 wurde verstärkt an der Einführung einer elektronischen Pflegedokumentation gearbeitet. Die erforderlichen Vorarbeiten zur Objektplanung der Zentralküche und für das August-Meier-Heim konnten ebenfalls abgeschlossen werden. Neben der Einrichtung von 136 Pflegeplätzen, deren Schwerpunkt die Betreuung von Menschen mit Demenz bilden soll, ist auch der Bau einer Altenpflegeschule geplant.

Im Jahresverlauf 2013 erfolgte auch eine Analyse der Schnittstellen zur Service GmbH, um Verbesserungsprozesse zwischen den Pflegebereichen und den Dienstleistungsabteilungen Küche, Reinigung und Betriebsdienste zu identifizieren. Als Resultat wurde beispielsweise in zwei Einrichtungen die Wäscheversorgung mit großem Erfolg umgestellt. Im Jahresverlauf 2014 dehnt sich das neue System auf das gesamte NürnbergStift aus.

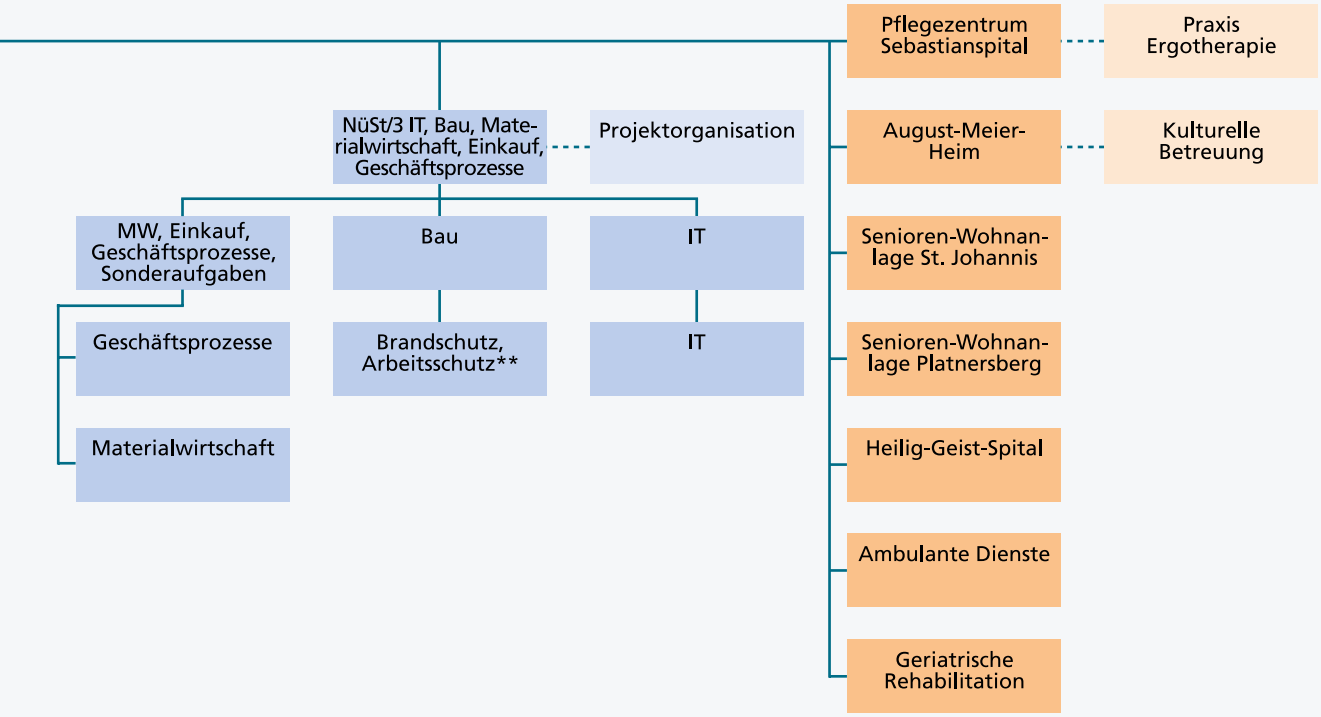
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Projektgruppe zum Thema Marketing haben als Basis aller kommunikativen und planerischen Aktivitäten ein neues Leitbild entwickelt und zum 10. Dezember 2013, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, eingeführt. Im Zentrum des Leitbilds steht das NürnbergStift als Bestandteil städtischer Sozialpolitik, die letztlich immer auch Menschenrechtspolitik ist. Grundsätzlich soll eine eher subsidiäre Marktpositionierung erfolgen. Ebenfalls 2013 wurde als Ergebnis einer Kooperation mit der „Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt“ ein Konzept zum Online-Marketing vorgelegt, das in weiten Teilen bis Mitte 2014 umgesetzt wird. Zielsetzung für alle weiteren Aktivitäten dieser Gruppe ist die Erarbeitung eines Marketing-Konzepts.

Eigenbetrieb Nürnberg Stift (NüSt)



*Fachliche Unterstellung der Heimverwaltungsleitungen im Finanz- und Rechnungswesen.
**Aufgaben des Brandschutzes sind der Werkleitung direkt unterstellt.

NürnbergStift, Zentrale Verwaltung
Regensburger Str. 388
90480 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 15 31-80 0
Telefax 09 11 / 2 15 31-98 00
E-Mail nuest@stadt.nuernberg.de
Internet www.nuernbergstift.nuernberg.de


Pflegezentrum Sebastianspital
Praxis Ergotherapie
NüSt/3 IT, Bau, Materialwirtschaft, Einkauf, Geschäftsprozesse
Projektorganisation
August-Meier-Heim
Kulturelle Betreuung
MW, Einkauf, Geschäftsprozesse, Sonderaufgaben
Bau
IT
Senioren-Wohnanlage St. Johannis
Geschäftsprozesse
Brandschutz, Arbeitsschutz**
IT
Senioren-Wohnanlage Platnersberg
Materialwirtschaft
Heilig-Geist-Spital
Ambulante Dienste
Geriatrische Rehabilitation

7. Noris-Arbeit gGmbH (NOA)

Die Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit gGmbH wurde im Jahr 1991 von der Stadt Nürnberg gegründet. Letztere ist alleinige Gesellschafterin. Geschäftsführer der als gemeinnützig anerkannten Gesellschaft ist seit Oktober 2012 Claus-Dieter Rückel. Als operativer Arm der kommunalen Beschäftigungspolitik übernimmt die NOA gemäß ihrer Satzung Aufgaben in den Bereichen berufliche und soziale Integration von arbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen. Die Leistungen der NOA umfassen die Bereiche **beschäftigungsorientierte Beratung und Coaching, berufliche Qualifizierung, befristete Beschäftigung** sowie **Vermittlung in Ausbildung** und **dauerhafte Beschäftigung**.

Das Unternehmen organisiert zu einem überwiegenden Teil das Engagement der Stadt Nürnberg im Bereich von Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleistungen. Dabei arbeitet die NOA auch eng mit dem Jobcenter Nürnberg-Stadt (JCN), der Agentur für Arbeit Nürnberg (AA), dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration (StMAS), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Nürnberger Wirtschaft zusammen. Hinzu kommen weitere Aufgaben wie der Betrieb des „Südstadtforums Service und Soziales“ mit dem Fundbüro und des Dienstleistungscenters Nordostbahnhof.

Die Geschäftsjahre 2012 und 2013 waren geprägt durch innerbetriebliche Anpassungsprozesse und die Umstellung der finanziellen Beteiligung der Stadt Nürnberg weg von einem Verlustausgleich hin zu projektbezogenen Zuschüssen. Durch die Konzentration der Unternehmenstätigkeit auf das Kerngeschäft der NOA wurden vom 01. Januar 2012 bis 30. Juni 2013 im Rahmen des „Job-Plans Stadt“ 61 Auflösungsverträge abgeschlossen. Somit waren zum Stichtag 01. April 2014 123 Personen Stammpersonal beschäftigt. Über Bürgerarbeit, verschiedene Ausbildungsprojekte und die NOAdienste haben weitere 151 Personen entsprechende Verträge mit der NOA.

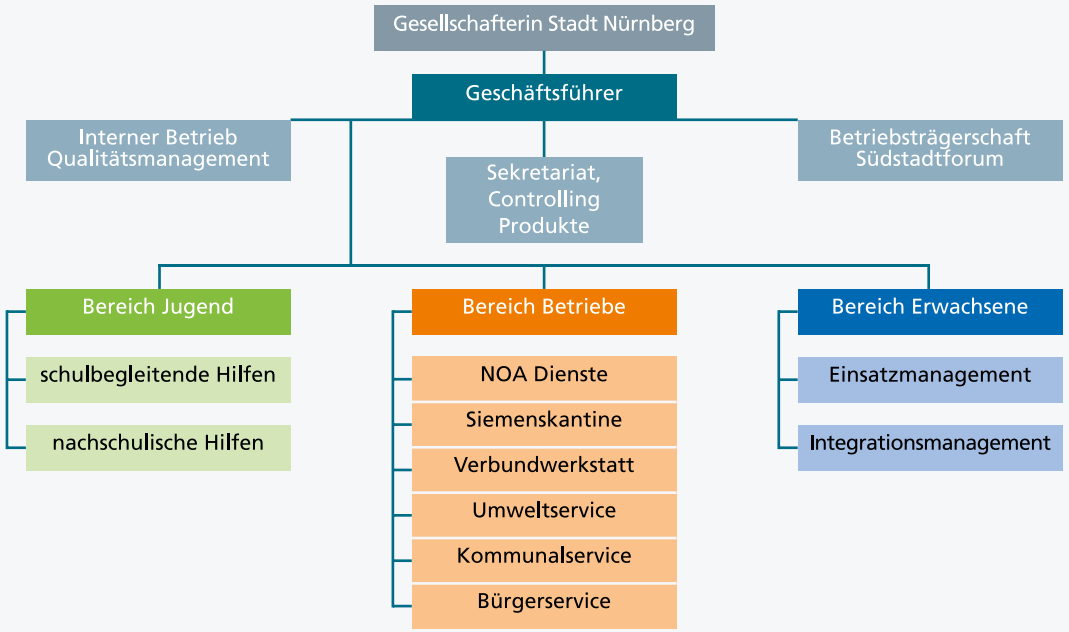
Seit Mitte des Jahres 2013 organisiert die NOA Beschäftigung im weiteren Sinne in drei Bereichen. Das zentrale Element stellt der Bereich „Betriebe“ dar; dieser wiederum besteht aus vier gemeinnützigen, sozial orientierten Betrieben (Verbundwerkstatt, Umwelt-, Bürger- und Kommunalservice) und aus zwei erwerbswirtschaftlich, gewinnorientierten Betrieben (Siemenskantine, NOAdienste). Die NOAdienste arbeiten ausschließlich mit sozialversicherungspflichtig, aber befristet Beschäftigten, die vorher Grundsicherung nach dem SGB II bezogen haben. Sie stellen somit eine hervorragende Möglichkeit der Reintegration von Langzeitarbeitslosen dar. In den gemeinnützigen Betrieben werden zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende und wettbewerbsneutrale Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II durchgeführt, so

dass den Nürnbergerinnen und Nürnbergern Dienstleistungen in den Bereichen Sicherheit, Sauberkeit und Wiederverwertung angeboten werden können. Zusätzlich werden hier Projekte für Erwachsene und Jugendliche durchgeführt, deren Wesenselement der produktorientierte Ansatz ist. Konkret heißt das, dass tatsächlich Produkte oder Dienstleistungen erbracht werden, die den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Die Teilnehmenden profitieren, indem die eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten entsprechend trainiert werden (Qualifizierung).

Während sich der Bereich „Jugend“ an junge Menschen bis 27 Jahre richtet, werden im Bereich „Erwachsene“ Maßnahmen für Menschen ab 25 Jahren durchgeführt. Da öffentlich finanzierte und organisierte Beschäftigung im Erwachsenenbereich sehr umfangreich ist, gibt es hierfür ein eigenes Team „Einsatzmanagement“. Im Team „Integrationsmanagement“ findet im weitesten Sinn „Coaching“ statt mit dem Ziel einer möglichst eigenständigen, motivierten und erfolgreichen Arbeitsuche. In Qualifizierungs-, Coaching- und Vermittlungsprojekten wurden zum 01. Dezember 2013 220 Teilnehmende betreut.

Nicht Arbeits-, aber Ausbildungsplatzsuche ist im Team „Nachschulische Hilfen“ des Jugendbereichs oberstes Ziel. Junge Menschen, die ihre Vollzeitschulpflicht beendet haben, werden auf dem Weg zur Ausbildung begleitet; es gibt aber auch Ausbildungsplätze direkt bei der NOA . Im Team „Schulbegleitende Hilfen“ werden hingegen Schülerinnen und Schüler insbesondere von Mittel- und Förderschulen betreut mit dem Ziel, einen guten Abschluss und eine grundlegende berufliche Orientierung zu erreichen, um einen eigenen reflektierten Berufswunsch in die Tat umsetzen zu können. In Jugendprojekten befanden sich zum 01. Dezember 2013 674 Teilnehmende.

Noris-Arbeit gGmbH (NOA)



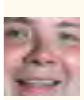
Noris-Arbeit gGmbH (NOA)
Fichtestraße 45
90489 Nürnberg
Telefon 09 11 / 58 63-0
Telefax 09 11 / 58 63-23 8
E-Mail Noris.arbeit@noa.nuernberg.de
Internet www.noa.nuernberg.de

8. noris inklusion gGmbH

„Wir leben Teilhabe!“ Unter diesem Motto bietet das Sozialunternehmen noris inklusion gGmbH, vormals „Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH“ Teilhabe für Menschen mit Behinderung in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit.

Wir sind:

- Arbeitgeberin für weit über 500 Menschen mit Behinderung in fünf Produktionsstätten und auf Außenarbeitsplätzen – seit mehr als 30 Jahren.
- Bildungsbegleiterin mit differenziertem Berufsbildungsbereich.
- Anbieterin von 90 Plätzen in zwei Wohnheimen und über 100 Plätzen im ambulant betreuten Wohnen – für ein selbstständiges Leben mit Unterstützung nach Bedarf.
- Partnerin und Organisatorin für aktive Freizeitgestaltung mit vielfältigen Angeboten – auch für Senioren.



Unser zentrales Anliegen: Für uns ist Inklusion die volle und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft. Diese Vision ist die Grundlage unserer täglichen Arbeit. Für uns steht immer der Mensch mit Behinderung im Mittelpunkt – mit all seinen Fähigkeiten, Wünschen und Möglichkeiten.

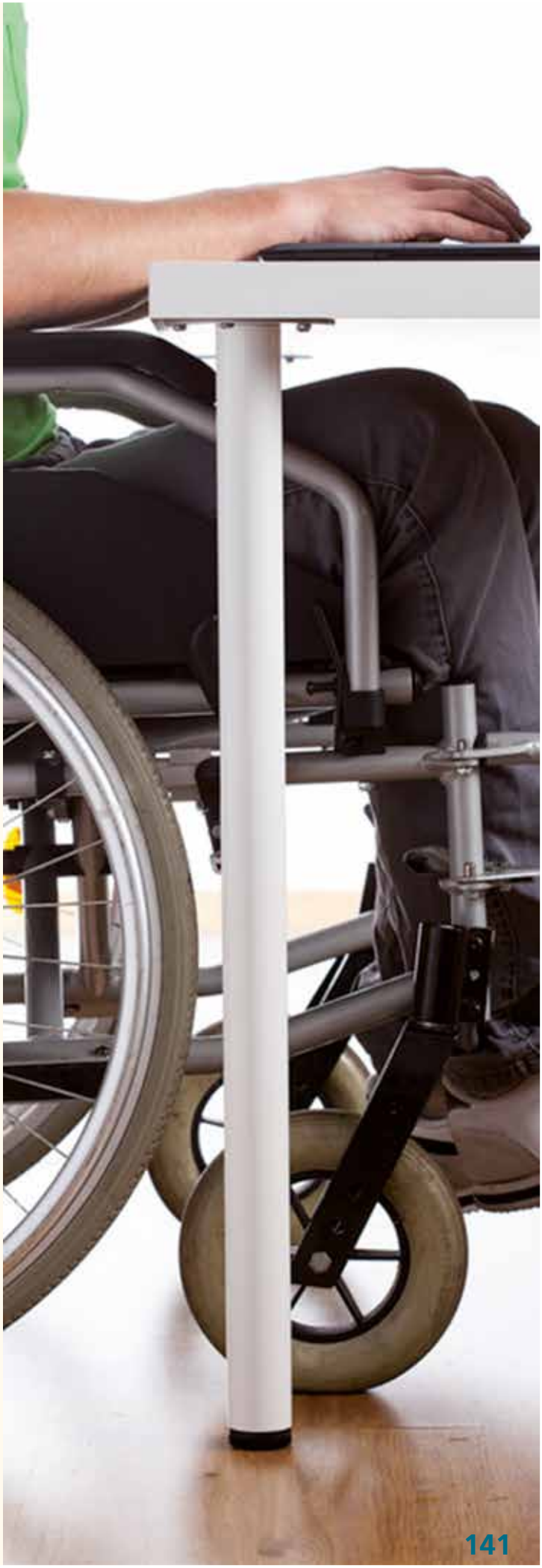
Christian Schadinger übernahm zum 01. April 2012 die Leitung des Sozialunternehmens „WfB“ von Werner Lindner, der sich zum 30. März in den Ruhestand verabschiedete. Als Diplom-Sozialpädagoge, Betriebswirt und langjähriger Geschäftsführer der Regnitz-Werkstätten gGmbH Erlangen bringt er große Erfahrung in der Arbeit mit behinderten Menschen mit.

Schwerpunkte im Jahr 2012

- Der Gartenbaubetrieb war Lieferant und Dienstleister der Landesgartenschau in Bamberg.
- Der älteste Betriebsteil, das Werk Süd, feierte im Sommer sein 30-jähriges Bestehen. Von hier aus entwickelte sich aus einer kleinen Werkstatt ein Sozialunternehmen, das für alle Bedarfe von Menschen mit Behinderung Leistungen bietet.
- Auch als Vorreiterin für ambulant betreutes Wohnen in Bayern konnte im Oktober das 30-jährige Jubiläum gefeiert werden. Aus bescheidenen Anfängen entwickelte sich das Unternehmen zu Bayerns führender Anbieterin.

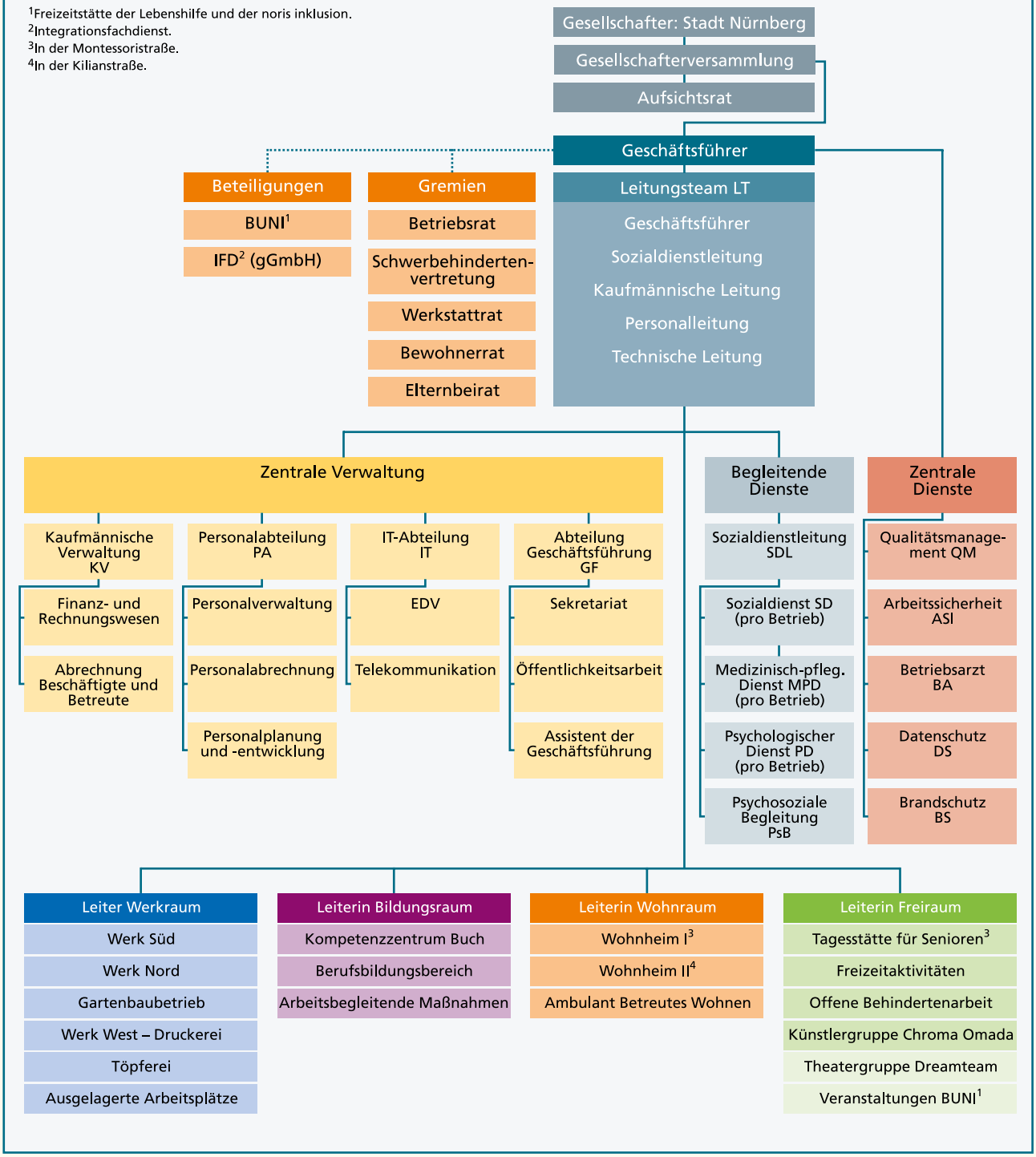
Schwerpunkte im Jahr 2013

- Aus der „Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH“ wurde „noris inklusion gGmbH“. Mit der Inklusion haben wir uns die vollständige, uneingeschränkte Teilhabe in allen Lebensbereichen auf die Fahne geschrieben. In Kombination mit dem neuen Logo wird ein direkter Bezug zur Stadt Nürnberg hergestellt. Die unterschiedlichen Farben des Würfels symbolisieren die Teilhabeangebote für Menschen mit Behinderung: Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit.
- Die Weiterentwicklung des Unternehmens machte es notwendig, ein neues Leitbild zu entwickeln. Es wurde zusammen mit Werkstattrat, Betriebs- und Elternbeirat erarbeitet und am 17. Juli 2013 vom Aufsichtsrat beschlossen.
- Um neben den klassischen Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung auch zusätzliche Angebote auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt dauerhaft abzusichern, kam es zum Abschluss einer Leistungsvereinbarung „Ausgelagerte Einzel-Arbeitsplätze“ mit dem Bezirk Mittelfranken .
- Ein erstes gemeinsames Sommerfest aller Nürnberger Behinderteneinrichtungen fand im Juni auf dem Jakobsmarkt statt. Das Ziel der Veranstaltung, für mehr Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu werben, konnte eindrucksvoll mit einigen tausend Gästen erreicht werden.



noris inklusion

[1]Freizeitstätte der Lebenshilfe und der noris inklusion.
[2]Integrationsfachdienst.
[3]In der Montessoristraße.
[4]In der Kilianstraße.



noris inklusion
lebensraum nürnberg

noris inklusion gGmbH
Bertolt-Brecht-Straße 6
90471 Nürnberg
Telefon 09 11 / 98 18 51 01
Telefax 09 11 / 98 18 51 09
E-Mail info@noris-inklusion.de
Internet www.noris-inklusion.de

9. Jobcenter Nürnberg-Stadt

Das Jobcenter Nürnberg-Stadt ist eine gemeinsame Einrichtung der Agentur für Arbeit Nürnberg und der Stadt Nürnberg. Die Zusammenarbeit ist gesetzlich und in einer Grundlagenvereinbarung geregelt. Das Jobcenter Nürnberg-Stadt wird von beiden Trägerinnen über Zielvereinbarungen gesteuert. Geleitet wird es von Dr. Ulrich Gawellek. Es gibt drei Handlungsschwerpunkte, die mit entsprechenden Zielindikatoren nachgehalten werden:

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit, Zielindikator: Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt
- Verbesserung der Integration in die Erwerbstätigkeit, Zielindikator: Integrationsquote
- Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug, Zielindikator: Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden

Die Trägerversammlung entscheidet gemeinsam über organisatorische Angelegenheiten und den Stellenplan, außerdem wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm abgestimmt. Die Bundesagentur für Arbeit bestimmt allein in Fragen der Erwerbsfähigkeit sowie Leistungsberechtigung (unter anderem Arbeitslosengeld II), wohingegen die Kommune für die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie die flankierenden Leistungen zuständig ist.

Das Jobcenter Nürnberg-Stadt ist an sechs Standorten tätig. Die Bereiche West, Nord und Süd stellen die regionale Nähe zu unseren Kundinnen und Kunden sicher. Im Gebäude der Agentur für Arbeit Nürnberg befinden sich die Geschäftsführung, die Verwaltung und einige Gruppen mit besonderen Aufgaben. In der Erstanlaufstelle werden Neukunden und -kundinnen an die für sie zuständigen regionalen Jobcenter verwiesen. Jüngere und ältere Leistungsberechtigte sowie Menschen mit Schwerbehinderung und Selbstständige werden zentral unterstützt.

Das Jobcenter Nürnberg-Stadt bewirtschaftet für den Bund die Mittel zur Eingliederung Arbeitsuchender in den Arbeitsmarkt. Die Mittelzuteilung reduzierte sich vom Jahr 2012 mit 27,5 Millionen auf 23,3 Millionen im Jahr 2013. Für 2014 werden 23,7 Millionen erwartet. Allerdings sind in den Jahren 2012 und 2013 Mittel für Bundesprogramme (zum Beispiel Bürgerarbeit) gesondert ausgewiesen. Um die Aufgaben bewältigen zu können, stellt der Bund ein Verwaltungsbudget zur Verfügung. Diese Ausgabemittel reduzierten sich von 2011 auf 2012 von 30,2 Millionen auf 28,9 Millionen Euro. Die Zuteilung betrug 2013 knapp 28,7 Millionen Euro. Der Anteil der Kommune an den gesamten Verwaltungsausgaben beträgt 15,2 Prozent. Das Jobcenter Nürnberg-Stadt konnte gemäß Trägerbeschluss vom Frühjahr 2013 im Jahresdurchschnitt 2013 über ein Personalvolumen im Umfang von 505 +/- 4 Vollzeitstellen verfügen. Durch Teilzeitarbeitsverhältnisse bedingt sind aktuell insgesamt 559 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

In den einzelnen Teams werden die Kundinnen und Kunden „ganzheitlich“ betreut, das heißt Leistungsgewährung und Integration erfolgen in einem Team. Im Integrationsbereich stehen fünf persönliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner als „Systemmanager/-in“ für die berufliche und soziale Integration der SGB II-Kundschaft im Team zur Verfügung. Sie werden deshalb so bezeichnet, weil sie für die zu betreuenden Kundinnen und Kunden den Integrationsprozess im jobcenterinternen System „managen“, indem sie bei bestimmten Fallkonstellationen spezialisierte Integrationsfachkräfte einbinden.

Jeder Kunde und jede Kundin wird nach der persönlichen Nähe zum Arbeitsmarkt in eine sogenannte „Profillage“ eingestuft, die die jeweiligen Stärken und Schwächen widerspiegelt. So gibt es marktnahe, mittlere und komplexe Profillagen, welche sich wiederum in weitere Unterkategorien aufteilen. Dadurch soll noch mehr die Individualität der vom Jobcenter betreuten Menschen berücksichtigt werden.

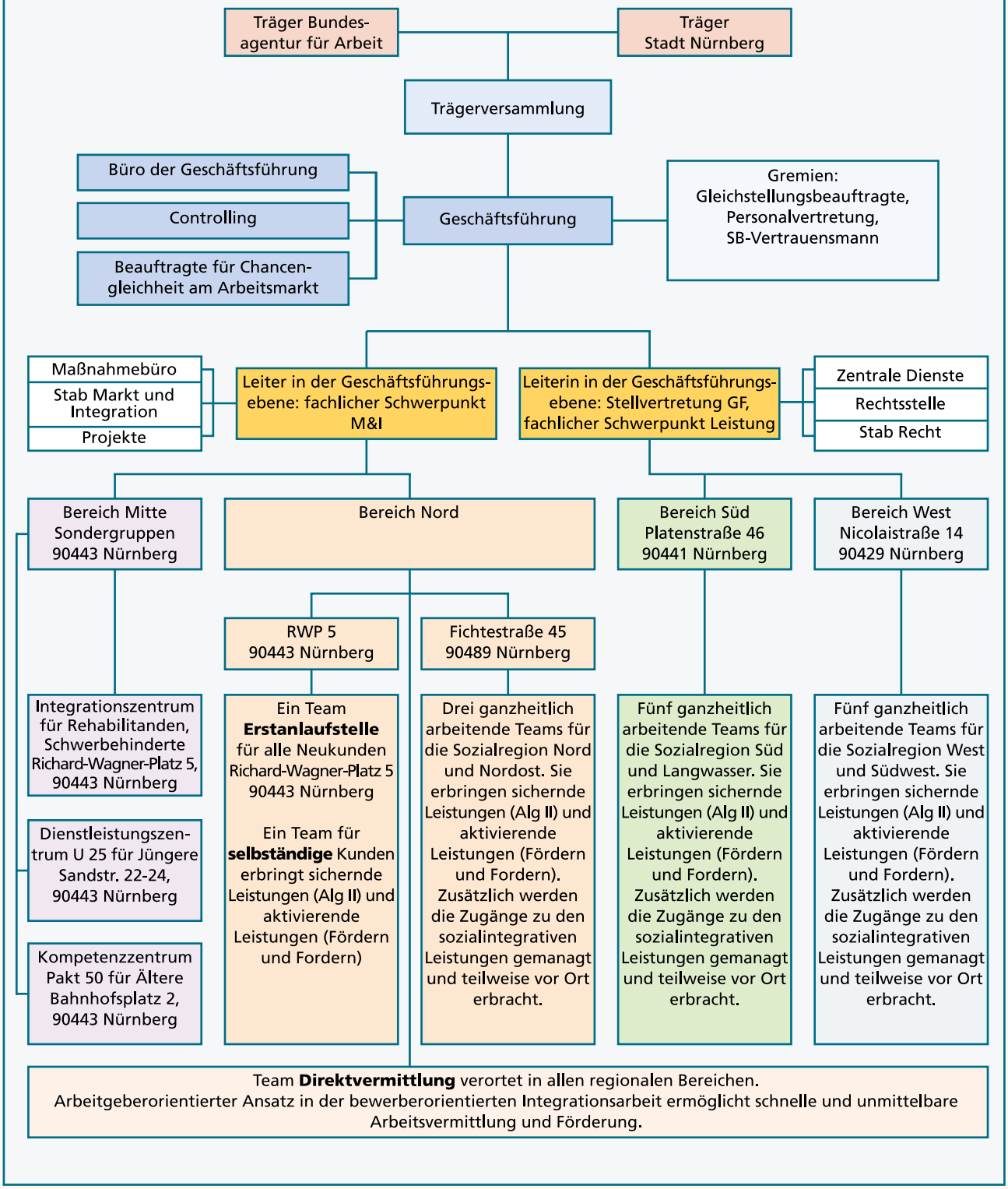
Kundschaft der marktnahen Profillagen ist grundsätzlich „ohne Umweg“ in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar. Die Integration sollte in absehbarer Zeit möglich sein, da zum Beispiel eine gute Qualifikation und eine nur kurze Dauer der Arbeitslosigkeit vorliegen. Diese Arbeitsuchenden werden von der Direktvermittlung betreut.

Bei Personen der mittleren Profillagen ist eine berufliche Integration zwar durchaus wahrscheinlich, aber nur mit zusätzlicher Unterstützung und Qualifikation möglich. Viele in dieser Profillage verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung, bedürfen jedoch einer Zusatzqualifikation oder haben Motivationsdefizite. Zuständig sind hier Intensivbetreuerinnen und Intensivbetreuer sowie Integrationsfachkräfte mit dem Schwerpunkt Qualifizierung.

Jobsuchende, die in komplexe („marktferne“) Profillagen eingestuft wurden, weisen multiple Vermittlungshemmnisse auf und bedürfen deswegen besonderer Betreuung und sehr intensiver Unterstützung. Hier steht nicht der erste Arbeitsmarkt als Ziel im Vordergrund, sondern in erster Linie die Beseitigung dieser Hemmnisse (zum Beispiel Sucht, allgemeine gesundheitliche Probleme, psychische Erkrankungen, fehlender Schulabschluss, fehlende Ausbildung, fehlende Deutschkenntnisse, Wohnungsprobleme, familiäre Probleme, Schulden etc.). Um diesen Kundenkreis kümmert sich das sogenannte Fallmanagement.

Durch die Spezialisierung bei den Integrationsfachkräften stellt das Jobcenter Nürnberg-Stadt sicher, dass die individuelle Betreuung jedes einzelnen Kunden und jeder einzelnen Kundin zielgerichtet und bedarfsorientiert erfolgt. Diese organisatorische Ausrichtung ermöglicht eine passgenaue Beratung und fördert eine rasche und nachhaltige berufliche Eingliederung. Werden Integrationsfortschritte erzielt, wird die Profillage entsprechend angepasst.

Jobcenter Nürnberg-Stadt



jobcenter
Nürnberg-Stadt

Jobcenter Nürnberg-Stadt
Richard-Wagner-Platz 5
90443 Nürnberg
Telefon 09 11 / 5 29-37 37
Telefax 09 11 / 5 29-37 99
Internet www.jobcenter-ge.de

Ausschussthemen 2012/2013

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
JHA	08.03.2012	1	Bericht der Kinderkommission über die Kinderversammlungsjahre 2008 bis 2010	Bericht
		3	Bericht AG 78	Bericht
		4	Servicestelle Stadt	Bericht
		5	Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen für den MIP-Zeitraum 2012 bis 2014	Beschluss
		6	Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23. März 2011	Bericht
		7	Kindergarten in Boxdorf; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 13. Dezember 2011	Bericht
		8	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds	Beschluss
JHA + SchulA	24.05.2012	1	Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ (LvO) in Nürnberg	Bericht
		2	Abschlussbericht des Programms „STÄRKEN vor Ort“	Bericht
		3	Bildungs- und Teilhabepaket – Lernförderung; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25. November 2011	Bericht
		4	Zwischenbericht AG Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12. März 2012	Bericht
		5	Erfahrungsbericht Zentralhort	Bericht
		6	Hortnotprogramm 2012/2013	Bericht
		7	Schul- und Hortsituation in Worzeldorf und Kornburg; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21. Februar 2012	Bericht
		8	Änderung der Gebührensatzung für die Kindertageseinrichtungen	Beschluss
JHA	19.07.2012	1	Vereidigung der stimmberechtigten und stellvertretenden stimmberechtigten neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, die nicht dem Stadtrat angehören	–
		2	Partizipationsprojekt laut!; hier: Sachstandsbericht und Folgeplanung; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.03.2012	Beschluss
		3	Tätigkeitsbericht: Jugendsozialarbeit an Schulen in Nürnberg; hier: Tätigkeitsbericht des Jugendamtes 2009-2012	Bericht
		4	Alkoholprävention	Bericht
		5	Kinder- und Jugendhaus Altstadt, Ersatzstandort Fünfeckturm, Rädda Barnen	Beschluss
		6	Kinder- und Jugendhaus und Aktivspielplatz Muggenhof; hier: Sachstandsbericht und Trägerschaften	Beschluss
		7	Planungen der „Aqua Kita“ und mögliche Räume für Jugendliche in Mögeldorf; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 24.04.2012	Bericht
		8	Betreuungsplätze in Waldkindergärten; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 10.02.2012	Bericht
		9	Verlängerung der Badezeit für Kindergarten-Gruppen; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 25.05.2012	Bericht
		10	Hilfen zur Erziehung – Bericht 2011	Bericht
		11	Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe – Rampe e.V.	Beschluss
		12	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds	Beschluss
		13	Projekt- und Initiativenfonds – Übersicht 2012	Bericht
		14	Kindergarten „Zum guten Hirten“ in Boxdorf; Tischvorlage AfS vom 15.06.2012; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.06.2011; Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.06.2012	Auflage
JHA	04.10.2012	1	Jugendhilfeplanung – Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg; hier: Entwicklung, Sachstandsbericht und Bedarfsfeststellung	Beschluss
		2	Vergabe von Betriebsträgerschaften für die Kindertageseinrichtungen Am Pferdemarkt (St. Leonhard), Düsseldorfer Straße (Wetzendorf), Ostendstraße (Mögeldorf) und Redtenbacherstraße (Eberhardshof)	Beschluss

Übersichtstabelle 1/2

Jugendhilfeausschuss

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
		3	Öffentlichkeitskampagne „Soziales Frühwarnsystem und Frühe Hilfen für Eltern und Kinder in Nürnberg“	Bericht
		4	Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz - BKiSchG)	Bericht
JHA (Etat)	25.10.2012	1	Anhörung des Jugendhilfeausschusses zum Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Nürnberg für das Jahr 2012 gemäß § 71 SGB VIII	Gutachten
JHA + SchulA	15.11.2012	1	Verbleibs- und Erfolgserhebung in Klassen der Berufsvorbereitung	Bericht
		2	Schließung Hallenbad Altenfurt; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.05.2012	Bericht
		3	Vorkurs Deutsch 240; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.09.2012	Bericht
		4	Perspektiven für Familien	Bericht
		5	Ferienbetreuung in Nürnberg	Bericht
JHA	06.12.2012	1	Sozialräume mit einem besonderen Entwicklungsbedarf zur Konzeption von Stadtteilkoordination – Stadtteilberichte aus Muggenhof und Eberhardshof, Gostenhof, Gibitzenhof sowie Galgenhof und Steinbühl	Bericht
		2	Ergebnisse der Elternbefragung in kommunalen Kindertageseinrichtungen 2011 – Ergebnis und Perspektiven	Bericht
		3	Haus des Jugendrechts; hier Antrag der CSU-Fraktion vom 11.07.2012, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.07.2012	Bericht
		4	Mittagessen in kommunalen Kindertageseinrichtungen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2012, mündlicher Bericht	Bericht
		5	Neubau Hort Leerstetter Straße; hier: Antrag des CSU-Fraktion vom 22.10.2012, mündlicher Bericht	Bericht
JHA	28.02.2013	1	Spielplatz- und Spielhofmaßnahmen 2013-2016	Beschluss
		2	Ergebnisse der Elternbefragung zum Bedarf für unter Dreijährige	Bericht
		3	Absenkung des Elternbeitrags in der Tagespflege	Beschluss
		4	Modellprojekt „Mobil in der Kita“; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 13.12.2012	Bericht
		5	Zwischenbericht Familienstützpunkte	Bericht
		6	Sachstandsbericht zur Einrichtung „Rädda Barnen“, mündlicher Bericht	Bericht
		7	Einstellung der Familienkarte Nürnberg	Bericht
		8	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds	Beschluss
JHA	21.03.2013	1	Fortschreibung der Ausbauziele der Angebote der Tagesbetreuung bis zum Jahr 2020	Beschluss
		2	Zuschussrichtlinien Investitionskosten Kindertageseinrichtungen (neue Förderung nach dem FAG)	Beschluss
		3	Gewinnung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 08.05.2012	Bericht
		4	Satzungsänderung für Kindertageseinrichtungen der Stadt Nürnberg (Kindertageseinrichtungssatzung)	Beschluss
		5	Kinder- und Jugendhaus und Aktivspielplatz Muggenhof: Trägerschaft; hier: Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 08.02.2013	Bericht
		6	Vorschlagsliste zur Benennung von Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Jahre 2014-2018	Beschluss
		7	Mangel an Hortplätzen in der Rangierbahnhofsiedlung und Langwasser – mündlicher Bericht	Bericht
JHA + SchulA	06.06.2013	1	Bildungsberichterstattung der Stadt Nürnberg; hier: Kapitel berufliche Bildung, Fortschreibung 2013	Bericht
		2	Bericht des Jugendamts zur beruflichen Integration junger Menschen 2013	Bericht

Ausschussthemen 2012/2013

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
		3	Sozialräume mit einem besonderen Entwicklungsbedarf – Einsatz von Stadtteilkoordination in St. Leonhard/Schweinau	Bericht
		4	Bildungs- und Teilhabepaket – Zwischenstand Umsetzung in Nürnberg; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.12.2012	Bericht
		5	laut! auch in der Schule; hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2012	Bericht
		6	K.O.-Tropfen: Aufklärung und Prävention; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 15.11.2012	Bericht
		7	Anmeldesituation Kindertageseinrichtungen: Sachstand Hortnotprogramm, Mittagsbetreuung, Information zur Servicestelle Kitaplatz (mündlicher Bericht)	Bericht
		8	Ferienbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler in Nürnberg - Werkstattbericht	Bericht
		9	Bericht zum Stand des Ausbaus von Krippen und Horten im Jahr 2013; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 21.02.2013 und 26.03.2013	Bericht
		10	Hoftor für die Kindertageseinrichtung Grünewaldstraße 18; hier: Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 22.02.2013	Bericht
JHA	11.07.2013	1	Entwicklungen im Bereich Hilfen zur Erziehung – jährlicher Standardbericht	Bericht
		2	Entwicklungen im Bereich des Pflegekinderwesens	Bericht
		3	Der Kinder- und Jugendnotdienst des Jugendamts in gem. Trägerschaft mit dem Schlupfwinkel e.V. – aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen	Bericht
		4	Kommunale Zweckvereinbarung im Bereich der Krisenhilfe und Inobhutnahme	Gutachten
		5	Begleiteter Umgang beim Zentrum Aktiver Bürger (ZAB e.V.)	Bericht
		6	Ein Jahr Reform des Vormundschaftsrechts – ein Praxisbericht	Bericht
		7	Ferienbildungsprogramm für benachteiligte Kinder und Jugendliche – Konzept „talentCAMPus“; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 02.05.2013	Bericht
		8	Jugendarbeit in Gostenhof und Muggenhof	Beschluss
		9	Krippenplätze-Förderung: Gebührenübernahme/Rückerstattung	Beschluss
		10	Transport von Schülerinnen und Schülern zwischen Schule und Kinderhort nach Schulschluss	Beschluss
		11	Stadtteilhaus FiSch – Brandschutzmaßnahme und Erweiterung; hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.04.2013	Bericht
		12	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds – Übersicht 2012	Bericht
JHA	26.09.2013	1	Fortschreibung der qualitativen Weiterentwicklung der Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 12.08.2013	Beschluss
		2	Bericht der Arbeitsgemeinschaft Kindertageseinrichtungen in Nürnberg gemäß § 78 SGB VIII	Bericht
		3	Großtagespflege; hier: Weiterentwicklung der Fördermöglichkeiten und Fortschreibung der Rahmenkonzeption	Beschluss
		4	Aktuelle Versorgung Kindertageseinrichtungen zu Beginn des neuen Betriebsjahres (mündlicher Bericht)	Bericht
		5	Fortschreibung erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (Jugendhilfeplanung)	Bericht
		6	Erweitertes Führungszeugnis nach § 30a Bundeszentralregistergesetz; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.08.2010	Bericht
		7	Neuantrag auf Gewährung einer Zuwendung für das Projekt „Tu was!“ des Vereins Treffpunkt e.V.	Beschluss
		8	Förderung aus dem Projekt- und Initiativenfonds	Beschluss
		9	Mitteilung personeller Änderungen im Jugendhilfeausschuss	Bericht

Übersichtstabelle 3/4

	Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
Jugendhilfeausschuss	JHA (Etat)	24.10.2013	1	Anhörung des Jugendhilfeausschusses zum Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Nürnberg für das Jahr 2014 gemäß § 71 SGB VIII	Beschluss
			2	Bundesinitiative Netzwerk Frühe Hilfen – aktueller Umsetzungsstand	Bericht
	JHA + SchulA	14.11.2013	1	Gebundener Ganztag und Betreuung	Beschluss
			2	Modellprojekt zur offenen Ganztagsschule im Kinder- und Jugendhaus Langwasser „Geiza" – Zwischenbericht	Bericht
			3	Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen (SEU) 2004/05 bis 2010/11 im Querschnitt der Grundschulsprengel	Bericht
	JHA	05.12.2013	1	Tagespflege; hier: Fortschreibung der Förderpauschale	Beschluss
			2	Evaluation Projekt „Einsteigen!"	Bericht
	JHA + GesundhA	05.12.2013	1	Bundesinitiative Netzwerk Frühe Hilfen – aktueller Umsetzungsstand	Bericht
Sozialausschuss	SozA	08.03.2012	1	Überprüfung der Richtwerte für die angemessenen Mietpreise bei Bezug von SGB II und SGB XII. Leistungen in der Stadt Nürnberg; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.12.2011; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.01.2012; Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 26.01.2012	Bericht
			2	Betreuung von Asylbewerbern in den Gemeinschaftsunterkünften in Nürnberg	Bericht
			3	Sonntagsschließung des Nachbarschaftshauses Gostenhof ab 1. April 2012; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.12.2011	Bericht
			4	Lernförderung nach § 28 Abs. 5 SGB II im Bildungs- und Teilhabepaket: Umsetzung in Nürnberg – Sachverhaltsdarstellung; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25.11.2011	Bericht
			5	Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Nürnberg für den Nürnberg-Pass (Nürnberg-PassS - NüPS) vom 22. Juli 2005 (Amtsblatt S. 288), zuletzt geändert durch Satzung vom 15. Oktober 2010 (Amtsblatt S. 317)	Gutachten
			6	Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.09.2011	Bericht
	SozA	26.04.2012	1	Förderprogramm der Stadt Nürnberg zur Neuausrichtung der Altenhilfe	Beschluss
			2	Kommunale Wohnungstauschbörse; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.02.2012	Bericht
			3	Unterstützung für freie Logis; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29.02.2012	Bericht
	SozA + GesundhA	21.06.2012	1	Beschwerde- und Schlichtungsstelle Pflege. Jahresbericht 2011	Bericht
			2	Fachstelle Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht – (FQA) der Stadt Nürnberg. Jahresbericht 2011. Der „Werdenfelser Weg" in Nürnbergs Pflegeheimen	Bericht
			3	Fachkräftemangel in der Pflege	Bericht
	SozA	12.07.2012	1	Mobilität von Nürnberg-Pass-Besitzern. Ergebnisse der Mobilitätsstudie	Bericht
			2	Umgang mit Energieschuldnern in Nürnberg; hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 23.11.2011	Bericht
			3	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds	Bericht
	SozA	27.09.2012	1	Sozialhilfe 2011 – Nürnberg im Städtevergleich	Bericht
			2	Kommunale Leistungen nach dem SGB II – Benchmarking 2011 der 16 großen Städte Deutschlands	Bericht
			3	Aktuelle Betreuungssituation in Nürnberg; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 18.07.2012	Bericht
			4	Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg	Bericht
	SozA	18.10.2012	1	Zuschüsse des Sozialamtes an die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Bericht über die Neu- und Erhöhungsanträge und Übersicht	Bericht
			2	Sozialticket für Nürnberg-Pass-Inhaber	Bericht

Ausschussthemen 2012/2013

Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
SozA	13.12.2012	1	Anpassung der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach SGB II/SGB XII	Bericht
		2	Erhöhung der Wohngebühren in der Obdachlosenhilfe	Gutachten
		3	Rentenanträge für Jobcenter-Kunden	Bericht
		4	Alter und Sucht	Bericht
		5	Eckpunkte „Seniorenamt 2015“	Beschluss
		6	Neukonzeption der Beratungsstellen im Seniorenamt	Beschluss
SozA	07.03.2013	1	Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg. Ein Vergleich zur Armutsprävention	Bericht
		2	Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Nachbarschaftshauses Gostenhof (NHGGebS) – Gebührenanpassung –	Gutachten
		3	Nürnberger Seniorennetzwerke: Kristallisationsorte für Teilhabe und Prävention in den Wohnquartieren	Bericht
SozA	26.04.2013	1	Armutsgefährdung in Nürnberg: Auswertungen der Wohnungs- und Haushaltserhebung „Leben in Nürnberg 2011“	Bericht
		2	Armutswanderung aus den EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien nach Deutschland	Bericht
		3	Wohnungspolitische Notwendigkeiten und Forderungen aus Sicht der kommunalen sozialen Dienste	Bericht
		4	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in der Stadt Nürnberg	Bericht
		5	Kostenübernahme für Verhütungsmittel	Bericht
SozA + GesundhA	27.06.2013	1	Fachstelle Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) – am Gesundheitsamt	Bericht
SozA	25.07.2013	1	Der Nürnberg-Pass als kommunales Steuerungs- und Dialoginstrument der Armutsprävention und -bekämpfung	Bericht
		2	Präventive Hausbesuche für ältere Menschen; hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.01.2013	Bericht
		3	Vermittlung von Wohnraum an Flüchtlinge; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.02.2013	Bericht
		4	Projekt „Nürnberger Unternehmen in sozialer Verantwortung“	Bericht
		5	Ermäßigung oder Erlass der Gebühr für den Bundespersonalausweis; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2013	Bericht
		6	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds: Übersicht der Anträge und Förderungen des Jahres 2012	Bericht
		7	Förderungen aus dem Projekt- und Inititativenfonds: Entscheidung über vorliegenden Antrag	Beschluss
SozA	09.10.2013	1	ANLAUF – Nürnberger Netzwerk für Qualifizierung und Beschäftigung	Bericht
		2	Zusätzliche Kapazitäten bei den Notschlafstellen für Männer und Frauen	Bericht
		3	Sozialhilfe 2012 – Nürnberg im Städtevergleich	Bericht
		4	Prüfung und Controlling im SGB II durch die Stadt Nürnberg/Sozialamt	Bericht
		5	Kulturtafel in Nürnberg; hier: Antrag der FDP-Stadtratsgruppe vom 31.01.2013	Bericht
		6	Lokales Freiwilligenmanagement	Bericht
		7	Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg; hier: Antrag der „Liberalen im Stadtrat“ vom 15.07.2013	Beschluss
		8	Zuschüsse des Sozialamtes an die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Übersicht und Bericht über die Neu- und Erhöhungsanträge	Bericht
SozA	05.12.2013	1	Jahresbericht 2012 des Behindertenrats Nürnberg (BRN)	Bericht
		2	Kommunale Leistungen nach dem SGB II. Benchmarking 2012 der 16 großen Großstädte Deutschlands	Bericht

Sozialausschuss

Übersichtstabelle 5/6

	Ausschuss	Datum	Nr. TOP	Thema TOP	Zielvorgabe
Sozialausschuss			3	Einführung von Mobilitätstalern („Sozialticket“) für Nürnberg-Pass-Besitzer; hier: Antrag der ödp vom 23.07.2013	Beschluss
			4	Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 25.06.2013	Bericht
			5	Aktueller Sachstand bei der Armutswanderung aus Rumänien und Bulgarien	Bericht
			6	Eckpunkte Organisationsreform SenA 2015 – Erster Sachstandsbericht	Bericht
			7	Satzung über den Stadtseniorenrat (StadtseniorenratsS – StSRS)	Gutachten
			8	Freiwilliges Engagement im System der kommunalen Seniorenarbeit	Bericht
			9	Soziales und Wohnen – die demografische Herausforderung gemeinsam gestalten. Rahmenvereinbarung zwischen der wbg Nürnberg GmbH – Immobilienunternehmen (wbg) und dem Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg (Sozialreferat)	Bericht
			10	Modellprojekt „Perspektiven für Familien“; hier: 3. Sachstandsbericht	Bericht
			10a	Förderungen aus dem Projekt- und Initiativenfonds. Entscheidung über vorliegende Anträge	Beschluss
Werkausschuss NürnbergStift	WerkA NüSt	26.04.2012	1	Umsetzung des Konzepts NürnbergStift 2020: Zwischenbericht über den Stand der Beschaffungs- und Baumaßnahmen	Bericht
			2	Personalsituation im Bereich der Pflegefachkräfte: Gewinnung von Auszubildenden für das NürnbergStift	Bericht
	WerkA NüSt	12.07.2012	1	Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der gerontopsychiatrischen Betreuung mit dem Klinikum Nürnberg; hier: Fachärztliche Versorgung im August-Meier-Heim	Bericht
	WerkA NüSt	27.09.2012	1	Qualitätssicherung und Personalentwicklung beim NürnbergStift; hier: Vorlage des Qualitätsberichts 2011	Bericht
			2	Kultur- und Betreuungsprogramm NüSt; hier: Filmvorführung für Heimbewohner	Bericht
	WerkA NüSt	18.10.2012	1	Personalsituation im Bereich der Pflegefachkräfte; hier: Gewinnung von Auszubildenden für das NürnbergStift und Weiterqualifikation Beschäftigter	Bericht
	WerkA NüSt	13.12.2012	1	Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG)	Bericht
	WerkA NüSt	07.03.2013	1	Information zum Sachstand der gesetzlichen Regelungen zu den gesondert berechenbaren Investitionskosten	Bericht
			2	Stand der Küchenplanung (Entscheidung zum Produktions- und Verteilsystem)	Bericht
			3	Rezertifizierung Haus Sonnenschein	Bericht
	WerkA NüSt	13.06.2013	1	Modellprojekt „Hospizlich-Palliativ-Geriatrischer Dienst (HPDG)“ in der Senioren-Wohnanlage St. Johannis	Bericht
			2	Information zum Sachstand der gesetzlichen Regelungen zu den gesondert berechenbaren Investitionskosten	Bericht
	WerkA NüSt	25.07.2013	1	Qualitätsbericht 2012	Bericht
	WerkA NüSt	18.09.2013	1	Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege, Ausbildungssituation im NürnbergStift	Bericht
	WerkA NüSt	05.12.2013	1	Aktuelle Entwicklungen im rechtlichen Bereich	Bericht
			2	SEPA-Umsetzung im Bereich der Einrichtungen des NürnbergStift	Bericht
			3	Geschäftsbericht 2012 für das NürnbergStift	Gutachten
			4	Ambulante Dienste im NürnbergStift	Bericht

Eigene Notizen

NÜRNBERG

Jahresbericht
2012/2013

Stadt Nürnberg
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg